



108. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 17. Dezember 2003

Mitteilungen des Präsidenten..... 10663

1 Vereidigung von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen..... 10663

2 Aktuelle Stunde

Thema: **Auswirkungen der Entscheidungen des Vermittlungsausschusses auf den Haushalt 2004/2005 des Landes NRW**

Antrag
der Fraktion der CDU
gemäß § 99 Abs. 2
der Geschäftsordnung 10663

Helmut Diegel (CDU)..... 10663
Edgar Moron (SPD)..... 10665
Dr. Ingo Wolf (FDP) 10667
Edith Müller (GRÜNE) 10668
Ministerpräsident Peer Steinbrück ... 10670
Dr. Jürgen Rüttgers (CDU)..... 10674
Horst Vöge (SPD)..... 10677
Angela Freimuth (FDP) 10678
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 10679
Minister Jochen Dieckmann 10680
Christian Weisbrich (CDU) 10681
Frank Baranowski (SPD)..... 10683

3 METROEXPRESS AUF DIE SCHIENE SETZEN

Ein leistungsfähiges Schienennetz im Ballungsraum Rhein-Ruhr sichert die Pünktlichkeit im gesamten Bahnnetz in Deutschland

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4739 10684

Gerhard Wirth (SPD) 10684
Heinz Hardt (CDU)..... 10685
Oliver Keymis (GRÜNE) 10686
Christof Rasche (FDP) 10687
Minister Dr. Axel Horstmann..... 10688

Ergebnis..... 10689

4 Notkonzept gegen Stau und Stillstand NRW braucht Klarheit über die Folgen des Maut-Desasters

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4743 10689

Heinz Hardt (CDU)..... 10689
Hardy Fuß (SPD) 10691
Christof Rasche (FDP) 10693
Oliver Keymis (GRÜNE) 10694
Minister Dr. Axel Horstmann..... 10696
Günter Langen (CDU) 10698

Ergebnis..... 10699

5 Flexible Stellenbudgets zugunsten von Schulen mit besonderem Förderbedarf - Neue Spielräume für individuelle Förderung schaffen -

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4701 10699

Ralf Witzel (FDP).....	10699
Manfred Degen (SPD).....	10700
Bernhard Recker (CDU).....	10702
Sylvia Löhrmann (GRÜNE).....	10704
Ministerin Ute Schäfer.....	10706
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP).....	10707

Ergebnis.....	10708
---------------	-------

6 Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/4200 und 13/4296

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Ernährung,
Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
Drucksache 13/4756

zweite Lesung.....	10708
--------------------	-------

Irmgard Schmid (SPD)	10708
	10717
Eckhard Uhlenberg (CDU)	10709
	10716
	10719
Felix Becker (FDP).....	10711
Reiner Priggen (GRÜNE).....	10712
	10718
Ministerin Bärbel Höhn.....	10713
Dr. Stefan Romberg (FDP).....	10718
Holger Ellerbrock (FDP)	10719

Ergebnis.....	10720
(siehe hierzu auch namentliche Abstimmung - Anlage)	

7 Zehntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3930

Und:

**Gesetz zur Änderung des Landesbeamten-
gesetzes, der Verordnungen über die Ar-
beitszeit und der Verordnung zur Aus-
führung von § 5 Schulfinanzgesetz**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4566

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 13/4757

zweite Lesung.....	10721
--------------------	-------

Jürgen Jentsch (SPD)	10721
Dr. Hans-Joachim Franke (CDU)	10723
Ralf Witzel (FDP).....	10726
Monika Düker (GRÜNE)	10728
Minister Dr. Fritz Behrens.....	10730
Ministerin Ute Schäfer	10732

Ergebnis.....	10732
---------------	-------

8 Patientinnen schützen - derzeitige Praxis der Hormonverschreibungen vor, während und nach den Wechseljahren verändern

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4744 - Neudruck..... 10732 |

Inge Howe (SPD).....	10732
Ursula Doppmeier (CDU)	10733
Marianne Hürten (GRÜNE)	10734
Dr. Jana Pavlik (FDP).....	10736
Ministerin Birgit Fischer	10737

Ergebnis.....	10738
---------------	-------

9 Gesetz zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4726

erste Lesung	10738
--------------------	-------

Horst Vöge (SPD).....	10739
Barbara Steffens (GRÜNE)	10739
Ursula Monheim (CDU)	10740
Dr. Stefan Romberg (FDP)	10741
Ministerin Birgit Fischer	10742

Ergebnis.....10742

10 "Kommunale Weiterbildung dauerhaft sichern und flexibilisieren" Finanzierbarkeit durch Aufgabenentlastung und Entbürokratisierung wahren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4740.....10743

Ralf Witzel (FDP).....10743
10747
Wolfgang Roth (SPD).....10744
Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU)10745
Sylvia Löhrmann (GRÜNE)10745
Ministerin Birgit Fischer10746

Ergebnis.....10747

11 Kraftfahrzeugsteuer zeitnah nach der Zulassung erheben - Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern - Steuerrückstände schmälern

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4738.....10747

Erwin Siekmann (SPD).....10747
Rüdiger Sagel (GRÜNE)10748
Volkmar Klein (CDU)10749
Angela Freimuth (FDP)10750
Minister Jochen Dieckmann10751

Ergebnis10751

12 Sachlich gebotene Novelle der Abwasserabgabe anpacken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4742.....10751

Ergebnis.....10751

13 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Hier: Übersicht 33
gemäß § 88 Abs. 2 GeschO

**Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen**

13/3285 - AWMT
13/3339 - ASchW
13/4323 - AWMT

Drucksache 13/4758.....10751

Ergebnis.....10752

Nächste Sitzung10752

Entschuldigt waren für den 17.12.2003

Landesregierung	Harald Schartau, Minister für Wirtschaft und Arbeit	(ab 16:00 Uhr)
-----------------	---	----------------

SPD	Werner Bischoff Axel Dirx Gisela Ley
-----	--

CDU	Hermann-Josef Arentz Klaus Kaiser Fritz Kollorz Manfred Luckey Thomas Mahlberg Gerd Schulte
-----	--

FDP	Brigitte Capune-Kitka Dr. Stefan Grüll Dr. Jens Jordan Christian Lindner Dr. Robert Orth
-----	--

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Ulrich Schmidt: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zur 108. Sitzung des Landtags von Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 14 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir treten in die heutige Beratung der **Tagesordnung** ein. Ich rufe auf:

1 Vereidigung von Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen

Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen hat mir mit Schreiben vom 15. November 2003 mitgeteilt, dass der Präsident des Oberlandesgerichtes Köln mit Ablauf des Monats Oktober in den Ruhestand getreten ist und damit auch aus seinem Amt als Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofs des Landes Nordrhein-Westfalen ausscheidet.

Der Ministerpräsident hat mir weiterhin mitgeteilt, dass die Präsidentin des Oberlandesgerichtes Düsseldorf, Frau Anne-José Paulsen, als lebenslngste Präsidentin eines Oberlandesgerichtes des Landes an seine Stelle tritt. Zugleich wird ihr Vertreter, Herr Vizepräsident des Oberlandesgerichtes Dr. Wilfried Bnten, auch deren Vertreter im neuen Amt als Vizepräsident des Verfassungsgerichtshofes.

Meine Damen und Herren, nach § 5 des Verfassungsgerichtshofgesetzes haben sämtliche Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes und ihre Vertretungen, bevor sie ein Amt antreten, vor dem Landtag den nach Art. 80 der Landesverfassung vorgesehenen Eid zu leisten. Ich bitte deshalb Frau Paulsen und Herrn Dr. Bnten zu mir zu kommen, damit ich die Vereidigung vornehmen kann.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Frau Paulsen, ich bitte Sie, die Schwurhand zu heben und mir den nach Art. 80 der Landesverfassung vorgesehenen Amtseid nachzusprechen:

"Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und ver-

teidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Herr Dr. Bnten, ich bitte Sie ebenfalls, die Schwurhand zu heben und mir den nach Art. 80 der Landesverfassung vorgesehenen Amtseid nachzusprechen:

"Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe."

Sehr geehrte Frau Paulsen, sehr geehrter Herr Dr. Bnten, Sie haben den nach Art. 80 der Landesverfassung vorgesehenen Eid geleistet. Ihnen wünsche ich im Namen des Parlaments alles Gute und viel Erfolg auch bei Ihrer zukünftigen Aufgabe. Glück auf!

(Beifall - Die Anwesenden nehmen wieder Platz.)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe nun auf:

2 Aktuelle Stunde

Thema: **Auswirkungen der Entscheidungen des Vermittlungsausschusses auf den Haushalt 2004/2005 des Landes NRW**

Antrag
der Fraktion der CDU
gemäß § 99 Abs. 2
der Geschäftsordnung

Die Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 12. Dezember 2003 gemäß § 99 Abs. 2 der Geschäftsordnung zur oben genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt. Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner vonseiten der antragstellenden Fraktion dem Kollegen Diegel, CDU-Fraktion, das Wort.

Helmut Diegel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich feststellen, dass das Ergebnis des Vermittlungsausschusses gut für die Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalens ist.

Unser gemeinsames Anliegen war es - ich betone: gemeinsames Anliegen über die Fraktionsgrenzen hinweg -, dass es ab dem 1. Januar 2004

zu Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger des Landes kommt. Schon in 14 Tagen werden die Bürgerinnen und Bürger mehr Geld in den Taschen haben. Das ist ein Ergebnis, und das ist ein gutes Ergebnis des Vermittlungsausschusses vom letzten Wochenende.

Meine Damen und Herren, das Ergebnis des Vermittlungsausschusses ist aber auch gut für die öffentlichen Haushalte - für das Land und seine Kommunen. Das ist allerdings das Verdienst der CDU.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Die CDU hat verhindert, dass sich die öffentlichen Haushalte zur Gegenfinanzierung der Steuersenkung in unverantwortlicher Weise weiter verschuldet haben. Das ist unser Verdienst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU - Erneut Lachen Mbei SPD und GRÜNEN)

Eine Steuerreform auf Pump war mit uns nicht zu machen. Auch faule Kompromisse waren mit uns nicht zu machen. Das muss in diesem Lande und auch hier im Landtag offensiv gesagt werden. Das unterscheidet übrigens die Union von der Politik des Herrn Ministerpräsidenten dieses Landes.

(Edith Müller [GRÜNE]: Aha!)

Der Ministerpräsident dieses Landes hat seine Politik darauf ausgerichtet, dass die komplette Steuerentlastung durch neue Schulden gegenfinanziert wird, und zwar zulasten künftiger Generationen und zulasten der Handlungsfähigkeit dieses Landes.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: So, Frau Müller, was sagen Sie jetzt?)

Wir, meine Damen und Herren, die Union, haben das im Vermittlungsausschuss verhindert und somit spürbare Entlastungen für den Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen durchgesetzt - und das durch zwei nachhaltige Maßnahmen:

Erstens. Der Bund muss allen Ländern 2,65 Milliarden € für die Lohnsteuerausfälle ersetzen, die die Länder zu verkraften haben. Das macht allein für das Land Nordrhein-Westfalen 500 Millionen aus - 500 Millionen Mehreinnahmen und 500 Millionen € weniger neue Schulden.

Zweitens. Nach dem Vermittlungsergebnis wird die dritte Stufe der Steuerreform nur zur Hälfte vorgezogen. Das heißt: Es ergeben sich weitere Einsparungen für das Land Nordrhein-Westfalen in Höhe von 650 Millionen €. Das begrenzt die

Lohnsteuerausfälle, die im Haushaltsentwurf veranschlagt sind.

Nimmt man einige kleinere weitere Positionen hinzu, so kommt man in der Summe auf eine Zahl von 1,2 Milliarden € Entlastung für den Landeshaushalt. Das - ich möchte es noch einmal betonen - ist nicht Ihr Verdienst, Herr Steinbrück, sondern das ist das Verdienst von Frau Merkel und allen Ministerpräsidenten von CDU und CSU im Vermittlungsausschuss.

(Beifall bei der CDU)

Ich gehe noch ein Stückchen weiter: Diese 1,2 Milliarden € sind unser Beitrag. Das ist der Beitrag der CDU zur Haushaltskonsolidierung in Nordrhein-Westfalen.

(Zurufe von der SPD: Nein! Das ist lächerlich! Nein!)

Jetzt, Herr Ministerpräsident, ist Ihre rot-grüne Koalition am Zuge, den Rest hier im Lande Nordrhein-Westfalen zu erledigen. Ihre Aufgabe ist es, jetzt einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen.

Meine Damen und Herren, rein rechnerisch sollten wir uns das im Einzelnen hier noch einmal anschauen: Rein rechnerisch könnte jetzt die Netto neuverschuldung von 5,97 Milliarden auf 4,77 Milliarden abgesenkt werden. Das sind aber immer noch 1,2 Milliarden mehr, als nach der Verfassungsobergrenze zulässig wären; denn die Summe der eigenen Investitionen beträgt nach Ihrem Entwurf nur 3,5 Milliarden €. Sie haben also noch eine Differenz von 1,2 Milliarden € auszugleichen.

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, das Argument "Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts" gilt nicht mehr. Das ist Ihnen hiermit aus der Hand geschlagen worden. Sie haben eine positive Konjunktur. Die Konjunkturreffekte beziffern Sie selber mit 0,2 bis 0,6 %. Somit dürfte auch für Nordrhein-Westfalen ein deutliches Plus aufgrund dieser Steuerreform herauskommen.

Damit nicht genug: Wir müssen noch das Jahr 2005 betrachten. Dann kommt es zu Steuerausfällen von 650 Millionen € - 650 Millionen €, die im Haushalt 2005 so einfach nicht zu verkraften sind, da die Verfassungsobergrenze dann mit rund 400 Millionen überschritten ist. Also: Auch hier haben Sie noch etwas zu tun.

Wenn man noch hinzurechnet, dass Ihre Lohnsteuererwartung im Haushalt 2005 mit einem Plus von 10 % angesetzt ist und wir dies auf ein optimistisches Maß von 5 % reduzieren, dann

kommen wir zu einem Haushaltsloch, das es zu korrigieren gilt, von 1,2 Milliarden €. Dieses Loch muss ebenfalls beseitigt werden.

Lassen Sie mich drei weitere Risiken nennen: Die von Ihnen im Haushaltsentwurf 2005 ausgewiesenen und bundespolitisch beschlossenen Mehreinnahmen von rund 1,3 Milliarden € sind, wenn überhaupt, nach dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses nur noch zur Hälfte zu realisieren. Für die drohende weitere Kapitalerhöhung bei der WestLB haben Sie keine Vorsorge getroffen, und der Länderfinanzausgleich ist ebenfalls völlig neu zu berechnen.

Denn Sie haben sich den Länderfinanzausgleich quasi in gleicher Weise schön gerechnet. Nach Ihren eigenen Zahlen soll sich das Land Nordrhein-Westfalen nämlich auf dem schnellsten Weg zum Nehmerland befinden.

Ich frage hier einmal ins Rund: Wer macht da eigentlich das Land schlecht? Wer regiert hier eigentlich das Land schlecht? Glauben Sie wirklich, dass der Wirtschaftsaufschwung 2005 Sie in die Lage versetzt, rund 2 % des Gesamtaufkommens des Länderfinanzausgleichs zu bestreiten? Meine Damen und Herren, vor fünf, sechs Jahren waren das immerhin noch 33 %. Auch hier gilt: Sie werden die Ausgabeansätze noch nach oben korrigieren müssen und die Haushaltsdeckung ebenfalls mitliefern.

Mein Fazit, meine Damen und Herren, heißt: CDU und CSU haben sowohl den Bürgern dieses Landes als auch dem Haushalt Nordrhein-Westfalen mit dem Vermittlungsergebnis einen guten Dienst erwiesen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Die CDU erwartet, dass die Landesregierung diese positiven Effekte nutzt und einen Etat ohne Luftbuchungen vorlegt und die schwebenden Haushaltsrisiken beseitigt. Wir erwarten einen Haushalt, der den Grundsätzen der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit entspricht. Wir erwarten, dass Sie endlich mit den Strukturveränderungen beginnen. Ansonsten kommt das dicke Ende im Jahre 2005 hinterher. Ihnen wird im Landtagswahljahr ein unseriös aufgestellter Haushalt um die Ohren fliegen.

Meine Damen und Herren, Herr Steinbrück, wir fordern Sie auf: Beenden Sie Ihre finanzpolitische Geisterfahrt!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der SPD, Kollege Moron.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses ist ein positives Ergebnis. Es ist ein gutes Signal für Deutschland. Es ist ein gutes Signal für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

Wir danken unserem Ministerpräsidenten, dass er in diesem schwierigen Prozess eine herausragende, eine wichtige Rolle gespielt hat und dass er dazu beigetragen hat, dass der Reformstau in Deutschland jetzt auch von allen Parteien gemeinsam allmählich aufgelöst wird.

(Beifall bei der SPD)

Es ist doch wohl nicht zu leugnen --- Ich gehe jetzt gar nicht auf die Ausführungen von Herrn Diegel ein. Er hat nur Spekulationen angestellt. Die Umrechnungen der Ergebnisse des Vermittlungsausschusses und das Herunterbrechen auf die Länder werden noch geraume Zeit in Anspruch nehmen. Darauf kann nachher der Finanzminister, wenn er möchte, antworten. Ich lasse das einfach mal so stehen, was Sie hier gesagt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist der Verdienst unseres Ministerpräsidenten, dass er zusammen mit Herrn Koch, dem hessischen Ministerpräsidenten, ein umfassendes Konzept zum Abbau von Steuersubventionen und anderen Subventionstatbeständen geschaffen hat. Das ist jetzt realisiert worden. Das entlastet die Haushalte und hilft allen: den Kommunen, den Ländern und dem Bund. Das ist der richtige Weg. Hier sind wir am Anfang. Diesen Weg müssen wir konsequent weiter gehen.

Wichtig ist aber für die Menschen, dass sie - da gibt es natürlich professionelle Kritiker, die leben auch zum großen Teil davon, sowohl politisch als auch auf andere Weise -, dass die Menschen in diesem Land ab 1. Januar mehr Geld in der Tasche haben, als es ursprünglich geplant war. 16 Milliarden € - das ist ein gutes Signal für jede Bürgerin und für jeden Bürger in diesem Land, 16 Milliarden € mehr als ursprünglich geplant war. Die nächste Stufe der Steuerreform 2005 wird auch kommen. Dann wird es noch einmal eine weitere Entlastung von über 7 Milliarden € geben. Das ist das größte Steuersenkungsprogramm, das diese Republik jemals erlebt hat.

Ich finde es gut - es war offenbar sehr schwierig bei der CDU/CSU -, dass sich in diesem Falle Stoiber durchgesetzt hat, dass es überhaupt zu

dieser Steuersenkung gekommen ist. Das, was man gestern und heute in den Zeitungen lesen konnte, war, dass das bei den CDU/CSU-Ministerpräsidenten sehr umstritten war und dass es eine ganze Reihe von CDU-Ministerpräsidenten gegeben hat, die die vorgezogene Steuerreform gar nicht wollten.

Herr Stoiber hat sich offenbar auch gegen Frau Merkel, Ihre Bundesvorsitzende, durchgesetzt und hat etwas auf den Weg gebracht, von dem er zu Recht überzeugt ist, dass es dem Land und den Menschen nützt. Vielleicht nützt es nicht parteitaktisch, so wie es sich die Strategen manchmal in ihren dunklen Kammern ausdenken, der CDU/CSU, aber den Menschen nützt es. Darauf kommt es schließlich an. Das haben wir auch mit diesem Vermittlungsausschuss-Kompromiss erreicht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind froh darüber, dass es auch zu einer Entlastung der Kommunen kommt - nicht in dem Umfang, wie wir es erwartet haben, weiß Gott nicht. Wir haben mehr erwartet. Mein Kollege Frank Baranowski wird dazu nachher noch Stellung nehmen.

Wir wollten eine Reform der Gewerbesteuer haben. Das ist nicht erreicht worden. Aber wir haben eine finanzielle Entlastung der Kommunen in der Größenordnung von 5 Milliarden €. Das wird jetzt schon wieder klein geredet. Es setzt sich zusammen aus 2,5 Milliarden, die sich aus einer Verringerung der Gewerbesteuerumlage und gleichzeitig aus einem entsprechenden Entlastungseffekt durch die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II ergeben. Das ist gut und das begrüßen wir. Das ist ein richtiger Weg. Aber es reicht für die Kommunen beileibe nicht aus. Es muss weitergehen. Deshalb werden wir an dem Thema Modernisierung der Gewerbesteuer weiter arbeiten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Für uns ist das Kapitel nicht abgeschlossen. Wir wollen diese Reform. Sie bleibt bei uns auf der Tagesordnung.

Es ist auch gut, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass das, was durch das Land geisterte und viele auch sehr erschreckt hat, erst einmal vom Tisch ist, nämlich ein Angriff auf die Tarifautonomie. Der Versuch, durch die Einschränkung der Tarifautonomie ein hohes Verfassungsgut und damit auch den sozialen Frieden und den Frieden in den Betrieben in Gefahr zu setzen, ist abgewehrt. Darüber haben wir auch in einer Aktuellen

Stunde hier sehr engagiert diskutiert. Es ist gut, dass das Thema jetzt vom Tisch ist. Wenn ich heute ein Interview Ihrer Bundesvorsitzenden Frau Merkel in der "WAZ" richtig verstanden habe, dann ist das Thema abgehakt. Es wird nicht wieder aufgegriffen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist gut. Wir sollten jetzt endlich einmal die Tarifpartner in Ruhe lassen. Sie müssen einen Weg finden, damit es auch entsprechende betriebliche Vereinbarungen geben kann. Wir sollten uns auf die Vernunft der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir begrüßen auch, obwohl es - das muss ich offen sagen - einigen schwer fällt, die Neuregelung beim Kündigungsschutz. Das ist eine vernünftige Regelung. Sie stellt sicher, dass diejenigen, die in einem Arbeitsverhältnis sind, in einem Unternehmen mit unter zehn Mitarbeitern, nicht von Kündigung bedroht werden. Aber sie eröffnet den Unternehmen einen größeren Spielraum bei der Einstellung. Das ist jetzt das richtige Signal.

Wir glauben, dass wir darüber auch mit unseren Freunden in den Gewerkschaften vernünftig reden können. Das schafft Flexibilität in kleineren Unternehmen. Das schafft zusätzliche Arbeitsplätze. Wir begrüßen diese Entscheidung. Ich glaube, die Gewerkschaften werden sie auch insgesamt begrüßen.

Ein wichtiges Thema - ich habe es am Anfang angesprochen - ist die Frage des Subventionsabbaus. Hier hat es sich die Union sehr schwer gemacht, sowohl was die Pendlerpauschale als auch was die Eigenheimzulage angeht. Sie tun sich da sehr schwer. Wir wollten weiter gehen. Gut, es gibt einen Kompromiss. Ein Kompromiss ist immer nur ein halber Weg; aber er ist zumindest in der Tendenz richtig.

Ich hoffe, dass wir in den Debatten der nächsten Jahre auch dazu kommen werden, die Subventionen noch stärker abzubauen, als Steinbrück und Koch es mit jeweils 4 % für die nächsten drei Jahre vereinbart hatten. Wir müssen die Subventionen weiter abbauen. Dann werden allerdings gleich Heerscharen von Interessenverbänden und Begünstigten auftreten und dies zu unterlaufen versuchen. An diesem Punkt werden alle Parteien und alle Fraktionen zusammenstehen müssen. Das ist ein wichtiges Vorhaben für die Zukunft Nordrhein-Westfalens, aber vor allen Dingen für die Zukunft unseres ganzen Landes, der Bundes-

republik Deutschland. Anders werden andere Dinge gar nicht zu finanzieren sein.

An dieser Stelle gehe ich auf Herrn Diegel ein. Es war hochinteressant, dass Sie davon sprachen, dass wir die Steuerreform noch weiter treiben müssten. Ja, das können wir gerne machen. Aber wie wollen Sie das denn finanzieren, wenn Ihre CDU-Ministerpräsidenten schon nicht in der Lage waren, das Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 auf den 1. Januar 2004 und damit eine Absenkung der Steuersätze auf 15 bzw. 42 % zu finanzieren? Lieber Herr Diegel, wie wollen Sie die merzischen Steuervorschläge finanzieren, bei denen es um einen Spitzensteuersatz von 36 % geht, wenn Sie schon glauben, das Vorziehen der Steuerreformstufe 2005 teilweise verhindern zu müssen? Dafür haben Sie keinen Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

Ich will keine Schärfe hineinbringen. Aber Sie machen es sich schwer: Sie tun sich beim Abbau von Subventionen und im Augenblick auch beim Absenken der weiteren Steuersätze schwer, und Sie versprechen den Menschen einen Steuersatz, den Sie nicht finanzieren können. Das alles hat viel mit Politik, aber nichts mit Seriosität zu tun.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sind am Anfang eines langen Weges. Die Agenda 2010 hat sich in ihren Kernsätzen durchgesetzt. Der Bundeskanzler hat das Reformtor aufgestoßen, die Parteien folgen ihm dabei jetzt mit Modifikationen. Es ist ein guter Tag für Deutschland und für Nordrhein-Westfalen gewesen. Wir sind auf dem richtigen Weg. Weiter so!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Moron. - Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Dr. Wolf.

Dr. Ingo Wolf (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es scheint die Stunde der Selbstbelobigung zu sein: Alle haben gewonnen, kann man den Reden entnehmen. Ich glaube allerdings nicht, dass die deutsche Bevölkerung am Sylvesterabend ob dieses grandiosen Reformschrittes die Sektkorken knallen lässt.

Im Gegenteil, vorherrschender Tenor ist das, was Sie, Herr Moron, in Ihrer Ehrlichkeit eingestanden haben: dass es mit den Reformen allmählich losgeht - so war Ihre Wortwahl -; das heißt, dass es gemächlich losgeht. So lautet auch die Kritik, die man allenthalben liest und die nicht bestellt ist,

sondern eine nüchterne Einschätzung der Lage darstellt: Neue Bescheidenheit ist Trumpf, Genugtuung, dass sich in diesem Lande überhaupt etwas bewegt.

Meine Damen und Herren, das ist eindeutig zu wenig. Wir sind natürlich froh, dass einige kleine Trippelschritte gemacht worden sind. Aber die große Koalition - dies sage ich ganz deutlich - hat an dieser Stelle den Befreiungsschlag verhindert.

(Beifall bei der FDP)

Wer bisher noch geglaubt hat, dass es dann besser würde, wenn CDU/CSU und SPD sich gemeinsam auf Reformen einigten, der wurde eines Besseren belehrt. Es ist in kleinen Schritten etwas bewegt worden; das wollen wir nicht zu klein reden. Aber es reicht für eine positive Bewertung der Habenseite nicht, wie Sie, Herr Moron, sie hier heute Morgen vorgenommen haben.

Ich sage gar nichts über die Kleinigkeit, dass uns gestern beim Nachrechnen noch einmal eine Milliarde gefehlt hat und dass dadurch natürlich auch die 25 %, die insbesondere aufseiten der CDU/CSU, Herr Rüttgers, einmal als Schmerzgrenze der Neuverschuldung gegolten haben, jetzt kurzerhand auf 30 % angehoben worden sind. Ich sage aber eines dazu: Die Gegenfinanzierung, die Sie vorgenommen haben, steht auf tönernen Füßen. Schauen Sie sich doch an, wie Sie die Steuerreform, abgesehen von der Neuverschuldung, de facto finanzieren wollen. Hier sind Veräußerungserlöse Trumpf. Ich bin einmal gespannt, was es mit den Veräußerungserlösen werden wird.

Mit dem von Ihnen so hoch gelobten Subventionsabbau ist es dagegen nicht so weit her, Herr Moron. Im Gegenteil, wir werden an dieser Stelle Belastungen der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen haben, sodass es nicht zu der von Ihnen skizzierten Nettoentlastung kommen wird. Genau das ist aber der entscheidende Punkt. Sie wollten einen Wachstumsschub in diesem Land - alle wollten ihn -; aber Sie werden ihn nicht erreichen. Denn ein Großteil der Steuersenkungen wird durch Mehrbelastungen der Bürgerinnen und Bürger beim Gesundheitswesen, bei den Energiekosten und sicherlich auch beim Subventionsabbau - Stichwort: Pendlerpauschale - aufgefressen, wenn nicht sogar überkompensiert werden. Dort werden Sie das Geld wieder einsammeln, und eine nennenswerte Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger wird es nicht geben.

Genau an diesem Punkt bringen wir unsere Kritik an. Dank der FDP - das sage ich sehr deutlich -

ist es dazu gekommen, dass wir überhaupt eine Einigung hinbekommen haben.

(Lachen von Minister Dr. Michael Vesper)

- Herr Vesper, da können Sie ruhig lachen. Die Grünen haben in dem ganzen Prozess keine Rolle gespielt; das war ja das Gute.

(Beifall bei der FDP)

Die Wirtschaft schreibt Ihnen ins Stammbuch, dass dies nur Reförmchen sind, ein sehr langer Anlauf für einen so kurzen Sprung. Ich mache dies an zwei Punkten exemplarisch deutlich, die das große Versagen der Politik aufzeigen. Genau das, was Sie, Herr Moron, gelobt haben, ist ein Fehler: dass wir es nicht geschafft haben, das Kartell von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite im Tarifbereich zu durchbrechen. Dass Sie sich davon verabschieden und sich vielleicht auch die CDU davon verabschiedet, ist ein trauriges Zeichen.

Wenn ich dann schon höre, es gebe dabei Verfassungsprobleme! Liebe Leute, was haben Sie in den letzten Jahren an Maßnahmen beschlossen, die beim Bundesverfassungsgericht kläglich gescheitert sind! Ich erinnere ganz am Rande nur an das NPD-Verbot, zu dem alle vorher gesagt hatten, dass es damit nichts wird, und dann ist es auch nichts geworden. Hier hätte es eine Möglichkeit gegeben, die Tarifautonomie auf verfassungsrechtlich sauberem Wege einzuschränken. Diese Chance, die kurzzeitig bestand, hätte man nutzen müssen. Ich bin nicht sicher, ob sie so schnell noch einmal wiederkommt.

Ich mache einen weiteren Punkt sehr deutlich, weil an dieser Stelle natürlich wieder Verträge zu lasten Dritter geschlossen worden sind:

Was ist denn nach anderthalb, zwei Jahren aus der so genannten Gemeindefinanzreform - das muss man Zuhörerinnen und Zuhörern einmal sagen - herausgekommen? Sie haben die Gewerbesteuerumlageerhöhung zurückgenommen. Herzlichen Glückwunsch, kann ich nur sagen. Das hätte man mit einem Federstrich im Bundesrat und im Bundestag sehr schnell längst hätte haben können. Das ist keine Reform im wahrsten Sinne des Wortes.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Das ist nicht das, was die FDP fordert: endlich weg aus der Gewerbesteuer in eine Kommunalsteuer hinein, die dauerhafte Sicherung von Finanzen für die Kommunen sichert.

Frau Löhrmann, da können Sie rufen, so viel sie wollen: Das wird nichts werden mit der Gewerbesteuer. Sie werden - das ist mir wichtig, Frau Löhrmann - an dieser Stelle im Bewusstsein der Menschen, und zwar der Bürger und Unternehmer, nur dann etwas ändern, wenn diese eine unmittelbare steuerliche Anbindung an ihre Kommune haben. Das ist nämlich der größte Wert einer Veränderung einer solchen Gemeindefinanzreform. Dass Sie jetzt die Freiberufler herausgenommen und die Substanzbesteuerung weggenommen haben, ist sicherlich ein Segen, weil es die Sache nur verschlimmert hätte. Nur: Die Chance für eine durchgreifende Verbesserung der Gemeindefinzen - das ist das, was die Menschen im Lande natürlich bedrückt - haben Sie verstreichen lassen. Es wird auf diese Art und Weise natürlich zu weiteren Einschränkungen kommunaler Leistungen kommen, die alle Bürger spüren, nämlich dass am Ende im Portemonnaie - wenn überhaupt - nicht hinreichend mehr bleibt.

Wir bleiben auf Reformkurs. Wir haben nach wie vor den Wunsch, die Hoffnung und auch den Willen, das liberale Bild durchzusetzen für eine freiere Gesellschaft, für eine im steuerlichen Bereich gerechtere, transparentere Gesellschaft. Auch auf dem Arbeitsmarkt, meine Damen und Herren, sind wir für weitere Liberalisierung, weil nur Arbeit die Menschen wirklich frei macht. Wir müssen sie wieder in diese Freiheit versetzen. Sie haben an vielen Stellen - der Vorwurf gilt beiden großen Parteien -, nicht den Mut gehabt, zu springen. Wir werden nicht nachlassen, im Sinne unseres Landes diese Sprünge zu fordern. - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Dr. Wolf. - Das Wort für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Abgeordnete Müller.

Edith Müller (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Erfolg hat viele Väter und Mütter; das wissen wir. Ganz in diesem Sinne ist das Ergebnis des Vermittlungsausschusses ein Erfolg: ein Erfolg, weil ein echter Kompromiss gefunden wurde, und ein Erfolg, weil die öffentliche Meinung, weil die Verbände, Lobbyisten, Experten, die Bürgerinnen und Bürger und natürlich auch die EU-Kommission in Brüssel das Signal erwartet und erhalten haben, auf das lange gewartet wurde: Die Politik ist handlungsfähig. Deutschland ist reformbereit und reformfähig.

Uns alle verbindet die Hoffnung, dass durch das ausgehandelte Reformpaket das Vertrauen der

Wirtschaft gestärkt und damit konjunkturelle Impulse verstärkt werden; denn nichts ist besser im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit als solche starken Signale. Das ist gut so und kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Aber wie jeder Kompromiss verlangt er der einen und der anderen Seite Zugeständnisse ab. Ich will nicht verhehlen, dass für uns Grüne z. B. die Zumutbarkeitsregelung für Langzeitarbeitslose, aber auch die leider nur bruchstückhafte Gemeindefinanzreform mehr als bittere Pillen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber zur ehrlichen Bewertung des Ergebnisses gehört auch, zu fragen: Wäre mehr drin gewesen? Diese Frage ist nicht abstrakt zu stellen, sondern - so ist die Aktuelle Stunde angelegt - konkret bezogen auf unseren Landeshaushalt. Sie alle wissen, dass wir mit dem Doppelhaushalt einen der schwierigsten Landeshaushalte seit Jahrzehnten aufgestellt haben.

Sie alle wissen, dass wir in 2004 mit der Verschuldung rund 2,3 Milliarden € über der Verfassungsgrenze liegen und in 2004 und 2005 mit erheblichen Mehreinnahmen aufgrund gesetzlicher Regelungen rechnen. Diese realisieren sich nicht im erwarteten Umfang. Sie alle wissen das, und deshalb muss die Frage erlaubt sein: Wie hat sich dieses Wissen in den Verhandlungen im Vermittlungsausschuss umgesetzt?

Ferner muss die Frage erlaubt sein: War wirklich nicht mehr drin? Hier kann ich Ihnen sagen - das richtet sich natürlich speziell an meinen Kollegen Herrn Diegel, der jetzt so tut, als wäre das ganze Ergebnis der CDU geschuldet -: Es wäre, meine Damen und Herren von der Opposition, mehr drin gewesen. Wir - daran möchte ich erinnern - waren bereit, die dritte Stufe der Steuerreform komplett vorzuziehen und dafür eine erhöhte Schuldenaufnahme in Kauf zu nehmen, allerdings - das wird heute verschwiegen - befristet und gekoppelt an einen massiven Subventionsabbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie erinnern sich, meine Damen und Herren: Aus den 3 x 4 nach der Methode Koch/Steinbrück haben wir 1 x 12 vorgeschlagen, und zwar namentlich zur Entlastung der Länder. Das kommt jetzt leider auch nur in abgespeckter Variante.

Sie erinnern sich: Wir wollten die Eigenheimzulage ganz abschaffen. Jetzt beträgt die Kürzung - zugegeben: mit guten Eckdaten - lediglich 30 %. Einnahmen in 2004 und 2005 wird sie uns zunächst nur spärlich bescheren.

Sie erinnern sich: Wir wollten die Pendlerpauschale auf 15 Cent absenken. Jetzt werden es 30 Cent. Es ist doch ganz offensichtlich, meine Damen und Herren von der CDU: Sie sind beim Thema Subventionsabbau einfach zu kurz gesprungen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das wirkt umso schwerer, als es sich dabei um dauerhafte Entlastungen gehandelt hätte. Im Interesse der Bundesländer und im Interesse Nordrhein-Westfalens hätten Sie im Vermittlungsausschuss beim Thema Subventionsabbau anders springen müssen. Meine Frage ist: Wo waren Ihre großen Fürsprecher da?

(Manfred Palmen [CDU]: Wo war der Fischer?)

Und nicht nur das! Sie haben meines Erachtens einen schweren sachlichen Fehler begangen. Sie haben nämlich das Vorziehen der Steuerreform und deren Finanzierung abhängig gemacht von Deregulierungen am Arbeitsmarkt und eben nicht von einem entsprechenden Subventionsabbau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu sage ich Ihnen: Sie wollen uns Grünen ja immer Nachhilfe in Sachen Ökonomie geben. Richtig ist vielmehr, dass sie mit dieser Verhandlungsstrategie der Ökonomie gar keinen Gefallen getan haben. Um nicht missverstanden zu werden: Ich wende mich nicht und meine Partei wendet sich nicht gegen Reformen des Arbeitsmarktes, im Gegenteil. Aber Steuersenkung und radikaler Subventionsabbau wären das Gebot der Stunde gewesen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind es doch immer, die predigen, dass Subventionen in ihrer Wirkung den Markt hemmen, dass sie Modernisierung verhindern - Stichwort „Steinkohle“ - und Sinnbild für das Festhalten an alten Begehrlichkeiten sind. Verfestigte Strukturen, die aus eigener Kraft im Markt nicht mehr überleben könnten, werden aufrechterhalten - so höre ich Sie doch immer.

Wären Sie, meine Damen und Herren von der CDU, im Vermittlungsausschuss ein bisschen katholischer geblieben, hätten Sie nur ein bisschen mehr Biss gehabt, dann wäre mehr drin gewesen, auch mehr für Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

So aber bleibt bedauerlicherweise nur zu konstatieren: Hier hat wieder einmal die Politik über die Ökonomie gesiegt. Es gehörte wieder einmal zur

Ironie des Schicksals, dass der Föderalismus - gerade die Staatsform, die die Bundesländer in ihr Recht setzt - so ausgenutzt werden konnte, dass schließlich Parteipolitik die Entscheidung in der Sache zugunsten der Bundesländer behinderte.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wie das Zahlenwerk des Vermittlungsausschusses seinen Niederschlag in dem Doppelhaushalt finden wird, ist im Detail noch ungewiss. Die eine Milliarde Euro, die gestern Abend Gegenstand unterschiedlichster Interpretationen war, macht deutlich, wie wichtig es ist, dem Finanzminister jetzt die angemessene Zeit zu geben, die Ergebnisse einzurechnen.

Ich gehe davon aus, dass sich die von uns erwarteten Mehreinnahmen für 2004 nur zum Teil realisieren lassen und dass wir erhebliche Probleme haben werden, für 2005 einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen.

Meine Damen und Herren, trotz alledem betone ich noch einmal: Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses ist ein Erfolg für das Ansehen der Bundesrepublik im europäischen Raum und als Signal für die Wirtschaft unerlässlich. Aber man darf nicht darauf vertrauen, dass einem der Erfolg treu bleibt. Man muss sich auch selbst bemühen, dem Erfolg treu zu bleiben. In diesem Sinne wird meine Fraktion alles daransetzen, den positiven Impuls für unser Land zu nutzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Schönen Dank, Frau Kollegin Müller. - Das Wort hat für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Steinbrück.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Guten Morgen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses liegt jetzt seit ziemlich genau elfeinhalb Stunden vor. Bei einigen Wortmeldungen hatte ich den Eindruck, wir machen genauso weiter wie vorher.

(Beifall bei der SPD)

Völlig unverändert hält Herr Diegel die übliche Ritualrede, in der alle Verdienste für die eigene Seite reklamiert werden und der Eindruck vermittelt wird, als ob die anderen dabei die Schwachköpfe sind. Herr Wolf hält einen Schwanengesang nach dem Motto: Alles ist schlecht. Die deutsche Sehnsucht am Scheitern und am Untergang kam in fast jedem Ihrer Sätze zum Ausdruck.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn wir nicht in der Lage sind, meiner Meinung nach tragfähige Kompromisse und gute Ergebnisse zum Anlass zu nehmen, uns darüber zu freuen, dass auch etwas geglückt und etwas vorangekommen ist, wie wollen wir dann den Menschen im Lande - völlig losgelöst von ihren parteipolitischen Sympathien - vermitteln, dass wir einen Aufbruch brauchen, auf den wir sie gerne mitnehmen und für den wir sie begeistern wollen, Herr Wolf?

(Widerspruch von Dr. Ingo Wolf [FDP])

Wie bekommen Sie das nach einer solchen Rede hin? Das ist aussichtslos.

(Dr. Ingo Wolf [FDP]: Netto bleibt doch nichts!)

- Netto bleibt selbstverständlich etwas! Fangen Sie doch nicht wieder mit diesen Rechnungen an, bei denen das Wasserglas nicht nur halb leer, sondern bis auf ein Viertel leer ist. Wir haben es ab dem 1. Januar 2004 mit einer Steuerentlastung von 15 Milliarden € bzw. 30 Milliarden DM zu tun. Das ist in der Zeit, als die FDP an einer Bundesregierung beteiligt gewesen ist, nie vorgekommen.

(Beifall bei der SPD und von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] - Dr. Ingo Wolf [FDP]: Weil Sie es verhindert haben!)

Wir haben eine weitere Steuersenkung zum 01.01.2005 in Höhe von weiteren 7 Milliarden €, Herr Moron hat den Sachverhalt treffend dargestellt. Insgesamt bringen wir also einiges auf den Weg. Beides zusammen wird dazu führen, dass eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 37.600 € keine Steuern mehr zahlen müssen. Das kann man doch nicht einfach nach dem Motto ablaufen lassen: Das interessiere diese Republik nicht oder es bleibt nichts übrig.

Ich will gar nicht näher auf das eingehen, was in diesem Schwanengesang und mit dieser in Deutschland verbreiteten Sehnsucht, die anderen scheitern sehen zu wollen, von Herrn Wolf und dann auch von Herrn Diegel in dieser wahnsinnig rituellen Aufstellung vorgetragen worden ist. Vielmehr meine ich, dass viele Kommentatoren in Deutschland Recht haben, die sagen: Und es bewegt sich doch etwas in dieser Republik! - Das finde ich gut. Ich halte auch für richtig, was Herr Sommerfeld im "Kölner Stadt-Anzeiger" geschrieben hat nach dem Motto: Die Berliner Republik löst sich aus der Erstarrung, langsam, aber wir kommen voran.

(Beifall bei der SPD und einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Ich stehe gar nicht lange an, insbesondere den Kollegen auf der B-Seite, namentlich einer Reihe von CDU-Ministerpräsidenten, insbesondere dem CSU-Ministerpräsidenten, öffentlich meinen Respekt dafür zu bekunden, dass sie auf der Seite derjenigen gewesen sind, die ins Gelingen und nicht ins Scheitern verliebt waren.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Das war nicht bei allen CDU-Ministerpräsidenten so; die will ich jetzt gar nicht erwähnen. Ich will auch niemanden instrumentalisieren. Hier in diesem Saal wissen einige, dass eine Reihe von CDU-Ministerpräsidenten einen ganz anderen Kurs für richtig erachtet haben.

Die A-Seite, die Seite der SPD und der Grünen, wollte dreierlei erreichen:

Erstens: Wir wollten über die bisherige Beschlusslage hinaus weitere Steuersenkungen für die Bundesrepublik Deutschland. Dies ist uns gelungen.

Zweitens: Wir wollten endlich die gespaltene Zuständigkeit bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe überwinden, die zu ineffizienten Parallelstrukturen führt, also Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammenführen. Dies ist uns gelungen.

Drittens: Wir wollten angesichts einer sehr schlechten - um nicht zu sagen: dramatischen - Lage der kommunalen Haushalte dazu beitragen, dass sich die finanzielle Lage der Kommunen einigermaßen stabilisiert. Auch dies ist gelungen.

Nun kann man darüber streiten, wie viel oder wie wenig. Ich rate, das, was da gestern zustande gekommen ist, nicht nur zu konsumieren, sondern auch in der Perspektive eines sich langsam aufhellenden Konjunkturhorizonts oder -himmels als Rückenwind für das Jahr 2004 zu bewerten, weil ich glaube, dass uns dies gemeinsam gut tut.

Ebenso sage ich, an die beiden Oppositionsfraktionen gerichtet: Wenn nichts zustande gekommen wäre, wenn wir kein Ergebnis gehabt hätten, dann hätten wir es mit einer Stimmungslage zu tun, die uns, den etablierten Parteien in Deutschland, gemeinsam ziemlich schmerzhaft auf die Füße gefallen wäre, weil die Bürger zu Recht gesagt hätten: Diese Politik ist nicht mehr entscheidungsfähig, sie ist nicht mehr bereit, Lösungen zu finden, sie ist nicht mehr dialogfähig über die Grenzen von Fraktionen und Parteien hinweg. - Das aber verlangen die Bürgerinnen und Bürger, und zwar zu Recht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie sagen: Wir können diese ewigen Auseinandersetzungen, dieses ewige Palaver rund um das Lagerfeuer nicht mehr ertragen, sondern wir erwarten - völlig losgelöst davon, ob sie für die SPD, für die CDU, für die CSU, für die FDP oder für die Grünen sind -, dass die Probleme dieser Republik und dieses Landes angepackt werden. Dies ist in weiten Teilen gelungen - immerhin über zwölf Gesetzgebungsverfahren, über die wir gestern Einigkeit erzielt haben. Das ist eine Leistung, Herr Wolf. Das kommt in Ihren Darlegungen überhaupt nicht vor.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Dass der Vertreter der FDP, Herr Thiele, bei der Entscheidung über die Tabaksteuer nicht dabei gewesen ist, vergesse ich. Bei acht oder neun, wenn nicht zehn Gesetzesvorhaben war der FDP-Vertreter anwesend.

Die Steuerreform bringt spürbare Entlastungen. Die Seite von SPD und Grünen hat gesagt: Wir wollen größere Entlastungen. - Das ist richtig. Ich gehörte zu denjenigen, die gesagt haben - wenn Sie mich bitte richtig zitieren würden, Herr Diegel -: „Ja, man kann begrenzt eine höhere Netto neuverschuldung in Kauf nehmen“, weil ich den Nettoimpuls für die Konjunktur, für das Wachstum und für die Beschäftigung so groß wie möglich halten wollte.

Herr Diegel, Sie haben mir zwar häufig zugehört, aber Sie haben mich offenbar nicht verstanden. Sie wissen, dass ich immer dafür eingetreten bin, die damit verbundene zusätzliche Kreditaufnahme auch vorzeitig zu tilgen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Also können Sie sich hier nicht hinstellen und mir sagen, das wollte ich alles den nachfolgenden Generationen auf die Schultern laden. Sie müssten es besser wissen. Ich habe mich in vielen Debatten dazu geäußert, und ich wäre Ihnen dankbar im Sinne eines fairen Umgangs, wenn Sie mich beim Wort nähmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die CDU war nicht bereit, diese 22 Milliarden € Entlastung zu tragen. Wir haben uns gestern noch einmal drei Stunden im Vermittlungsausschuss mit der Frage beschäftigt, ob die vom Bundesfinanzministerium vorgelegten Zahlen korrekt sind oder nicht. Die Zahlen enthielten einen Fehler, weil man dort nicht mitbekommen hatte, dass sich die Zahlen des Ministeriums vor und nach der Steuerschätzung um 1,3 Milliarden € unterscheiden.

Die Frage ist dann gewesen: Welche Konsequenzen sollen daraus abgeleitet werden? Sollte die Konsequenz aus Sicht der B-Seite lauten, bei den Steuerentlastungen für die Menschen herunterzugehen, oder sollte die Konsequenz lauten, dass der Bund den Ländern mehr Geld rüberschieben sollte? Das hat sich dann Gott sei Dank um 21.23 Uhr und 30 Sekunden einigermaßen aufgelöst. Wir haben es geschafft!

Bei den Gemeindefinanzen kommen wir voran: Die Gemeinden werden über Hartz IV, also die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, eine Nettoentlastung von 2,55 Milliarden € erhalten. Richtig ist: ab 01.01.2005. Ich will jetzt nicht alle technischen Details darstellen, weil das nur Redezeit kostet. Außerdem gibt es für die Gemeinden eine Stabilisierung bei der Gewerbesteuer. Das geschieht anders, als das bisher von der A-Seite vorgeschlagen worden ist, nämlich durch die personelle Bemessungsgrundlage, sprich: Die Einbeziehung der Freiberufler entfällt, aber die sächliche Bemessungsgrundlage wird erweitert, und zwar insbesondere durch die Übertragung einer Mindestgewinnbesteuerung von der Körperschaftsteuer auf die Gewerbesteuer.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Auch da hat der originäre Beitrag nicht auf Ihrer Seite gelegen, Herr Diegel, um das deutlich zu sagen. Über das Thema der Mindestgewinnbesteuerung haben wir auch im Vermittlungsausschuss lange gestritten, obwohl erfreulicherweise viele CDU-Kollegen am Rande von anderen Terminen und nach Talkshows gesagt haben: Wir sind auch dafür, dass es in Deutschland zu einer Mindestgewinnbesteuerung kommt. - Und das insbesondere vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir es bei der Körperschaftsteuer bei den großen Kapitalgesellschaften in Deutschland mit einem Verlustvortrag von sage und schreibe 300 Milliarden € zu tun haben. Das beeindruckt schon, und zwar unabhängig davon, auf welcher Seite man in den Parlamenten sitzt.

Ich bin sehr froh darüber, dass ab 01.01.2004 die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe Gesetz wird. Sie wissen, dass wir uns lange über die Trägerschaft gestritten haben. Einerseits hatten Herr Koch und ich einen Konsens; ich sage aber genauso deutlich, dass wir in dieser Frage einen Dissens hatten. Seine grundsätzliche Position, man müsse die Zuständigkeit für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger kommunalisieren, war hinderlich für eine Einigung im Vermittlungsausschuss. Das hat zu viel Zeit gekostet. Die meisten Kommunen wollen diese Zuständigkeit auch gar nicht haben. Die ersten Umfragen geben

zu erkennen, dass nach Lage der Dinge von diesem Optionsrecht, das wir jetzt eingeführt haben, um einen Konsens zu erzielen, vermutlich nicht mehr als 5 bis 10 % der Kommunen in der Bundesrepublik Deutschland Gebrauch machen. Warum? Sie haben gar nicht die Kapazitäten, um über die Unterbringungsaufwendungen hinaus auch noch die Vermittlung für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger zu übernehmen. Das funktioniert nicht.

Einen hohen Stellenwert hat in der Tat das Koch-Steinbrück-Papier gehabt. Sie werden verstehen - bar jeder Koketterie -: Ich habe mich darüber gefreut. Ich fand es gut, dass in der Spitzenrunde, an der ich teilgenommen habe, in der Nacht von Sonntag auf Montag festgelegt worden ist, dass die Bemessungsgrundlage und das Volumen aus dem Koch-Steinbrück-Papier übernommen werden muss, damit wir von den hohen Subventionen herunterkommen. Es gibt nach meiner Erinnerung zwei Ausnahmen: bei den Regionalisierungsmitteln und bei den Mitteln nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

Insgesamt ist das, glaube ich, ein sehr tragfähiges und brauchbares Ergebnis. Allerdings gibt es vier oder fünf grundlegende Erfahrungen, die uns auch weiter beschäftigen werden. Ich will Ihnen diese zum Abschluss meiner Darlegungen deutlich machen.

Herr Moron hat den ersten Punkt getroffen: Es war schon frappierend, dass die CDU nicht bereit war, den Spitzensteuersatz auf 42 % abzusenken - mit der Begründung, das wäre zu stark kreditfinanziert. Die CDU hat gesagt: Dann müssen wir bei den Steuersenkungen etwas weniger stramm vorangehen, und dies machen wir über eine Heraufsetzung des Spitzensteuersatzes und auch - um ein Prozent - über die Heraufsetzung um des Eingangssteuersatzes. Da stellt sich die Frage, wie Sie die Merz'sche Steuerreform finanzieren wollen, bei der Sie auf einen Spitzensteuersatz von 36 % heruntergehen wollen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Selbst nach Aussagen von Herrn Merz haben wir dann ein Finanzierungsdefizit von 5 bis 10 Milliarden €, nach den Berechnungen des BMF 20 Milliarden €.

Frappierend fand ich auch den Hinweis des Kollegen Wulf in dieser abendlichen Runde, der davon sprach, dass ein Spitzensteuersatz von 42 % sozial nicht gerechtfertigt sei. Da würde ich gerne wissen: Ist denn ein Spitzensteuersatz von 36 % vor dem Hintergrund des damit verbundenen Finanzierungslochs sozial gerechtfertigt? Dieser

Frage werden Sie sich in Zukunft bei der Erörterung weiterer Steuermodelle stellen müssen.

(Beifall bei der SPD)

Die zweite Erfahrung wird uns hier weiter beschäftigen: Die B-Seite ist nicht bereit gewesen, beim Subventionsabbau stärker voranzugehen, Herr Rüttgers. An keiner Stelle! Im Gegenteil: Weite Teile der B-Seite haben sogar die vorgelegten Schritte zum Subventionsabbau nicht gewollt.

(Beifall von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Es gab starke Kräfte, die uns zum Koch-Steinbrück-Papier lediglich aufgelistet haben: Das muss raus, das muss raus, das muss raus. - Es gab sehr starke Kräfte, die darauf hingewirkt haben, dass die Einsparvorschläge der Bundesregierung im Haushaltsbegleitgesetz nicht zustande gekommen sind. Sie haben gegenüber der Landwirtschaft eine Klientelpolitik betrieben - die ist "tiefend".

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nach den Einlassungen der B-Seite im Vermittlungsausschuss werden Sie mit mir in diesem Saal keine stark rhetorisch geprägte Auseinandersetzung mehr über zusätzliche Anstrengungen zum Subventionsabbau haben.

(Heinrich Kruse [CDU]: Unglaublich!)

- Das ist gar nicht unglaublich. Das ist alles verbrieft und versiegelt. Alle haben diese Erfahrungen gemacht. Glauben Sie es mir!

Die Infragestellung von der CDU/CSU-Seite, was Koch und ich vorgeschlagen haben, ist sehr beeindruckend.

Bis gestern versuchte ein CDU-Bundestagsabgeordneter auch noch die Gemeinschaftsaufgaben aus dem Subventionsabbau herauszubrechen. Das geschah bis gestern 23 Uhr. Das war einer der letzten Wortbeiträge dazu.

Es war schon etwas merkwürdig, einerseits der Bundesregierung abzuverlangen, sie möge doch weitere Einsparvorschläge zur Refinanzierung der Steuerreform vorlegen, andererseits aber keinen Einsparvorschlag der Bundesregierung zu debattieren.

Wir alle wissen, dass man bei der Eigenheimzulage weiter hätte heruntergehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir alle wissen, dass man auch bei der Entfernungspauschale weiter hätte heruntergehen können. Wir alle wissen, dass auch mit Blick auf das

Koch-Steinbrück-Papier unsere Angebote - ich habe angeboten: dann machen wir doch dreimal 5 %, dann machen wir doch dreimal 6 %,

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

dann machen wir doch bei den Steuervergünstigungen in einem Schlag minus 15 % - in der Spitzenrunde von der B-Seite abgelehnt wurden.

Das ist nicht aufgesetzt nach dem Motto: lieber interessant geschwindelt als langweilig erzählt, sondern das ist Fakt.

(Beifall bei der SPD)

Das war der zweite Punkt.

Der dritte Punkt ist Folgender: Wir alle reden hier über Deregulierung. Was sich die B-Seite beim Handwerksrecht geleistet hat, um es immer weiter zu verkomplizieren, wäre ein Gespräch unter uns wert. Sie hat versucht, die Handwerksordnung, die quasi aus dem alten Zunftrecht resultiert, durch eine Hintertür immer weiter aufrechtzuerhalten. Es sind zusätzliche Formulierungen hineingekommen, die jedem Anspruch an Entbürokratisierung, an Vereinfachung, an Transparenz widersprechen. Das war nicht die A-Seite.

Bis zum Schluss hat insbesondere Herr Kauder versucht, auch den Chirurgiemechaniker noch in die Anlage A hineinzubringen. Warum? Weil in seinem Wahlkreis viele Chirurgiemechaniker wohnen. Ebenfalls bis zum Schluss hat Herr Huber mit Blick auf die Altgesellenregelung probiert, von hinten durch die Brust ins Auge doch wieder eine Prüfung einzuführen, damit sich Altgesellen auch bei Vorliegen bestimmter beruflicher Erfahrungen, beispielsweise in Leitungsfunktionen, garantiert nicht einfach selbstständig machen und einen Betrieb eröffnen können. Das ist nicht die A-Seite gewesen, beim besten Willen nicht.

Was die Kommunalfreundlichkeit betrifft, habe ich schon angedeutet, dass die Vorstellungen von Herrn Koch bei der Zuständigkeit für die arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger alles andere als förderlich waren. Eine solche Zuständigkeit will mit Ausnahme des Landkreistages kein Spitzenverband. Die Position des Landkreistages erklärt sich allerdings aus einer anderen Betroffenheit heraus als die der Städte und Gemeinden, in deren Gemeindegebiet ja gegebenenfalls eine entsprechende Verwaltung zur Vermittlung dieser Sozialhilfeempfänger aufgebaut werden muss.

Das Fazit ist: Ich bewerte das Ergebnis sehr positiv. Ich glaube, dass es den richtigen Rückenwind für 2004 gibt. Ich denke, es täte allen politischen Kräften in der Bundesrepublik und in Nordrhein-

Westfalen gut, dieses Ergebnis nicht unter Wert darzustellen. Von den Volumina verdient es das auch nicht.

Gleichzeitig halte ich dieses Vermittlungsausschussverfahren für einen schlagenden Beweis dafür - Herr Kollege Rüttgers, aus Nordrhein-Westfalen ist neben Ihnen übrigens auch Herr Justizminister Gerhards an den Arbeiten der Föderalismuskommission beteiligt -, dass wir eine Föderalismusreform brauchen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die nächtelangen Sitzungen machen auf die Menschen einen schlechten Eindruck vor dem Hintergrund, dass man bei einer Vielzahl von Themen wirklich zu einem Ergebnis kommen muss und kann, dass sich aber 32 hoch bezahlte Politiker mit einem Tross von ungefähr 200 bis 300 Beamten fünf Tage lang bis in die Nächte hinein auch mit solchen Fragen beschäftigen müssen, die wirklich einen ganz kleinen Maßstab haben. Wir müssen zu einer anderen Arbeitsteilung zwischen Bundestag, Bundesregierung und Ländern kommen.

(Beifall von Edith Müller [GRÜNE])

Das würde dann auch zu einem anderen Charakter und einer anderen Qualität von Vermittlungsausschussverfahren führen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich glaube, dass wir uns hier auch einig werden könnten. Ich fände es sehr gut, wenn wir mit dem Gewicht, das wir in dieser Föderalismuskommission ja gemeinsam auf die Waagschale bringen, zu einer deutlichen Entflechtung und damit einer Arbeitserleichterung kämen, und zwar durchaus unter Hinweis auf dieses Vermittlungsausschussverfahren.

Ich bin Ihnen zum Schluss noch ein paar Sätze dazu schuldig, wie sich das Ganze auf Nordrhein-Westfalen auswirkt. Auswirkungen gibt es in mehrfacher Hinsicht, wie einige von Ihnen zu Recht angesprochen haben. Es ist in der Tat richtig: Es macht sich in mindestens fünf, vielleicht sogar sechs Punkten bemerkbar.

Erstens finden die Steuerreduzierungen nicht in dem Ausmaß statt, mit dem wir bisher kalkuliert haben.

Zweitens. Das Land macht ebenfalls ein Plus, weil die Freiberufler nicht zur Gewerbesteuer herangezogen werden, womit die Anrechnung auf die Einkommensteuer entfällt. Herr Palmer weiß sofort, wovon wir reden. Es handelt sich um einen

durchaus höheren Betrag; ich schätze die Dimension auf 90 Millionen €

Drittens partizipieren wir an der hälftigen Beteiligung an den Veräußerungserlösen des Bundes. Bei insgesamt 5,3 Milliarden € sind das für das Land Nordrhein-Westfalen nach meiner Vermutung ungefähr 580 Millionen €.

Viertens. Wir werden vom Bund im Zusammenhang mit Hartz IV noch einmal besser gestellt.

Fünftens. Wir partizipieren selbstverständlich an der Einführung einer Mindestgewinnbesteuerung.

Aufgrund dieser fünf Positionen bin ich ziemlich sicher, dass wir die Steuerreform neutral finanzieren können und durch diese Operation nicht mit der Verfassungsgrenze in Konflikt kommen werden.

Es gibt zwei andere Bedrohungen, die ich offen legen will, damit ich das Ganze nicht verkürzt darstelle und nicht missverstanden werde. Wir haben es aufgrund der Steuerschätzung mit Mindereinnahmen von 900 Millionen € zu tun, und wir haben die Absicht, die Steuerausfälle der Kommunen zu kreditieren. Diese beiden Punkte werden uns in Kollision mit der Verfassungsgrenze bringen, aber nicht die Finanzierung der Steuerreform. Daher glaube ich, dass die Ergebnisse von Berlin, an denen ich mitwirken durfte, auch aus dieser Perspektive ein gutes Resultat sind. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN - Beifall von Regina van Dintter [CDU])

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Steinbrück. - Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, Herr Dr. Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Jubilate! Ein Ergebnis ist erreicht; die A-Länder sind prima; der Ministerpräsident hat toll verhandelt; Gott sei Dank. - Das war das, was wir gerade gehört haben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Steinbrück, wie haben Sie Ihre Rede begonnen? Herr Wolf habe einen Schwanengesang gehalten und alles schlechtgeredet, und die anderen hätten alles für sich reklamiert, und das dürfe man nicht machen? Und dann haben Sie nichts anderes getan, als die ganze Zeit zu sagen: Ich bin der Größte.

(Beifall bei der CDU)

Lieber Herr Steinbrück, ich habe mir schon in den letzten Tagen - es war ja klar, dass wir diese Aktuelle Stunde abhalten - überlegt: Wie legt man sie eigentlich so an, dass man verhindert, in diesen billigen parteipolitischen Schlagabtausch zu kommen?

(Lachen bei der SPD - Britta Altenkamp [SPD]: Und dann schicken Sie als Ersten Herrn Diegel! Na super!)

Wie macht man das eigentlich? Schauen Sie, Herr Steinbrück, da nützt es eben nichts, hinzugehen und den anderen etwas vorzuwerfen, nachher aber genau dasselbe zu tun und zum Schluss nach dem Motto "Ich bin Ihnen noch etwas schuldig" die Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen in fünf Punkten zu benennen. Wenn ich es richtig sehe, sind doch vier Punkte davon von der B-Seite eingebracht worden; Herr Diegel hat das ausgeführt.

Sie wollten doch mit den Vorschlägen Ihrer Landesregierung die Einnahmesituation erheblich schlechter gestalten, und zwar mit dem Ergebnis, dass wir noch weniger Geld in der Tasche

(Beifall bei der CDU)

und noch höhere Ausgaben gehabt hätten - das bei einem Haushalt, der sowieso schon bis Oberkante Unterlippe verfassungswidrig ist. Das ist doch die Situation.

(Beifall bei der CDU)

Übrigens sei zugegeben, dass der fünfte Punkt, die Mindestbesteuerung für Unternehmen, von der A-Seite eingebracht worden ist. Aber ob es wirklich eine so kluge Idee ist, dass Unternehmen demnächst unabhängig davon, ob sie Gewinn oder Verlust machen, Steuern bezahlen müssen, darüber mögen wir in einer weiteren wirtschaftspolitischen Debatte in Ruhe diskutieren. Das soll mich hier jetzt nicht weiter beschäftigen.

(Beifall bei der FDP)

Ich bin deshalb etwas hin- und hergerissen, weil ich auf der einen Seite sage: Es ist gut, dass es ein Ergebnis gegeben hat, und es ist gut, dass die Parteien gezeigt haben, sich auf ein Ergebnis einigen zu können. Ich habe mir einmal vorgestellt, was eigentlich in diesem Land wenige Tage vor Weihnachten los wäre, wenn die Verhandlungen gescheitert wären. Das wäre eine absolute Katastrophe gewesen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Aber, werter Herr Steinbrück, das kann mich noch immer nicht dazu veranlassen, das zu tun, was

Sie versucht haben, nämlich zu erklären: Sowohl der Ablauf als auch das Ergebnis waren so gut, dass ich hier eine Jubelarie nach dem Motto "Ich muss die Menschen begeistern!" veranstalten kann.

Glauben Sie denn, die Menschen draußen wären dumm und wüssten nicht genau, dass sie zwar auf der einen Seite steuerlich entlastet werden, ihnen aber auf der anderen Seite bei der Eigenheimzulage, der Pendlerpauschale und bei anderen Dingen das Geld wieder weggenommen wird,

(Beifall von Heinz Hardt [CDU])

sodass durch diese Operation am Schluss nur 0,1 % des Bruttoinlandsprodukts als Wachstum übrig bleiben.

Das Ergebnis ist doch - natürlich durch tausenderlei Umstände begründet - nicht gigantisch. Machen Sie also nicht die Nummer "Ich muss die Menschen begeistern! SPD jubele, demnächst kriegen wir wieder die Kurve!" - Sie werden sie nicht bekommen, sondern wir werden das Ergebnis vielleicht, wenn wir ganz gut sind, als Anfang eines Reformprozesses in diesem Land nehmen können, der irgendwann zu Resultaten führt, die die Strukturen verändern.

Erlauben Sie mir zu festzuhalten: Vieles ist gemacht und verändert worden, aber an vielen Stellen, wo wir z. B. richtige Strukturveränderungen wollten, haben Sie und ihre A-Länder das in diesem Vermittlungsprozess verhindert.

(Beifall bei der CDU)

Sie verkünden, sie hätten drei Sachen durchgesetzt:

Das Erste ist die Steuersenkung. - Darüber freue ich mich. Wir haben immer für Steuersenkungen plädiert.

Wahr ist aber auch, dass die Auswirkungen auf den Haushalt noch nicht richtig abzuschätzen sind, allerdings wohl für 2004 und insbesondere für 2005 so positiv nicht sein werden. Das nur als Nebenbemerkung: Es ist schon eine besondere Erfahrung - ich beziehe mich auf die 1 Milliarde € -, dass ein Bundesfinanzministerium nicht in der Lage ist, mit der richtigen Steuertabelle zu arbeiten.

(Zuruf von der SPD: Hör doch auf!)

Und in Ihrer Koalition gibt es, wenn ich Frau Müller richtig zugehört habe, auch unterschiedliche Auffassungen über die Auswirkungen. Herr Steinbrück hat eben gesagt: Aus den vier oder fünf Punkten ergibt sich keine Verfassungswidrig-

keit, aber aus einigen anderen Punkten. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Halten wir fest: Der Haushalt 2004 ist auch nach der von Ihnen in Ihrer Rede gerade geäußerten Aussage eben nach wie vor verfassungswidrig. Deshalb fordere ich Sie auf: Sorgen Sie dafür, dass dieser Haushaltsentwurf endlich verfassungsmäßig wird und wir in Nordrhein-Westfalen wieder eine ordentliche Finanzsituation bekommen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ein weiterer Punkt! Sie fragen in Richtung Union: Wie ist das mit der Senkung des Spitzensteuersatzes? Warum wollten Sie das nicht?

(Ministerpräsident Peer Steinbrück: Wie immer!)

- Nicht wie immer. Sie können nicht einfach etwas behaupten und glauben, es würde keiner widersprechen. Sie wissen ganz genau, dass zwei sehr unterschiedliche Konzeptionen im Raum standen, die übrigens nichts miteinander zu tun haben.

Das eine ist das von Ihnen gewünschte Vorziehen der Steuerreform um ein Jahr mit dem sich daraus ergebenden Problem, dass Sie die Gegenfinanzierung auf Dauer anlegen und nicht gleichfalls auf das eine in Rede stehende Jahr "befristen" wollten - Stichworte: Pendlerpauschale und Eigenheimzulage.

Unsere Auffassung ist: Für eine Vorfinanzierung von einem Jahr belasten wir die Bürgerinnen und Bürger nicht dauerhaft.

Umgekehrt - das wissen Sie - haben wir immer erklärt: Wenn es ein neues Steuersystem gibt à la Kirchhoff, à la Merz, à la Lang, sind wir sofort bereit, über Pendlerpauschale und Eigenheimzulage und alle anderen Subventionsabbaumaßnahmen zu reden. Aber wir werden sie nicht verfrühstücken und damit eine grundlegende Steuerreform unmöglich machen.

Das ist unter Ihrem Niveau, Herr Steinbrück, zu sagen: Ihr wolltet keinen Subventionsabbau!

(Beifall bei der CDU)

Und auch das sei gesagt: Bei allem Verdienst, dass Sie weitergegangen wären - wir haben hier eine Debatte im Hinblick auf den Abbau von Subventionen geführt - und nach Ihren Worten vermehrt Subventionen abbauen wollten, gilt es zu bedenken: Der Abbau von Subventionen muss dann auf alle Bereiche Anwendung finden!

Aber sich auf der einen Seite der Rasenmähermethode zu bedienen und sich über die Diskussion bei der Landwirtschaft zu beklagen und sie als ganz furchtbar zu bezeichnen, und gleichzeitig ein neues Fass von 16 Milliarden € bei der Steinkohle aufzumachen, Herr Steinbrück, passt nun überhaupt nicht zusammen! Das zu benennen hat wirklich nichts damit zu tun, dass man anderen Vorwürfe macht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage das auch im Hinblick auf die Handwerksordnung. Ja, wir sind stolz, dass wir verhindert haben, dass es in Zukunft dort, wo die meisten Lehrlinge in diesem Lande ausgebildet werden, eine gigantische Dequalifizierung gibt, die Sie und Herr Clement einzuführen beabsichtigt hatten.

(Beifall bei der CDU)

Eine solche Dequalifizierung wäre nicht in Ordnung gewesen. Denn es kann nicht sein, dass wir verlangen, überall besser zu werden, aber es beim Handwerk zulassen, dass jeder Lehrlinge ausbilden kann, unabhängig davon, ob er eine entsprechende "Lizenz" für Ausbildung von Lehrlingen erworben hat oder nicht.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege Rüttgers, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Kurzum: Es ist gut, dass wir das gemacht haben.

Herr Steinbrück - da will ich das aufnehmen, was Sie gesagt haben -, wir werden sicher noch über das Verfahren reden müssen. Ich persönlich finde es abartig - ich habe selber jahrelang als Sprecher im Vermittlungsausschuss gesessen -, dass inzwischen vor solchen Verhandlungen über entsprechende Medien eine derartige Drohkulisse aufgebaut wird, die es verhindert, bestimmte Gespräche seriös zu führen. Insofern werden wir sicherlich einer Meinung sein.

Genauso abartig finde ich es, dass einige Personen während der Verhandlungen - das ist kein Vorwurf an die Medien, sondern an diejenigen, die das tun - etwa bei "Christiansen" in der Talkshow über den Verhandlungsstand berichten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Mit einem solchen Verhalten sind wir dabei, die Institutionen dieses Landes nachhaltig zu beschädigen. Das muss in alle Richtungen gesagt werden. Wir werden keine Kompromisse hinbe-

kommen, wenn es nicht wieder gelingt, ein Verfahren durchzuhalten, welches es gestattet, hinter verschlossenen Türen ein offenes Wort sagen zu können. Insofern, Herr Steinbrück, war es nicht gut, dass Sie eben gegen die Usancen die von Kolleginnen und Kollegen in diesen Verhandlungen geäußerten Ansichten zitiert haben. Das war keine starke Nummer.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Rüttgers. - Für die SPD-Fraktion erlaube ich Herrn Vöge das Wort.

Horst Vöge (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht diesen recht blumigen Weg des Kollegen Rüttgers fortsetzen, sondern ganz konkret auf Fragen der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zurückkommen. Hier hat sich sehr viel entwickelt.

Vorab möchte ich feststellen: Jawohl, dieser Reformkompromiss ist auch unter arbeitsmarktpolitischen und sozialpolitischen Gesichtspunkten vertretbar, wenn denn das Ziel erreicht wird, mehr Arbeitsplätze in diesem Land zu schaffen und Bürokratie abzubauen.

Deshalb sagen wir seitens der SPD-Fraktion: Dieser Kompromiss ist - bei allen unangenehmen Härten in Einzelfragen - richtig, um Hartz IV zu realisieren, und wir unterstützen ihn.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Gerade beim Tarifrecht sind wir stolz auf unsere Verhandlungsführung, weil keine gesetzliche Öffnungsklausel vorgesehen worden ist. Ich glaube, dass ist der richtige Beschluss, und das ist gut so. Wir wollen - und das fordern Sie sonst an jeder Stelle - es den Tarifvertragsparteien überlassen. Das sind die richtigen Personen und Verbände und das ist der richtige Weg.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Zu einem positiven Ergebnis gebracht worden ist auch die Frage "Hinzuverdienstmöglichkeiten für Langzeitarbeitslose", die öffentliche Transferleistungen bekommen. Es ist wichtig, dass sie etwas von dem Zuverdienenden behalten können und nicht die Haushaltsgröße, sondern die Höhe des Einkommens eine Rolle spielt. Wichtig ist auch, dass sie die Möglichkeit haben, mit kleineren Arbeitsmarktmaßnahmen, mit kleineren Jobs langsam wieder in ein normales Arbeitsverhältnis hineinzuwachsen.

Zu zwei Dingen sagen wir: Das sind Kröten, die geschluckt werden mussten, und nicht Frösche, die geküsst worden sind. Das betrifft die Themen "Zumutbarkeit" und "Kündigungsschutz".

Hier ist einfach die Furcht vorhanden, dass es über die Zumutbarkeit zu einer negativen Eskalation kommt, indem jemand immer tiefer in den Niedriglohnbereich hineinrutscht. Natürlich besteht auch die Hoffnung, dass jemand, der einen zumutbaren Job annehmen muss - und ich gehe dabei von dem Verantwortungsgefühl der Vermittler aus -, dass er wieder in den Arbeitsmarkt hineinkommt und sich an gewisse Arbeitsmarktprozesse gewöhnt.

Letzteres ist für mich das Pluszeichen, weshalb ich sage: Jawohl, das können wir unterstützen.

Das Ergebnis im Punkt "Kündigungsschutz" ist sicherlich eine Kröte. Aber ich glaube, wenn der Erfolg da ist und wir mehr Menschen in Arbeit haben, und zwar gerade in kleinen Handwerksbetrieben, dann ist das ein positives Signal, das das Negative entsprechend aufwertet.

Was die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe betrifft, glaube ich, dass hier mit der grundsätzlichen Einigung, Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammen zu führen, ein großer Erfolg erreicht wurde. Die Kommunen sparen 2,6 Milliarden Euro. Das ist ein Pfund, das wir nicht einfach links liegen lassen, sondern durchaus nach vorn stellen sollten.

Natürlich sagen wir als Arbeitsmarkt- und Sozialpolitiker: Gut, dass dafür im Prinzip die Bundesanstalt für Arbeit zuständig ist. Und das Optionsmodell, die Aufweichung, die seitens der CDU eingefordert und letztendlich beschlossen wurde, zeigt uns, dass hier noch sehr viel geklärt werden muss. Vor allem die Finanzierung ist noch sehr offen.

Die Betreuung von Arbeitslosen soll im ersten Quartal des nächsten Jahres geklärt werden. Hier geht es natürlich um die Frage: Wer bekommt was?

Grundsätzlich erhalten Kommunen, wenn der Wunsch besteht, eine Fallpauschale. Die Frage, die sich mir grundsätzlich stellt, ist aber: Wie hoch ist die Fallpauschale, kommt sie mehr kommunalen Interessen entgegen, kommt sie mehr Bundesinteressen entgegen?

Die Frage ist auch, ob einer Kommune diese Aufgabe auf Dauer übertragen wird, wenn sie den Wunsch verspürt, oder auf Zeit, und wie es mit einer Befristung aussieht, wenn sich herausstellt, dass sie der Aufgabe nicht gerecht werden kann?

Das sind Detailfragen, und da bin ich fachlich sehr neugierig, wie sich die Aufgabe entwickelt. Ich gehe davon aus, dass wir auch hier im Landtag über diese Detailfragen noch eine Weile diskutieren werden.

Fazit insgesamt aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht: Wir halten den Kompromiss für gangbar, wir halten die Ergebnisse für gut. Das langfristige Ziel, das wir erreichen wollen - Entbürokratisierung, Hilfen für die Kommunen, aber vor allem Hilfen für Langzeitarbeitslose und Sozialhilfeempfänger - rechtfertigt den Kompromiss. Von daher unterstützen wir den Kompromiss, der hier erzielt worden ist. - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Vöge. - Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Freimuth.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann nachvollziehen, dass der Ministerpräsident mit diesem Kompromiss zufrieden ist. Ich kann auch nachvollziehen, dass er zufrieden ist, dass die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss beendet sind und er auch wieder einmal eine Nacht durchschlafen kann, anstatt die Nächte im Kreise von Kolleginnen und Kollegen aus anderen Fraktionen bei Verhandlungen zu verbringen.

Man kann sicherlich auch festhalten, dass dieser Kompromiss zumindest psychologisch besser ist als gar nichts, dass er besser ist als der völlige Stillstand.

Aber, Herr Ministerpräsident - erlauben Sie mir, das zu sagen -: Kritische Anmerkungen haben nichts damit zu tun, dass man irgendeine Sehnsucht nach Hadern oder Ähnlichem hätte, sondern ich habe eine Sehnsucht nach Erfolg. Ich habe die Sehnsucht, dass wir für die Menschen in Nordrhein-Westfalen wirklich etwas erreichen können, dass wir wirkliche Reformen auf den Weg bringen können, und davon sind wir auch mit dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses meilenweit entfernt. Es ist lediglich ein Reförmchen.

Sie haben gerade einen Journalisten vom "Kölner Stadtanzeiger" zitiert, der das positiv kommentiert hat. Wenn Sie andere Zeitungen lesen, sehen Sie sehr wohl, dass deren Kommentare - ich formuliere einmal vorsichtig - nur verhalten optimistisch sind und nach wie vor sehr deutlich aufzeigen, wo in diesem Lande nach wie vor ein Reformbedarf besteht.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube, dass mit diesem Kompromiss, der im Vermittlungsausschuss gefunden wurde, nicht ein einziges strukturelles Problem in diesem Land gelöst worden ist.

(Beifall bei der FDP)

Thema Steuerreform: Wir haben nach wie vor kein einfaches Steuersystem, keine niedrigen Steuersätze und auch keine gerechte Besteuerung, meine Damen und Herren. Wir brauchen dringend eine Strukturreform in unserem Steuersystem. Wir haben dazu Vorschläge gemacht: die sieben Einkunftsarten zusammenzufassen, nach den Steuersätzen 15, 25 und 35 % zu besteuern und im Gegenzug dann auch ganz konsequent die Subventionen abzubauen.

Ich nehme es schon mit etwas Verwunderung zur Kenntnis, was die Kollegin Müller von Bündnis 90/Die Grünen hier gerade erzählt hat, die ganz groß gefordert hat, man müsse in den Subventionsabbau rein.

Gleichzeitig schreibt aber die rot-grüne Bundesregierung die Steinkohlesubventionen fort. Rot-Grün hält an der Ökosteuer fest und belastet damit weiterhin die Bürgerinnen und Bürger. Zu nennen sind auch noch das Wasserentnahmeentgelt und die Praxisgebühr: All dies führen Sie ein und belasten damit die Bürgerinnen und Bürger zusätzlich, sodass bei der Steuerreform unterm Strich überhaupt nichts herauskommt.

Die Steuersenkungen, die nun vorgezogen werden, sind ein Schritt in die richtige Richtung, aber verpuffen natürlich völlig, weil Sie den Bürgerinnen und Bürgern auf der anderen Seite das Geld wieder aus der Tasche ziehen.

(Beifall bei der FDP)

Der Kollege Vöge hat gerade gesagt: Ja, wir arbeiten für mehr Beschäftigung. - Das will ich. Das will die FDP. Ich glaube, das wollen wir auch alle in diesem Land.

Aber es verwundert mich dann schon, dass Sie bei der Reform des Arbeitsrechts wirklich nur kleine Sprünge machen. Der Kollege Moron hat gemeint, es sei ja schon einmal gut, dass der Kündigungsschutz jetzt immerhin für die Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten gelockert ist. - Das hatten wir aber doch alles 1998 schon einmal. Sie haben das wieder geändert!

(Beifall bei der FDP)

Sie haben eine Verschärfung herbeigeführt. Diese Zehn-Beschäftigten-Grenze hatten wir schon ein-

mal. Und sie reicht nach meiner festen Überzeugung auch heute nicht aus, um den kleinen und mittelständischen Unternehmen die Flexibilität zu eröffnen, die sie brauchen, um eben wieder mehr Menschen in Beschäftigung hineinzubringen, wenn ihre Auftragsbücher das erlauben.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch noch das Thema Kommunalfinanzen ansprechen. Wir haben uns in diesem Hause sehr oft damit auseinander gesetzt. Wir haben heftig darüber diskutiert.

Ich stimme dem Ministerpräsidenten ausdrücklich zu, dass es in der Tat jetzt einmal Zeit wird, eine Föderalismusreform auf den Weg zu bringen, und zwar tatsächlich mit dem Ansatz zu mehr Wettbewerbsföderalismus. Ich benutze dieses Wort, auch wenn ich dafür in diesem Hause schon einmal verbal Schläge eingesteckt habe. Es muss sich wieder lohnen, etwas zu tun; die einzelnen Regionen und Bundesländer brauchen tatsächliche Anreize, ihr Land auf Vordermann zu bringen. Ich glaube, dass wir diese Entflechtung auch im Interesse unserer Kommunen benötigen.

Ich erinnere aber an dieser Stelle an die leidige Debatte, die wir hier zum Thema "Verankerung des Konnexitätsprinzips in der Landesverfassung" gehabt haben. Auch hier werden die Kommunen auch nach der Politik dieses Landes immer noch im Regen stehen gelassen. Von einer wirklichen Gemeindefinanzreform, die den Kommunen auch tatsächlich eine eigene Finanzausstattung und Finanzkompetenz gibt, ---

(Ewald Groth [GRÜNE]: Vorschläge auf den Tisch!)

- Ja, Herr Groth, die Vorschläge sind in der Tat auf dem Tisch. Wenn Sie nicht ständig blocken würden, wären wir auch schon erheblich weiter.

(Beifall bei der FDP und bei einzelnen Abgeordneten der CDU - Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, es gäbe hier noch vieles anzumerken. Leider ist meine Redezeit begrenzt.

(Zuruf von der SPD: Gott sei Dank!)

Es bleibt abzuwarten, ob und in welcher Höhe die Privatisierungserlöse erzielt werden. Ich wünsche mir, dass wir die Privatisierung in diesem Land weiter vorantreiben - nicht nur im Bund, sondern auch im Land.

Es wird mit Spannung zu verfolgen sein, wie die Zahlen in den Landeshaushalt eingearbeitet werden. Bislang ist der Landeshaushalt wirklich nur in

seinem groben Gerippe überhaupt beratungsfähig. Es gibt viele Sachen, die wir an anderer Stelle noch diskutieren werden.

Eine ganz entscheidende Frage wird z. B. sein: Was wird denn im Zweifel gemacht, wenn unter dem Strich noch etwas mehr Geld in den Kassen des Landes verbleibt? Senken Sie dann die Neuverschuldung? Oder verteilen Sie doch wieder irgendwelche Geschenke, obwohl Sie vorher gerade vertreten haben, dass das alles nicht mehr notwendig ist? - Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Freimuth, ich bin schon etwas erstaunt darüber, wie Sie sich hier gerade bezogen auf die Gemeindefinanzreform eingelassen haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Von Rot-Grün lagen doch Vorschläge auf dem Tisch, nachgebessert durch die Bundestagsfraktion von Rot-Grün. Alle Gemeindegremienverbände wollten diese Reform.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Alle NRW-Bürgermeister und -Bürgermeisterinnen und Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen wollten das! Diese Reform haben Sie doch verhindert. Das heißt: Sie haben doch die Kommunen zum Spielball für eine Einigung gemacht und Ihre Vorschläge so eingebracht.

Bei allem Respekt und bei allem Dank an alle für dieses Ergebnis, das wir natürlich brauchen und natürlich unterstützen, ist das ein ganz großer Makel. Es gehört doch auch zur Ehrlichkeit, dass die Menschen wissen, an welcher Stelle sie bei wem was abzuladen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ganz klar ist die Kritik in Bezug auf dieses Manko bei Ihnen abzuladen.

Meine Damen und Herren, wir sind natürlich froh darüber, dass es gelungen ist, die Komponenten, die auch in der Gemeindefinanzreform vorher angelegt waren, auch bezogen auf die anderen Elemente jetzt umzusetzen. Vor allem sind wir

froh darüber, dass das, was Sie von der CDU auf Ihrem Parteitag beschlossen haben, nämlich die Gewerbesteuer ganz abzuschaffen, nicht so realisiert worden ist,

(Beifall bei den GRÜNEN)

sodass wir weiterhin Gestaltungsmöglichkeiten bei der Gewerbesteuer haben.

Es ist ganz klar, wer die Verantwortung dafür trägt, dass es hier nicht zu einer weiteren Reform gekommen ist, die die Menschen und die Wirtschaft auch an ihre Kommunen bindet, weil sie die Infrastruktur und die sozialen Einrichtungen in den Kommunen nutzen.

(Manfred Palmen [CDU]: Ich würde mich erst einmal sachkundig machen!)

Meine Damen und Herren, unser Ministerpräsident hat sich gewundert, dass Herr Wolf hier so einen Schwanengesang angestimmt hat. - Ich glaube, Herr Steinbrück, das ist ganz einfach: Herr Wolf hatte nicht das Vermittlungsergebnis vor Augen, sondern seinen FDP-Landesverband. Da ist ein Schwanengesang angebracht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Pinkwart und Wolf sind ja jetzt das Supertandem. Die haben sich aber zu diesem Ergebnis des Vermittlungsausschusses sehr unterschiedlich geäußert. In dem Fall sind sie in keine Richtung gekommen, denn der eine wollte in die eine Richtung, und der andere in die andere.

(Edgar Moron [SPD]: Sie sind nicht einer Meinung!)

- Ganz genau, das ist mir auch aufgefallen, Herr Moron.

Worauf kommt es jetzt an, meine Damen und Herren?

(Manfred Palmen [CDU]: Würden Sie vielleicht einmal zum Thema kommen?)

Wir müssen doch versuchen, die Unsicherheit bei vielen Menschen aufgrund dieses Ergebnisses aufzulösen. Auch wenn die Menschen noch nicht genau wissen, was für sie aufgrund der Be- und Entlastungen unter dem Strich übrig bleibt, müssen wir für den ganz entscheidenden Schritt hin zur Reformfähigkeit der Bundesrepublik werben. Frau Müller hat auf den europäischen Kontext hingewiesen. Es kommt darauf an, dass die Aufschwungsignale positiv umgesetzt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Leider habe ich von der CDU heute noch nichts dazu gehört, ob Sie denn auch bereit sind, an der Gestaltung des Landeshaushalts konstruktiv mitzuwirken. Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie die Effekte, die entstanden sind, mitvertreten? Treten Sie mit dafür ein, bei den Menschen für die Notwendigkeit von Kürzungen und Einschnitten zu werben?

Oder wollen Sie sich wie in den vergangenen Jahren - die diesbezügliche Sorge des Ministerpräsidenten kann ich verstehen - hinstellen und - weil aus irgendeiner Gruppe ein böser Brief kommt - sagen: Nein, hier wollen wir nicht kürzen und dort wollen wir nicht kürzen, dem Personal wollen wir nichts zumuten!? Wollen Sie weiterhin jeder Interessengruppe nachgeben, statt alle Enden zusammenzubinden, um einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen?

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie wiederholen bei jeder Gelegenheit, der Haushalt wäre verfassungswidrig. Sie wissen genau, dass es einen Unterschied macht, ob man über die Verfassungsgrenze geht, um eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwenden, oder im Vorhinein einen verfassungswidrigen Haushalt beschließt. So viel Klarheit und Wahrheit sollten Sie hier schon walten lassen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Sie wissen, dass es unser Interesse sein muss, diesen Weg nicht einzuschlagen. Deshalb setzen wir darauf, dass der Finanzminister und das Kabinett über die Weihnachtstage nacharbeiten, sodass wir im Januar für die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen Landeshaushalt mit dem bestmöglichen Ergebnis beschließen können. Wir Grünen wollen unseren Beitrag dazu leisten. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Für die Landesregierung erteile ich jetzt Finanzminister Dieckmann das Wort.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mehr und mehr bewegt mich die Frage, warum die CDU sich diese Aktuelle Stunde angetan hat. Sie musste doch damit rechnen, dass mit dem nötigen Maß an Zufriedenheit deutlich wird, dass die Entscheidung, die zustande gekommen ist, wichtig war.

Auch die CDU weiß doch, dass sich die Landesregierung der Auswirkungen des Ergebnisses aus dem Vermittlungsausschuss auf den Landeshaushalt bewusst ist. Das ist spätestens seit meiner Einbringungsrede klar, in der ich ausweislich der Seite 10.136 des Plenarprotokolls gesagt habe:

"Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses hat Auswirkungen auf den Landeshaushalt 2004/2005."

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von der CDU, damals habe ich allerdings auch hinzugefügt, dass Sie für das Ausmaß der Auswirkungen eine Mitverantwortung tragen. Ich bleibe bei dem, was der Ministerpräsident ausgeführt hat: Das Ergebnis des Vermittlungsausschusses bleibt hinter dem zurück, was möglich war.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ursächlich hierfür sind drei Gründe:

Erstens. Bei CDU und FDP auf Bundesebene haben die Fundamentalisten über die Realos gesiegt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Zweitens. Die Taktiker haben über die ehrlichen Makler gesiegt.

Drittens. Die Ordnungspolitiker haben über die Kommunalpolitiker gesiegt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was hier dem ernstzunehmenden Thema Gemeindefinanzreform angetan worden ist, ist gravierend. Herr Rüttgers, an der Stelle können Sie versuchen, was Sie wollen: Der A-Seite den schwarzen Peter zuzuschieben, ist schon für sich gesehen ein untauglicher Versuch.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden die Auswirkungen sehr konkret ausrechnen. Herr Diegel, der jetzt nicht mehr da ist, hat schon einmal damit angefangen. Vielleicht rechnet er noch weiter, weil das, was er vorgetragen hat, nur ein Anfang war. Alles ist etwas komplizierter, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil wir bei Hartz IV erst gestern Nacht letzte Feinjustierungen vorgenommen haben, die - lassen Sie mich das ganz deutlich sagen - eine Fülle von Anschlussfragen aufwerfen, die wir hier im Land mit den Kommunen diskutieren werden. Deshalb warne ich ganz deutlich vor vorschnellen Äußerungen.

Es gilt noch, alles, was im Steuerrecht mit dem Korb II zu tun hat, abzubilden. Insgesamt sind wir gut beraten, uns die Details erst einmal anzuschauen.

Schon jetzt kann ich aber ganz deutlich sagen: Zwischen der Kohlepolitik der Bundesregierung und der Landespolitik einerseits sowie dem verabschiedeten Verfahren unter der Überschrift "Koch/Steinbrück" gibt es keine Friktionen. Die Degression ist harmonisiert. Hören Sie also damit auf, die Betroffenen zu verunsichern. Wir haben an der Stelle sehr fein abgestimmt.

Wir werden die Hoffnung nicht erfüllen, im nächsten Haushalt ohne eine Überschreitung der Verfassungsregelgrenze auszukommen. Das macht den Haushalt allerdings nicht verfassungswidrig, weil wir die Voraussetzungen für die Überschreitung belegen und nachweisen werden, dass die Vorgaben des Artikel 83 der Landesverfassung vorliegen: Wir wollen das nach wie vor drohende Ungleichgewicht insbesondere beim Wirtschaftswachstum und der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt abwenden.

Meine Damen und Herren, wie ich bereits angekündigt habe, wird es Anfang des Jahres eine zweite Ergänzungsvorlage geben. Das ändert aber überhaupt nichts daran, dass der Vermittlungsausschuss ein Erfolg für die Bundesrepublik genauso wie für das Land Nordrhein-Westfalen ist, weil dort der Beweis erbracht worden ist, dass das politische System anfängt, die großen Reformschritte zu vollziehen. - Herzlichen Dank!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Finanzminister. - Für die CDU spricht jetzt Herr Weisbrich.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was das Vermittlungsergebnis haushaltstechnisch gebracht hat, haben wir gehört. Für mich hat das allerdings eher sekundäre Bedeutung, weil ich nach dem Beitrag für Wachstum und Beschäftigung frage.

Denn Deutschland in Europa und Nordrhein-Westfalen in Deutschland haben leider eines gemeinsam: Beim Wirtschaftswachstum tragen beide die rote Laterne. Deshalb können wir die Staatsaufgaben ohne gigantische Verschuldung nicht länger finanzieren. Durch das Vermittlungsergebnis, Herr Ministerpräsident, wird sich daran kaum etwas ändern; denn das Votum der Fachleute - anders, als Sie es in einer Kölner Zeitung

beschrieben haben - ist doch sehr eindeutig: Der Berg kreißte und gebär ein Mäuschen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Beschimpfen Sie jetzt den Chefredakteur des „Kölner Stadt-Anzeiger“?)

Meine Damen und Herren, bei uns bleiben Investitionen aus, weil die Arbeitsmarkt- und Tarifstrukturen total verkrustet sind und weil jeder Wille, unternehmerisch tätig zu werden, in einer Regelflut ersäuft.

Sie wissen doch alle: Ohne Investitionen gibt es kein Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum, ohne Wachstum und mit Sparen allein können wir die Einnahmeausfälle nicht ausgleichen, die mit der versprochenen Steuersenkung verbunden sind. Verschulden wir uns bei geringeren Einnahmen weiter, wie das Herr Schröder und die SPD-Seite vorgeschlagen haben, dann ruinieren wir die Zukunft unserer Kinder. Verschulden wir uns nicht, dann ruinieren wir unsere sozialen Sicherungssysteme.

Die CDU will beide Konsequenzen nicht. Deshalb haben wir auf Reformen bestanden, die über eine bessere Verwaltung der Arbeitslosigkeit hinausgehen und die wenigstens in recht bescheidenem Umfang Wachstum und Beschäftigung anregen. Zu dieser Beharrlichkeit, meine Damen und Herren, hatten wir jeden Grund.

Um Ihr Gedächtnis ein wenig aufzufrischen: Noch im Januar versprach der Kanzler, das sinkende Wirtschaftswachstum sei beherrschbar, das Defizit werde unter 3 % liegen, und es werde keine höheren Schulden geben als 18,9 Milliarden €.

Heute, kaum ein Jahr später, sind wir in Europa Schlusslicht beim Wachstum, Spitzenreiter bei der Arbeitslosigkeit, das Defizit liegt bei 4,5 %, und zu den 18 Milliarden € angekündigten Schulden sind schlappe 25 Milliarden € hinzugekommen. - So viel zur Vertrauenswürdigkeit und auch zur ökonomischen Kompetenz der rot-grünen Verhandlungspartner.

Für mich haben Nordrhein-Westfalen, das größte Bundesland, und sein Ministerpräsident, die Chance vertan, zum Reformmotor der Republik zu werden. Herr Ministerpräsident, was haben Sie uns nicht alles versprochen: umfassenden Subventionsabbau, überproportionale Kürzung bei den Steinkohlebeihilfen - ich sehe das Koch-Steinbrück-Papier noch genau vor mir, wo noch nicht einmal das Fachministerium wusste, wie Sie das gerechnet haben -, eine Revitalisierung der Gewerbesteuer.

Ich stelle fest, Herr Ministerpräsident: Nichts, aber auch gar nichts davon wurde eingehalten. Sie haben weder Nordrhein-Westfalen noch sich selbst einen glanzvollen Auftritt verschafft. Wenn es überhaupt einen positiven Effekt gab - das hat Kollege Diegel schon geschildert -, dann waren es die Einsparungen und Lockerungen am Arbeitsmarkt, die Sie dem Einsatz Ihrer Kollegen aus der B-Fraktion zu verdanken hatten, aber nicht Ihrem eigenen Verhandlungsgeschick.

Deshalb wundert mich überhaupt nicht, dass Sie jetzt ersatzweise eine millionenschwere Imagekampagne für Nordrhein-Westfalen starten wollen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Mein Gott!)

Ich rate allerdings zur Vorsicht, dass es Ihnen nicht genauso geht wie Herrn Gerster, der „Bundesanstalt“ sagte und sich selbst meinte.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist Kreistagsniveau!)

Wenn ich mir überlege, was Sie für den Arbeitsmarkt und die Gemeindefinanzen jetzt mit beschlossen haben, dann frage ich mich ernsthaft, warum Sie im Januar unsere Initiative für Wachstum, Beschäftigung und Gerechtigkeit niedergestimmt haben. Auch frage ich mich, was eigentlich aus der Arroganz geworden ist, mit der Sie unser durchaus schlüssiges Konzept zur Neuordnung der Gemeindefinanzen vom Tisch fegen wollten.

(Lachen bei der SPD)

Sie können darauf bestehen, die Gewerbesteuer zu revitalisieren, solange Sie wollen. Das ist kein Instrument eines gerechten und ökonomisch-rationalen Steuersystems. Das werden Sie in der Bundesrepublik nicht mehr hinbekommen. Die Kommunen wären sehr viel besser dran gewesen, wenn Sie mit uns gemeinsam für eine vernünftige Lösung gekämpft hätten, damit die Kommunen wieder investieren können und ihren Beitrag zum Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen leisten;

(Beifall bei der CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Unvorstellbar! Wo waren Sie letzte Woche?)

denn die können das heute nicht mehr. Das ist mit ein Grund dafür, dass das Wachstum in Nordrhein-Westfalen im nächsten Jahr wieder unter dem Bundesdurchschnitt liegen wird. Das RWI hat bereits signalisiert, dass wir wieder einen Wachstumsrückstand von mindestens 0,3 % haben werden. Wenn das so weitergeht, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, dass Nordrhein-Westfalen nicht auf die Beine kommt; denn Nord-

rhein-Westfalen braucht laut McKinsey ein Wachstum von 3,5 %, oder eine weitere Million Jobs an Rhein und Ruhr sind gefährdet. Und das macht mir ernsthaft Sorge.

Ich sehe zudem auch überhaupt keinen Beitrag, den Sie bei den Verhandlungen in Berlin geleistet hätten, um dieses Schicksal von unserem Land abzuwenden. Das werden wir mit einer Senkung der Steuertarife nicht schaffen, und das wird auch durch die Agenda 2010 nicht gelingen. Dazu brauchen wir Reformen, die weit über das hinausgehen, was bisher verhandelt wurde. Dazu sollten Sie, meine ich, einen vernünftigen Beitrag leisten, auf uns zugehen und mit uns gemeinsam Wege suchen, wie wir dieses Problem in den Griff bekommen können. - Schönen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. - Für die SPD spricht jetzt Herr Baranowski.

Frank Baranowski (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben heute Morgen viel von halbvollen oder halbleeren Gläsern gehört. Was die Reform der Gemeindefinanzen angeht, ist zwar jetzt Wasser im Glas, aber ich finde, das Glas ist nach wie vor viel zu leer.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich begrüße ausdrücklich, dass den Kommunen durch das Ergebnis des Vermittlungsverfahrens endlich zu ein wenig mehr Luft verholten wurde. Ich begrüße auch ausdrücklich - und das war höchste Zeit -, dass es jetzt eine Regelung zur Übernahme der Kosten für die Langzeitarbeitslosen gibt. Das sind, meine Damen und Herren, Schritte in die richtige Richtung. Aber wir brauchen mehr von diesen Schritten in die richtige Richtung für die Städte und Kommunen.

Es stellt sich die Frage, die heute schon mehrfach erörtert wurde, ob da nicht auch mehr drin gewesen wäre. Ich sage: Ja, da wäre auch mehr drin gewesen, wenn die Gemeindefinanzreform nach zweijähriger Vorbereitungszeit - Ihre Vertreter saßen mit in dieser Kommission - nicht zur Verhandlungsmasse im Vermittlungsverfahren degradiert worden wäre. - Das, meine Damen und Herren, haben weder die Kommission noch die Kommunen verdient.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bedaure ausdrücklich, dass nicht mehr an Reform gegen den erklärten Widerstand der CDU/CSU-geführten Länder durchzusetzen war.

In dem Zusammenhang nimmt Ihnen, Herr Wolf und Frau Freimuth - sie sind jetzt wohl nicht mehr anwesend; und deshalb darf ich Sie bitten, ihnen dies auszurichten -, die Krokodilstränen, die Sie vergossen haben, keiner ab.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben nämlich das Kommunalmodell nicht unterstützt, nicht einmal in den Kommunen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Richtig!)

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Gilt das, was die Bertelsmann-Stiftung festgestellt hat, heute nicht mehr für Sie? Ich zitiere: "Die deutschen Kommunen befinden sich seit über 20 Jahren in einem krisenhaften Entwicklungsprozess ..." 20 Jahre - davon gehen maximal fünf auf unsere Kosten, aber 15 auf Ihre. Sie sollten sich da einmal an die eigene Nase fassen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Ich zitiere weiter: "... , der unter den aktuellen Bedingungen einem Höhepunkt zustrebt." Jetzt kommt es: "Diese Krisen"

(Widerspruch und Unruhe bei der CDU)

- Herr Lindlar, hören Sie gut zu - "sind nicht durch ein kurzfristiges finanzielles Notprogramm für die Kommunen zu meistern, sondern müssen durch die Behebung ihrer Ursachen überwunden werden." Es geht um die Ursachen, meine Damen und Herren, und davon ist nichts zurückzunehmen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Es gibt auch nichts davon zurückzunehmen, dass die Gewerbesteuer in ihrer jetzigen Form nicht zukunftsträchtig ist. Auch da sind sich alle kommunalen Spitzenverbände einig. Nur: Nicht die von Ihnen geforderte Abschaffung ist die Antwort.

(Zurufe von der FDP: Doch, doch!)

Die Antwort liegt vielmehr in der Verbreiterung für alle lokalen Unternehmen sowie sämtliche wirtschaftlich tätigen Personen. Das gilt auch für die Freiberufler. Das wollten Sie allerdings von Anfang an nicht. Wir haben gerade Herrn Weisbrich gehört. Er will das auch heute nicht. Das heißt: Sie ignorieren das, was zwei Jahre lang erarbeitet wurde. Sie ignorieren das, was Ihnen Kommissionen und die Bertelsmann-Stiftung ins Stammbuch geschrieben haben. Sie schieben all das weg.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie ignorieren auch die Ratschläge und eindringlichen Mahnungen Ihrer eigenen Oberbürgermeister,

(Zuruf von Hans Peter Lindlar [CDU])

und zwar aus strategisch-taktischen Gründen. Sie ignorieren sie - nach den Ausführungen von Herrn Weisbrich - auch heute noch.

Ich gestehe unumwunden: Sie haben sich in dieser Frage sogar durchgesetzt. Freiberufler und ertragsunabhängige Elemente werden nicht einbezogen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Glückwunsch! Ich aber sage: leider. - Wir können uns damit nicht zufrieden geben, dass die Gewerbesteuer jetzt "gerettet" wurde. Denn das muss in den Ohren der Kommunalpolitiker ein bisschen wie Hohn klingen. Ich sage Ihnen: Mit Ihrer Strategie haben Sie den Kommunen und Ihren eigenen Oberbürgermeistern einen Bärendienst erwiesen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wenn ich lese, wie Ihre Oberbürgermeister reagieren - Herr Wittke ist maßlos enttäuscht, und Herr Reiniger ist frustriert -, so sage ich Ihnen: Schöne Grüße von Ihren Oberbürgermeistern. Sie sollten einmal darüber nachdenken, ob Ihre Strategie wirklich die richtige war.

Ich glaube, es wäre mehr möglich gewesen. An Vorschlägen hat es nicht gefehlt. Das Land Schleswig-Holstein hatte das Kommunalmodell eingebracht. Und auch das Regierungsmodell wäre für die Kommunen mehr gewesen als das, was jetzt erreicht wurde.

Die grundlegende Gemeindefinanzreform ist auf der Strecke geblieben. Angesichts einer zweijährigen Vorbereitungszeit verhehle ich nicht, dass mir dieses Ergebnis nicht ausreicht. Auch die Absenkung der Gewerbesteuerumlage entlastet unmittelbar nur gewerbesteuerstarke Kommunen wie München, Frankfurt und Düsseldorf, aber gewerbesteuer schwache Kommunen wie Duisburg, Oberhausen und Gelsenkirchen profitieren in wesentlich geringerem Umfang.

(Zuruf von Hans Peter Lindlar [CDU])

Meine Damen und Herren, daraus ergibt sich: Die strukturellen Probleme sind keinesfalls gelöst. Die Gemeindefinanzreform ist durch das Vermittlungsergebnis aufgeschoben, aber nicht aufgehoben. Das Thema bleibt - jedenfalls für meine Fraktion - auf der Tagesordnung. Vor Weihnachten

darf man vielleicht einen Wunsch äußern, meine Damen und Herren von der Opposition: Gehen Sie über Weihnachten in sich. Denken Sie noch einmal gut über die ganze Thematik der Gemeindefinanzen nach. Springen Sie 2004 über Ihren Schatten. Und hören Sie auf Ihre Oberbürgermeister. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Baranowski. - Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht mehr vor. Ich **schließe** damit die **Aktuelle Stunde**.

Ich rufe auf:

3 METROEXPRESS AUF DIE SCHIENE SETZEN

Ein leistungsfähiges Schienennetz im Ballungsraum Rhein-Ruhr sichert die Pünktlichkeit im gesamten Bahnnetz in Deutschland

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4739

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion dem Kollegen Wirth das Wort.

Gerhard Wirth (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu unserem heutigen Antrag darf ich vorausschicken - das mache ich zudem in Verbindung mit dem vorherigen Thema, das wir hier gerade behandelt haben -, dass ich froh darüber bin, dass vor allem im Bereich des Schienenverkehrs - hier denke ich insbesondere an die Regionalisierungsmittel - gestern im Vermittlungsausschuss so verhandelt worden ist, dass die beabsichtigte Streichung weitestgehend zurückgenommen worden ist. Ich glaube, das ist ein gutes Zeichen - gerade auch für Nordrhein-Westfalen; denn wir brauchen hier in Nordrhein-Westfalen die Schiene.

Nun aber zu unserem Antrag; denn auch die Finanzierung für ein solches Projekt ist wichtig. Sie wissen, dass diese Finanzierung über Regionalisierungsmittel und in Verhandlungen mit dem Bund bereitgestellt werden muss. Warum verfolgen wir das Ziel, den Metroexpress in Nordrhein-Westfalen auf die Schiene zu setzen?

Nachdem sich aus vielerlei Gründen die Umsetzung des Metrorapid in Nordrhein-Westfalen nicht darstellen ließ, benötigen wir trotzdem ein Verkehrssystem der Zukunft. Gerade die letzten Wochen und Monate haben gezeigt, dass das, was wir in Nordrhein-Westfalen machen - auch wenn wir 100 Millionen Zugkilometer hier im Nahverkehr fahren -, nicht das Gelbe vom Ei ist, sondern viele Macken hat. Das hängt damit zusammen, dass der Fahrplan in Gänze ausgereizt ist. Wir haben keine weiteren Kapazitäten.

Wie aber wollen wir die Zukunft in Nordrhein-Westfalen bewältigen, wenn wir die Pendlerströme von der Straße auf die Schiene bringen möchten? - Da gibt es aus unserer Sicht nur ein vernünftiges Rezept. Das bedeutet, dass wir eine separierte Trasse für einen Metroexpress in Nordrhein-Westfalen benötigen, und zwar auf der Achse zwischen Dortmund, Düsseldorf und Köln.

Welche Voraussetzungen muss dieses System haben? - Es muss technische Innovation mitbringen und übertragbare Lösungen vorweisen können. Es muss wie auch bei der Magnetschwebetechnik eine Technologie sein, die auch den Export für unsere deutsche Bahntechnik eröffnet. Zudem muss es die Chance bieten - das, was wir alle wollen -, den motorisierten Individualverkehr auf die Schiene zu verlagern.

Diese Voraussetzungen müssen geschaffen werden. Wie soll das umgesetzt werden? Wir brauchen auf dieser Strecke dann einen Zehn-Minuten-Takt. Das war auch bei der Magnetschwebetechnik so geplant. Wir brauchen aber, um diesen Zehn-Minuten-Takt zu fahren, ein separates Trassensystem. Das geht nicht innerhalb des vorhandenen Systems, denn wir erleben es tagtäglich - ich habe schon darauf hingewiesen -, dass Verspätungen oder Zugausfälle eine Kettenreaktion nach sich ziehen. Dann können Sie einen Zehn-Minuten-Takt nicht einhalten, den wir dringend benötigen, um das Ziel zu erreichen.

Wir brauchen ein Fahrzeug, das einen optimalen Fahrgastwechsel erlaubt. Wir brauchen ein Fahrzeug, das im Gegensatz zu den vorhandenen Radschienenfahrzeugen optimale Beschleunigungswerte, optimale Bremswerte hat. Und wir brauchen ein Fahrzeug, das im Gegensatz zur heutigen Radschientechnologie einen besseren Lärmschutz hat. Dieser kann bei der Entwicklung des Fahrzeuges selber einsetzen. Die Lärmemission kann aber auch - dafür gibt es schon Beispiele - direkt bei den Schienen durch Einschaltungen gedämmt werden.

Nur ein solches System wird meiner Meinung nach die Akzeptanz in einem Ballungsraum wie Rhein/Ruhr finden. Denn wir fahren hier nicht nur die Menschen, sondern wir fahren auch an Menschen vorbei. Deswegen müssen wir ein innovatives, optimales lärmemissionsarmes Fahrzeug entwickeln. Ich glaube, dass die Industrie zum Teil schon über solche Fahrzeuge verfügt. Hier müssen sicherlich noch Verbesserungen vorgenommen werden. Ich denke aber, dass die Industrie solche Fahrzeuge in einem absehbaren Zeitraum zur Verfügung stellt.

Die Chance eines solchen Radschienesystems liegt darin, dass wir es nicht von heute auf morgen auf die Schiene setzen müssen, sondern dass wir im Gegensatz zu dem bisher favorisierten System die Schiene schon haben, ein Fahrzeug auf die Schiene setzen und so sukzessive eine Fortentwicklung erreichen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jeder weiß, dass wir nicht von heute auf morgen die Strecke von Dortmund bis Köln ausbauen können, sondern nur in bestimmten Teilbereichen. Das Endziel soll eine separate Trasse sein. Das braucht wegen der Planungsvorläufe aber Jahre. Aber wir können schon anfangen und auf bestimmten Teilstrecken mit dem Fahrzeug beginnen.

Ich sehe, meine Redezeit ist zu Ende. - Wir haben uns darauf geeinigt, dass wir den Antrag heute überweisen. Ich würde mich freuen, wenn wir in diesem Punkt große Einigkeit im Landtag bekommen würden. Alle haben doch das gleiche Ziel. Ich hoffe, dass wir im Ausschuss eine fruchtbare Diskussion haben werden. Wir haben uns ja darauf geeinigt, dann hier die Diskussion abzuschließen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Wirth. - Für die CDU-Fraktion erteile ich jetzt dem Kollegen Hardt das Wort.

Heinz Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nun ist der Antrag zum Metroexpress von Rot-Grün noch rechtzeitig vor Weihnachten auf dem Tisch. Damit er kein politischer Wunschzettel bleibt, muss im Einzelnen und im Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen noch einiges vertieft werden, damit daraus eine wirksame Handlungsoption aller Fraktionen in diesem Landtag gemacht werden kann.

So wichtig dieser Antrag auch sein mag: Die finanzielle Realität in Berlin ist für dieses Projekt noch lange nicht gegeben. Das Wort "gesichert" nimmt in Berlin noch keiner in den Mund. 2 Milliarden € Gesamtkosten - wie Sie sagen, Herr Wirth -, verteilt über viele Jahre - ich sehe das ähnlich so - für ein schnelles, auf eigenen Gleisen fahrendes S-Bahnsystem von Köln nach Dortmund muss erst einmal geschultert werden, Regionalmittel hin oder her.

Es ist richtig, dass wir das Verkehrsangebot vor allem im Ballungsraum optimieren, Stadtverknüpfungen verdichten und in einem verlässlichen 20-Minuten-Takt Fläche und Ballung optimal vernetzen. Die heutige Infrastruktur des Schienennetzes ist in Nordrhein-Westfalen nicht im besten Zustand. Hiervon sind der Fernverkehr und der Nahverkehr in gleichem Maße betroffen. Oberstes Ziel sollte es sein, diesen Mischverkehr zwischen Fern- und Nahverkehr mit den unterschiedlichen Geschwindigkeiten auf den heutigen Schienentrassen wirksam mit neuen Gleisen zu entzerren.

Auch die CDU-Landtagsfraktion hat sich in ihrem Antrag Drucksache 13/2336 vom vergangenen Jahr - Stichwort: S-Ringbahn zwischen der Rhein-, Ruhr- und Wupper-Region - für eine attraktivere, schnellere S-Bahn auf eigenen Gleisen ausgesprochen.

Ich weiß heute auch noch nicht, ob die in dem vorliegenden Antrag von Rot-Grün gestellte Forderung, das gesamte Projekt noch in einem Bundesverkehrswegeplan abzusichern, erfüllt wird, so apodiktisch das in Ihrem ersten Spiegelstrich auch klingt. Was machen Sie, wenn das misslingt? Ist das Projekt dann gescheitert?

Der Entwurf des Bundesverkehrswegeplans liegt seit einiger Zeit auf dem Tisch. Das Tauziehen um die Länderquoten hat schon lange begonnen. Auf einen fahrenden Zug zu springen, ist immer riskant, insbesondere wenn dieser noch die Kurve des Bundesrates zu nehmen hat. Vielleicht gelingt es uns, auch andere Finanzierungsquellen zu erschließen. Das kommt alles auf einen Versuch an.

Darüber hinaus wäre ich vorsichtig mit der Umetikettierung dieses so notwendigen S-Bahnsystems für NRW. Im "Düsseldorfer Signal" heißt es auf Seite 10 bei Ministerpräsident Steinbrück: "Wir verzichten auf den Metrorapid und gewinnen die Bereitschaft des Bundes für eine Metro-S-Bahn." Daher beantragen wir als CDU-Landtagsfraktion, diesen Antrag auch in den Verkehrsausschuss zu überweisen. Ich glaube, dass das der richtige Weg ist.

Wir sind bereit, bis zur nächsten Plenarsitzung im Januar an einer gemeinsamen Entschließung zu diesem Thema konstruktiv mitzuarbeiten. Die CDU-Opposition erwartet aber auch einen fairen Dialog mit den Koalitionsfraktionen in dieser Sache. Sonst macht diese Operation keinen Sinn. Ich bin bereit, im Interesse des Landes dies auszuloten. Mir wäre wirklich wohler, wenn wir in Nordrhein-Westfalen ein schnelles S-Bahn-System hätten, das grundsätzlich auf eigenem Gleiskörper mit maximal 160 km/h pünktlich mit einem ausreichenden Sitzplatzangebot sowie mit einer S-Bahn-Komfortfahrzeugtechnik für unsere Bürger bereitstünde.

Abschließend sage ich noch in dieser Adventszeit 2003: Konzentrieren wir uns aufs Gelingen! Das finanzielle Zeitfenster auch einer Fußballweltmeisterschaft ist noch für eine kurze Zeit offen. Das kann eventuell auch helfen. Vielleicht gilt hier der Spruch: Wer wagt, gewinnt! - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Hardt. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hardt, vielen Dank für das offene und konstruktive Angebot seitens der CDU-Oppositionsfraktion, den Antrag, den wir heute einbringen, mit uns gemeinsam zu beraten. Wir alle sollten auf die Verbesserungen blicken, die er für die Menschen im Rhein-Ruhr-Raum bringen wird, den Plan sauber formulieren und dann, wenn möglich, gemeinsam umsetzen.

Im Idealfall müsste es natürlich das Anliegen aller Fraktionen hier im Landtag sein, für die rund 11 Millionen Menschen im Ballungsraum Rhein-Ruhr die entsprechende Verbesserung zu organisieren und gemeinsam mit dem Bund dieses Projekt zu verwirklichen. Wir brauchen dabei den Bund, der, wie Minister Stolpe bereits geäußert hat, für dieses Projekt in einer besonderen Weise Anerkennung findet, weil er weiß, dass diese Strecke in dem Konzept der Bahn eine Rolle spielt. Wir reisen heute mit dem Zug von Dortmund nach Berlin in etwa drei Stunden, von Düsseldorf nach Frankfurt in gut eineinviertel Stunden. Diese Fernverkehrsverbindungen sind extrem schnell und oft sogar pünktlich. Demgegenüber gibt es einen Engpass zwischen Dortmund und Düsseldorf sowie zwischen Dortmund und Köln. Hier ist ein Angebot auf der Schiene, wie wir es im Sommer bereits vorgeschlagen hatten,

nämlich ein Metroexpress, wirklich von ganz entscheidender Bedeutung.

Wir wünschen uns übrigens, Herr Hardt, sogar einen Zehnminutentakt, wenn es am Ende möglich sein sollte. Das hängt dann von der technischen Umsetzung ab. Des Weiteren wünschen wir uns ein System, das möglichst auf eigenem Gleiskörper diese flotte Verbindung zwischen Dortmund und Düsseldorf schafft. Für die Menschen ist ein solches System Voraussetzung für Mobilität. Nachdem wir uns das technologisch fortschrittliche System Metrorapid aus den verschiedensten Gründen - nicht zuletzt aus verkehrstechnischen Gründen - nicht leisten konnten und wollten, werden wir nun darauf abheben, einen Metroexpress zu planen, wie wir es in dem Antrag zum Ausdruck bringen.

Dabei werden wir den Bund in die Pflicht nehmen. Wir haben als Land ein Interesse an diesem Projekt. Aber wir sehen die Bedeutung dieses Projekts nicht allein als S-Bahnprojekt, sondern als Fernverkehrsprojekt, weshalb nach unserer Auffassung der Bund in einer besonderen Verantwortung steht, von der auch Minister Stolpe schon gesprochen hat.

Insofern ist unser Antrag ein Beschleunigungsangebot. Wir wollen gemeinsam mit den anderen Landtagsfraktionen darüber eine Debatte führen und diese leistungsfähige Schienenverbindung so schnell wie möglich umsetzen. Es geht dabei nicht um eine Phantomdebatte, Herr Rasche, wie Sie es in Ihrer Pressemitteilung zum Ausdruck gebracht haben, sondern um den Versuch, für die Menschen im Land eine Konzeption umzusetzen, die der Region, aber auch der gesamten Republik ein Stück mehr verkehrlichen Fortschritt bringt. Dafür stehen die Vorteile, die zum Teil schon von den Kollegen Wirth und Hardt aufgezählt worden sind.

Deswegen müssen wir nicht die Debatte beenden, sondern sie mit diesem Antrag auf die Schiene setzen, damit möglichst noch vor der Weltmeisterschaft 2006 auch der Zug auf der Schiene steht, vielleicht noch nicht auf neuen Gleisen - das Stufenkonzept ist von Gerd Wirth angesprochen worden -, aber doch auf Gleisen, die uns in die Zukunft tragen.

Es geht um ein Verkehrsprojekt für Nordrhein-Westfalen, das auch dem Thema, auf das wir gleich noch zu sprechen kommen werden, Rechnung trägt: Wir wollen keinen Stau, sondern Mobilität. Das lässt sich am besten auf der Schiene erreichen. Die Grünen wissen das schon lange; alle anderen treten dieser Auffassung bei. Das ist gut

so. Wir wollen diese Gemeinsamkeit mit diesem Antrag hier im Landtag befördern. Ob wir ihn schon im Januar werden beraten können, Herr Hardt, werden wir sehen. Auch im Februar wäre es noch machbar. Entscheidend ist, dass es schnell geht. Insofern sollten wir diese Diskussion auf der Basis dessen, was Sie, aber auch Herr Wirth dankenswerterweise schon angesprochen haben, schleunigst miteinander führen.

Die Grünen stehen für den Metroexpress, freuen sich nicht nur auf die WM, sondern auch auf dieses schnelle Nahverkehrsmittel, und hoffen, dass der Bund an seine Zusagen das knüpft, was wir für unser Land dringend brauchen, damit die Menschen flott vorankommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Keymis. - Jetzt spricht für die FDP Herr Rasche.

(Gerhard Wirth [SPD]: Jetzt gib dir mal Mühe!)

Christof Rasche (FDP): Das mache ich immer. - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Laub ist gefallen, aber zahlreiche Verspätungen bei der Bahn sind geblieben. Die technischen Probleme sind nach wie vor völlig ungelöst. Das bestehende Schienennetz reicht bei weitem nicht aus: nicht für den ITF 2 und schon gar nicht für den groß angekündigten ITF 3. Für einen sinnvollen und verlässlichen Bahnverkehr benötigt Nordrhein-Westfalen dringend ein leistungsfähiges Schienennetz.

Herr Keymis, ich sage es noch einmal ganz deutlich, um es auf den Punkt zu bringen: Nordrhein-Westfalen braucht nicht schon wieder eine Phantomdebatte, die von irgendwelchen Schwächen in der Verkehrspolitik ablenkt, sondern wir brauchen ein belastbares Planungs- und Finanzierungskonzept für den dringend notwendigen Ausbau des Schienennetzes. Trotz zahlreicher Ankündigungen der Bundes- und der Landesregierung liegt bis heute kein schlüssiges, ja überhaupt kein Konzept vor.

Herr Hardt hat Recht: Es wird mit verschiedenen Namen gespielt: Metroexpress-S-Bahn, wie es zunächst der Ministerpräsident formulierte, dann S-Bahn, Schnell-S-Bahn, Rhein-Ruhr-Express und dann wieder Schnellbahn. Ich habe den Eindruck, hier sind - auch vom Ministerpräsidenten - viele Schnellschüsse abgegeben worden, die das Projekt und die Lösung unserer Verkehrsprobleme keinen Schritt weiterbringen.

Die Grünen haben am 8. Juli 2003 einen weissen Beschluss gefasst, der mit einem Beschluss der FDP identisch war: Es sollen die Fehler, die hinsichtlich des Metrorapid in der Vergangenheit gemacht worden sind, nicht wiederholt werden; als Erstes muss die Bereitstellung der Bundesmittel auf höchster Ebene zwischen der Bundes- und der Landesregierung verbindlich geklärt werden. Hier, lieber Herr Keymis, liegen wir wirklich auf einer Linie, was in der Verkehrspolitik nicht immer so ist.

Was haben wir denn bis heute? Es liegt überhaupt kein Finanzierungskonzept auf dem Tisch, es gibt unverbindliche Aussagen vom Bundeskanzler und vom Bundesverkehrsminister. Aber es ist wieder einmal nichts dahinter. Daraus ergibt sich doch automatisch die Frage, ob auf Nordrhein-Westfalen eine Finanzierungsbeitragsleistung in einer Größenordnung von 1 Milliarde € zukommt und, wenn ja, wie wir das überhaupt finanzieren können. All diese Fragen sind unbeantwortet.

Die Finanzierung des Projekts Metroexpress ist damit mindestens genauso ungeklärt wie die Finanzierung des bereits beerdigten Metrorapid. Meine Damen und Herren, wenn wir wirklich einmal ehrlich sind - das ist für ein vernünftiges Ergebnis wichtig -, dann müssen wir doch sagen, dass es so gut wie aussichtslos ist, den Metroexpress im Bundesverkehrswegeplan unterzubringen. Selbst die SPD-geführten Länder lehnen diese Aufnahme in den Bundesverkehrswegeplan konsequent ab.

Natürlich ist auch die FDP bereit, in den weiteren Beratungen des Verkehrsausschusses für den erforderlichen Ausbau des Schienennetzes in NRW zu kämpfen. Ich traue den Verkehrspolitikern - ich kenne sie gut - aller vier Fraktionen durchaus zu, nicht nur einen Kompromiss auf dem kleinsten Nenner, wie es bei der Aktuellen Stunde gesagt wurde, sondern auch die Erarbeitung eines umsetzbaren Konzeptes zu erreichen.

Die FDP wird aber nicht eine Phantomdebatte führen - das sage ich noch einmal ganz deutlich -, die von verkehrspolitischen Schwächen dieses Landes ablenkt und erneut den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes falsche Hoffnungen macht. Die Bürger wollen endlich verlässliche und pünktliche Züge sowie einen vernünftigen Komfort. Alles, was dazu beiträgt, wird die FDP in die Debatte im Verkehrsausschuss einbringen und unterstützen.

Meine Damen und Herren, abschließend noch einmal ganz deutlich: Nordrhein-Westfalen braucht ein leistungsfähiges Schienennetz und

verlässliche Zugverbindungen. Das ist entscheidend und wichtig. Wie ein Zug heißt, ist für die FDP und für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes völlig nachrangig. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. - Für die Landesregierung erteile ich jetzt Herrn Minister Dr. Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Hardt hat eine sprachliche Anleihe an die Weihnachtszeit genommen und von einem Wunschzettel gesprochen. Ich mache etwas Ähnliches und nehme eine Anleihe an die Adventszeit, für die ja insbesondere der Liedvers "Macht hoch die Tür ..." steht. Vielleicht ist auch das ein geeignetes Bild. Aus meiner Sicht ist das so.

Ich glaube, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass die Tür, um in der Verantwortung des Bundes eine Schnellbahn in Nordrhein-Westfalen zu bekommen, weit aufgestoßen ist und dass wir alles dafür tun sollten, dass diese Tür nicht wieder zuschlägt. Wenn es möglich ist - auch so weit will ich das Bild strapazieren -, dann sollten wir uns verabreden, gemeinsam durch diese Tür zu schreiten, um das Ziel zu erreichen.

Ich glaube, die Chancen dafür sind trotz mancher zutreffend beschriebener objektiver Schwierigkeiten, die ich nicht in Abrede stelle, so schlecht nicht. Die Frage, wie sich die Finanzierung im Einzelnen ausgestalten soll, muss sicherlich noch beantwortet werden. Aber es ist für mich ermutigend, dass nicht nur der Bundeskanzler dem Ministerpräsidenten ein politisches Wort dazu gegeben hat, sondern dass der Bund, wie wir aus dem Arbeitsprozess, der im Übrigen sehr konstruktiv verläuft, wissen, inzwischen das Angebot gemacht hat, die Federführung für den Planungsprozess dieser Schnellbahn in Nordrhein-Westfalen zu übernehmen. Ich erkenne darin ein Ausmaß der nicht nur fachlichen, sondern auch politischen Verpflichtung der Bundesregierung gegenüber diesem Projekt, das ich beachtlich finde und uns zumindest in den Stand versetzt, von einer großen Chance zu sprechen.

Ich möchte nun - an die Öffentlichkeit gerichtet, denn die Experten wissen es ja - bereits an dieser Stelle ein Wort in der Sache sagen. Der Antrag der Koalitionsfraktionen lautet: "METROEXPRESS AUF DIE SCHIENE SETZEN". Das ist

richtig und zu begrüßen. Man kann aber nicht häufig genug darauf hinweisen, dass diese Schiene, auf der der Metroexpress schlussendlich fahren soll, in großen Teilen noch gebaut werden muss. Mit anderen Worten: Hinter dem Projekt verbirgt sich in erster Linie die Absicht, die Gleisinfrastruktur, die Netzinfrastruktur in Nordrhein-Westfalen zu verbessern. Alle, die sagen, dass das, was wir in diesen Tagen erleben, auch etwas mit einer bis an den Rand der Kapazität ausgenutzten Schienenkapazität in Nordrhein-Westfalen zu tun hat, haben Recht.

Für uns steht deshalb der Metroexpress für eine durchgreifende Verbesserung der Schieneninfrastruktur in Nordrhein-Westfalen, die wir dringend brauchen, wenn wir uns fragen, wie im Jahre 2010, 2015, 2020 Schienenpersonenverkehr in Nordrhein-Westfalen möglich sein soll. Das ist die strategische Option für jeden, der darauf setzt, dass der Schienenpersonenverkehr eine bedeutende Zukunft haben wird, und zwar durchaus auch im Verhältnis zu den Individualverkehrsmitteln.

Ich will an dieser Stelle nicht in weitere fachliche Fragen einsteigen; dazu reichen fünf Minuten Redezeit auch nicht aus. Wichtig ist mir nur eines: Wir müssen ein Verkehrsmittel mit Fernverkehrsqualitäten haben. Aus diesem Grunde spreche ich nicht von S-Bahn, sondern von einer Expressbahn, von einer Schnellbahn, die in der Lage sein muss, die Metropolregion Rhein-Ruhr mit ihren 11 Millionen Menschen im Einzugsbereich, mit ihren acht Oberzentren, mit ihren zwei internationalen Flughäfen so miteinander zu verbinden, wie es eine S-Bahn, die ja ein Verkehrsmittel für einen einzigen großstädtischen Raum ist, eben nicht kann.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Wir müssen aber nicht, was die fachlichen Eigenschaften, die konzeptionellen Eigenschaften des Verkehrsmittels angeht, zu früh die Worte wechseln. Vielleicht wäre es ganz gut, wenn wir das in Rede stehende Verkehrsmittel besser als mit einem Fachwort, das möglich ist, mit einem Wort, das den Raum meint, dass die Region bezeichnet, das die Verbindungsqualität ausdrückt, bezeichnen und gemeinsam in Nordrhein-Westfalen von "Rhein-Ruhr-Express" sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich freue mich sehr über das, was von den Fraktionen des Landtags zu diesem wichtigen verkehrspolitischen Vorhaben für Nordrhein-Westfalen gesagt worden ist. Ich biete Ihnen die konstruktive Mitwirkung und Unterstützung der Landesregierung an.

Wir wollen dies gemeinsam schaffen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Die Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, nicht, wie in der Tagesordnung ausgedruckt, über den Antrag direkt abzustimmen, sondern den **Antrag Drucksache 13/4739** an den **Verkehrsausschuss** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung und gegebenenfalls nach Vorlage einer Beschlussempfehlung hier im Plenum erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich ums Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Ich rufe nun auf:

4 Notkonzept gegen Stau und Stillstand NRW braucht Klarheit über die Folgen des Maut-Desasters

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4743

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende CDU-Fraktion Herrn Kollegen Hardt das Wort.

Heinz Hardt (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Serie von Pleiten, Pech und Pannen beim LKW-Mautsystem geht weiter und noch immer ist kein Ende in Sicht. Die Verhandlungen zwischen Bundesverkehrsminister Stolpe und dem Betreiberkonsortium Toll Collect zur Einführung der LKW-Maut sind gescheitert. Immer neue Fristverlängerungen verstreichen ohne konkretes Ergebnis. Die Verhandlungsrunden werden langsam zu einem Alptraum. Heute ist noch immer kein offizieller Termin bekannt, ab wann die LKW-Maut eingeführt wird. Man spricht vom 1. September 2004, also ein Jahr später als geplant, aber keiner weiß es so genau.

So verlieren wir Monat für Monat 156 Millionen € an Mautgebühren. Sollte es wirklich bis zum 1. September 2004 dauern, verliert der Bund sage und schreibe 1,87 Milliarden € an Mautgebühren. Wie das dann für den Bundesverkehrswegeplan

kompensiert werden soll, weiß keiner. Es ist also ein Vertrag mit sieben Siegeln.

Auch NRW wird die Folgen bitter zu spüren bekommen. Ca. 123 Millionen € fehlen für das Jahr 2004, und 6 Millionen € fehlten bereits in diesem Jahr - bei der so notwendigen Infrastruktur für NRW. Im Bundeshaushalt sind für das Jahr 2004 für NRW 14 Maßnahmen u. a. aus Mautmitteln vorgesehen. Das sind vier Bauabschnitte bei der A 1, zwei Bauabschnitte bei der A 3, vier Abschnitte bei der A 4, z. B. zwischen dem Kreuz Kerpen und dem Kreuz Köln-West, drei Bauabschnitte bei der A 40 und zwei Bauabschnitte bei der A 57. So geht das immer weiter über die A 44 bis zur A 46. Die Summe beträgt dann 123 Millionen €.

Nun hat der Haushaltsausschuss des Bundestages bundesweit für das Jahr 2004 im Bereich der Straßenverkehrsinfrastruktur für den Neubau und für die Unterhaltung etwa 530 Millionen €, für die Schiene 390 Millionen € und für die Wasserstraßen 125 Millionen € gesperrt. 25 Millionen € Mautausfall in 2003 und 530 Millionen € Mautausfall in 2004 für alle Länder sind zu verkraften. Hinzu kommt noch - man mag sich das auf der Zunge zergehen lassen, was der Verkehrshaushalt zu leisten hat - eine globale Minderausgabe bei der Straßeninfrastruktur von 130 Millionen €, die aber zur Finanzierung der Rente erwirtschaftet werden soll. Bei einem NRW-Anteil von 18 % sind wir mit diesen ca. 123 Millionen € wieder dabei.

Nach dem Vermerk des Bundesverkehrsministeriums entfallen bei einem 18%igen NRW-Anteil ca. 48,5 Millionen € bei den Neubaumaßnahmen. Darunter fallen allerdings auch Projekte der Fußballweltmeisterschaft 2006; es gibt also keinen Baubeginn in 2004. Ca. 12 Millionen € sind durch Eingriffe in laufende Maßnahmen gekürzt worden. Das bedeutet Streichungen, Baustillstände und Stopp von Projekten. Nach dem Vermerk des Bundesverkehrsministeriums sind sechs Maßnahmen in NRW davon betroffen. Selbst wenn Bundesverkehrsminister Stolpe jetzt die Länder beschwichtigt, ist das Loch bei der Maut vorhanden.

Außerdem betragen die Kürzungen bei Unterhaltungsinvestitionen ca. 63 Millionen €. Man mag nur staunen, wenn man in dem Vermerk des Bundesverkehrsministeriums liest, wie die Folgen darin beschrieben werden - ich zitiere -:

"Die Kürzung der Erhaltungsmittel um rund ein Drittel bedeutet: wesentlich schlechterer Straßenzustand, massive Beschränkung des Verkehrs auf Straßen und Brücken."

Meine Damen und Herren, diese Verkehrspolitik ist für NRW nicht mehr hinnehmbar. Täglich 60 km, in der Spitze bis zu 100 km Stau in NRW, ob morgens oder abends - das ist ein Desaster auf unseren Straßen. Wir sind nicht mehr bereit, dies alles so laufen zu lassen, Herr Minister Horstmann.

Auf meine Mündliche Anfrage Nr. 116 haben Sie mir am 1. Oktober dieses Jahres geantwortet, der Ausfall der Mauteinnahmen in diesem Jahr betrage ca. 6 Millionen €. Weiter haben Sie ausgeführt - ich zitiere -:

"Weitere auftauchende Finanzierungsprobleme bei Bundesfernstraßenmaßnahmen hätten schwerwiegende Auswirkungen; das muss man deutlich sagen. Dazu darf es nicht kommen."

Nun steht fest, dass auch dem Land Nordrhein-Westfalen in 2004 keine ausreichenden Mittel mehr für den Bundesfernstraßenbau zur Verfügung stehen werden. Engpässe und fehlende Netzschlüsse werden im Vorfeld der Fußballweltmeisterschaft 2006 sichtbar. Hinzu kommt im Frühsommer die Ostorientierung der EU. Verstärkt werden wir das Transitland Nr. 1 in Europa sein - darüber gibt es keinen Streit -, aber im Rahmen der Infrastruktur bleiben wir auch das Stauland Nr. 1.

Herr Minister Horstmann, ich hätte mir gewünscht, Sie hätten die Bundesregierung wegen ihrer verfehlten Verkehrspolitik in der Öffentlichkeit genauso klar und laut angegriffen, wie Sie es bei der DB AG immer wieder getan haben. Aber leider fehlt Ihnen wohl der Mut, in diesem Bereich der Verkehrspolitik in Berlin etwas für dieses Land zu erstreiten.

Damit das Land nicht durch Herumeierei bzw. durch die schlechte Politik in Berlin das Nachsehen hat, haben wir diesen Antrag gestellt: "Notkonzept gegen Stau und Stillstand - NRW braucht Klarheit über die Folgen des Maut-Desasters". Wir gehen davon aus, dass die Landesregierung für eine ausführliche Debatte im Verkehrsausschuss unsere drei Forderungen schriftlich beantwortet. Nur dann ist der Landtag in der Lage, dieses durch die Bundesregierung mit verursachte Mautdesaster für NRW bewerten und einschätzen zu können.

Deshalb erwarten wir erstens von der Landesregierung unverzüglich eine Darstellung, welche Infrastrukturprojekte in Nordrhein-Westfalen durch den Mautverzug betroffen sein werden und welche Folgen sich für diese Projekte ergeben.

Zweitens fordern wir die Landesregierung auf, angesichts der bereits eingetretenen und drohenden Mittelausfälle aufgrund der ausbleibenden LKW-Maut ein Notkonzept für Straßeninfrastruktur in unserem Land vorzulegen und beim Bund einzusetzen.

Drittens. Wir fordern die Landesregierung auf, sich beim Bund wirksam dafür einzusetzen, dass kurzfristig im Rahmen der Beratung des Fernstraßenausbaugesetzes die Mittel für Nordrhein-Westfalen angemessen erhöht werden, um die Mautausfälle zu kompensieren und den bevorstehenden Herausforderungen im Verkehrssektor begegnen zu können.

Es handelt sich nicht um ein Lippenbekenntnis, dies beim Bundesverkehrswegeplan zu tun, sondern wir sagen dies, weil wir, wenn wir uns die Länderquote genau ansehen, erkennen, dass wir dort nicht gut weggekommen sind. Deshalb muss darüber noch einmal intern gesprochen und gerungen werden, damit wir finanziell etwas stärker daran partizipieren.

Die Hoffnungen, die uns die Bundesregierung wenige Tage vor der letzten Bundestagswahl mit dem Mautvertrag mit Toll Collect gemacht hat, sind wie eine Seifenblase zerplatzt.

(Lothar Hegemann [CDU]: Kann man wohl sagen!)

Die Folgen für Nordrhein-Westfalen wiegen schwer. Das Mautdesaster, verursacht durch die Bundesregierung, darf nicht zum Gau in Nordrhein-Westfalens Straßen werden.

Wir können im Interesse unseres Landes nicht lange warten. Herr Minister Horstmann, Sie sind am Zug und müssen handeln, um Schaden von unserem Land abzuwenden. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Hardt. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Fuß das Wort.

Hardy Fuß (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Als ich heute Morgen aus dem Kölner Raum hierher fuhr

(Gerhard Lorth [CDU]: Zwei Stunden!)

- nein, heute nicht, Herr Kollege Lorth -, bin ich durch viele Autobahnbaustellen gefahren. Das ist ja gut so. Dort wurde heftig gearbeitet, und alle Maschinen waren besetzt. Der Verkehr lief trotz Baustellen zügig. So bin ich ganz munter hier an-

gekommen, und zwar auch in der Gewissheit, dass das so bleiben wird.

Herr Kollege Hardt, Sie haben eine Vielzahl von Zahlen genannt und Zitate aus Verwaltungsvermerken angeführt. Sie haben aber eine wichtige Nachricht vergessen, die von gestern Abend bzw. heute Morgen ist, wonach der Bundesverkehrsminister sich mit dem Bundesfinanzminister darauf geeinigt hat, dass die zugegebenermaßen sehr bedauerlichen Einnahmeausfälle aus der Maut durch eine Zwischenfinanzierung kompensiert werden und keine Abstriche bei den wichtigen Verkehrsprojekten, die ja, wie Sie wissen, in Nordrhein-Westfalen liegen, erfolgen werden.

(Heinz Hardt [CDU]: Wer glaubt das noch?)

Die wichtigen Projekte im Bundesverkehrswegeplan werden wie vorgesehen umgesetzt. Der Bundesverkehrswegeplan ist erst seit der Zäsur 1998 überarbeitet worden und heute deswegen ein belastbares Instrument, weil ihm volkswirtschaftliche Berechnungen, Kosten-Nutzen-Analysen usw. zugrunde liegen. Sie haben bis 1998 in Ihrer Verantwortung

(Gerhard Lorth [CDU]: Sechzehn Jahre!)

- richtig, sechzehn Jahre hatten Sie Zeit - den Bundesverkehrswegeplan zu einer Wunschliste verkommen lassen. Aus dieser Wunschliste konnten sich Spezis von genehmen Landesregierungen bedienen.

Die Belastung von Autobahnabschnitten durch Verkehr spielte dabei weniger eine Rolle. Wenn das heute anders ist, so sind wir sicher, weil wir dafür unter unserer Verantwortung auch in Berlin in der rot-grünen Koalition gesorgt haben, dass auch der Bedarf in Nordrhein-Westfalen, der groß ist, weil es einen gewissen Nachholbedarf gibt, befriedigt wird. In diesem Bundesland haben wir wichtige Projekte.

Wenn eine Autobahn hier mit 180.000 Fahrzeugen in 24 Stunden belastet ist, so ist das ein wichtiges Projekt. Dieses Projekt steht im Bundesverkehrswegeplan jenseits aller Quotierungen oben. Wir wissen, dass es in Bayern und in Ostdeutschland Autobahnstreckenabschnitte gibt, die eine Belastung mit 180.000 Fahrzeugen nicht einmal in einer ganzen Woche erreichen. Das sind dann keine wichtigen Projekte.

Insofern ist die Objektivierung des Bundesverkehrswegeplans sehr begrüßenswert. Wir freuen uns - jenseits aller finanztechnischen Schwierigkeiten durch die Mautausfälle -, dass es heute eine objektive Betrachtungsweise gibt.

Zu Ihrem Antrag: Wenn die Hohepriester der Katastrophenszenarien Tinte und Papier bekommen, dann heißt das "Notkonzept gegen Stau und Stillstand", und es wird formuliert, der Landtag erwarte von der Landesregierung unverzüglich ein Notkonzept usw. Gehen wir die Punkte einmal durch.

Zunächst wird eine Darstellung gefordert, welche Infrastrukturprojekte in Nordrhein-Westfalen durch den Mautverzug betroffen sein werden und welche Folgen sich für diese Projekte ergeben werden (Verzögerung, Baustillstand, Projektstopp, Aufhebung von Ausschreibungen etc.).

Antwort: Es sind keine Projekte betroffen. Nach der Zusage, für laufende Maßnahmen, aber auch geplante wichtige Maßnahmen die Einnahmeausfälle zwischenzufinanzieren, ist der erste Punkt Ihres Antrages gegenstandslos.

(Lachen von Gerhard Lorth [CDU])

Es ist also keine Darstellung erforderlich, weil es keine diesbezüglichen Projekte gibt.

Nach Punkt 2 soll die Landesregierung aufgefordert werden, ein Notkonzept für die Straßeninfrastruktur beim Bund durchzusetzen.

Wir brauchen kein Notkonzept, weil es ein reguläres Konzept gibt, das allerdings in seiner finanziellen Ausstattung durch die Zwischenfinanzierung der Mautausfälle jetzt finanztechnisch anders betrachtet werden muss.

Was den dritten Punkt angeht, so ist dieser ein wenig von Gedächtnisschwund geprägt. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich beim Bund dafür einzusetzen, dass die Mittel für Nordrhein-Westfalen angemessen erhöht werden, um die Mautausfälle zu kompensieren.

Wir haben in den sechzehn Jahren von 1982 bis 1998 keine angemessene Mittelausstattung in Nordrhein-Westfalen gehabt. Nordrhein-Westfalen hatte und hat heute noch eine Menge nachzuholen. Das betrifft die Baustellen, die Sie sehen. Wenn der Nachholbedarf aufgearbeitet ist, haben wir immer noch einen hohen Bedarf, weil sie richtigerweise sagen, dass wir das Transitland Nr. 1 sind. Die Ost-West-Beanspruchung und auch die Nord-Süd-Beanspruchung werden durch die EU-Osterweiterung ansteigen. Wir brauchen die Maut und wir brauchen auch dieses System. Denn es ist ein sehr intelligentes System, es ist ein sehr innovatives System, und es handelt sich um eine Zukunftstechnologie.

Die Tatsache aber, dass Konzerne wie Telekom, DaimlerChrysler und Siemens - das sind ja Namen und nicht irgendwelche Unternehmen -, die

weltweit tätig sind, etwas unterschrieben haben und es über Monate hinweg nicht schaffen - Probleme gibt es immer bei solchen Projekten -, einen Starttermin zu nennen und wenigstens eine belastbare Beschreibung für die Behebung der Schwierigkeiten in der Zukunft abzugeben, macht uns sehr besorgt. Denn es trifft insbesondere das Ansehen deutscher Technologie im Ausland und natürlich auch im Inland.

Falls diese Herrschaften überhaupt einen Rat brauchen, kann man ihnen nur raten, sich sehr anzustrengen, da das Ganze auf das Ansehen der einzelnen Firmen durchschlägt, auch auf die in den Bilanzen vorzunehmenden Vorsorge und auf den Börsenkurs. Das merken nicht nur die Steuerzahler, sondern auch die Aktionäre werden das hart bestrafen.

Wir haben mit diesem Projekt der LKW-Maut ein zentrales Instrument für die Verkehrspolitik im 21. Jahrhundert. Deshalb gibt es dazu eigentlich keine Alternative. Wenn es funktioniert, ist es ein hervorragendes Instrument, um Fahrzeuge ohne Eingriff in den Verkehrsfluss begleiten zu können - nicht nur, um Maut zu erheben, sondern auch, um vielerlei Zusatzleistungen anzubieten und abzufragen. So können Sie beispielsweise gestohlene LKWs elektronisch lahm legen oder Fahrzeugkommunikation und Flottenmanagement anbieten.

Das alles ist möglich und wird auch geschehen. Es wird ein gutes System. Wir werden es auch exportieren. Allerdings müssen wir es in den Griff bekommen, und da ist unsere Industrie, da sind unsere großen Konzerne mit den großen Namen gefordert.

Bei dieser Gelegenheit lassen Sie mich Folgendes sagen: Ich habe sehr viel Achtung davor, wie der Bundesverkehrsminister mit diesem Thema umgeht. Er steht unter einem ungeheuren Druck. Die Versuchung, gegenüber dem Vertragspartner die "Hau-drauf-Tour" zu fahren, ist groß. Aber dazu, als Mitglied eines Bundeskabinetts einer Gesamtverantwortung gerecht zu werden, die auch unser industriepolitisches Ansehen im Ausland tangiert, bedarf es mehr als "Hau-drauf".

Vor dem, was der Bundesverkehrsminister derzeit macht - einen erheblichen Druck auf das Konsortium auszuüben, das Damoklesschwert der Kündigung weiter hängen zu lassen, die Möglichkeit der Aufnahme ausländischer Anbieter in das Konsortium ins Spiel zu bringen und unsere heimische Industrie trotzdem in aller Härte aufzufordern, nun endlich in die Puschen zu kommen -, muss man Achtung haben; denn das alles jeden

Tag auszuhalten ist, wie auch diese Debatte zeigt, nicht einfach.

(Beifall von Donata Reinecke [SPD])

Meine Damen und Herren, wir stehen zum Mautsystem. Es ist eine Zukunftstechnologie.

(Lothar Hegemann [CDU]: Werden wir die Zukunft noch erleben?)

Verkehrsprojekte in NRW sind gesichert. Wir stehen allen zur Seite, Herr Hegemann, die hart mit dem Konsortium verhandeln und die das auch politisch begleiten, ohne dabei industriepolitischen Schaden anzurichten.

Deutschland braucht die Maut, aber NRW braucht Ihren Antrag dazu nicht. Deshalb werden wir ihn ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Fuß. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Fuß, Ihre Rede war schon bemerkenswert. Sie haben geschildert, heute Morgen mit dem Auto völlig problemlos von Köln nach Düsseldorf gekommen zu sein. Das werde auch so bleiben, haben Sie gesagt. Sie stellen die Situation also so dar, als gebe es in Köln und Düsseldorf überhaupt keine Staus. Dabei ignorieren Sie aber wirklich die vielen Pendler, die solche Staus jeden Morgen und jeden Abend erleben. Ich frage mich, Herr Fuß: Wo leben Sie denn?

(Zuruf von der SPD: In Köln!)

Ich habe das Gefühl, dass Sie und vielleicht auch die SPD-Fraktion - übrigens nicht nur in diesem Bereich; ich komme gleich noch auf einige andere Punkte - eine ganz andere Wahrnehmung haben als die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Die LKW-Maut - und darum geht es heute - ist nun wirklich eine unendliche Geschichte mit zahlreichen Pleiten, mit Pech und mit Pannen. Herr Fuß, der dort erzeugte Zeitdruck wurde aber doch von Ihrer Bundesregierung erzeugt. Die Vignette, die fahrlässig schnell abgeschafft wurde, hat Ihre Regierung abgeschafft, anstatt erst einmal abzuwarten. Die Regierung hatte aber Angst, dass draußen jemand erkennen könnte, dass sie selbst nicht an die schnelle zeitliche Umsetzung der Maut glaubt; das hätte sie damit zugegeben. Die Vignette hätte nicht so schnell abgeschafft zu werden brauchen.

Meine Damen und Herren, den Vertrag, der mit der Industrie abgeschlossen worden ist, hat ebenfalls diese Regierung abgeschlossen. Jetzt alles auf die Industrie zu schieben, wenngleich diese nun wirklich auch Fehler gemacht hat, ist falsch. Das ist nämlich nicht nur industriefeindlich, sondern auch nicht richtig und soll nur von den eigenen Schwächen ablenken.

Meine Damen und Herren, ursprünglich war die Einführung der Maut zum 1. Januar 2003 geplant. Dieser Termin wurde zunächst auf den 31. August 2003 und dann auf den 2. November 2003 verschoben. Jetzt steht ein Zeitraum vom 15. August 2004 bis 31. Juli 2005 im Fenster. Meine Güte, da haben wir noch über ein Jahr vor uns, und kein Mensch von uns allen hier kann überhaupt nachvollziehen, warum das Ganze denn so lange dauert; kein Mensch versteht das.

Dieses Mautfiasko droht zu einem Fiasko für den Verkehrswegebau in Deutschland und erst recht zu einem Fiasko für den notwendigen Bau von Straßen in Nordrhein-Westfalen zu werden. 17 Um- und Ausbaumaßnahmen in NRW stehen im Anti-Stau-Programm. Bis zum Jahr 2007 sollen dort jährlich knapp 123 Millionen € hineinfließen. Kein Mensch weiß aber, wann das Geld denn kommt. Eins steht doch fest, meine Damen und Herren: Ohne Geld funktioniert das Bauen nur schlecht.

Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes werden sowohl von der Bundesregierung als auch von der Landesregierung ständig vertröstet, anstatt dass die Regierungen endlich einmal schleunigst eine Lösung auf den Tisch legen, wie man das Problem beherrschen kann.

Gestern - da haben Sie nicht ganz Unrecht, Herr Fuß - hat sich Herr Bundesverkehrsminister Stolpe, passend zur heutigen Diskussion, gemeldet und gesagt, trotz des Fehlens der Maut gebe es keine Abstriche bei wichtigen Verkehrsprojekten. Die Mautausfälle - in diesem Jahr monatlich 156 Millionen €, ab 2004 monatlich 180 Millionen € - werden also vorübergehend mal eben so vom Bund finanziert, als wenn das ein Klacks wäre.

Dies wäre tatsächlich ausnahmsweise eine gute Nachricht, wenn sie denn so stimmt. Ich habe da meine Zweifel und habe die große Befürchtung, dass es die typische SPD-Ankündigungsrhetorik ist und am Ende nichts dabei herauskommt. Ein Bericht von heute Morgen, aus dem deutlich hervorgeht, dass diese Aussage des Bundesverkehrsministers in keiner Weise mit Bundesfinanzminister Eichel abgesprochen ist, lässt dies

befürchten. Ich habe das Gefühl, es bleibt wie immer: Die Maut kommt vielleicht Anfang 2005; eine Zwischenfinanzierung und intelligente Lösungen wird es nicht geben.

Irgendeine Ankündigung eines Ministers, mit dem entscheidenden Finanzminister oder vielleicht sogar dem Bundeskanzler nicht abgesprochen, reicht vielleicht aus, meine Damen und Herren von der SPD, um hier heute die Aktuelle Stunde zu bestehen, sie reicht aber für Nordrhein-Westfalen nicht aus, um das Problem zu lösen.

Herr Fuß hat außerdem die finanziellen Aufwendungen der Regierung Kohl z. B. von 1994 bis 1998 und die Aufwendungen der rot-grünen Regierung miteinander verglichen. Sie haben Recht mit Ihrer Aussage, dass Rot-Grün die finanziellen Mittel für den Straßenbau und für den Bundesverkehrswegeplan erhöht hat, wenn Sie das ausdrücklich nur auf das Jahr 1998 beziehen. Wenn Sie jedoch die gesamte Legislaturperiode der CDU/CSU-FDP-Regierung mit der dann folgenden rot-grünen Regierung vergleichen - das wäre ein fairer Vergleich -, dann werden Sie feststellen, dass Rot-Grün die Investitionen in den Bundesverkehrswegeplan deutlich abgebaut hat. Es gibt keine Erhöhung. Wenn Sie den Vergleich nur auf das Jahr 1998 beziehen, machen Sie den Bürgern etwas vor. Das machen wir nicht mit. Das muss man auch deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP)

Herr Bundesverkehrsminister Stolpe hat im März 2003 gesagt - ich habe es vorhin noch einmal nachgelesen -: Die Maut bringt zusätzliche Einnahmen, die wir in den weiteren Ausbau der Verkehrsinfrastruktur stecken werden. - Zunächst haben also alle Beteiligten geglaubt, dass die Maut wirklich zusätzliche Einnahmen bringt, die wir für den Verkehrswegebau auch dringend benötigen. Die Verkehrsprognosen, die auf dem Tisch liegen, zeigen, dass die heutige Infrastruktur den künftigen Verkehr bei weitem nicht bewältigen kann.

Was aber hat die rot-grüne Bundesregierung gemacht? Sie hat die steuerfinanzierten Investitionen im Verkehrsbereich um die zu erwartenden Einnahmen aus der Maut um 2,8 Milliarden € gekürzt. Das heißt, unter dem Strich fließt durch die Maut nicht ein Euro, nicht ein Cent mehr in die Verkehrsinfrastruktur. Das ist eine ehrliche Aussage. Versuchen Sie es doch nicht so darzustellen, als würden Sie mehr für die Verkehrswege in Nordrhein-Westfalen tun als CDU und FDP! Das Gegenteil ist der Fall.

(Zuruf von der SPD: Es ist noch nie so viel gebaut worden!)

- Das ist doch völliger Blödsinn; das wissen Sie ganz genau. Wir haben es doch gar nicht nötig, uns hier gegenseitig etwas vorzumachen. Der vorige Tagesordnungspunkt hat doch gezeigt, dass man auch vernünftig zusammenarbeiten kann und hier keine Märchen erzählen muss.

Die Verkehrsinfrastrukturinvestitionen in Deutschland bleiben auf dem gleichen Niveau wie in den letzten sechs Jahren, wenn denn die Maut kommt. Es kommt nicht ein Cent dazu. Das muss man aber in Beziehung zu der Abgabenlast der Autofahrer in den vergangenen sechs Jahren setzen. Sie hat sich von 36,2 Milliarden € auf 47,8 Milliarden € erhöht. Die Leute, die täglich Auto fahren und zunehmend im Stau sitzen, zahlen nicht mehr 36,2 Milliarden €, sondern 47,8 Milliarden € im Jahr 2004. Aber parallel dazu haben sich die Investitionen in den Straßenbau um keinen Cent erhöht. Wenn man das auf die Straßen bezieht - das muss man tun; denn sie sind das Rückgrat unseres Verkehrssystems -, dann sieht man, dass die Abgabenlast auf den Straßenverkehr 48 Milliarden € im Jahr 2004 beträgt. Gerade einmal 5,5 Milliarden € aus diesem Bereich werden in die Straße investiert. Meine Damen und Herren, das ist zu wenig.

Herr Keymis hat es bei dem vorigen Tagesordnungspunkt gesagt: Alles auf die Schiene! - Das ist das Motto der Grünen. Ich habe nichts gegen die Förderung von Schienenverkehr, SPNV und ÖPNV. Nur: Sie muss in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Wir dürfen die Straße nicht immer vernachlässigen. Nach dem Motto "Alles auf die Schiene" lösen wir die Verkehrsprobleme in Nordrhein-Westfalen nicht.

Unter dem Strich: Natürlich brauchen wir, wie die CDU es sagt, Klarheit über die Folgen des Mautdesasters, und natürlich brauchen wir Konzepte gegen Stau und Stillstand. Ich nenne es bewusst Konzept und nicht Notkonzept; denn von dem Begriff „Notkonzept“ könnte man ableiten, es hätte vorher ein Konzept bestanden. Es gab aber nie eines.

Ich freue mich auf die Diskussion im Verkehrsausschuss. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Rasche. - Für Bündnis 90/Grüne hat jetzt Herr Kollege Keymis das Wort.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Rasche, fast möchte ich sagen, wenn es nicht so militaristisch klinge: Das war ein Schuss in den Ofen. - Ich ha-

be zum vorigen Antrag nicht gesagt: Alles auf die Schiene! - Ich habe vielmehr gesagt: Wir wollen, dass die Schiene stark berücksichtigt wird. An dem Punkt waren wir auch einer Meinung.

Beim Bundesverkehrswegeplan sieht das anders aus. Wenn Sie sich den Bundesverkehrswegeplan ansehen, den wir in diesem Jahr hier beraten und dann an Berlin weitergeleitet haben, stellen Sie fest, dass das Verhältnis relativ ausgewogen ist. Es ist allerdings das erste Mal, Herr Rasche, dass in dieser Republik der Anteil der Ausgaben für Schieneninvestitionen etwa so hoch ist wie der für Investitionen in den Straßenbau. Wir Grüne hätten die Schiene gern noch etwas stärker berücksichtigt. Aber wir wollten nicht alles in die Schiene stecken, weil auch die Grünen realistisch genug sind, zu wissen, dass das nicht geht.

Nun sind wir wieder bei dem Thema und dem Antrag: Was soll die Mautgebühr? Und warum kommt sie nicht? Das sind die beiden Fragen. Die eine kann man leicht beantworten: Natürlich ist die Verlagerung von Güterverkehr auf die Schiene auch ein Ziel der Maut. Das heißt, der einzelne Transporteur wird sich überlegen, ob er die Mautgebühr den Kosten anderer Transportmöglichkeiten gegenüberstellt. Damit wollen wir mit der Maut auch zur Entlastung des dichten Straßenverkehrs beitragen. Das ist einer der ordnungspolitischen Gründe für die Maut.

Die andere Frage ist - Sie haben darauf hingewiesen und darauf zielt auch der Antrag Ihrer Fraktion ab, Herr Hardt -: Wie wird in diesen Bereich investiert, und wie geht man mit dem Geld, das da eingenommen werden soll, um? Hier sind wir allerdings in einer wirklich prekären Lage - das bestreitet, glaube ich, auch niemand -, weil nämlich die Einführung dieser Technik schon seit Monaten hakt.

Jetzt komme ich zu der Frage, Herr Rasche: Warum hakt sie? Das enttäuscht mich wieder: dass Sie die Zeit, die Sie doch in der Opposition haben, nicht nutzen, um ein bisschen zu lesen und die Gründe zu recherchieren, warum diese Technik nicht funktioniert.

Ich will das nicht lange und ausführlich beschreiben. Dafür reicht die Zeit hier nicht. Aber wenn Sie die "c't" die Computer-Technik-Zeitschrift, lesen würden, in der ein sehr aufschlussreicher Artikel war, wüssten Sie, warum die Kompatibilität, also das Zusammenspiel von Software und Hardware, technisch so kompliziert und schwierig ist, dass es selbst Weltkonzerne wie Siemens, Telekom, Daimler-Chrysler und auch Cofiroute aus Frankreich bisher nicht geschafft haben, die tech-

nischen Voraussetzungen zu schaffen, die zu Mauteinnahmen führen.

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

- Mein Kollege, der medienpolitische Sprecher, bemängelt die Verträge, Herr Hegemann. Die Verträge haben aber nichts mit der Technik zu tun. Man macht einen Vertrag mit jemandem, der einem sagt: Ich will euch das technisch bis zu einem bestimmten Zeitpunkt ermöglichen. - Dieser Vertrag ist gemacht worden. Seit dem 15. Dezember - das wissen wir auch - gäbe es die Möglichkeit, diesen Vertrag zu kündigen.

Und jetzt komme ich zu einem Widerspruch bei Ihnen: Herr Rasche, einerseits sagen Sie: Den Firmen darf man nicht alle Schuld geben. - Ich sehe das völlig anders. Wenn einer mit mir einen Vertrag macht und sagt: „Ich biete dir bis zum So- undsovielten dieses technische System“, dann erwarte ich, dass er den Vertrag einhält. Ich habe sogar Vertrauen darauf und sage: Ich bestrafe dich nicht hart dafür, weil ich ja davon ausgehe, dass du das bis dahin lieferst. Jetzt sind wir in einer sehr prekären Lage - ich habe das eben schon einmal gesagt -: Die Firmen liefern es nicht. Sie können es nicht, weil es technisch nicht funktioniert. Andererseits sagen Sie: Wir wollen jetzt eine schnelle Entscheidung, mit aller Härte. - Da liegt Ihr Widerspruch; denn wenn Sie die Firmen nicht so abstrafen wollen, wie Sie eben selber gesagt haben, dann können Sie jetzt auch nicht hingehen und eine schnelle harte Entscheidung fällen.

Herr Stolpe versucht im Moment, indem er in der ihm eigenen Art Druck auf die Firmen ausübt, noch zu einer Lösung zu kommen, die möglichst bald die technische Umsetzung realisiert. Wenn das nicht gelingt - das haben die Grünen in Berlin schon deutlich gemacht; mein Sprecherkollege Ali Schmidt hat das schon häufig deutlich betont -, muss man aus dem Vertrag heraus und über neue Lösungen nachdenken. Das ist eben die Konsequenz aus dem, was da verhandelt worden ist. Es ist völlig klar, dass sich die Situation zunehmend zuspitzt und dass der Minister in Berlin das lösen muss.

Der Fehler, den Sie aus meiner Sicht machen - auch mit Ihrem Antrag -, ist, dass Sie die technischen Probleme, die unbestritten sind, als politisches Problem auf die Bundesregierung schieben. Es ist aber kein politisches Problem - politisch ist klar, was wir wollen -, sondern es ist ein technisches Problem. Es ist nicht die Schuld der Politik, wenn die moderne deutsche Industrietechnik es nicht zu lösen vermag. Da haben wir

sicher im Moment ein Problem, um das wir nicht herumkommen, es sei denn, wir würden möglicherweise schon Anfang nächsten Jahres Entscheidungen hören, wie man sich dazu auseinander setzt.

Vizepräsident Jan Söffing: Gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Hardt, Herr Keymis?

Oliver Keymis (GRÜNE): Ja, gerne.

Vizepräsident Jan Söffing: Bitte, Herr Hardt, Sie haben das Wort.

Heinz Hardt (CDU): Herr Keymis, würden Sie mir zustimmen, dass der Vertrag, der ja zwei Tage vor der Wahl noch schnell unterschrieben worden ist, in punkto Regress nicht seriös ausformuliert worden ist und dass der Druck, der in der Bundesregierung war, gerade Toll Collect diesen Auftrag zu geben, mehr Pate stand als die Überlegung, was passiert, wenn sie es nicht schaffen? Die 7,5 Millionen € finde ich eine lächerliche Nummer.

Oliver Keymis (GRÜNE): Ich würde Ihnen zustimmen, dass 7,5 Millionen € nicht viel Geld sind. Ich stimme Ihnen natürlich nicht zu, dass dieser Vertrag völlig unseriös ist. Ich glaube, dass das nicht der Punkt ist, über den wir diskutieren. Ich habe das eben schon einmal zu formulieren versucht. Die Tatsache, dass man sich mit diesen Firmen auf das Vertragswerk verständigt hat, zeigt ja, dass zu dem Zeitpunkt alle davon ausgegangen sind, dass das technisch beherrschbar ist. Die Firmen haben es zugesagt, die Politik hat es angenommen. Insofern ist zu dem Zeitpunkt nicht der Druck vorhanden gewesen, viel Regress zu fordern, sondern der Druck war, flott einen Vertrag zu machen, damit die Sache schnell in Gang kommt. Das ist ja auch passiert. Das Problem liegt in einer technischen Schwierigkeit, über die wir uns hier nicht näher auslassen können und wollen, die man aber zur Kenntnis zu nehmen hat. Deswegen finde ich es ein bisschen billig, die Schuld - wie es der Antrag versucht - auf die rein politische Ebene zu schieben und - wie Sie in Ihrem Antrag - die technische Dimension der Problematik auszublenden.

Unabhängig davon bleiben die Probleme, über die in Berlin ja auch zurzeit diskutiert wird - Herr Fuß hat darauf hingewiesen -, mit Blick auf diese Zwischenfinanzierungslösung. Die macht niemanden glücklich - das darf man wohl so offen sagen -, weil das natürlich auch nur der Versuch ist, die entstandenen Engpässe zu überbrücken. Aber

immerhin besser das als das nicht! Insofern hoffen wir, dass die Firmen schnell zu der Lösung kommen, die technisch gefordert ist.

Dass das System an sich für die Entlastung unserer Straßen und auch für die Refinanzierung unserer Infrastruktur notwendig ist, das ist unbestritten. Da sind Grüne und SPD sich einig. Deshalb wird alles dafür getan, dass das in Gang kommt.

Allerdings - ich sage es noch einmal - sind wir nicht diejenigen, die das technisch zu verantworten haben. Sie wissen, dass die Grünen sowohl in Berlin wie in Düsseldorf deutlich und klar sagen: Wenn die Technik nicht funktioniert, müssen Konsequenzen gezogen werden, muss möglicherweise der Vertrag gekündigt und auf neue Systeme umgestiegen werden. Aber das ist sicher eine Entscheidung, die man, wenn man die Firmen ernst nehmen will, die an diesem Projekt arbeiten, nicht so fällen kann, wie das eben gefordert wurde, nach dem Motto: Hau drauf und macht sie fertig! - Das ist nicht das, was uns die technische Lösung bringt.

Wir werden Ihren Antrag gemeinsam überweisen. Wir Grünen freuen uns auf die weitere Debatte, die wir aber, glaube ich, nicht so sehr unter dem Aspekt der Schuldzuweisung führen dürfen, sondern mit einem technischen Verständnis für diese wirklich komplizierten Anlagen, die hier in Deutschland installiert werden sollen. Wenn wir da in der Debatte weiterkommen, vielleicht sogar mit einem interessanten Vorschlag, aus welchen Reihen auch immer, dann kommen wir da auch politisch ein Stück weiter. Und das sollte uns alle interessieren, weil das das Interesse ist, das die Menschen in unserem Land auch haben. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Keymis. - Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Dr. Horstmann das Wort.

Dr. Axel Horstmann, Minister für Verkehr, Energie und Landesplanung: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich, auch weil Herr Kollege Rasche etwas Gegenteiliges behauptet hat, in aller Klarheit Folgendes sagen. Wer sich zurzeit auf den Autobahnen und Bundesfernstraßen in Nordrhein-Westfalen bewegt, Herr Kollege Rasche, wer dies zugegebenermaßen häufig zu langsam tut und leider auch zu oft im Stau steht, der wird sehen, dass es dafür vor allen Dingen einen Grund gibt: Auf Nordrhein-Westfalens Autobahnen wird gebaut, auf den Bundesfernstraßen auch.

In Nordrhein-Westfalen werden zurzeit unter höchstem Druck auf äußerst intensiv bearbeiteten Baustellen Straßen neu gebaut, umgebaut, ausgebaut. Davon kann sich jeder überzeugen, auch der, der natürlich gefühlsmäßig zunächst einmal befangen ist in der Verärgerung darüber, dass er zu langsam vorankommt. Mit den Stellen, die genannt worden sind - im Ruhrgebiet und auf dem Kölner Ring -, sind auch die Stellen bezeichnet, auf denen die intensivsten Bautätigkeiten stattfinden. Das ist kein Zufall, sondern da besteht ein enger Zusammenhang.

Ich verstehe, dass diese Baustellen Staus und Ärger verursachen. Ich bin aber sicher, dass sie dann zu ertragen sind, wenn Autofahrerinnen und Autofahrer wissen: Hier wird an der Lösung ihres Problems gearbeitet.

Allein auf den Autobahnen in Nordrhein-Westfalen treiben wir zurzeit auf 18 Baustellen mit einer Gesamtlänge von fast 50 km den Ausbau von vier auf sechs bzw. zum Teil von sechs auf acht Streifen voran. Das ist ein Bauvolumen, an das sich auch die Fachleute in unserem Haus nicht erinnern können.

Dabei sind auch große Fortschritte erkennbar. Ja, es sind große Aufgaben, beispielsweise das Ruhrgebietsdreieck A 1 - A 2 - A 3 insgesamt auf sechs Streifen auszubauen. Aber wir sind damit bereits zu 80 % durch. Es sind im Gesamtzusammenhang betrachtet die aller kleinsten Lücken: im Dortmunder Norden beispielsweise, bei Hagen und Schwerte. Aber Sie wissen: All dies ist bereits im Bau.

Am Kölner Ring sind wir nicht ganz so weit. Dort sind 55 % fertig gestellt. Das sind zum Teil äußerst komplizierte Baumaßnahmen. Da geht es teilweise auch schon nicht mehr um die Sechsstreifigkeit, sondern um die Achsstreifigkeit der Autobahn. Aber auch dies ist insgesamt in Arbeit. Sie wissen, dass wir vor wenigen Wochen eine Großbaustelle bei Heumar in Angriff genommen haben.

Wenn ich die Bundesstraßen dazunehme, kann ich sagen: Zurzeit wird auf 38 Baustellen auf rund 163 km Länge mit Hochdruck gearbeitet. Davon werden in 2004 voraussichtlich bereits acht Baumaßnahmen mit einer Länge von 33 km fertig gestellt.

Ungeachtet dieser enormen Anstrengungen, die zurzeit stattfinden, blicken wir natürlich alle mit einiger Unsicherheit in die nächste Zukunft. Sie haben Recht, Herr Kollege Hardt: Wenn das Geld, das wir uns aus der Maut versprechen, im Jahr 2004 ausbleiben sollte, hätten wir ein riesi-

ges Problem. Da die Maut bis zum Herbst nächsten Jahres vermutlich nicht erhoben werden kann, bleibt nur der Weg, auf den Herr Kollege Fuß hier hingewiesen hat: Der Bund muss für eine andere Finanzierung sorgen.

Auch ich habe die Nachricht gehört - sie stammt von heute Morgen -, nach der sich der Bundesfinanzminister und der Bundesverkehrsminister auf eine Lösung verständigt hätten. Ich weiß es schlicht nicht; das muss ich freimütig bekennen. Ich kenne sie auch nicht.

Ich kann nur sagen: Der Bundesregierung ist dringend zu raten, dass sie eine Lösung findet. Denn wir reden über den größten Investitionshaushalt der Bundesrepublik Deutschland, meine Damen und Herren. Wir haben heute Morgen eine Debatte über mögliche Auswirkungen politischer Entscheidungen auf das konjunkturelle Geschehen im nächsten Jahr gehabt. Dann darf man nicht vergessen: Die Nachfragetätigkeit, die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand gehört dazu. Ein massiver Einbruch im größten Investitionshaushalt dieser Republik hätte selbstverständlich Auswirkungen auch auf den Arbeitsmarkt - vom verkehrlichen Geschehen einmal ganz zu schweigen. Deswegen kann man nur dringend dazu auffordern - mit allen Argumenten ökonomischer Vernunft -: Es muss in Berlin eine Lösung gefunden werden, die eben vermeidet, dass wir Bauprojekte streichen oder auch nur verzögern müssen.

Weil ich darauf setze, dass sich diese Vernunft durchsetzen wird und dass der Haushaltsausschuss des Bundestages nicht 530 Millionen € abschließend sperren wird, werden wir in Nordrhein-Westfalen keine Schippe, aber auch keinen Bleistift aus der Hand legen, sondern alle praktischen Arbeiten und alle planerischen Arbeiten zügig fortsetzen. Ich stelle mich auf den Fall ein, dass die Mittel zur Verfügung gestellt und wir in der Lage sein werden, unsere Baumaßnahmen so durchzuführen, wie das derzeit geplant ist, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Was ein Notprogramm, Herr Kollege Hardt, bewirken soll, ist mir nicht ganz ersichtlich. Was sollen wir tun? Sollen wir von uns aus Maßnahmen zur Streichung anbieten und dem Bund einen Vorschlag machen, der vielleicht leichter finanzierbar ist? Sollen wir aus Landesmitteln eine Vorfinanzierung oder Zwischenfinanzierung anbieten? Ich kann nicht sehen, wie das möglich sein sollte angesichts des Volumens dieser Maßnahmen, bei denen wir immer gleich über zweistellige Millio-

nenbeträge reden. Wie sollen wir Geld in Berlin herausschlagen? Wie stellen Sie sich das vor? Sollen wir mit den anderen Ländern absprechen, dass die zu unseren Gunsten auf eigene Maßnahmen verzichten? Ich weiß es nicht. Ich kann mir darunter wenig vorstellen.

Verkehrspolitische Absichten, Herr Kollege Hardt, erkenne ich auch weniger als die Absicht, vom Straucheln anderer zu profitieren - was hoffentlich nicht passieren wird. Ich wünsche dem Bundesverkehrsminister viel Erfolg bei seinen Bemühungen und Anstrengungen, die Maut einzuführen und die Finanzierung des Verkehrshaushalts der Bundesrepublik Deutschland auch im Interesse Nordrhein-Westfalens sicher zu machen. - Vielen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Langen das Wort.

Günter Langen (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nach den Ausführungen des Ministers Horstmann gibt es ja bald rosige Zeiten auf unseren Straßen und Autobahnen. Aber man sollte auch daran erinnern, wie das täglich in den Staumeldungen aussieht. Weiter sagte der Minister in seinen Ausführungen - da widerspricht er sich natürlich -: Eine Lösung muss in Berlin gefunden werden. Ja, meine Damen und Herren, deshalb sind wir hier: um darüber zu reden und auch gemeinsam dafür Sorge zu tragen, dass eben eine Lösung in Berlin gefunden wird.

Da ist die heutige Aussage, Herr Kollege Fuß, von Herrn Stolpe noch gar nicht gedeckt. Wir sind ja alle einer Meinung; wir wollen dies ja gemeinsam. Deshalb haben wir heute auch diesen Antrag gestellt.

Der Kollege Keymis sagt, das seien technische Probleme. Natürlich sind das technische Probleme. Aber daraus folgen politische Konsequenzen.

Damit komme ich zur Maut und zu unserem Antrag. „Wenigstens die Anwälte verdienen“ - mit dieser Titelzeile versuchte eine Tageszeitung am 15. Dezember 2003, dem Mautdebakel wenigstens noch eine positive Nachricht abzugewinnen. Ansonsten desaströse Zustände, wohin das Auge blickt.

Eines reizt mich doch noch, Herr Kollege Fuß, nämlich dass Sie immer wieder diese alte Schallplatte auflegen: 16 Jahre Vergangenheitsbewältigung mit Schuldzuweisungen an die damalige

Regierung, wohl wissend, dass hier im Lande Nordrhein-Westfalen ein Verkehrsminister war, der offensichtlich nichts oder nur ganz wenig angemeldet hat. Das war aus meiner Sicht ein etwas zöpelhaftes Verhalten. Daran sollte noch einmal erinnert werden.

(Beifall bei der CDU)

Doch nun zurück zur Maut: 156 Millionen € Maut-einnahmen entgehen dem Bund monatlich, weil die Mauterhebung nicht funktioniert. Ein verlässlicher Starttermin ist weiterhin nicht in Sicht. Die Vertragskündigung scheint keine wirklich abschreckende Wirkung auf Toll Collect zu haben. Schadensersatzforderungen bleiben ziemlich unkonkret. So sieht die Lage am Ende des Jahres 2003 aus.

Dabei sollten eigentlich schon bald die Millionen in die wichtigen Infrastrukturprojekte auch in Nordrhein-Westfalen fließen. 123 Millionen € hätten 2004 verbaut werden sollen. Vielleicht kommt das ja so, wenn ich die Ausführungen des Ministers richtig verstehe. Aber woher?

Vierzehn Maßnahmen stehen auf der Liste für das kommende Jahr, alles wichtige Straßenprojekte, die unser Land so dringend benötigt; denn die EU-Osterweiterung mit zusätzlichem Transitverkehr steht vor der Tür. Außerdem sollen unsere Straßen für die Fußballweltmeisterschaft 2006 fit gemacht werden.

Meine Damen und Herren, müssen wir das alles nun vergessen? Was ist mit dem Antistauprogramm, das wahlkampfwirksam schon von Ministerpräsident Clement in Nordrhein-Westfalen verkündet wurde? Was ist mit den Maßnahmen für die Fußballweltmeisterschaft 2006?

Die Weihnachtszeit ist eine besinnliche Zeit, eine Zeit der Stille. Bei der Darstellung der Auswirkungen des Mautdesasters auf die Straßeninfrastruktur unseres Landes ist es aber verdächtig still geworden. Dabei wird unser Land die Folgen des Mautdebakels zu spüren bekommen: Bereits jetzt sind wir Stauland Nummer eins und werden es wohl auf lange Sicht noch bleiben, auch wenn der Kollege Fuß das heute Morgen anders erlebt haben mag. Gerade deswegen helfen Schweigen und Abtauchen jetzt nicht weiter. Die infrastrukturellen Herausforderungen sind jetzt da. Darauf muss das Land reagieren. Das erwarten wir auch von Ihnen, Herr Minister Horstmann.

Kurz gesagt: Wir brauchen ein solches Konzept für die Straßen in NRW. Dazu muss zunächst einmal Klarheit herrschen, welche Projekte vom Mautausfall überhaupt betroffen sein werden.

Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat insgesamt 530 Millionen € gesperrt. So viel ist klar. Doch hinter diesem Betrag stehen Projekte, stehen konkrete Autobahnabschnitte. Es ist deshalb nur berechtigt, wenn wir hier im Parlament wissen wollen, auf welche Projekte das Mautdebakel tatsächlich Auswirkungen haben wird. Abstrakte Zahlen und Vermutungen können uns nicht weiterhelfen.

Auch die Forderung nach einem Notkonzept erscheint uns nur allzu berechtigt. Ich wiederhole: Die infrastrukturellen Herausforderungen sind da. Der Verkehr rollt an, egal ob mit oder ohne Maut. Darauf muss in unserem Land reagiert werden, wenn wir nicht endgültig im Verkehrschaos versinken wollen.

Meine Damen und Herren, deshalb erwarten wir auch hier, dass uns die Landesregierung darstellt, wie sie weiter vorzugehen gedenkt, um den Verkehrsproblemen angemessen zu begegnen. Wir setzen darauf, dass die Landesregierung unseren Forderungen im Verkehrsausschuss nachkommt und klare Konzepte im Interesse der Menschen in unserem Lande vorlegt. Das, Herr Minister, erwarten wir. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Langen. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung des Antrags** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4743** an den **Verkehrsausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zu:

5 Flexible Stellenbudgets zugunsten von Schulen mit besonderem Förderbedarf - Neue Spielräume für individuelle Förderung schaffen -

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4701

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Kollegen Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Unterfinanzierung der Bildung in Nordrhein-Westfalen hat zwei Dimensionen: Erstens haben wir in absoluten Zahlen gesehen im Bundesländervergleich eine der schlechtesten Versorgungsrelationen. Das heißt: Es findet zu wenig Unterricht statt und zu viel Unterricht fällt aus. Zweitens haben wir ein gravierendes Strukturproblem: PISA hat gezeigt, dass die Bildungschancen in unserem Land ungleich verteilt sind. Die soziale Herkunft bezogen auf das Elternhaus und das Wohnumfeld bestimmt die zukünftigen Arbeits- und Lebenschancen unserer jungen Generation mehr als Intelligenz und Leistungsbereitschaft der Kinder. Genau diesen Teufelskreis müssen wir durchbrechen.

Gerade in der Debatte nach PISA habe ich auch von Ihnen, Frau Ministerin Schäfer, u. a. hier im Landtag Zusagen gehört, sich vor allem diesem Problem zu widmen und dafür zu sorgen, dass nicht soziale Hintergründe, sondern die Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie die Anstrengungsbereitschaft junger Menschen in unserem Land bestimmend sein müssen.

PISA zeigt: Der Bildungsstand und die Entwicklungschancen am Ende einer Hauptschullaufbahn in der ländlichen Fläche sind besser als bei Real-schulabsolventen in Brennpunktquartieren des nördlichen Ruhrgebiets. Schulen haben eine zusätzliche, anlassspezifische Unterstützung mit Ressourcen verdient, wenn sie besondere Anstrengungen unternehmen, Schüler zu fördern, damit Bildungsbenachteiligte einerseits ihr Klassenziel erreichen und sich Spitzenleistungen andererseits optimal entwickeln können. Die beiden Seiten der Förderung sind die zwei Seiten einer Medaille: Bildungsbenachteiligte zu befähigen, Abschlüsse kompetent zu erreichen, aber natürlich auch Talente und Neigungen entsprechend weiterzuentwickeln.

Dieser Antrag ist deshalb eine klare Absage an die Gießkanne und ein Plädoyer für eine richtig verstandene Schulautonomie vor Ort. Niemand kennt die speziellen Problemlagen der einzelnen Schulen mit ihrer Schülerschaft besser als der kommunale Schulträger selbst. Niemand kann sachgerechter entscheiden als Schule vor Ort, ob mehr Lehrer für Fachunterricht benötigt werden oder eher ein zusätzlicher Sozialpädagoge zur Bekämpfung gravierender Erziehungsdefizite im Elternhaus aufgrund häuslicher Versäumnisse dort.

Dieser Antrag dient der Qualitätsverbesserung am Arbeitsort Schule. Unser Modell ist ganz einfach: Die bestehende Schüler-Lehrer-Relation wird bei-

behalten. Niemandem wird es schlechter gehen als zuvor.

Zugleich nutzen wir die konsequent und verlässlich von uns in allen bisherigen und zukünftigen Haushalten durch Umschichtung bereitgestellten 8.000 Lehrerneueinstellungen für strukturelle Verbesserungen im Bildungsbereich.

Innovative und anstrengungsbereite Schulen erhalten als Belohnung für ihr Engagement Zuschläge bei der Ressourcenverteilung. Wir belohnen damit konkret vor Ort gezeigte Leistungen und fördern bei der kriteriengeleiteten Mittelzuteilung den Qualitätswettbewerb ums beste Angebot.

Wir erkennen zugleich an, dass die Chancengleichheit für alle in der Bildung bedeutet, dass diejenigen, die benachteiligt sind, mehr Unterstützung bedürfen als die Starken, die andere Wege im Zugang zur zusätzlichen Mittelbeschaffung haben.

Aber wir sagen sehr wohl genauso bewusst: Wir fördern spezifische Angebote, um Spitzenleistungen weiter zu entwickeln; denn zugleich gilt für uns als FDP-Landtagsfraktion auch das legendäre Kennedy-Motto: Wir werden den Schwachen nicht dadurch helfen, dass wir die Starken schwächen.

Das ist unser Weg zur nachhaltigen Bekämpfung der strukturellen Defizite nach PISA. Dieser Entwurf einer neuen Bildungsfinanzierung bringt uns weiter als ideologische Streitereien über die Fragen von vorgestern und ist eine konkrete Hilfe für die praktische Arbeit im Schulalltag vor Ort.

Unser Antrag zum Kurswechsel in der Ressourcenverteilung ist unverzichtbar in einer neuen Schullandschaft des Wettbewerbs, die sich an der Zielerreichung landeseinheitlicher Standards zukünftig messen lässt.

Wenn zukünftig die Schüler aller Schulformen landesweite Mindestqualifikationen erreichen sollen - in diesem Punkt gibt es im Grundsatz bei der Zielbestimmung mittlerweile Einigkeit zwischen Regierung und Opposition -, dann müssen wir mit zusätzlichen Ressourcen diejenigen fördern, die diese Ziele ohne zusätzliche Unterstützung nicht erreichen werden. Wenn wir Leistungs- und Anstrengungsbereitschaft in einer kommunal selbstbestimmteren Schullandschaft stärken wollen, ist ein Prioritätenwechsel in der Bildungsfinanzierung unverzichtbar.

Mit dem Vorhaben der FDP-Landtagsfraktion erreichen wir deshalb für eine breite Schülerschaft mehr individuelle Förderung, eine bessere Abschlussqualität und reduzieren Jugendarbeitslo-

sigkeit, die durch eine gestiegene Ausbildungsunfähigkeit und fehlende Ausbildungsreife gerade bei Problemjugendlichen gegenwärtig zunimmt. - In der Sache spricht also alles für unser Modell einer neuen Ressourcenzumessung im Bildungsbereich.

Das jetzige System hat sich in der Praxis nicht bewährt. Es geht in weiten Teilen von statistischen Fiktionen der Lehrerstellenzuteilung aus. Stellen sind nur theoretisch vorhanden. So gibt es Schulen, die ausweislich der amtlichen Statistik einen Stellenüberhang haben, obwohl dort jeden Tag reihenweise Unterricht ausfällt.

Zu wenig oder gar nicht wird berücksichtigt, dass es besonders alte Kollegien gibt, die mit dem Problem vieler Altersermäßigungsstunden kämpfen müssen, und in einigen Kollegien gibt es eine überdurchschnittliche Zahl von Dauererkrankungen, und dass sich natürlich auch die Schülerschaft in der Verteilung der Jahrgänge bezogen auf Klassenbildungsrichtwerte unterschiedlich darstellt.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Wir wollen die kommunale Flexibilität stärken, weil es uns nicht nur darum geht, immer wieder neue Einzelatbestände zu schaffen, indem wir singuläre Schulprojekte oder Modellschulen fördern, indem wir einzelne Lieblingsaufgaben, die gerade einmal für das Marketing der Landesregierung wichtig sind, mit Sonderzulagen oder Sonderprogrammen bedenken, sondern wir bekennen uns zu dem Grundsatz, dass wir in einer kleinen Bandbreite Flexibilität und richtig verstandene Schulautonomie auch für den kommunalen Schulträger vor Ort brauchen; denn vor Ort wissen die Beteiligten immer noch am ehesten, wo der Schuh tatsächlich drückt.

Daher appellieren wir an alle Fraktionen: Setzen Sie gemeinsam mit uns ein Zeichen für mehr individuelle Entwicklungschancen unserer Schüler und stimmen Sie unserem Konzept mit seiner Zielrichtung zu! Hunderttausende von Jugendlichen in unserem Land werden es Ihnen danken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Witzel. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Degen das Wort. Bitte schön.

Manfred Degen¹⁾ (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Witzel, ich muss gestehen, dass ich, als ich den Antrag las, einen

anderen Eindruck von der Zielrichtung hatte als den, den Sie hier mit den großen Worten wie "Prioritätenwechsel" und "Kurswechsel" zu vermitteln versuchten. Diesen Ansatz sehe ich in Ihrem Antrag in keiner Weise realisiert.

Sie operieren mit Begriffen wie "flexibel", "besonderer Förderbedarf" - das steht bereits im Titel -, "Spielräume", "individuelle Förderung". Das sind alles positiv besetzte Formulierungen. Aber die Hoffnungen, die sich damit verbinden, sind in dem Antrag nicht realisiert.

Zwar können wir hoffen, dass diese Begriffe, die auch Sie jetzt verinnerlicht haben und die Prinzipien für die Bildungspolitik und für den Bildungsvollzug an den Schulen sind, Allgemeinwerte darstellen und dann auch zentrale Punkte für die bildungspolitische Diskussion sind; denn es handelt sich um Begriffe, die durch die PISA-Untersuchungen noch einmal untermauert worden sind.

Ich glaube allerdings, dass gemäß der PISA-Untersuchung im Gegensatz zu Ihrem Ansatz der individuellen Förderung bezogen auf den einzelnen Schüler Vorrang zukommt. Sie gehen von dem Ansatz einer regionalen Strukturierung aus. So steht es jedenfalls in Ihrem Antrag.

(Ralf Witzel [FDP]: Beides!)

In Ihrer Rede klang das etwas anders.

Zurück zu den Forderungen in Ihrem Antrag! Sie werden - ich sage es noch einmal - den eingangs erwähnten Prinzipien, die man durchaus alle unterstreichen kann, nicht gerecht. Zumindest ist unklar, was Sie meinen:

Sollen 5 % der Stellen - das sind ungefähr 7.000 Stellen - zusätzlich zu den jetzt vorhandenen eingerichtet werden? Ich habe gedacht, dass Sie da durchaus immer relativ großzügig sind.

Dann erübrigt sich nämlich auch die zweite Frage: Oder sollen nur die Stellen, die für besonderen Förderbedarf ausgewiesen sind, anders verteilt werden? Das sind im Haushalt immerhin ca. 10.000 Stellen. Diese sind individuell ausgewiesen worden und nicht an die übliche Schüler-Lehrer-Relation gebunden. Schon rein quantitativ wäre das ein Rückschritt.

Sie schreiben "7.000 davon". Wovon? - Das ist offen.

Es heißt weiter, sie sollen für den Ausgleich für regionale oder lokale Disparitäten verwendet werden. Insofern machen Sie folglich den Förderbedarf an einer räumlichen Größe fest.

Wie soll diese Zuteilung erfolgen? Wer bestimmt, nach welchen Kriterien - ich zitiere noch einmal aus Ihrem Antrag - "die unterschiedlichen regionalen Förderschwerpunkte" festgesetzt werden? Sie geben hier zwar eine Antwort, aber die ist sehr vage. Da steht: "Die Entscheidung über die Verteilung ... wird auf lokaler Ebene getroffen." Das bedeutet doch, dass jede Ebene auf sich gestellt ist. Wer gibt dieser Ebene denn dann zunächst die zusätzlichen Ressourcen? - Das ist alles sehr nebulös.

Ich bin folgender Meinung: Das bisher praktizierte System der Deckung besonderer Förderbedarfe - die wir ja haben - ist umfangreicher und flexibler, als das von Ihnen vorgeschlagene System.

Aber nichts ist so gut, als dass es nicht noch verbessert werden könnte. Wir werden im Haushalt 2004/2005 weitere Möglichkeiten zum flexiblen Stelleneinsatz schaffen.

Ich will nur ein Beispiel nennen - Sie kennen es aus dem Haushaltsentwurf -: Es wird zu einer Loslösung kommen. Die bisher - Stichwort: Schüler je Stelle - gebundenen 4.500 Stellen für muttersprachlichen Unterricht und Integrationshilfen werden zusammengefasst. Diese Loslösung von der Relation ermöglicht die zielgerichtete und bedarfsorientierte Zuweisung dieser Stellen an die jeweilige Schule. Es geht also nicht um die jeweilige Region.

Schwerpunkte können sich sicher herausbilden. Aber die Messgröße muss doch der individuelle Bedarf sein, der durch Schüler verursacht wird. Dieser individuelle Bedarf realisiert sich an bestimmten Schulen mehr als an anderen Schulen. Ich gebe auch zu, er realisiert sich in manchen Regionen stärker als in anderen Regionen. Aber das Kriterium für die Differenzierung bei der Zuweisung kann nicht die Region bieten,

(Ralf Witzel [FDP]: Das Angebot der Schule!)

sondern das Kriterium ist der Schüler.

(Ralf Witzel [FDP]: Das Angebot der Schule!)

- Auch das Angebot der Schule spielt eine Rolle, aber wohl nur insofern, als es in Stadtteilen mit regionalem Erneuerungsbedarf besondere Zuschläge gibt. Wir müssen sicher überprüfen, ob sich das Prinzip bewährt hat. Vielleicht muss künftig anders verfahren werden.

Unser Prinzip will außerhalb der Schüler-Lehrer-Relationen rund 10.000 Stellen für die Befriedigung flexibler Förderungsbedarfe hervorbringen. Auf diesem System können wir aufbauen.

Selbstverständlich kann man aber auch Ihre Punkte in diesem Zusammenhang diskutieren. Ich glaube aber nicht, dass damit ein Kurswechsel bzw. ein Prioritätenwechsel erreicht wird.

Auf die Beratung bin ich sehr gespannt. An konkreten Beispielen können wir dann durchexerzieren, wie so etwas aussehen kann. Für diese Diskussion sind wir offen. Deshalb stimmen wir der Überweisung in den Ausschuss zu.

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Degen. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Herr Recker das Wort.

Bernhard Recker (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele Jahre wurde - auch hier im Raum - über negative Auswirkungen verfehlter Bildungspolitik und deren Ursachen diskutiert. Meist geschah das aus dem Bauch heraus und aufgrund von Ergebnissen sowie aus Gesprächen mit Betroffenen. Tendenzen waren klar erkennbar; doch empirisch fundierte Ergebnisse lagen leider nicht vor.

Der Grund lag in der Tat darin, dass sich SPD-regierte Länder leider jahre- und jahrzehntelang geweigert haben, sich an wissenschaftlich fundierten Vergleichsuntersuchungen zu beteiligen. Ich erinnere an manche Diskussionen in diesem Zusammenhang. Auch hier in Nordrhein-Westfalen hat man sich geradezu dogmatisch jedem qualitativen Vergleich verweigert. Oft wurde vieles als Teufelszeug dargestellt.

Gott sei Dank haben wir inzwischen wissenschaftlich fundierte Ergebnisse. TIMSS und PISA haben der nordrhein-westfälischen Bildungspolitik in der Tat kein berauschendes Zeugnis ausgestellt.

Wir alle haben gehofft, dass Bildungspolitik nunmehr auch in Nordrhein-Westfalen Vorrang erhält. Das ist auch so angekündigt worden. Es hieß nämlich, die Bildungspolitik bleibe bei den Sparmaßnahmen außen vor. Großspurig kam das in vielen Ankündigungen der Regierung zum Ausdruck. Doch Anspruch und Wirklichkeit sind leider erneut zwei verschiedene Dinge.

Meine Damen und Herren, durch die Nichterfüllung Ihres Stufenplans von 2.000 Lehrerstellen, durch die Kürzungen beim Programm "Geld statt Stellen", bei der Ersatzschulfinanzierung und auch bei der Weiterbildung sparen Sie insgesamt etwa 170 Millionen €. Wenn man das umrechnet, so sind das immerhin 3.400 Lehrerstellen.

Ich darf wirklich alle hier im Plenum auffordern, endlich Maßnahmen zu ergreifen bzw. auf den

Weg zu bringen, die wir eigentlich alle als notwendig erkannt und anerkannt haben. Jeder von uns kennt die beiden schockierenden Ergebnisse von PISA: Der eine Punkt ist, dass die soziale Schere in keinem Land so weit auseinander klafft wie in NRW. Der zweite Punkt ist, dass etwa 23 % der getesteten 15-Jährigen nicht in der Lage sind, richtig zu lesen und zu schreiben und auf der Stufe von Grundschulern stehen.

Meine Damen und Herren, das ist sozialer Sprengstoff sondergleichen, und das beinhaltet letztlich riesige soziale Ausgaben für Reparaturmaßnahmen. Besonders schockierend für uns alle muss doch die Perspektivlosigkeit dieser Betroffenen sein.

Unser gemeinsames Ziel muss deshalb sein, eine solche Situation für die Zukunft zu verhindern. Wir brauchen aber auch Sofortmaßnahmen, um denen zu helfen, die schon durch das Sieb gefallen sind bzw. heute durch das Sieb fallen.

Was mich besonders trifft und schockiert, ist die Tatsache, dass sich die Landesregierung dieser Zielgruppe fast überhaupt nicht annimmt - im Gegenteil: Eines der wichtigsten Programme "Betrieb und Träger" wird einfach abgeschafft. Fast 1.000 Jugendlichen wird eine gute Perspektive genommen.

Ich möchte das bewusst erwähnen, weil ich diesen Antrag in einen Zusammenhang stellen muss. Denn ich glaube, nach PISA gibt es eine Zauberformel, die wir gerade auch in Finnland kennen gelernt haben. Diese Zauberformel heißt "individuelles Fördern ermöglichen". Insofern geht der FDP-Antrag genau in die richtige Richtung.

Mit dem Vorschlag der FDP sollen besondere Zielgruppen mit klar erkennbaren Defiziten erreicht werden, wie z. B. Migrantenkinder oder Schüler an Schulstandorten, an denen aufgrund der Sozialstruktur verstärkt Kinder aus sozialen Problemfamilien beschult werden.

Das entspricht übrigens exakt den Forderungen des Antrages, den die CDU-Fraktion unter dem Titel "NRW braucht eine Integrationsoffensive in Grund- und Hauptschulen" im Mai dieses Jahres auf den Weg gebracht hat. Ich möchte daraus zitieren. Es heißt dort:

"Die Landesregierung wird ferner aufgefordert, die individuelle Lernberatung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund als obligatorischen Bestandteil der Qualitätssicherung zu verbessern."

Frau Ministerin Schäfer, wenn Sie immer auf Finnland verweisen - das ist gut so -, dann müssen

Sie bitte auch einmal zur Kenntnis nehmen, dass es dort einen Rechtsanspruch auf Förderung gibt. Wir sollten darüber nachdenken, ob das nicht eine sinnvolle Initiative wäre, wenn wir über das neue Schulgesetz diskutieren, meine Damen und Herren.

Der Antrag der FDP-Fraktion weist die richtige Tendenz aus. Die Möglichkeit, die individuelle Förderung auszubauen, ist oberstes Gebot.

Aber die Wirklichkeit in den letzten Jahren sieht leider anders aus. Die Zuschlagsrelation für Integrationshilfe hat sich stetig verschlechtert. Wir erinnern uns: 1990 gab es noch für je 60 ausländische Schüler eine Zusatzstelle. 1996 waren es schon 125 Schüler. Die Kürzung beim muttersprachlichen Unterricht um ein Drittel ist geradezu kontraproduktiv. Ihr damaliger Kommentar, Frau Ministerin, dass man dann halt die Gruppen vergrößern müsse, ist angesichts der bestehenden Defizite in der Tat wirklichkeitsfremd.

Ich erkenne an, dass man nun Lern- und Förderungsempfehlungen beschlossen hat. Doch sagen Sie bitte auch, woher Sie das Personal nehmen, um diese Förderung durchzuführen. Bitte nicht immer mit den Verschiebebahnhöfen Zeitbudget, "Geld aus Stellen", "Geld statt Stellen" operieren! Vielmehr müssen wir die Rahmenbedingungen schaffen, die wirklich eine individuelle Förderung ermöglichen.

Meine Damen und Herren, wir haben ein Riesenproblem. Es geht nicht nur um Themen wie Unterrichtsausfall. Wenn wir wissen, dass wir in Nordrhein-Westfalen im Schnitt 800 Unterrichtsstunden weniger als in anderen Ländern erteilen, dann liegt auch hier ein Grund. Mehr Unterricht, meine Damen und Herren, bedeutet mehr Chancen. Sie haben hier riesigen Nachholbedarf.

Ich sage für die CDU-Fraktion ebenso: Dieser FDP-Vorschlag kann nur ein Mosaikstein auf dem Wege sein, enorme Defizite zu verhindern bzw. da, wo vorhanden, diese abzubauen. Es muss viel mehr geschehen. Ich möchte Sie nur an zwei Vorschläge erinnern, die wir dazu angeboten bzw. eingefordert haben, die gerade diesem Ziel dienen, das von der FDP hier formuliert wird.

Wir halten es für unabdingbar notwendig, dass die Sprachfähigkeit nach dem vierten Schuljahr überprüft wird, bei Bedarf verpflichtend Sprachkurse einzurichten sind und dafür dann auch die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um teurere Reparaturen zu verhindern.

Ich halte die Einführung einer echten Ganztagschule mit entsprechendem Lehrerzuschlag für

die einzige Chance für viele Kinder, nämlich mit dem unterrichtenden Lehrpersonal gemeinsam ihre Bildungs- und Erziehungsdefizite abzubauen, um individuelle Förderung zu erhalten.

Wie sagte der PISA-Koordinator, Andreas Schleicher, am 28.11. in der "Westdeutschen Zeitung" in einem Interview mit einem Herrn Clemens unter dem Titel "Zwei Jahre nach der PISA-Studie - von Aufbruchstimmung keine Spur"? Ich darf mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, zitieren:

"Wenn man den Ganztag wie derzeit nur als Betreuungsangebot vorsieht, dann hat das keinen Wert für Bildung. Die Idee muss sein: Wie können wir ganztätiges Lernen zur Realität werden lassen? Wenn das nur Sportvereine und Musikschulen übernehmen, bringt das nichts."

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Recker, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Degen zu?

Bernhard Recker (CDU): Aber gerne!

Vizepräsidentin Edith Müller: Bitte schön, Herr Degen, Sie haben das Wort.

Manfred Degen^{*)} (SPD): Herr Kollege Recker, Sie sagten vorhin, dass die Feststellung der Sprachkompetenz nach dem vierten Schuljahr erfolgen soll.

(Bernhard Recker [CDU]: Lebensjahr!)

- Das war ein Versprecher.

(Bernhard Recker [CDU]: Entschuldigung!)

- Danke.

Bernhard Recker (CDU): Was Herr Schleicher hier äußert, ist exakt unsere Position. Hier liegt auch für mich der Schlüssel. Es geht nicht nur darum, Defizite im Ansatz zu erkennen und abzubauen.

Meiner Meinung nach ist es auch die einzige Möglichkeit, denen, die durchs Sieb gefallen sind, überhaupt noch eine Chance zu geben. Diese sind nun mal überwiegend auf der Hauptschule. Wir können und dürfen es nicht zulassen, dass diese jungen Menschen ohne Ausbildungsfähigkeit vor einem Nichts stehen unter dem Motto: Diese Altersgruppe hat Pech gehabt.

Daher noch einmal mein leidenschaftlicher Appell: Ermöglichen Sie bitte neben den Grundschulen auch den Hauptschulen eine qualifizierte Ganztagsbeschulung!

Meine Damen und Herren, wir haben insgesamt kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Dieser Antrag bietet eine erneute Möglichkeit, gemeinsam notwendige Schritte individueller Förderung einzuleiten. Dazu lasst uns das neue Jahr 2004 nutzen! In dem Sinne uns allen friedvolle Feiertage!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Recker. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Recker, nach dem freundlichen Abschluss Ihrer Rede bin ich auch weiterhin etwas weihnachtlich und friedvoll gestimmt.

Allerdings gibt Ihr Redebeitrag Anlass, einiges klarzustellen. Es ist immer wieder bemerkenswert, wie Sie von der Opposition es schaffen, sich einzelne Punkte aus Interviews mit Herrn Schleicher oder Herrn Baumert herauszusuchen

(Zuruf von der CDU: Das ist doch richtig!)

- das steht dort drin, ich habe es auch gelesen und mir beiseite gelegt -, und diese einzelnen Punkte zu verabsolutieren, aber nicht den Gesamtkontext deutlich zu machen, in dem ein solches Interview steht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Schleicher sagte nämlich auch, die bei uns übliche Selektion müsse weg, wir müssten individuelle Förderung in einem integrativen System ausbauen und verstärken. Das alles erwähnen Sie nicht; davor verschließen Sie Ihre Augen. Sie haben die ideologischen Scheuklappen auf, nicht die anderen, die nach PISA differenziert und auf der Grundlage empirischer Studien diskutieren.

Ein zweiter Punkt: Unsere Schulen und Kommunen gestalten die offene Ganztagschule nicht ausschließlich mit Sport- und Kulturvereinen - diesen Eindruck erwecken Sie hier -; vielmehr sind diese ein Bestandteil in der Arbeit der offenen Ganztagschule.

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

Und ich frage mich dann auch, warum Sie einerseits beklagen, dass die Übungsleiterpauschale angeblich abgeschafft wird, wenn Sie diese Übungsleiter andererseits so diskreditieren. Dies passt doch wieder einmal vorne und hinten nicht

zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Dies musste ich am Anfang meiner Rede loswerden, obwohl auch ich Ihnen natürlich eine schöne Weihnachtszeit wünsche. Ich hoffe, dass wir alle gemeinsam mit vielen neuen Erkenntnissen und vielen neuen Reformideen ins neue Jahr starten. - Dies vorab als Reaktion auf Teile Ihres Beitrags, Herr Recker.

Meine Damen und Herren, auch wir halten es für richtig - insofern greift der FDP-Antrag etwas auf, was alle diskutieren und was wir auch schon formuliert hatten -, dass neue Spielräume für individuelle Förderung - dies wollen wohl alle Fraktionen des Landtages; die Frage ist nur, wie es sich umsetzen lässt -, mehr Flexibilität in der Frage der Stellenbewirtschaftung und ein zielgenauerer Einsatz der Stellen vorgesehen werden.

Auch wir Grüne haben, bestärkt durch PISA, immer wieder gefordert, dass wir von unserer klassischen, durch genaue, detaillierte Vorgaben bestimmten Inputsteuerung weg- hin zu einer Steuerung kommen müssen, die sich am Ergebnis orientiert.

Dafür brauchen wir ohne Zweifel passgenaue Elemente der Lehrerruweisung, aber auch der Zuweisung von sonstigem Personal und sonstiger Förderressourcen. Ein neuer und qualifizierter Schritt besteht doch darin, dass wir Schule und Bildung nicht mehr ausschließlich über Lehrerinnen und Lehrer definieren. In Finnland, Schweden und anderen Ländern arbeitet man z. B. sehr erfolgreich mit Schulassistenten.

Diskreditieren Sie doch nicht immer andere Berufe, die wir in der Schule zusätzlich brauchen, etwa Erzieherinnen und Sozialarbeiter,

(Beifall bei den GRÜNEN und einzelnen Abgeordneten der SPD)

und diskreditieren Sie auch nicht Betreuung als einen Baustein, der für viele Eltern und Kinder sehr wichtig ist, damit die Kinder in der Schule verlässlich ihren Ort des Lebens und Lernens finden.

(Beifall von Brigitte Speth [SPD])

Wir brauchen Elemente abseits der Gießkanne; das haben wir im Mai in unserem Antrag zu PISA und den anstehenden Reformen übrigens auch schon festgeschrieben.

Ich möchte allerdings zwei Einwände gegenüber dem machen, was Herr Witzel vorgetragen hat und was im FDP-Antrag steht:

Vor wenigen Wochen ist hier ein Antrag verabschiedet worden, der meines Erachtens einen wegweisenden Einstieg in die Umsteuerung unseres Bildungssystems bietet. Wir haben die Landesregierung damit beauftragt, im gesellschaftlichen Dialog Bildungsziele für unser Schulsystem zu entwickeln und gesetzlich zu verankern. Wir stehen hier am Anfang eines elementaren Prozesses.

Ich bin mir sicher, dass diese Verankerung von Bildungszielen, denen alle Schulen verpflichtet sind, die Einführung von Bildungsstandards, deren Überprüfung und - das ist besonders wichtig - das Bereitstellen eines Unterstützungssystems für die Schulen, die den ihnen gesteckten Zielen dauerhaft nicht gerecht werden, zu einer „Um-fair-teilung“ auch in Bezug auf Lehrerstellen führt. Es geht nicht nur um das Verteilen, sondern um ein faires Verteilen. Das ist, wie gesagt, ein Anfang.

Die gesellschaftliche und politische Verständigung über Bildungsziele hat doch vielerorts noch gar nicht stattgefunden. Dazu zählt auch, zu definieren, wie viele Jugendliche wir mit welchen Abschlüssen haben wollen und für unsere Wirtschaft brauchen. Auch der ökonomische Zusammenhang sollte hier immer wieder formuliert werden.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein - dies werden wir bei den weiteren Beratungen berücksichtigen; Kollege Degen hat schon darauf hingewiesen -, dass der Vorschlag der FDP einen massiven Einschnitt in die reguläre Lehrerversorgung und Unterrichtsversorgung darstellt. An Schulen, die keinen Kriterien des besonderen Bedarfs entsprechen, würden de facto Lehrerstellen entfallen, die anderen Schulen zusätzlich zur Verfügung gestellt würden.

(Ralf Witzel [FDP]: Nein! Sie haben doch nicht zugehört!)

- Ich habe sehr gut zugehört, Herr Witzel. Möglicherweise haben Sie sich nicht präzise genug ausgedrückt; wenn ich es so verstanden habe, haben es andere offensichtlich auch so verstanden.

(Lachen bei der FDP)

- Doch. Ich füge aber hinzu, Herr Witzel: Sie können sich das Erreichen von Zielen immer nur so vorstellen, dass Sie überall etwas drauflegen. Sie wollen offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, dass wir auch ineffiziente Strukturen haben und es durch eine Budgetierung schaffen müssen ---

(Ralf Witzel [FDP]: Doch! Gesamtschulen sind ein gutes Beispiel dafür!)

- Hören Sie mir doch einmal zu, sonst muss ich hinterher feststellen, dass Sie mich nicht verstanden haben. Das wäre doch schade, Herr Witzel.

Wir müssen also zu einer Budgetierung kommen, die es möglich macht, dass Schulen bedarfsbezogen, individuell und vor Ort entscheiden, die Ressourcen zu bekommen, die zur Verfügung gestellt werden. Dies müssen wir aufgrund von gesellschaftlich diskutierten und akzeptierten Bedürfnissen besprechen, um die Schulen in die Lage zu versetzen, die ihnen gesteckten Bildungsziele für möglichst viele Kinder und Jugendliche zu erreichen.

Wir möchten auf keinen Fall, dass Schulen gegeneinander ausgespielt werden und dass Willkür ins Spiel kommt. Dies ist meines Erachtens aber fast zwangsläufig der Fall, wenn man eine solche Maßnahme so anlegt, wie es die FDP hier beantragt hat.

Meine Damen und Herren, bereits heute sind fast 10.000 Stellen im Landeshaushalt veranschlagt, die nicht der Grundversorgung dienen, sondern für besondere Bedarfe eingestellt sind. Hierzu zählen der muttersprachliche Unterricht, die Integrationshilfen, aber auch die Stellen für die offene Ganztagschule und für Ganztagschulen klassischen Typs.

Mit ca. 7 % aller Stellen weisen Sie von der FDP einen erheblichen Anteil von Stellen für besondere Bedarfe aus. Der regulären Unterrichtsversorgung - aus dem Stegreif sage ich, es sind fast 7.000 Stellen - zu entziehen, halte ich für problematisch.

(Widerspruch bei der FDP)

- Nun regen Sie sich doch nicht so auf. - Wie Sie dem Haushaltsentwurf entnommen haben, sind die Stellen für den muttersprachlichen Unterricht und für Integrationshilfen erstmals nicht mehr den einzelnen Schulkapiteln zugeordnet, sondern gemeinsam unter „Schulen“ verbucht. Das ist ein erster Schritt - Sie haben ihn übrigens kritisiert -, einen zielgerichteten und flexibleren Einsatz für diese Stellen zu ermöglichen und nicht mehr krampfhaft an Schulformen orientiert vorzugehen. Hier gehen wir einen ersten Schritt, ohne die Stellenzuweisung an den Schulen völlig durcheinander und damit Unruhe ins System zu bringen.

Zudem haben wir in der letzten Schulausschusssitzung einen wichtigen Antrag beschlossen, der zu einem neuen Konzept zur Förderung der Mehrsprachigkeit führen und dazu die derzeitigen

unterschiedlichen Stellendeputate in diesen Bereichen bündeln wird. Ich bin mir sicher, dass wir in diesem Zusammenhang auch zu einer Lösung in der Frage Stellenzuweisung für den Migrationsbereich und Mehrsprachigkeit kommen werden.

Meine Damen und Herren, das Thema ist also nicht neu. Es ist einiges in Bewegung. Ich hoffe, dass wir im Fachausschuss zu einer differenzierten Beratung kommen werden, um dem Anliegen, das alle teilen - insofern binde ich es wieder zusammen -, nämlich viel gezielte Förderung für zahlreiche Kinder, die es nötig haben, näher zu kommen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Schäfer das Wort.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist die Vorweihnachtszeit und üblicherweise die Zeit des Wünschens. Ich war auch nicht ganz sicher, ob ich Ihren Antrag richtig interpretiert habe. Sie haben aber eben deutlich gemacht, dass Sie sich vorstellen könnten, in der gegenwärtigen Zeit 8.000 zusätzliche Lehrerstellen zu schaffen.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal klar machen, dass in fast allen Bundesländern die Lehrer und Lehrerinnen gefordert sind, eine Stunde zusätzlichen Unterricht zu erteilen, so auch in Nordrhein-Westfalen, dass in Nordrhein-Westfalen aber alle zusätzlichen Stunden von Lehrerinnen und Lehrern in der Schule verbleiben, was in anderen Schulen nicht der Fall ist, sondern dort wird die zusätzliche Mehrarbeit von Lehrerinnen und Lehrern in das Portemonnaie des Finanzministers gesteckt. Trotz der schwierigen Zeiten hat es Nordrhein-Westfalen geschafft, 1.000 neue Planstellen zu schaffen. Das ist eine realistische Betrachtungsweise.

Das, was Sie gerade eingefordert haben, nämlich 8.000 zusätzliche Lehrerstellen, halte ich in der gegenwärtigen Lage auf Gesamtdeutschland gesehen für absolut unrealistisch. Nordrhein-Westfalen geht hier einen ganz besonderen Weg. Dies entspricht dem Grundsatz, dass wir der Bildung oberste Priorität einräumen.

Ich komme nun zu Ihrem Antrag, Herr Witzel. Im Grundsatz begrüße auch ich den Antrag Ihrer Fraktion,

(Beifall bei der FDP)

und zwar nicht nur deshalb, weil ein handfester Streit nicht gut in die Weihnachtszeit passt, sondern auch weil ich mit dem Ziel Ihres Antrages übereinstimme, dass wir neue Spielräume für individuelle Förderung schaffen müssen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist jetzt natürlich meine Aufgabe, deutlich zu machen, was wir in der Vergangenheit in Nordrhein-Westfalen in diesem Bereich getan haben und auch weiter tun werden, denn tatsächlich - Frau Löhrmann und, wie ich glaube, auch mein Kollege Manfred Degen haben bereits darauf hingewiesen - werden bereits nach Maßgabe des Haushaltsplanentwurfs für 2004 und 2005 annähernd 10.000 Stellen für besondere Förderbedarfe bereitgestellt, was 7 % unserer Lehrerstellen entspricht.

Ich möchte dies erläutern: Die Stellen für den muttersprachlichen Unterricht und für Integrationshilfen - das umfasst eine Größenordnung von 4.000 Stellen - sollen ab dem Schuljahr 2004/2005 nicht mehr über Relationen verteilt werden, sondern noch zielgerichteter zugewiesen werden können. Wir werden damit das System einer festgelegten Zuweisung weiter ablösen und dafür Sorge tragen, dass die Stellen solchen Schulen zugute kommen, die mit entsprechenden Problemlagen konfrontiert sind und entsprechende Fördermaßnahmen eingerichtet haben. Diese Umstellung können Sie dem Entwurf des Haushaltsplans 2004/2005 entnehmen.

Meine Damen und Herren von der FDP-Fraktion, Ihr Antrag dokumentiert Unterstützung für dieses Vorgehen. Wir sind aber bereits auf dem Weg. Sie laufen sozusagen offene Türen ein, wenn sie eine solche flexible Zuweisung von Lehrerstellen für besondere Förderhilfen fordern, wie sie der Haushaltsplanentwurf bereits ermöglichen wird.

Darüber hinaus sind für bestehende Ganztagschulen vor allem in der Sekundarstufe I Zuschläge im Umfang von 3.887 Stellen ausgebracht. Ganztagschulen tragen ebenfalls dazu bei, Schülerinnen und Schüler besser zu fördern. Sie unterstützen durch zusätzliche Förderangebote außerunterrichtliche Angebote aus Kultur und Sport und Angebote zur Beratung von Eltern.

Im Bereich der Gesamtschulen sind 240 Stellen für Beschäftigung von Sozialpädagogen vorgesehen, und im Haushalt stehen 1.300 Stellen aus dem Zeitbudget zur Verfügung, die dort über die Stellen für die Unterrichtsversorgung hinaus veranschlagt werden. Sie werden jetzt für die

Sprachförderung in den Jahrgängen fünf und sechs an Haupt- und Gesamtschulen für Schülerinnen und Schüler mit Lern- und Entwicklungsstörungen, zur Steigerung der Berufsfähigkeit an Sonderschulen und für das Projekt "Beruf und Schule" an Haupt-, Gesamt- und Sonderschulen für schulumüde Jugendlichen eingesetzt.

Auf der Grundlage dieser Ziele werden Schulen in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf bei der Zuweisung von Stellen aus dem Zeitbudget für besondere Aufgaben vorrangig berücksichtigt. Nicht in diese Berechnung der 10.000 Stellen habe ich aufgenommen, dass auch durch die fortschreitende Einrichtung von offenen Ganztagschulen im Primarbereich, also in der Grundschule, für die wir u. a. 270 Stellen im Jahre 2004 und sogar 440 Stellen im Jahre 2005 zur Verfügung stellen, neue Möglichkeiten distanzierter Angebote geschaffen werden. Darüber hinaus können von den Hauptschulen bis zu 400 Lehrerstellen für die Einstellung von sonderpädagogischen Fachkräften in Anspruch genommen werden.

(Zuruf von der FDP: Wenig!)

Ferner habe ich die Zuschüsse für sonstige Betreuungsangebote sowie für die vorschulischen Sprachfördermaßnahmen bei den 10.000 Stellen nicht berücksichtigt.

Ich finde, mit diesen Zahlen wird deutlich, dass die Ressourcen in weiten Bereichen sehr bedarfsorientiert und nicht, wie Sie generell meinen, nach dem Gießkannenprinzip zugewiesen werden. Ich bitte aber auch zur Kenntnis zu nehmen und in anderen Diskussionen zu berücksichtigen, dass uns z. B. die flexible, auf vordringlichen Förderbedarf konzentrierte Zuweisung von Stellen aus dem Zeitbudget vorgehalten wird, wenn wir an dieser Stelle umsteuern wollen. Sie sagen dann, vorher habe es eine andere Zuweisung gegeben; wir dürften die Stellen nicht umsteuern. Wenn ich also den Gedanken des flexiblen Stellenbudgets ernst nehme, darf die Zuweisung von Stellen nicht zementiert werden. Wir müssen gerade für neue und sich verändernde Bedarfslagen handlungsfähig sein.

In folgendem Punkt finde ich Ihren Antrag widersprüchlich: Wenn Sie eine gesetzliche Fixierung eines Stellenbudgets fordern, dann passt das nicht zu der von Ihnen gleichfalls reklamierten Notwendigkeit, Stellenzuweisungen flexibel und bedarfsorientiert steuern zu können. Deshalb sollten wir es aus meiner Sicht dabei belassen. Die Zuwendung von Ressourcen erfolgt durch das Haushaltsgesetz, mit dem der Haushaltsplan fest-

gestellt wird. In diesem Rahmen findet auch eine aufgabenkritische Überprüfung statt.

Mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2004/2005 gehen wir mit wichtigen Schritten auf dem Weg voran, die beträchtlichen Förderressourcen, die das Land bereitgestellt hat, gerade auf die Schnittstellen beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule, auf den Schulbeginn, auf den Übergang in die Sekundarstufe I und schließlich auf den Übergang von der Schule in den Beruf zu konzentrieren und Schulen mit besonderen Problemlagen speziell zu unterstützen.

Auch wenn ich mit den Schlussfolgerungen Ihres Antrages nicht grundsätzlich übereinstimme, danke ich für die Unterstützung für den gemeinsamen Ansatz, den wir auch auf der Basis des Haushaltsentwurfs in den nächsten Monaten und Jahren mit klarer Zielorientierung realisieren werden, denn wir müssen Schulen in besonderen Problemlagen unterstützen. Unsere Maßnahmen zur Förderung gerade von Kindern mit Migrationshintergrund müssen wirksamer und damit besser werden. Auch das ist selbstverständlich - das haben wir nie bestritten - ein Ergebnis der PISA-Untersuchung. - Danke.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich antworte jetzt noch ganz schnell auf die von Herrn Degen aufgeworfenen Fragen.

Ja, Herr Degen, diese 5 % Stellen sollen ohne Frage zusätzlich ausgewiesen werden. Die kommunalen Schulträger sollen die Entscheidung darüber treffen können, natürlich in Zusammenarbeit mit den Schulausschüssen vor Ort, die dazu Vorlagen erarbeiten. Der Rat wird entscheiden, wo genau diese zusätzlichen Mittel bzw. diese Stellenanteile eingesetzt werden, denn individuelle Förderung nach Zahlen klappt nicht immer.

Es gibt Wohngegenden in Kommunen, wo die Population ein bisschen problematischer ist und es daher zusätzlicher Ressourcen bedarf, um gerade diese individuelle Förderung einigermaßen realisieren zu können. Für die kommunale Verteilung brauchen wir kein Verfahren nach dem Gießkannenprinzip; darin besteht ja bisher das Problem. Diese Frage brachte Frau Löhrmann auf. Sie hatte die Sorge, es könnten Ungleichbehandlungen entstehen. Genau das wollen wir damit errei-

chen, denn Schulen mit unterschiedlicher Population dürfen nicht gleich behandelt werden. Da, wo es eine schwierige Schülerpopulation gibt und ganz besonderer Förderbedarf besteht, müssen auch zusätzliche Ressourcen hineinfließen können. Wer könnte das besser beurteilen als die jeweilige Kommune vor Ort, als der Schulausschuss, der sich aus Fachpolitikern zusammensetzt, dem aber selbstverständlich auch die jeweiligen Schulleiter mit beratender Stimme angehören?

Ich habe großes Vertrauen in die Leute vor Ort und in ihre Fähigkeit, richtig zu entscheiden, wo diese zusätzlichen Lehrerstellen eingesetzt werden müssen und wo es nicht so dringend erforderlich ist. Wenn wir diese Flexibilisierung vor Ort nicht schafften, dann könnte an der einen oder anderen Schule eben doch nicht individuell genug gefördert werden, weil alle Schulen gleiche Ressourcen erhielten. Genau diese Flexibilisierung wollen wir erreichen. Das ist also ein kleiner Beitrag zur individuellen Förderung, deren Notwendigkeit durch PISA aufgezeigt wurde.

Natürlich hat Herr Recker in diesem Zusammenhang Recht, wenn er sagt, dies sei ein kleiner Schritt dorthin; das ist ganz klar. Wenn Sie sagen, wir könnten momentan diese Lehrerstellen nicht schaffen, dann ist es doch aber eine Frage der Bewertung, ob wir es tun wollen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Pieper-von Heiden, Ihre Redezeit ist beendet.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Oder wollen wir es, weil wir es im Moment nicht so leisten können, nicht machen? Das genannte Ziel dürfen wir meines Erachtens nicht aus den Augen verlieren. Es ist ganz klar: Wir müssen darauf hinarbeiten, einfach um sicherzustellen, dass wir einigermaßen gleiche Qualität ...

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Pieper-von Heiden, Ihre Redezeit ist beendet.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): ... in allen Schulen erzielen. Dafür ist diese individuelle Zuweisung der Stellenbudgets erforderlich. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags** in **Drucksache 13/4701** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** - federführend - sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Der Überweisung wurde einstimmig **zugestimmt**.

Ich rufe auf:

6 Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 13/4200 und 13/4296

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz
Drucksache 13/4756

zweite Lesung

Ich verweise außerdem auf den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4794** und den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4792**.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst Frau Schmid für die Fraktion der SPD das Wort.

(Zuruf von der FDP: Wo ist denn die Agrarministerin?)

Irmgard Schmid (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Landwirtschaft mit ihren vor- und nachgelagerten Bereichen ist in Nordrhein-Westfalen ein bedeutender Wirtschaftsbeereich, den wir für die Zukunft absichern müssen. Angesichts des zunehmenden Wettbewerbs auf den internationalen Märkten und der wachsenden Herausforderungen an eine verbraucherorientierte, tierschutz- und umweltgerechte Produktion kommt es darauf an, dass den rund 50.000 landwirtschaftlichen Betrieben in unserem Land auch künftig eine leistungsfähige und effiziente Beratungsstruktur zur Verfügung gestellt wird.

(Unruhe - Glocke)

Im Hinblick auf den fortschreitenden Strukturwandel in der Landwirtschaft und die notwendigen Kostensenkungen ist es unumgänglich, dass die Landwirtschaftskammern Rheinland und Westfa-

len-Lippe zu neuen, leistungsstarken Strukturen finden, um ihre wichtige Arbeit für den ländlichen Raum mittelfristig auf eine solide Basis zu stellen.

Vizepräsidentin Edith Müller: Frau Schmid, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Becker zu?

Irmgard Schmid (SPD): Nein. - Nach langem Ringen zwischen den Kammern, aber auch in diesem Hause - das verhehle ich nicht - werden wir heute das Gesetz über die Errichtung der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen verabschieden.

(Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Ist die Landwirtschaftsministerin nicht da? Was ist los?)

Ich verhehle nicht: Nicht alle Wünsche und begründeten Einwände, die uns in der öffentlichen Anhörung zu diesem Gesetz vorgetragen wurden, finden sich in dem Gesetzestext, der hier und heute zur Abstimmung ansteht.

(Unruhe - Zuruf von Joachim Schultz-Tornau [FDP])

- Die Ministerin hat selbst zu entscheiden, was sie wichtig findet und was nicht.

(Zuruf von Joachim Schultz-Tornau [FDP])

Das bezieht sich speziell auf die Formulierung des Aufgabenbereiches der Kammer, worin sie verpflichtet wird, insbesondere auf Agrarumweltmaßnahmen hinzuwirken. Erstens haben die Kammern dies bereits in der Vergangenheit getan. Zweitens bin ich mir sicher, dass auch die neue Landwirtschaftskammer mit dieser Formulierung umzugehen weiß.

Es wäre fatal, das Gesetz auf der Zielgeraden scheitern zu lassen. Die SPD-Fraktion stimmt diesem Gesetzentwurf heute zu, weil uns die Fusion der Landwirtschaftskammern zum 1. Januar 2004 zu wichtig ist, um sie an einzelnen Diskussionspunkten scheitern zu lassen.

Deshalb begrüße ich, dass es gelungen ist, bezüglich der Regelung im Hinblick auf die Zukunft der Forstverwaltung dieses Landes eine Entschließung zum Gesetzestext einzubringen. Im Rahmen der später zu treffenden Entscheidungen für diesen Bereich und im Zuge der weiteren erforderlichen Verfahrensschritte sollen noch einmal die Argumente für diese Lösung dargelegt und Sachargumente erneut geprüft werden.

Das heißt für die SPD-Fraktion: Der Ist-Zustand ist zu analysieren und zu bewerten. Dies muss in

Relation gesetzt werden zu der Vereinbarung des "Düsseldorfer Signals", das die Möglichkeit eines Landesbetriebs oder einer Anstalt öffentlichen Rechts eröffnet.

Es gibt keine Denkverbote. Keine Argumente werden unter den Tisch gekehrt. Dabei werden wir sorgfältig prüfen, wie die Interessen der ca. 80 % Privatwaldbesitzer unseres Landes in Relation zu den ca. 20 % des Staatswaldes stehen. Das wollen wir sorgfältig und in Ruhe beraten. Es muss sachgerecht und darf nicht nach Zuruf entschieden werden.

Das heißt für die SPD-Fraktion: Alles wird ergebnisoffen geprüft. - Wer nämlich kopfüber ins Wasser springen will, sollte vorher sorgfältig prüfen, wie tief es ist; sonst läuft er Gefahr, sich den Hals zu brechen.

Jetzt sollten wir uns freuen, dass sich vor allem die Anstrengungen der vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landwirtschaftskammern Rheinland und Westfalen-Lippe gelohnt haben, dass das Kammergesetz heute trotz aller Querelen noch in diesem Jahr verabschiedet wird. Glück auf dem Weg und ein gutes Gelingen der Fusionsveranstaltung am 7. Januar 2004 in Recklinghausen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Schmid. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Herr Uhlenberg das Wort.

(Zuruf von der FDP: Die Ministerin ist jetzt da! - Joachim Schultz-Tornau [FDP]: Sie haben Ihre Hennen verlassen und sind zu uns geeilt! - Ministerin Bärbel Höhn: Ich war bei der SPD! Wenn Sie die als Hennen bezeichnen wollen!)

Eckhard Uhlenberg¹⁾ (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Fraktion begrüßt die Fusion der Landwirtschaftskammern Westfalen-Lippe und Rheinland zu einer Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen. Gleichzeitig tritt damit auch eine über hundertjährige Tradition der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung in eine neue Phase. Die Arbeit der Landwirtschaftskammer ist für den Agrarstandort Nordrhein-Westfalen wichtig.

Der Dank der CDU-Fraktion gilt allen, die sich ehrenamtlich und hauptamtlich für die Land- und Forstwirtschaft sowie für den Gartenbau bei den Landwirtschaftskammern im Laufe der letzten Jahrzehnte engagiert haben, aber sich auch ganz

aktuell engagieren. Landwirtschaftliche Unternehmer, Gärtnermeister und Arbeitnehmer haben hier in den vergangenen Jahrzehnten sehr erfolgreich miteinander kooperiert.

Die Landwirtschaftskammer hat eine doppelte Aufgabe: Sie ist landwirtschaftliche Selbstverwaltung, der Kammerdirektor ist aber auch Landesbeauftragter der Landesregierung und gleichzeitig Chef der Landesforstverwaltung. Land- und Forstwirtschaft gehören zusammen. Die Aufgabenbündelung hat sich in den vergangenen Jahrzehnten bewährt.

In verschiedenen Abschnitten des neuen Kammergesetzes wird die Bedeutung der Selbstverwaltung reduziert und der Einfluss der Landesregierung gestärkt. Frau Höhn vertraut nicht den Kräften der Selbstverwaltung. Sie will der neuen Kammer ihren Stempel aufdrücken. Ihr politischer Wille soll zählen. In Zukunft gibt es weniger, statt mehr Demokratie in der landwirtschaftlichen Selbstverwaltung.

(Beifall bei CDU und FDP)

In der Präambel bestimmt Frau Höhn, dass die Kammer in Zukunft insbesondere die Agrarumweltmaßnahmen sowie den ökologischen Landbau fördern soll. Was soll die Formulierung "insbesondere", Kolleginnen und Kollegen? Die Landwirtschaftskammer in Nordrhein-Westfalen muss auch künftig für eine umweltfreundliche und wettbewerbsfähige Landwirtschaft stehen. Die neue Formulierung wird gegen den Willen der landwirtschaftlichen Berufsstände in Nordrhein-Westfalen durchgesetzt.

Auch die SPD-Landtagsfraktion hat den Landwirten durch ihre Sprecherin Irmgard Schmid versprochen, diese Formulierung zu streichen. Aber Frau Schmid kann sich leider innerhalb der SPD-Fraktion und schon gar nicht bei Frau Höhn und bei den Grünen durchsetzen.

Keine der entscheidenden Anregungen, die bei der Anhörung vorgebracht worden sind - wir haben ja eine umfangreiche Anhörung durchgeführt -, ist von der Koalition übernommen worden.

(Theo Kruse [CDU]: Unglaublich!)

Frau Höhn lässt nur ihren eigenen Standpunkt gelten. Diejenigen, die in Zukunft die Auswirkungen des Kammergesetzes zu spüren bekommen, sind für sie uninteressant.

Ich komme zu einem zweiten entscheidenden Punkt: Wir leben in einer Zeit, in der die Aufgaben und die Existenz der staatlichen Bürokratie hinterfragt werden. Staatliche Behörden werden abge-

schaft. Bei Frau Höhn ist das anders. Sie schafft mit dem Landesbetrieb Forst eine neue Behörde in Nordrhein-Westfalen. Das ist ein einmaliger Vorgang.

(Theo Kruse [CDU]: Unglaublich!)

Die Landesforstverwaltung war bisher Teil der Landwirtschaftskammern. Circa 900 der 2.600 Beschäftigten sind in diesem Bereich tätig. Zwei Drittel des Waldes in Nordrhein-Westfalen ist Privatwald. Kollegin Schmid hat sogar von 80 % gesprochen.

Bei dieser Struktur des Waldbesitzes unterscheiden wir uns von anderen Bundesländern. Deswegen müssen wir auch eine andere Antwort auf die Frage finden, welche Landesforstverwaltung wir brauchen.

Warum wird die Landesforstverwaltung nun in einen staatlichen Landesbetrieb überführt, obwohl der Staatswald in Nordrhein-Westfalen nur einen Anteil von 13 % hat? Es gibt zwar nur 13 % Staatswald, aber wir bekommen jetzt eine staatliche Landesforstverwaltung in Nordrhein-Westfalen.

(Theo Kruse [CDU]: Nicht zu fassen!)

Meine Damen und Herren, auf die Frage, weshalb das so geschieht, konnte uns bisher niemand eine positive Antwort geben. Es gibt nur eine Antwort: Es ist der kompromisslose Machtanspruch von Frau Höhn, die Selbstverwaltung außer Kraft zu setzen und diese Aufgabe zu verstaatlichen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Demokratie und Selbstverwaltung bleiben in Nordrhein-Westfalen auf der Strecke, wenn Frau Höhn innerhalb der Landesregierung ihre Machtbasis verbreitern kann. Die Koalitionsfraktionen haben beim "Düsseldorfer Signal" erlebt, wie kompromisslos sie vorgeht und wie rücksichtslos auch ihre Kollegen gegen die Kollegen von der SPD-Fraktion vorgegangen sind, die eine andere Meinung vertreten haben.

(Beifall bei der CDU)

Sie nehmen keine Rücksicht auf Kollegen aus dem Landtag. Ihnen ist es völlig egal, wie die in ihrem Wahlkreis dastehen. Die Ausführungen des Kollegen Rusche in der Ausschusssitzung waren sehr deutlich und für mich in dieser Form einmalig, obwohl ich schon 18 Jahre dem Landtag von Nordrhein-Westfalen angehöre.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ist dieser Politikansatz nach dem Motto "weniger Demokratie - mehr Staat" mit dem Programm der Grünen vereinbar? Oder haben Sie sich schon so weit von Ihren Ursprüngen entfernt, dass für Sie nur noch Macht und Durchsetzungsvermögen gelten, gerade bei diesem Kammergesetz in Nordrhein-Westfalen?

(Beifall bei CDU und FDP)

Und die SPD, meine Damen und Herren? Ich habe Hochachtung vor Frau Kollegin Schmid. Sie hat sich aber bei der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer Westfalen-Lippe feiern lassen, als sie verkündete, die SPD werde den Landesbetrieb Forst nicht mittragen. Das war eindeutig. Gleichzeitig war es leichtfertig; denn in der Koalition bestimmt Frau Höhn, welche Entscheidungen im Agrarbereich getroffen werden, und sie ist vorher nicht gefragt worden.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Nachdem die freie Abgeordnete Frau Schmid erklärt hatte, was Wille der SPD-Fraktion ist, kam sofort der Staatssekretär und sagte: Sie können sich alle beruhigen; die SPD-Fraktion kann erklären, was sie will; dies findet nicht statt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Herr Uhlenberg, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Schmid zu?

Eckhard Uhlenberg^{*)} (CDU): Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu; ich bringe diesen Inhalt jetzt zu Ende. - Meine Damen und Herren, dass den Oppositionsfraktionen im Ausschuss dann auch noch verwehrt wurde, die erst während dieser Sitzung eingereichten Anträge der Koalition während einer Sitzungsunterbrechung zu beraten, gehört zum politischen Stil der Koalition, insbesondere der Grünen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

So verhält man sich, wenn man sich auf dünnem Eis bewegt.

Meine Damen und Herren, die Koalition wird heute gegen alle Widerstände die Verstaatlichung der Landesforstverwaltung zum 1. Januar 2005 beschließen. Das bedeutet mehr Bürokratie; das bedeutet höhere Kosten; das bedeutet weniger Selbstverwaltung; das bedeutet mehr Staat. Meine Damen und Herren, das ist der falsche Weg.

So etwas ist derzeit nur in Nordrhein-Westfalen möglich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Die CDU-Landtagsfraktion lehnt diesen Gesetzentwurf ab und wird - das kann ich, auch in Rücksprache mit unserem Fraktionsvorsitzenden, verbindlich zusagen - die Umwandlung der Landesforstverwaltung in einen Landesbetrieb wieder rückgängig machen, falls es die Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl 2005 zulassen,

(Beifall bei CDU und FDP)

damit Selbstverwaltung und Kosteneffizienz nicht auf der Strecke bleiben und die Einheitsforstverwaltung von Privat-, Staats- und Kommunalwald in Nordrhein-Westfalen eine gute Zukunft hat. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Uhlenberg. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Herr Becker das Wort.

Felix Becker (FDP): Frau Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich bedankt sich auch die FDP-Landtagsfraktion für die Arbeit der Landwirtschaftskammern Westfalen-Lippe und Rheinland.

(Beifall bei der FDP)

Diese beiden Landwirtschaftskammern haben über Jahrzehnte eine gute, wichtige und erfolgreiche Arbeit für Nordrhein-Westfalen und die Vorgängerländer geleistet. Jetzt gilt es aber, den Blick nach vorne zu wenden. Deshalb sind wir grundsätzlich für die Fusion der Landwirtschaftskammern.

Meine Damen und Herren, Herr Müntefering hat dem Ergebnis des Vermittlungsausschusses ein wichtiges Maß psychologischer Wirkung beigegeben. In der Tat ist die Stimmungslage in der Gesellschaft und in der Wirtschaft wichtig. Viele weisen ihr sogar eine konjunkturelle Schlüsselstellung zu.

(Unruhe - Glocke)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, im Agrarsektor, in dem in Deutschland zusammen mit den vor- und nachgelagerten Branchen immerhin ca. 4 Millionen Menschen beschäftigt sind, ist die Situation miserabel, und zwar nicht nur stimmungsbedingt. Die Einkommen in der Landwirtschaft sind gesunken, seit die SPD die Agrarpolitik der ökonomisch blinden Agrarideologie der

Grünen überließ, und zwar seit 2001 um 13 % und im Wirtschaftsjahr 2002/2003 um 25 %. Die Bruttoeinkommen der durchschnittlichen Agrarbetriebe sanken auf 1.360 €. Meine Damen und Herren. Wo soll denn da noch investiert werden?

In dieser Situation leistet sich diese Landesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen ein Tohuwabohu um ein Kammergesetz, das von einem innerkoalitionären Gerangel ohne Ende geprägt ist. Die SPD, die vorgibt, die Partei derjenigen zu sein, die - wie es Herr Müntefering einmal formuliert hat - nicht so breite Schultern haben - und das sind sicherlich auch die Landwirte -, lässt sich von Frau Höhn am Nasenring durch die Arena führen.

(Beifall bei der FDP)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie haben sich aus der Agrarpolitik völlig verabschiedet, obwohl viele Millionen Menschen in diesem Sektor arbeiten.

Frau Ministerin Höhn, Sie geben vor, hier in Nordrhein-Westfalen mit Ihrer Partei Basisdemokratie, eine Politik der Agendaprozesse sowie die Beteiligung so genannter gesellschaftlich relevanter Gruppen zu betreiben. Sie haben die Ergebnisse der Anhörung zum Kammergesetz, an der sicherlich viele gesellschaftlich relevante Gruppen teilgenommen haben, aber völlig ignoriert. Abgesehen von der Anmaßung, die darin liegt, ist diese Politik derart klientelorientiert, dass Sie Ihr Ministerium mit einem Küchenkabinett führen müssen, weil Sie Angst vor und Misstrauen gegenüber Sachverstand in Ihrem Hause haben.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Was Ihnen suspekt ist, treten Sie nieder. Das bisschen Selbstverwaltung, was in einer Forstverantwortung der Landwirtschaftskammern steckt, wollen Sie auch noch ausmerzen. Ja, Frau Ministerin, die Umsetzung von Landschaftsplänen organisieren Sie hin zu Ihrer Klientel. Die Landesforstverwaltung wollen Sie aber ganz und gar unter Ihr Kuratel stellen. Das ist der Grund dafür, dass Sie das parlamentarische Chaos im Agrarausschuss inszeniert haben, indem Sie noch nicht einmal dem Beratungsbedarf Ihrer Mitkolleginnen nachkommen wollten. Das halte ich für einen miserablen parlamentarischen Stil.

(Beifall bei FDP und CDU)

Die FDP will eine einheitliche Landesforstverwaltung. Gerade mit Blick auf die riesigen Flächenanteile im Kleinstprivatwald und auf die energiewirtschaftlichen Chancen, die in einer vernünftigen

Bewirtschaftung auch von Kleinstprivatwald liegen, brauchen wir eine wirkungsvolle Landesforstverwaltung, wie wir sie haben. Trotz der Führungsrücksichtslosigkeit einer Landesregierung gegenüber einer Spezialverwaltung hat Nordrhein-Westfalen eine gute Landesforstverwaltung. Da muss endlich Ruhe einkehren und nicht alle paar Jahre etwas Neues.

Ob ein Landesbetrieb Forst etwas Positives bringt, ist mit Blick auf Beispiele wie den Landesbetrieb Straßenbau eher fragwürdig. Deshalb treten wir als Liberale für die Streichung des Art. 3a ein.

Die Prüfoption im Antrag von Rot-Grün, die Ausdruck einer tiefen bürokratischen Prüfungssehnsucht ist, lehnen wir ab. Unsere Landesforstverwaltung hat einen Anspruch darauf, dass jetzt eine Entscheidung gefällt wird.

Den ideologischen Beratungszwang zur Produktionsmethode Ökolandbau - mehr als eine Produktionsmethode ist das nicht - lehnen wir ab.

Wir halten es auch nicht für erforderlich, Frau Ministerin, dass Sie - oder Ihr Haus - einen Geschäftsverteilungsplan der Landwirtschaftskammer genehmigen müssen. Wir gehen davon aus, dass die Landwirtschaftskammern ihren Geschäftsverteilungsplan in eigener Machtvollkommenheit, in eigener Verantwortung erstellen können.

(Beifall bei der FDP)

Die FDP lehnt den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form ab. Wir stimmen gemäß der liberalen Linie, die wir verfolgt haben, dem Antrag der CDU zu. - Ich bedanke mich und wünsche allen ein frohes Weihnachtsfest.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Becker. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Lassen Sie mich als Erstes einen Sachverhalt klären, bei dem mir daran gelegen ist, ihn gegenüber den Kollegen klarzustellen: Frau Höhn war an der Stelle im Agrarausschuss nicht beteiligt. Ich habe Widerworte gegen den Wunsch von Herrn Uhlenberg nach einer Sitzungsunterbrechung eingelegt. Das tut mir im Nachhinein Leid, weil es nicht mein Punkt war, Ihnen die zehn Minuten nicht zu gönnen. Vielmehr waren es nur noch zehn Minuten bis zum Beginn

des Plenums, und ich hatte die Sorge, dass wir nicht mehr abstimmen können. Wir brauchten eine Beschlussempfehlung, um das Gesetz heute beschließen zu können. Das Bedauern gilt genauso gegenüber den anderen Fraktionen, gegenüber den Kolleginnen und Kollegen der FDP und der SPD.

(Zurufe von der CDU)

- Hören Sie mich doch erst einmal an! Sie können gleich sagen, dass es Ihnen nicht passt. - Wenn wir sichergestellt hätten, dass die Abstimmung in jedem Fall kommt, hätte ich überhaupt kein Problem mit einer Sitzungsunterbrechung gehabt. Ich sehe ein, dass das in der zugespitzten Situation ein Fehler in der Kommunikation war. Ich will nur klar signalisieren, dass wir das an anderer Stelle nicht noch einmal tun werden. Es tut mir Leid.

Zweitens. Die Kollegen Uhlenberg, Schmid und Becker haben sich positiv zur Tätigkeit der Landwirtschaftskammern in der Vergangenheit geäußert. Es ist richtig, dass es ein gewisser historischer Moment ist, wenn jetzt die Fusion der beiden Kammern geschieht, die seit 1949 - nach der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalens - bestehen. Es ist richtig, dass da gute Arbeit geleistet worden ist, und es ist richtig, dass jetzt ein spannender Prozess ansteht. Denn mit dem Zusammenschluss dieser beiden Kammern zu einer Kammer beginnt für viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein neuer Abschnitt.

Der Grund für die Fusion ist die wirtschaftlich angespannte Situation, die das Bemühen erfordert, durch Einsparungen, durch Synergieeffekte wesentliche Entlastungen bei den Kammern zu erreichen. Das ist schon ein Stück weit geschehen, wird aber in Zukunft noch verstärkt notwendig sein. Insofern ist das nur ein Teilmoment eines Prozesses.

Was den strittigen Punkt angeht, so hatten wir Konsens bezüglich des ersten Teils, dass wir die Verabschiedung heute brauchen. Die Fusion soll zum 1. Januar in Kraft treten; für den 7. Januar haben die Kammern zur Gründungsversammlung eingeladen. Deswegen müssen wir heute zu einem Ergebnis kommen.

Ein Punkt wird strittig diskutiert: die Einrichtung des Landesbetriebs Forst. Die Diskussion ist nicht erst in den letzten Wochen auf die Tagesordnung gekommen. Sie wird in der Landesregierung zumindest seit September vergangenen Jahres intensiv zwischen Finanzministerium und Umweltministerium geführt. Dabei wird stark darauf gedrängt, Strukturen für den Landesbetrieb Forst

und ökonomische Einsparpotenziale zu dokumentieren.

Die Diskussion zwischen Finanzministerium und Umweltministerium ist im März dieses Jahres fortgesetzt worden. Im „Düsseldorfer Signal“ haben wir uns darauf verständigt, entweder einen Landesbetrieb oder eine Landesanstalt einzurichten. Die Veränderungen bei der Kammer werden also in jedem Fall herbeigeführt. Die Landesregierung hat sich im weiteren Prüfverfahren darauf verständigt, einen Landesbetrieb zu errichten. So steht es jetzt im Gesetz, und so soll es auch beschlossen werden.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Ich begrüße auch ausdrücklich die Entschließung dazu, weil in ihr festgehalten worden ist, dass die Einheitsforstverwaltung an dieser Stelle erhalten werden soll. Das ist, wenn wir uns Prozesse in anderen Bundesländern ansehen, keine Selbstverständlichkeit; das ist sehr wichtig. Insofern ist das, was von der Landesregierung vorgelegt worden ist und was wir im Ausschuss beraten und beschlossen haben, ein vernünftiger Schritt. Wir sollten ihn heute abschließend umsetzen, damit im nächsten Jahr die Kammern ihre Arbeit mit dem 1. Januar beginnen können und die Gründungsvoraussetzungen für den Landesbetrieb in 2004 geschaffen werden können. - Danke schön.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Priggen. - Frau Ministerin Höhn hat das Wort. Bitte schön.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ja, wir haben heute ein großes Projekt zu verabschieden. Dass es bei einem großen Projekt auch zum Knirschen und Holpern kommt, ist immer so. Dass die Emotionen bei einem solchen Projekt hochschlagen, ist ebenfalls immer so. Das gilt insbesondere dann, wenn es, wie bei den Landwirtschaftskammern, um Institutionen geht, die seit über 100 Jahren bestehen. 104 Jahre gibt es die Landwirtschaftskammer im Rheinland und in Westfalen. Ein solcher Weg, die beiden in einem so emotionalen Berufsstand wie in der Landwirtschaft zu fusionieren, führt zu erheblichen Diskussionen. Es ist auch klar, dass das nicht einfach ist.

Wir wollen jetzt eine einheitliche Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen. Wir schaffen es nur deshalb sie einzurichten, weil gerade die Präsidenten der Landwirtschaftskammern sehr dazu

beigetragen haben, dass wir so weit gekommen sind. Deshalb bedanke ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei beiden Präsidenten, bei Herrn Lieven und Herrn Meise. Herzlichen Dank! Ohne sie hätte das nicht geklappt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es hat natürlich auch deshalb geklappt, weil es eine unglaubliche finanzielle Problematik gibt. Wir müssen sparen, und wir müssen auch deshalb sparen, weil die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe, also der Kunden der Kammern, immer kleiner wird. Man kann eine so große Kammer nicht aufrechterhalten, wenn man immer weniger Betriebe hat, die man betreut. Von daher bestand auch ein wirtschaftlicher Druck, hier zu einer Veränderung zu kommen.

Deshalb sage ich auch sehr deutlich, Herr Uhlenberg: Sie machen es sich sehr, sehr einfach. Ja, die Landesregierung will mehr Einfluss bei den Kammern, und ich sage Ihnen: zu recht. Übrigens müsste das auch in Ihrem Interesse sein. Denn wer ist eigentlich die Basis? Sind Sie, die Abgeordneten der Bevölkerung, eigentlich nicht die Basis? Sie reden immer nur von der Basis des Berufsstandes, aber Sie sind ein frei gewählter Abgeordneter. Hier sitzt die Basis, nämlich die Vertreter der Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen.

(Lachen bei der CDU)

Nicht mehr und nicht weniger! Wenn wir über 100 Millionen Steuergelder diskutieren, dann müssen wir von dieser Basis aus auch darüber diskutieren, wie sie ausgegeben werden. Deshalb muss die Landesregierung stärker kontrollieren, was mit diesem Geld passiert. Was wollen Sie eigentlich? Wollen Sie es einfach der Kammer geben nach dem Motto: "Die Bauern werden dann schon sehen, was sie damit machen!"; Nein, ich muss mich nicht nur den Bauern gegenüber verantworten, sondern gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes,

(Beifall bei den GRÜNEN)

und es gibt nicht nur Bauern in diesem Land. Alle müssen sozusagen damit einverstanden sein, wie dieses Geld ausgegeben wird. Deshalb hat die Landesregierung einen berechtigten Auftrag, auch zu gucken, was in der Landwirtschaftskammer passiert. Ansonsten würden wir mit den Steuergeldern nicht vernünftig umgehen. Und wir sind der größte Zahler bei der Landwirtschaftskammer. Wir geben das meiste Geld hinein. Deshalb wollen wir auch mehr wissen, was passiert.

Wenn Sie, Herr Uhlenberg, sagen, es sei unglaublich, dass wir den Forst jetzt zu einer staatlichen Aufgabe machen, dann haben Sie sich noch nicht darum gekümmert, wie die Fakten sind. Der Forst ist seit 30 Jahren staatliche Aufgabe in diesem Land, und deshalb wird er auch weiterhin staatliche Aufgabe bleiben. Wir haben das bisher auf die Kammern übertragen, aber seit 30 Jahren liegt die Zuständigkeit für den Forst beim Staat.

Das Erste, was insbesondere der Kammerpräsident Meise gemacht hat, als es ans Sparen ging, war, zu sagen: Gehen wir doch einmal an die Forstämter, stellen wir doch die 35 Forstämter zur Disposition! Sie müssen sich doch nicht wundern, dass wir mittlerweile Bittbriefe aus dem Forstbereich bekommen: Richtet doch bitte den Landesbetrieb ein! Man hat nämlich gesehen, wie die Kammern teilweise mit ihnen umgegangen sind. Auch von daher fühlen wir uns sehr sicher, wenn wir Ihnen diesen Weg des Landesbetriebs vorschlagen.

Herr Uhlenberg, Sie sind auch doppelzüngig. Als wir gesagt haben, wir wollten eine Doppelspitze, um uns stärker um den Forst zu kümmern, haben Sie gesagt: Nein, auf keinen Fall. - Jetzt sind Sie plötzlich der Vertreter des Forstes. Wir wollten also eine stärkere Stellung des Forstes in der Kammer, und Sie haben sich dagegen gewehrt. Und jetzt schwingen Sie sich plötzlich als Vertreter des Forstes auf. Sie reden immer wieder gerade so, wie es Ihnen passt, aber ein Konzept steckt nicht dahinter.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin, würden Sie eine Frage von Frau Schmid beantworten?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich möchte meine ---

(Lachen bei der CDU)

- Was gibt es da zu lachen? Ich werde die Frage von Frau Schmid zulassen, im Gegensatz zu Herrn Uhlenberg, der keine Frage akzeptiert hat. Ich werde sie zulassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie trauen sich nämlich nicht, Fragen zu beantworten! Das ist doch der Punkt.

(Unruhe - Glocke)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Minister, möchten Sie die Frage beantworten?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja, sicher.

Präsident Ulrich Schmidt: Bitte schön, Frau Schmid.

Irmgard Schmid (SPD): Frau Ministerin, stimmen Sie mir zu, dass, bevor Entscheidungen getroffen werden, dem Parlament und den Fachausschüssen Zahlen auf den Tisch gelegt werden, Beschreibungen des Ist-Zustandes mit Daten und Fakten und finanziellen Gegebenheiten sowie Beschreibungen der Zielvorstellungen ebenfalls mit Daten und Fakten, und dass anhand dieser Vergleiche dann im nächsten Jahr oder wann auch immer Entscheidungen getroffen werden?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Schmid, ich werde mich an Gesetze halten, ich werde mich an Landtagsbeschlüsse halten, ich werde mich an Kabinettsbeschlüsse halten, und ich werde mich auch an das "Düsseldorfer Signal" halten. Das werde ich tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt kommen wir zum nächsten Punkt. Herr Uhlenberg, Sie kritisieren, dass in das Kammergesetz bestimmte Ziele aufgenommen worden sind, z. B. Agrarumweltmaßnahmen, der ökologische Landbau, nachwachsende Rohstoffe, erneuerbare Energien.

Dazu sage ich Ihnen: Die Zahl der Betriebe sinkt. Aber es gibt in bestimmten Bereichen Zukunftspotenzial für die Bauern, und in diesen Bereichen steigen die Zahlen der Betriebe. Wir wären wirklich fahrlässig, wenn wir diese Bereiche, in denen es Zukunftspotenzial gibt und die Bauern noch verdienen können, nicht als Schwerpunkte herausstellten. Das tun wir. Sie wollen doch immer nur die traditionellen Sachen machen und gucken gar nicht, was es an neuen Möglichkeiten gibt, Geld zu verdienen. Das ist der Unterschied.

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin, würden Sie Herrn Becker eine Frage gestatten?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Bitte schön, Herr Becker.

Felix Becker (FDP): Frau Ministerin, zu der eben aufgrund der Zwischenfrage der Kollegin Schmid angesprochenen Prüfung: Könnten Sie sich vorstellen, diese Prüfung auch so weit auszudehnen, dass wir gegebenenfalls einen kammereigenen Forstbetrieb machen und nicht einen landeseigenen?

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Becker, ich habe Ihnen eben gesagt: Ich werde mich an das "Düsseldorfer Signal" halten. Darin haben wir sehr deutlich beschrieben, was wir wollen, und zwar die beiden Koalitionsfraktionen, die die Mehrheit in diesem Landtag bilden. Deshalb werde ich sehr genau das machen, was auch in dem Antrag, den Rot-Grün hier eingebracht hat, festgeschrieben ist. Da steht nämlich:

"Im 'Düsseldorfer Signal' haben die Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Herausnahme des Forstbereiches aus den Landwirtschaftskammern und damit einhergehend die Umgestaltung der Forstwirtschaft zu einem Landesbetrieb oder einer Landesanstalt beschlossen. Die Landesregierung hat nach Prüfung mit der Vorlage des Gesetzes dem Landtag die Einrichtung eines Landesbetriebs vorgeschlagen."

Wir wollen diesen Landesforstbetrieb zum 1. Januar 2005 einrichten. Und dann steht hier - darüber freue ich mich sehr -:

"Der Landtag begrüßt die Absicht der Landesregierung, im Rahmen der weiteren jetzt erforderlichen Verfahrensschritte zur Umsetzung des Landesforstbetriebs noch einmal die Argumente für diese Lösung darzulegen und noch mal Sachargumente, die für die Einrichtung einer Landesanstalt sprechen, zu prüfen."

Das werde ich tun, daran werde ich mich halten. Ich halte mich auch an Landtagsbeschlüsse, an Gesetze, an Kabinettsbeschlüsse und an das "Düsseldorfer Signal".

Deshalb komme ich jetzt zum Landesbetrieb Forst, dem nächsten Punkt, Herr Uhlenberg, bei dem Sie doppelzünftig sind. Welche Länder haben denn einen Landesbetrieb Forst? Das sind doch lauter CDU-Länder. Das sind doch die großen Länder im Süden der Republik: Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. Und Sie sagen hier, das sei des Teufels.

(Zurufe von der CDU)

Ihre CDU-Länder haben Landesbetriebe. Und hier wollen Sie es verwerfen! So unehrlich sind Sie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in der Tat einen langen Diskussionsprozess in der Landesregierung hinter uns. Die Diskussion um den Landesbetrieb Forst ist zunächst einmal vom Finanzminister aufgegriffen worden. Übrigens ist sie auch schon sehr alt. Der Finanzminister hat immer gesagt: Damit kann man Geld sparen. Deshalb, liebe Frau Höhn, sollten Sie es machen! Deshalb steht es jetzt im „Düsseldorfer Signal“. Deshalb sind im Haushalt 2004/2005 auch schon Kürzungen vorgenommen worden. Diese Kürzungen müssen wir realisieren, und zwar schnell. Denn das Geld ist ja sozusagen schon weg. Daher müssen wir die Organisationsstruktur schaffen, um diese Einsparungen auch vornehmen zu können.

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin, ich habe jetzt eine Vielzahl von Wortmeldungen vorliegen. Entsprechend § 64 unserer Geschäftsordnung soll der Präsident aber im Rahmen des Gesamtzusammenhangs nicht mehr als zwei Zwischenfragen zulassen. Hier haben wir jetzt mittlerweile vier auf dem Tableau. Die Frage ist: Sind Sie bereit, die Fragen der Kollegen zu beantworten? Oder kann ich davon ausgehen, dass wir zum Ende der Diskussion kommen müssen und auch wollen?

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ich mache einen Vorschlag zur Lösung. Ich habe jeweils eine Frage der SPD und der FDP beantwortet. Eine Frage der CDU lasse ich deshalb gern noch zu. Aber dann folge ich Ihrem Vorschlag, dass wir zum Ende der Diskussion kommen.

(Zurufe)

Präsident Ulrich Schmidt: Frau Ministerin, wenn das so einfach wäre! Wir haben im Augenblick keine CDU-Meldung vorliegen.

(Heiterkeit)

Vor diesem Hintergrund und angesichts der fortgeschrittenen Zeit gehe ich davon aus, dass wir jetzt § 64 unserer Geschäftsordnung anwenden, gleich die Diskussion beenden und zur Abstimmung kommen.

Bärbel Höhn, Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren, dann will ich diese De-

batte auch nicht weiter verlängern. Es ist ein historischer Schritt, Kammern zusammenzuführen, Landwirtschaftskammern insbesondere. Wir werden ab 1. Januar, hoffe ich, nicht nur diesen einheitlichen Landesforstbetrieb in den Blick nehmen, sondern auch eine Kammer haben. Diese Kammer wird dann Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen heißen.

Ich gucke noch einmal Herrn Lieven an, der dabei ein wichtiges Wort mitgeredet hat, diese Lösung zustande zu bringen. Ich appelliere an Sie alle. Ich weiß, dass die Emotionen hochschlagen. Das ist auch in Ordnung. Bei einem solchen Thema hätte ich es nicht anders erwartet. Wir haben ein hartes Stück Arbeit hinter uns. Aber ich glaube, wir können es auch schaffen, das Ganze zum 1. Januar umzusetzen. Dazu haben einige Leute beigetragen. Ich bedanke mich noch einmal bei Herrn Lieven und Herrn Meise für ihre Mittätigkeit; ansonsten wäre es nicht gegangen.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen eine gute Abstimmung, ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Das Wort hat der Kollege Uhlenberg, CDU-Fraktion.

Eckhard Uhlenberg^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Kollegin Höhn, Sie haben von Stilfragen gesprochen. Für mich war es hoch interessant, wie Sie mit der Zwischenfrage der Frau Kollegin Schmid umgegangen sind

(Beifall bei CDU und FDP)

und wie Sie sie beantwortet haben. Das betrifft auch Stilfragen im Umgang mit dem Parlament.

Nun komme ich zu einzelnen Punkten, die Sie angesprochen haben. Woher kommt denn eigentlich dieser Vorschlag, einen Landesbetrieb einzurichten? Im Ausschuss haben die Grünen gesagt: Er kommt von der SPD. Die SPD hat gesagt: Er kommt von den Grünen. Sie sagen heute: Es ist der Finanzminister gewesen, der diesen Landesbetrieb gefordert hat. - Also, meine Damen und Herren, es ist bis heute nicht klar.

Die einzige, die sich bis jetzt richtig identifiziert mit dieser Fehlentscheidung, die heute hier getroffen wird, ist die Ministerin, weil sie dadurch ihr Umweltministerium wesentlich verbreitern kann.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das steckt dahinter und keine vernünftige Sachentscheidung.

Sie haben mir bei der Frage der Kammerdirektoren Doppelbödigkeit vorgeworfen. Meine Damen und Herren, es ist ein Witz, dass wir in Nordrhein-Westfalen mit zwei Kammerdirektoren diese Fusion beginnen. Stellen Sie sich einmal vor, wir hätten nach der Kreisneugliederung 1975 überall mit zwei Oberkreisdirektoren angefangen.

(Beifall bei der CDU)

Das Schlimmste ist: Ihr Staatssekretär hat in einem Brief mitgeteilt, dass es bei den Kammern in der nächsten Zeit betriebsbedingte Kündigungen geben wird. Wie wollen Sie das den Leuten denn erklären? Die kleinen Stellen unten vor Ort werden abgebaut. Die Leute werden nach Hause geschickt. 400 bis 500 Stellen werden abgebaut. Aber an der Spitze, bei den so genannten besser Bezahlten, behält man zwei Kammerdirektoren.

(Beifall bei der CDU)

Das ist mit dem Verständnis der CDU von sozialer Gerechtigkeit nicht in Einklang zu bringen.

Meine Damen und Herren, um was geht es denn? Es geht nicht darum, dass es in Baden-Württemberg und Hessen Landesbetriebe gibt.

(Ministerin Bärbel Höhn: Aha!)

Es geht darum, Frau Höhn, dass wir in Nordrhein-Westfalen beim Forst einen Staatsanteil von 17 % haben. 65 % bis 70 % sind Privatwald. Das andere ist Kommunalwald. Jetzt kommt die bedeutendste Umweltministerin aller Zeiten in Nordrhein-Westfalen

(Ute Koczny [GRÜNE]: Genau! Richtig!)

und erklärt: Ich mache einen staatlichen Landesbetrieb, damit ich für diesen gesamten Bereich die Zuständigkeit habe. Wir werfen Ihnen vor, dass es eine zusätzliche Behörde gibt, dass hier nicht der private Weg einer selbstbestimmten Landwirtschaftskammer weitergegangen wird, sondern dass hier ein Staatsbetrieb eingerichtet wird, obwohl der Anteil des Staatswalds nur 17 % beträgt. Das passt nicht in dieses Konzept. Meine Damen und Herren, es ist unverantwortlich, dies auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der CDU)

Frau Höhn, Sie haben von der Basis gesprochen und gesagt, das hier sei Ihre Basis. Ihre Basis sind in erster Linie sicherlich die Mitglieder der Fraktion der Grünen. - Aber ich sage für meine

Fraktion und für mich: Dies ist nicht meine Basis. Die Basis für uns als Abgeordnete sollten immer noch die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen sein. Das ist unsere Basis,

(Beifall bei der CDU)

die für uns entscheidend ist. Diese Bürgerinnen und Bürger und deren Vertreter haben wir hier vonseiten aller Fraktionen in den Landtag eingeladen. Die haben wir gefragt, wie das neue Kammergesetz aussehen soll. Von allen Gruppen hat es ganz eindeutige Antworten gegeben. Es ist schon wirklich frappierend - für mich ist es auch beängstigend, muss ich Ihnen sagen -, mit welcher Kaltschnäuzigkeit Sie sich darüber hinwegsetzen und keinen Punkt aufnehmen, der bei der Anhörung vorgetragen worden ist,

(Beifall bei der CDU)

sondern Ihre Ideologie durchsetzen, wie Sie sie seit Jahr und Tag hier in Nordrhein-Westfalen praktizieren.

Meine Damen und Herren, das muss noch deutlicher werden. Meine Fraktion und ich werden alles tun, damit sich dieser Politikstil, den Sie in Nordrhein-Westfalen pflegen, herumspricht. - Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Uhlenberg. - Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmid, SPD-Fraktion.

Irmgard Schmid (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es entspricht den Gepflogenheiten des Parlaments, dass Daten und Fakten auf den Tisch kommen, bevor Entscheidungen getroffen werden. Weder dem Parlament noch dem Fachausschuss sind zu den Berechnungsmodi Zahlen vorgelegt worden. Folglich haben wir hier und heute nicht darüber zu entscheiden, welche Organisationsform gewählt wird, sondern wir werden Zahlen bekommen müssen, die wir dann zu bewerten haben. Dazu wird das Jahr 2004 dienen.

Mir ist aber wichtig, hier eins zu erläutern: Der letzte Absatz unseres Entschließungsantrages zum heutigen Gesetzentwurf heißt:

"Der Landtag begrüßt die Absicht der Landesregierung, im Rahmen der weiteren jetzt erforderlichen Verfahrensschritte zur Umsetzung des Landesforstbetriebes noch einmal die Argumente für diese Lösung darzulegen ..."

- im Ausschuss müsste das überhaupt erst einmal umfassend erläutert werden -

"... und noch mal Sachargumente, die für die Errichtung einer Landesanstalt sprechen, zu prüfen."

Diese Prüfung ist noch vorzunehmen. Insofern gibt es vielleicht das Ziel, wie im "Düsseldorfer Signal" vereinbart, zwei Modelle in den Raum zu stellen und darauf hinarbeiten. Wenn man aber ein Ziel hat und der Istzustand bewertet werden muss, hat man alles gegeneinander abzuwägen, um danach Entscheidungen zu treffen.

Deshalb widerspreche ich der Äußerung der Ministerin, dass es nur einen Landesbetrieb geben könnte. Die Beratungen des nächsten Jahres werden es zeigen.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP - Zurufe)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Frau Schmid. - Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Romberg, FDP-Fraktion.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Uhlenberg meinte gerade, Frau Höhn sei kaltschnäuzig. So habe ich sie allerdings gerade überhaupt nicht empfunden. Ganz im Gegenteil: Sie war aufgeregt, empfindlich wie selten, überhaupt nicht souverän. Das belegt eigentlich, dass unsere Argumentation sitzt und Frau Höhn echt getroffen war.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Frau Höhn, Sie haben gesagt, Sie wollten sparen. Wann fangen Sie damit an? Das ist doch nicht ernst gemeint. Sparen Sie doch erst einmal an Ihrer eigenen Bürokratie, der Sie jetzt schon vorstehen! Sie wollen eine neue Landesbehörde und damit neue Bürokratie schaffen. Schon jetzt arbeiten 5.800 Mitarbeiter im Landesministerium und seinen nachgeordneten Behörden. So sieht Ihre Ökobürokratie aus: 5.800 Menschen in diesem Land leben davon und lassen uns keine Gestaltungsmöglichkeiten, das Geld in anderen Bereichen, wo es sinnvoll wäre, einzusetzen.

Das sind 5.000 Beschäftigte zuviel, die dem Land die Luft abschnüren - und das angesichts einer Neuverschuldung in Höhe von 6 Milliarden €. Diese Ökobürokratie sitzt wie ein Blutegel am Bauch dieses Landes und saugt dessen Lebenskraft aus. Das muss sich endlich ändern.

(Beifall bei FDP und CDU)

Wir als FDP fordern die Streichung bestehender Landesbehörden, nicht die Schaffung neuer. Die Ökobürokratie hilft nicht den Bauern in diesem Land, nicht der Natur, nicht dem Wald, nicht den Tieren und schon gar nicht den Bürgern. Sie erlaubt dem Land keine Gestaltungsmöglichkeiten. Das muss sich ändern.

Wir als FDP lehnen den Landesbetrieb Forst ab. Die Förderung des Ökolandbaus soll Aufgabe der Grünen bleiben, Frau Höhn, aber sicherlich nicht Aufgabe der Landwirtschaftskammer werden. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Danke schön, Kollege Dr. Romberg. - Das Wort hat der Kollege Priggen, Bündnis 90/Die Grünen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Uhlenberg, Sie haben hier ein Paradebeispiel par excellence für einen Lobbyisten abgeliefert, der für seinen Bereich redet.

(Widerspruch von Eckhard Uhlenberg [CDU])

- Natürlich ist das wahr. Eindeutig!

Herr Uhlenberg stellt sich hier hin und moniert, dass angesichts von 17 % Staatswald und 70 % Privatwald ein Landesbetrieb eingerichtet werden soll. Zur Redlichkeit gehört, dass man sich einmal vergegenwärtigt, wer was bezahlt und wer was leistet: Die Beratung zum Thema Wald wird in den Forstbetrieben geleistet, nicht bei der Landwirtschaftskammer.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur Kostenaufteilung: 30 Millionen € zahlt das Land für den Forstbereich. Wie viel bezahlen die 70.000 Privatwaldbesitzer? - Ich möchte es auf den Punkt bringen: 500.000 €. So sieht die Relation aus.

Wer angesichts dessen so tut, als sei es eine ganz große Sünde, dort Synergieeffekte auszunutzen und das zusammenzufassen, mag das im Sinne einer Lobbyarbeit zwar ganz nett sein, geht aber an den Realitäten völlig vorbei: 500.000 zu 30.000.000!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist es völlig in Ordnung, an der Stelle zu sagen, dass es gute Gründe gibt, das zu tun, zumal im Haushalt schon Einspareffekte eingerechnet worden sind.

Herr Uhlenberg, noch eins, was ich ebenfalls nicht verstehen kann, wobei ich es auch für vorgeschoben halte: Sie heben darauf ab, es sei nicht gerecht, mit den beiden Kammerdirektoren wie vorgehen zu verfahren.

Als jemand, der die Materie sehr präzise kennt, wissen Sie doch ganz genau, dass mit beiden Kammerdirektoren bei der Fusion der Kammern Rheinland und Westfalen intensiv geredet worden ist, weil es doch in jedem derartigen Sachprozess ein Problem ist, wie mit dem vorhandenen Personal umgegangen wird. Eine Übergangsregelung ist gefunden worden, die die Arbeits- und Vertragszeiten berücksichtigt, die die Menschen noch haben. Damit hatten Sie kein Problem, bis Sie jetzt den Forst als Ihr Spezialgebiet entdeckt haben. Bis zu dem Zeitpunkt waren wir uns einig, dass man mit den Leuten, die dort beschäftigt sind, vernünftig umgeht. Jetzt spielen Sie das unter einem angeblich sozialen Vorwand hoch.

Insoweit ist auch die Behauptung, dass wir an der Stelle immer mehr Staat bekommen, vordergründig und reine Lobbyarbeit. Das können Sie zwar so machen, müssen es dann aber auch entsprechend benennen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Priggen. - Das Wort hat der Abgeordnete Ellerbrock, FDP-Fraktion.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir heute hier erleben, ist nichts anderes als Management by Chaos.

(Beifall bei der FDP)

Wir hier im Parlament und diese Landesregierung haben sich aufs Papier geschrieben, eine Verwaltungsstrukturreform durchzuführen. Das Ergebnis ist offen.

(Lachen bei der CDU)

Was machen wir? Wir debattieren hier heute über eine neue Behörde, die wir eventuell in der nächsten Legislaturperiode wieder abschaffen müssen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident dieses Landes hat vor gut vierzehn Tagen in Duisburg geäußert: Wenn wir mit der Landesverwaltungsstrukturreform jetzt nicht im Einvernehmen zurande kommen, werden die Mittelbehörden bleiben, wie sie sind, die Sonderbehörden werden nach dem Vorbild von Baden-Württemberg integ-

riert. - Diese Aussage zeigt doch, dass wir diese Behörde, diesen Landesbetrieb, den wir heute gründen, in wenigen Wochen oder Monaten wieder in die Bezirksregierungen integrieren müssen.

(Zustimmung von Dr. Helmut Linssen [CDU])

Das ist Management by Chaos, das ist unverantwortlich. Schafft Klarheit, was ihr wirklich wollt, und lasst die Landesforstverwaltung und die Landwirtschaftskammern so lange da, wo sie sind, nämlich in der weitestgehenden Eigenverantwortung von Landwirtschaft und Forst! Management by Chaos, das können wir uns hier nicht leisten. - Danke schön.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank. - Das Wort hat Kollege Uhlenberg, CDU-Fraktion.

Eckhard Uhlenberg^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe es schon des Öfteren erlebt, dass ich als Lobbyist beschimpft werde. Ja, meine Damen und Herren, ich bekenne mich dazu. Ich komme aus einem ländlichen Wahlkreis. Ich bin Lobbyist des ländlichen Raumes. Und zu diesem ländlichen Raum gehört auch die Landwirtschaft.

Ich bin Landwirt. Ich möchte das überhaupt nicht unter den Tisch kehren. Ich habe Achtung vor den Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Ruhrgebiet kommen. Nordrhein-Westfalen ist sehr vielschichtig. Dazu gehören ländliche Räume, deren Lobbyist ich bin. Ich sage das auch im Wahlkreis. Ich bin der Lobbyist meines Wahlkreises im Landtag und bei der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung von Edith Müller [GRÜNE])

Das ist für mich kein Schimpfwort.

Genauso habe ich Hochachtung davor, wenn sich jemand für das Ruhrgebiet, für Köln oder für eine andere große Stadt in Nordrhein-Westfalen einsetzt. Man sollte Berufsgruppen auch nicht diffamieren, wie Sie es immer machen, Frau Kollegin Höhn.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ein Landwirt, der sich für seinen Berufsstand einsetzt. Sie machen es einem Gewerkschaftsmitarbeiter ja auch nicht zum Vorwurf, wenn er Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen ist. Von daher bin ich stolz auf diese Tätigkeit und lasse mir das nicht mies machen.

Zur Finanzierung der Kammern: Sie steht auf drei Säulen, nämlich der Verwaltungskostenerstattung, der Kammerumlage und der Landeszuschüsse. Die Landeszuschüsse für die beiden Kammern sind in den letzten drei Jahren in Nordrhein-Westfalen von 32 Millionen € auf null reduziert worden. Insofern würde ich, Herr Priggen und Frau Höhn, das Thema Finanzierung der Kammern nicht ansprechen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Das bedeutet automatisch eine Erhöhung der Kammerumlage für die Land- und Forstwirte in den nächsten Jahren. Von daher zieht dieses Argument nicht.

Ein letzter Punkt! Frau Kollegin Schmid hat gesagt: Wir prüfen weiter und müssen einmal schauen, wie sich das in den nächsten Monaten entwickelt und welchen Weg dieser Gesetzentwurf geht. - Meine Damen und Herren, der Text, der heute hier zur Abstimmung steht, ist entscheidend.

(Beifall von Felix Becker [FDP])

In dem Gesetzentwurf der Landesregierung steht, dass diese neue Form der Forstverwaltung, die Verstaatlichung der Forstverwaltung in Nordrhein-Westfalen, spätestens - so steht es im Gesetz - zum 01.01.2005 in Kraft treten soll. Daraus ergeben sich viele Konsequenzen, die im Gesetzestext stehen, z. B. in Bezug auf die Struktur bzw. auf die Spitze dieses Landesamtes. Das ist der Punkt.

Meine Damen und Herren, wenn Sie es nicht wollen - ich appelliere noch einmal an die Kollegen von der SPD-Fraktion, die in dieser Frage in der Tat große Gewissensbisse haben; das ist auch im Ausschuss deutlich geworden, als Sie Ihre berechtigten Argumente zu Protokoll gegeben haben -, dann stimmen Sie diesem Gesetz heute bitte nicht zu, weil wir sonst die Forstverwaltung in Nordrhein-Westfalen zum 01.01.2005 verstaatlichen. Der Kollege Ellerbrock hat es gesagt: Wir beschließen heute in Nordrhein-Westfalen eine neue Behörde, eine neue Bürokratie. - Nach den Worten des Ministerpräsidenten - aber sie scheinen nicht so ernst gemeint zu sein - müsste eigentlich das Gegenteil der Fall sein.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Kollege Uhlenberg. - Wir sind am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen zunächst über den **Änderungsantrag** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4794** ab. Hierzu möchte ich Ihnen allen mitteilen, dass die CDU-Fraktion zur **Ziffer I** des Änderungsantrags eine **namentliche Abstimmung** gemäß § 53 unserer Geschäftsordnung beantragt hat. Nach Abs. 2 dieses Paragraphen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen aller Abgeordneten. Die Abstimmenden bitte ich bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten.

Ich bitte nun den Kollegen Thiede um den Namensaufruf.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Ich schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Für den Antrag haben 101 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 112 Abgeordnete gestimmt;

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

eine Enthaltung. Damit ist **Ziffer I** des **Änderungsantrags Drucksache 13/4794 abgelehnt**.

Wir stimmen zweitens über **Ziffer II** des Änderungsantrags der CDU-Fraktion Drucksache 13/4794 ab. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktionen von CDU und FDP. Wer ist dagegen? - Die Koalitionsfraktionen. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltungen. Damit ist die Ziffer II des Änderungsantrags der CDU-Fraktion Drucksache 13/4794 **abgelehnt**.

Wir stimmen drittens über die Beschlussempfehlung ab. Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/4756**, den Gesetzentwurf Drucksachen 13/4200 und 13/4296 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer ist für die Beschlussempfehlung? - Die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? - Keine Stimmenthaltung. Damit ist die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4756 mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP **angenommen** und der Gesetzentwurf Drucksachen 13/4200 und 13/4296 in zweiter Lesung verabschiedet.

Wir stimmen viertens über den **Entschließungsantrag** der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/4792** ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Die Antragsteller. Wer ist dagegen? - Die Fraktionen von CDU und FDP. Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist der Entschließungsantrag Drucksache 13/4792 **angenommen**.

Wir sind am Ende dieses Tagesordnungspunktes.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich bitte Sie, Ihre Gespräche nach draußen zu verlagern. - Vielen Dank.

Ich rufe auf:

7 Zehntes Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/3930

Und:

Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, der Verordnungen über die Arbeitszeit und der Verordnung zur Ausführung von § 5 Schulfinanzgesetz

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/4566

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Innere Verwaltung
und Verwaltungsstrukturreform
Drucksache 13/4757

zweite Lesung

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Kollegen Jentsch das Wort. Bitte, Herr Jentsch.

Jürgen Jentsch (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir befassen uns heute in zweiter Lesung mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, den Verordnungen über die Arbeitszeit und der Verordnung zur Ausführung von § 5 Schulfinanzgesetz.

Neben einer Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit für alle Beamten und Beamtinnen des öffentlichen Dienstes auf 41 Stunden ist auch eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit für die Polizeivollzugsbediensteten sowie den allgemeinen Vollzugsdienst und den Werkdienst in den Justizvollzugsanstalten vorgesehen. Zukünftig soll für diese

Berufsgruppen nicht mehr das vollendete 60. Lebensjahr, sondern einheitlich das vollendete 62. Lebensjahr für den Eintritt in den Ruhestand maßgebend sein. Durch die Erhöhung der Lebensarbeitszeit reduziert sich die Zahl der Empfänger von Versorgungsbezügen. Dadurch lässt sich in diesen wichtigen sicherheitsrelevanten Bereichen eine deutliche Reduzierung der zu erbringenden kw-Stellen erreichen. - So weit die Fakten.

Meine Damen und Herren, wir haben es uns mit diesen Einschnitten nicht leicht gemacht. Das zeigt auch unser Änderungsantrag, der Ihnen als Beschlussvorlage des Innenausschusses vorliegt. Wir haben uns als in der Regierungsverantwortung stehende Fraktion gefragt: "Weiter so, oder die Realität erkennen?"

Wir haben uns zum Wohle unseres Landes und der Bürgerinnen und Bürger für die Realität entschieden. Das sage ich all denjenigen, die in der Öffentlichkeit lauthals die Finanznöte beklagen, sich dann aber einen schlanken Fuß machen, wenn es zum Schwur kommt.

Weniger Steuereinnahmen bedeuten nun einmal weniger Ausgaben. Das betrifft nicht nur unser Land. Ausnahmslos sind alle Länder davon betroffen. Das betrifft in gleichem Maße natürlich auch die Kommunen.

Sparen, den Blick auf das Wesentliche richten und dabei nicht die Substanz unseres Sozialstaates zerstören, dies ist Aufgabe sozialdemokratischer Politik von heute. Große Sprünge gehören der Vergangenheit an. Gefragt ist vielmehr der verantwortungsvolle Umgang mit den vorhandenen Ressourcen. Einschnitte in lieb gewonnene Einrichtungen sind unvermeidbar. Hiervon sind alle betroffen.

Meine Damen und Herren, wenn in den nordrhein-westfälischen Betrieben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gezwungen werden, durch Einkommensverzicht und erhöhte Arbeitszeiten einen erheblichen Teil zur Sanierung der Unternehmen und der Betriebe und damit zur Stabilisierung der Volkswirtschaft beizutragen, kann der Staat mit seinen Beschäftigten nicht daneben stehen und nur zusehen. Deswegen müssen auch die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ihren Teil dazu beitragen.

Wir, die für die innere Sicherheit in unserem Lande Verantwortung tragen, haben es uns nicht leicht gemacht. Aber wir haben es geschafft, dass die innere Sicherheit neben den Bereichen Bildung und Arbeit das wichtigste Ziel unserer Politik bleibt.

Künftig werden nicht weniger, sondern mehr Polizeibeamte auf unseren Straßen und in der Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt. Dies ist das Ziel der von uns angestoßenen Reform der Polizei in Nordrhein-Westfalen.

Würde sich die CDU an der Reform der Polizei beteiligen, dann hätten wir mehr Polizeipersonal vor Ort. Aber im Gegensatz zu ihrem Ministerpräsidenten Koch in Hessen verfolgen Sie, meine Damen und Herren von der CDU, hier eine rückwärts gerichtete Politik an der Realität vorbei.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Wir, meine Damen und Herren, haben in den vergangenen Wochen viele Diskussionen erlebt und zahlreiche Gespräche zum Thema Arbeitszeit geführt, um den Menschen unsere Ideen näher zu bringen. Dabei stand nicht die Verlängerung der Wochenarbeitszeit in den verschiedenen Altersstufen allein im Vordergrund, sondern vor allem die Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Das Konzept der Landesregierung sah eine stufenweise Erhöhung von heute 60 auf 62 Jahre im mittleren Dienst, auf 63 Jahre im gehobenen Dienst und auf 65 Jahre im höheren Dienst vor. Dies führte bei der Polizei zu heller Aufregung. Dabei wurde deutlich, dass eine differenzierte Lösung nicht infrage kommen kann. Die Polizei wollte sich nicht in drei Stufen auseinander dividieren lassen.

Nach langen Diskussionen haben wir uns vom Regierungskonzept verabschiedet. Während zuerst die Verlängerung der Lebensarbeitszeit grundsätzlich auf Ablehnung stieß, konnte im Folgenden Sympathie für eine generelle Lösung auf 62 Jahre erreicht werden.

Allerdings legte hier die GdP nach, um für bestimmte Gruppen wie z. B. den Wach- und Wechseldienst, den Flugdienst und die Spezialeinheiten Abschlüsse zu fordern. Die Liste enthielt insgesamt 15 Tätigkeitsbereiche, wobei es sich ausdrücklich um Beispiele und keine abschließende Aufzählung handelte. Dies, meine Damen und Herren, hätte eine Aufweichung des Konzeptes bedeutet, die nicht mehr zu steuern gewesen wäre.

Wir haben uns entschieden, allein dem Wach- und Wechseldienst, obwohl dieser einen erheblichen finanziellen Ausgleich erhält, eine entsprechende Kompensation zuzubilligen. Diese kann die Altersgrenze um ein Jahr verringern, wenn der entsprechende Polizeivollzugsbeamte 25 Jahre tätig war.

Nach wie vor kann der Beamte auf Antrag mit Vollendung des 60. Lebensjahres in den Ruhe-

stand versetzt werden, allerdings natürlich mit entsprechenden Abschlüssen. Diese Vorschrift gilt ab dem Jahre 2007 und ist bis zum Jahre 2011 befristet.

Herr Kruse, Sie hatten ja im Ausschuss auf die Polizeiflieger hingewiesen. Das nationale Recht kennt für die Polizeiflieger unter fliegerischen Gesichtspunkten keine spezielle Altersgrenze. Allerdings sieht eine Richtlinie der EU für die gewerbliche Luftfahrt eine Altersgrenze von 60 Jahren vor. Diese Altersgrenze hat die Polizei freiwillig übernommen; sie entfaltet aber keine unmittelbare Wirkung.

In unserem Änderungsantrag haben wir außerdem bei der Lebensarbeitszeit eine Übergangsregelung in Halbjahresschritten für die Polizisten und für die Justizvollzugsbeamten vorgesehen. Diese Übergangsregelung berücksichtigt auch die besondere Situation des Jahrgangs 1947. Für diese Gruppe von Polizeibeamten schaffen wir mit unserem Antrag die Voraussetzung, dass die Polizeizulage ruhegehaltstfähig bleibt.

Insgesamt haben wir mit unserer Übergangsregelung berücksichtigt, dass sich insbesondere die älteren Beamtenjahrgänge schon jetzt auf ihre Zuruhesetzung eingestellt und danach auch ihre Lebensplanung vorgenommen haben. Die jetzt vorgesehene Übergangszeit schafft insoweit Planungssicherheit für die betroffenen Beamtinnen und Beamten und ermöglicht quasi einen gleitenden Übergang in den Ruhestand.

Andererseits, meine Damen und Herren, darf man schon jetzt gespannt sein, wie viele Anträge auf Verlängerung der Lebensarbeitszeit die Dienststellen erreichen werden. Aus zahlreichen Gesprächen nicht nur mit den Gewerkschaften, sondern auch mit den Beschäftigten wissen wir, dass diese Möglichkeit für den einen oder anderen eine durchaus attraktive Alternative zu den starren Lebensarbeitszeiten sein kann.

Im Übrigen haben wir die für die Polizei geltenden Regelungen auf den allgemeinen Justizvollzugsdienst und den Werkdienst übertragen. Das bedeutet, dass auch für den Justizbereich die Antragsaltersgrenze von 60 Jahren ohne Nachweis der Dienstunfähigkeit, allerdings mit den üblichen Versorgungsabschlüssen gilt. Darüber hinaus können die Justizvollzugsbediensteten und die Bediensteten des Werkdienstes - wie bei der Polizei - auf Antrag und mit Zustimmung der obersten Dienstbehörde den Eintritt in den Ruhestand bis zum 65. Lebensjahr hinausschieben.

Allerdings sind die für die Polizei geltenden Überlegungen hinsichtlich des Wechsel- und Schicht-

dienstes auf den allgemeinen Justizvollzugsdienst und Werkdienst nicht übertragbar. Dort wird in aller Regel nur Schichtdienst, jedoch kein Wechselschichtdienst geleistet. Im allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst werden nicht ständig und regelmäßig Wechselschichtdienste geleistet. Die Situation ist mit dem Polizeidienst nicht vergleichbar. Deshalb rechtfertigt sich auch keine Sonderbehandlung für den AVD und den Werkdienst.

Meine Damen und Herren, bei der Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit haben wir es beim Regierungsentwurf belassen, allerdings mit einer Ausnahme:

Für schwerbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung zwischen 80 % und 100 % haben wir einen Nachteilsausgleich geschaffen, indem wir diesen Personenkreis von der Anhebung der wöchentlichen Arbeitszeit ausgenommen haben. Wir sind damit einem Vorschlag der Arbeitsgemeinschaft der Hauptschwerbehindertenvertretung und Schwerbehindertenvertretung der obersten Landesbehörden Nordrhein-Westfalens gefolgt. Damit gilt für diesen Personenkreis einheitlich die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit, die auch für die Beamten mit Vollendung des 60. Lebensjahres gilt. Diese Personengruppen arbeiten zukünftig einheitlich 39 Stunden in der Woche.

Soweit es darüber hinaus Anregungen gegeben hat - beispielsweise, besondere Schwerbehindertenmerkmale bei der wöchentlichen Arbeitszeit in Rechnung zu stellen -, gehen wir davon aus, dass eine einheitliche Regelung vor Ort und im Einzelfall zwischen der Behördenleitung und den betroffenen Schwerbehinderten getroffen wird, ohne dass es einer gesetzlichen Regelung bedarf.

Hinsichtlich der Erhöhung der wöchentlichen Arbeitszeit ist in der Anhörung von den Experten auch auf die Situation der Teilzeitbeschäftigten hingewiesen worden. Insoweit hat das Innenministerium bereits auf dem Erlasswege auf die Auswirkungen der beabsichtigten Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit für Teilzeitbeschäftigte hingewiesen.

Bei einer anteilmäßigen Bewilligung der Teilzeitarbeit erhöht sich die wöchentlich zu leistende Arbeit automatisch, ohne dass es einer Anpassung bedarf. Davon abweichend kann in besonderen Fällen auch unterhalb der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit Dienst geleistet werden. Bei der stundenmäßigen Bewilligung ist eine entsprechende Antragstellung erforderlich.

Wir gehen davon aus und bitten die Landesregierung darum, dass bei der Bewilligung und der An-

passung der Arbeitszeit für die Teilzeitbeschäftigten großzügig im Sinne der Beschäftigten gehandelt wird.

Meine Damen und Herren, es fällt uns nicht leicht, diese Opfer zu verlangen, aber die Lage der öffentlichen Hand lässt uns keine andere Wahl.

Natürlich hat es Abstimmungen mit den Spitzenverbänden der kommunalen Selbstverwaltung gegeben. Ob in den kommenden Beratungen Lebensarbeitszeitkonten im öffentlichen Dienst eingeführt werden können, bedarf der weiteren Prüfung und wird mit diesen Änderungen nicht angestrebt.

Bei diesen Abstimmungen wurde deutlich, dass ein Ausscheren aus dem gemeinsamen Beamtenrecht nicht erwünscht war. Damit gelten diese Regelungen zunächst auch für die Gemeinden und Gemeindeverbände.

Meine Damen und Herren, ich habe hier nur die wichtigsten Veränderungen angesprochen. Alles andere können Sie im Gesetz nachlesen. Wir wissen, dass wir den Beschäftigten im öffentlichen Dienst gravierende Einschnitte zumuten. Aber das Wohl unseres Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger verlangen ein solches Handeln.

Wir bitten die Beamtinnen und Beamten sowie ihre Gewerkschaften um Verständnis für diese Maßnahmen. An dieser Stelle bedanke ich mich aber auch ganz ausdrücklich für ihre Leistungen, die sie Tag für Tag erbringen, und werbe dafür, unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit fortzusetzen. Nur gemeinsam werden wir dieses Land auch weiterhin in eine sichere und lebenswerte Zukunft führen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Jentsch. - Für die CDU erteile ich Dr. Franke das Wort.

Dr. Hans-Joachim Franke (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es sind spürbar weniger Anwesende geworden, wie ich feststellen muss.

Als die Landesregierung am 4. Juni dieses Jahres das Artikelgesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften einbrachte, bestand seitens der CDU-Fraktion der Eindruck, die Landesregierung habe vor dem Hintergrund der Äußerungen der Bull-Kommission endlich doch den Weg einer perspektivischen Änderung der gegenwärtigen Rechtslage hin zu einer Erneuerung des öffentli-

chen Dienstes gefunden und wolle ihn nun ernsthaft beschreiten.

Wie Sie im Plenarprotokoll unschwer nachlesen können, hat Kollege Palmen daher das Vorhaben damals durchaus positiv gewürdigt. Es schien sogar so, als könnten die wenigen kritischen Fragen ausgeräumt und als könne in der parlamentarischen Beratung ein breites Einvernehmen für den Start eines längeren Reformprozesses erreicht werden.

Aber das war wohl eine trügerische Hoffnung.

(Theo Kruse [CDU]: Wohl wahr!)

Spätestens mit der Einbringung Ihres Doppelhaushalts am 12. November und der damit verbundenen Begleitgesetze war klar, dass Sie sich, nachdem Sie jahrelang die Augen vor den finanzwirtschaftlichen Problemen des öffentlichen Dienstes verschlossen hatten, in diesen Fragen nunmehr aus den gegebenen haushaltsrechtlichen Gründen unter unangemessenen Zeitdruck setzen würden und auch setzen lassen wollten. Zunehmend verengte sich die politische Diskussion daher auch auf das Streichen und Kürzen der Sonderzuwendungen und auf die Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit speziell der Beamtenschaft.

Im Augenblick sieht es aber nicht danach aus, als könnten sich die Tarifparteien auf eine entsprechende Festlegung für die Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst verständigen, ganz im Gegenteil.

Wie der Diskussionsverlauf der Aktuellen Stunde am vergangenen Freitag allen gezeigt hat, werden sich die Gewerkschaften mit Händen und Füßen gegen diese Entwicklung zur Wehr setzen. Auch heute Morgen in der Aktuellen Stunde, als es darum ging, die Ergebnisse des Vermittlungsausschusses auf Bundesebene zu diskutieren, hatte man nicht den Eindruck, als ob in dieser Frage Bereitschaft bestünde, aufeinander zuzugehen.

Anders, als es die Mehrheit dieses Hauses gewertet hat, ist das Thema damit aber nicht erledigt; vielmehr müssen wir darüber reden, denn die Mehrzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind nun einmal Arbeiter und Angestellte, keineswegs die Beamten.

Ihr schnelles Vorpreschen erzeugt bei der Beamtenschaft also nur den Eindruck frustrierender Ungerechtigkeit und wird uns bei der Lösung der anstehenden gesamtwirtschaftlichen Probleme und erst recht bei der kurzfristigen Lösung Ihrer aktuellen Haushaltsprobleme nicht viel weiterhelfen.

Das Artikelgesetz, das Sie heute beschließen wollen, macht durch die darin enthaltenen Bestimmungen zum In-Kraft-Treten und zur Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit diesen Tatbestand aller Welt deutlich. Das Verschieben des In-Kraft-Tretens und der Befristung für die Polizei und den Justizvollzugsdienst sei in der Absicht begründet - so haben Sie sich im Gesetzgebungsverfahren eingelassen -, die jetzt in Ausbildung befindlichen Mitarbeiter auf Planstellen übernehmen zu können.

Dieses Argument ist mehr als dürrtig, jedenfalls nicht überzeugend und letztlich nur Augenwischerei. Dies gilt für Ihre Erwartung kurzfristiger Haushaltsentlastungen und erst recht für Ihr vermeintliches Ziel eines Stellenabbaus im öffentlichen Dienst, als ob nicht gerade der Bedarf an Arbeitsplätzen entscheidend davon abhinge, wie lang die Wochenarbeitszeit bemessen ist.

Wenn Ihr Argument ziehen soll, dann hätten Sie für die betroffenen Dienste nicht nur das In-Kraft-Treten der veränderten Ruhestandsregelungen hinausschieben müssen, sondern auch das der Verlängerung der Wochenarbeitszeit. Das Ganze ist also in der Tat bloße Augenwischerei.

Diese neuen Regelungen werden ein ziemliches Durcheinander und eine hochgradige Unübersichtlichkeit der Rechtslage zur Folge haben. Auch die konkreten Einsparungen, die Sie ausweislich des Haushalts erwarten, dürften am Ende wohl nur halb so groß ausfallen, weil Ihre Rechnung in der Praxis nicht aufgehen wird. Wie es demnächst weitergehen soll, wenn einzelne Vorschriften wegen ihres Befristungsdatums wegfallen, bleibt im gesetzgeberischen Ungewissen. Das ist keine sehr sinnvolle Politik.

Der unvermeidliche, möglichst rasche Abbau von Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst lässt sich nachhaltig nicht durch befristete Arbeitszeitverlängerungen erreichen, sondern nur durch spürbaren, dauerhaften Wegfall von Aufgaben, die nicht die öffentliche Hand wahrnehmen muss. Dazu ist ein aufgabenkritischer Reformansatz erforderlich.

Alle Aufgaben, die sich durch private Nachfrage finanzwirtschaftlich tragen, also nicht durch öffentliche Subventionen finanziert werden müssen, sind auch von privaten Unternehmen wahrzunehmen und nicht von staatlichen oder kommunalen Dienststellen.

Auch leisten wir uns viel zu viele staatliche und kommunale Zuständigkeitsebenen,

(Theo Kruse [CDU]: So ist es!)

die die öffentliche Verwaltung mit vermeidbaren Vorhalte- und Verteilungskosten belasten.

Diese Art von Strukturreformen wollen Sie erklärtermaßen in dieser Legislaturperiode jedoch nicht anpacken, weil Sie den Widerstand der betroffenen Mitarbeiter und der hinter ihnen stehenden Gewerkschaften fürchten. Das Verschieben der anstehenden Entscheidungen in die nächste Legislaturperiode kostet Sie aber unwiederbringliche Zeit. Eher dürften die Befristungen des heutigen Artikelgesetzes wirksam geworden sein, als dass Sie das eigentliche Problem anpacken und einer konstruktiven, nachhaltig wirksamen und stabilen Lösung zuführen.

Es bleibt die Feststellung: Sie haben ihre jahrzehntelangen Mehrheiten für in die Zukunft weisende Entscheidungen nicht genutzt. Der Wähler sollte Sie daher ablösen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie nicht so sehr mit dem Rücken zur Wand stehen würden, hätten Sie aufgrund des Ergebnisses des Expertengesprächs am 27. November eigentlich in sich gehen und die dort von allen in gleicher Weise geäußerten Bedenken aufgreifen müssen.

Ich möchte an dieser Stelle weiß Gott nicht falsch verstanden werden. Erstens ist auch die CDU-Fraktion der Meinung, dass wir an einer Verlängerung der Wochen- und Lebensarbeitszeit in unserer Gesellschaft nicht vorbeikommen werden.

(Monika Düker [GRÜNE]: Aha!)

Dies gilt ganz besonders für den gesamten öffentlichen Dienst, also nicht nur für die Beamten, wegen der jetzt und in Zukunft bestehenden haushaltsrechtlichen und finanzwirtschaftlichen Probleme der öffentlichen Hände.

Übrigens: Das Problem des Wechseldienstes der Polizei könnte in diesem Zusammenhang im Wege individueller Berechnungen von Lebensarbeitszeiten wesentlich günstiger gelöst werden. Es könnten auch vergleichbare Problemlagen anderer Beamtengruppen entsprechend angepackt werden.

An diesem Verfahren stört die erkennbare Einseitigkeit, die Sie an den Tag legen. Das wird allgemein als große Ungerechtigkeit empfunden.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens. Expertengespräche dienen dazu, Interessenlagen und Sachverhalte klarzustellen. Sie sind eine wichtige und häufig unverzichtbare Ent-

scheidungsgrundlage. Sie können aber nicht politische Entscheidungen des Parlaments ersetzen.

Die CDU-Fraktion stört die Nonchalance, mit der Sie solche Expertenrunden über sich ergehen lassen, ersichtlich ohne die geringste Bereitschaft, sich mit den vorgestellten Sachargumenten ernsthaft auseinander setzen zu wollen.

(Jürgen Jentsch [SPD]: Sie ja auch nicht!)

So kann man nicht miteinander umgehen, auch nicht mit den Sachwaltern der Interessen der Beamten, Herr Jentsch.

(Beifall bei der CDU)

Nach unserer Einschätzung des ohnehin in jeder Hinsicht unseriösen Doppelhaushalts 2004/2005 hätte es an der Validität des Haushalts im Ergebnis nicht viel geändert, wenn Sie das Inkrafttreten des vorliegenden Artikelgesetzes zum 1. Januar 2004 nicht ohne Rücksicht auf Verluste in der Schlussphase der parlamentarischen Beratungen durchgepeitscht, sondern ein vernünftiges Beratungsergebnis abgewartet hätten. Eine ordentliche Beratungszeit hätte ein für alle überzeugenderes und weniger unübersichtliches Gesetz zur Neuregelung der Arbeitszeit im öffentlichen Dienst zur Folge haben können. Das war es Ihnen aber augenscheinlich nicht wert.

Wursteln Sie also in Ihrem kleinen Karo ruhig weiter. Sie werden bei solchem Verhalten nicht mehr allzu lange die politische Handlungsverantwortung ausüben müssen.

Die CDU-Fraktion wird aus den dargelegten Gründen gegen dieses Artikelgesetz stimmen, das weithin Fachlichkeit vermissen lässt und der Öffentlichkeit nur deutlich machen will, dass in diesen schweren Tagen auch die Beamten ihr Fett abbekommen. Sie schüren und bedienen Neidkomplexe in unserer Gesellschaft. Das halten wir für einen grundverkehrten Weg.

Richtig ist: Wir alle werden in Zukunft eine längere Wochen- und Lebensarbeitszeit ableisten müssen, um die immensen Schuldenberge - allein 20 % sind in dieser Legislaturperiode durch Sie und Ihre Politik dazugekommen - abzubauen zu können und die Wirtschaft so ans Laufen zu bringen, dass wir gegenüber anderen Ländern in dieser Welt und deren Rahmenbedingungen konkurrenzfähig bleiben. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Franke. - Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Rot-Grün strebt mit diesem Vorhaben einige Verschlechterungen für die größte Beschäftigtengruppe des öffentlichen Dienstes an, nämlich für die Lehrerschaft. Deshalb möchte ich Ihnen exemplarisch für andere Berufsgruppen anhand des zahlenmäßig größten Betroffenenkreises einige Auswirkungen Ihrer Maßnahmen vorstellen.

Sie nehmen bewusst diesen Einschnitt im Lehrerbereich vor, begehen damit einen erneuten Wortbruch und kommen Ihrer Minimalzusage für Lehrererneueinstellungen aus dem Stufenplan nicht nach. Mittlerweile weiß jeder in der Schulpraxis, dass der so genannte Stufenplan "Verlässliche Schule" an Unzuverlässigkeit kaum noch zu überbieten ist.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der FDP)

Nachdem Sie bereits andere Abstriche am Stufenplan vorgenommen haben, signalisieren Sie nun engagierten Junglehrern, dass es weit schlechtere Einstellungsperspektiven gibt, als Sie in Ihren Imagekampagnen vom Ministerium versprechen. Inzwischen weiß jeder Studienanfänger in diesem Land, dass nicht die hehren Ziele Ihrer Werbung zählen, sondern Ihr tatsächliches Handeln in der Schulpraxis.

Machen wir uns ruhig einmal die aktuellen Rahmenbedingungen bewusst, unter denen dieses von Ihnen beabsichtigte Vorhaben stattfindet:

In den meisten Schulformen wird etwa ein Drittel der Lehrerschaft in den nächsten zehn Jahren in Pension gehen. Wenn wir diese ausscheidenden Lehrer durch Rekrutierung qualifizierten Personals und nicht nur durch Quereinsteiger und Nichterfüller ersetzen wollen, dann brauchen wir seriöse Einstiegsperspektiven statt einer Mangelverwaltung im Bildungsbereich.

Dass diese Regierung im Wesentlichen akzeptiert, dass mit einer Lehrerausbildung in Nordrhein-Westfalen qualifiziert und fertig ausgebildete Lehrer unser Bundesland verlassen oder gar nicht in den Schuldienst gehen und in andere Bereiche der Wirtschaft abdriften, und stattdessen auf Seiteneinsteiger und Nichterfüller setzt, ist ein Trauerspiel für dieses Land. So werden wir die notwendige Qualitätsverbesserung im Bildungsbereich nicht realisieren.

(Beifall von Theo Kruse [CDU])

Das werden wir nicht schaffen, indem wir diejenigen ansprechen und besonders anwerben, die in anderen Feldern in der beruflichen Sackgasse stecken, und ihnen sagen: Na gut, dann kommt ihr jetzt halt in den Schuldienst!

Trotz der selbst erwirtschafteten Einsparungen erfolgt der Rückfluss aus Besoldungsänderungen nicht wie angekündigt. So werden die versprochenen Leistungsprämien nicht realisiert. Zu einem Zeitpunkt, als die Kollegien längst Entscheidungen darüber getroffen hatten, welche einzelnen Lehrer davon profitieren sollten, kam die Meldung aus Düsseldorf: April, April; das findet alles doch nicht statt!

Außerdem bauen Sie trotz fehlender anderer Instrumente zur Honorierung von besonderer, kontinuierlich gezeigter Leistung Beförderungsstellen ab. Mich würde einmal interessieren - mit dieser Frage wende ich mich an Sie, Frau Ministerin Schäfer, weil Sie noch anwesend und für den Bildungsbereich zuständig sind -, welche anderen Instrumente Ihnen das öffentliche Dienstrecht denn lässt, um besondere Leistungen auch zu honorieren.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich weiß, dass wir dieses Thema in anderen Zusammenhängen schon häufiger angesprochen haben. Die Landesregierung hat dabei immer geklagt, dass das öffentliche Dienstrecht eben wenige Spielräume ließe. Deshalb frage ich Sie, wie Sie vor dem Hintergrund der überall erfolgenden Einschnitte entsprechende Leistungen honorieren, um die Qualitätsverbesserung zu realisieren, die wir brauchen.

Ich darf jetzt nur einmal einen exemplarischen Blick auf Ihre in den letzten Jahren im Bildungsbereich getroffenen Maßnahmen werfen, die sich auch zulasten der Zukunft junger Menschen ausgewirkt haben:

Die Zwangsteilzeit für Junglehrer haben die Gerichte gestoppt - nicht dieses Parlament. Auch haben Sie der Schule immer neue Aufgaben verordnet, ohne notwendige Ressourcen bereitzustellen. Hinter uns liegt die altersbedingte Pflichtstundenermäßigung. In der Folge gibt es eine anwachsende Frühpensionierungsquote. Wir verzeichnen eine Arbeitsverdichtung durch Anhebung der Klassen- und Kursfrequenzen. Bereits Ende der 90er-Jahre hatten wir die letzte Pflichtstundenerhöhung.

Den Titel Ihres Programms "Geld statt Stellen" muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen

lassen. Nomen est omen: Hier geht es gerade nicht um die Schaffung regulärer Planstellen zu ordentlichen Konditionen, sondern um Mangelprogramme im Bildungsbereich.

Sie haben den bedarfsbedeckenden Unterricht erhöht. Zumindest nach unserer Auffassung soll Unterricht während der Lehrerausbildung aber in erster Linie den Ausbildungszielen und nicht dem Ersatz regulärer Planstellen im aktuellen Haushalt dienen. Frau Ministerin Schäfer, diese Erhöhung haben Sie bei der letzten Sitzung des Bildungsausschusses bestätigt, als Sie gesagt haben, allein dadurch würden 1.500 reguläre Lehrerplanstellen ersetzt.

Es gibt außerdem Nachteile der Lehrerschaft bei der Altersteilzeit. Sie haben ferner Personalentwicklungsmöglichkeiten durch Kürzung bei den Fortbildungsbudgets abgebaut. Diese Liste lässt sich, auch mit Beispielen aus vielen anderen Bereichen, beliebig fortsetzen.

Deshalb stellen wir als Opposition uns natürlich die Frage: Wie wollen Sie angesichts dieses Gesetzesvorhabens denn die Attraktivität des Lehrerberufs stärken? Schließlich ist deutlich absehbar, dass wir in den nächsten Jahren einen Bewerbermangel haben werden.

Immer mehr in Nordrhein-Westfalen ausgebildete Junglehrer werden sich nämlich für einen Wechsel in die Industrie entscheiden. Wir verzeichnen außerdem eine Lehrerflucht in andere Bundesländer. Parallel dazu erhöhen Sie, auch mit Ihrem aktuellen Haushaltsvorhaben, die Schüler-Lehrer-Relation in sämtlichen Schulformen, obwohl Nordrhein-Westfalen schon heute im Bundesländervergleich zur Spitzengruppe im negativen Sinne gehört.

Sie machen mit Ihren sämtlichen Maßnahmen, auch denen des aktuellen Regierungsvorhabens, genau das Gegenteil dessen, was wir in unserem Handlungskonzept vorschlagen, das wir Ihnen mit unserem Unterrichtssicherungsgesetz für Nordrhein-Westfalen vorgestellt haben.

Vor allem widersprechen Sie auch Ihrer eigenen Arbeitszeituntersuchung von Mummert + Partner. Die Lehrerschaft ist so ziemlich die einzige Beschäftigtengruppe des öffentlichen Dienstes und der Privatwirtschaft, die in den letzten Jahrzehnten keine Arbeitszeitverkürzung erfahren hat. Außerhalb der reinen Unterrichtszeit sind durch den Rückzug der Familien verstärkt Erziehungsaufgaben angefallen.

Ich darf mit Erlaubnis des Präsidenten aus Ihrem eigenen Gutachten - Mummert + Partner, Fi-

nanzministerbericht zur Aufgabenkritik, Band 1, 1999, Seite 58 - zitieren:

"Gewichtet über die zum Zeitpunkt der Erhebung vorhandenen Stellen aller Schulformen liegt die durchschnittliche Lehrerarbeitszeit eines Vollzeitlehrers bei 1.826 Stunden. Diese ist mit einer im öffentlichen Dienst derzeit gültigen Jahresarbeitszeit von 1.702 Stunden zu vergleichen."

Das bedeutet, dass die 41-Stunden-Woche im Schuldienst von den allermeisten Lehrern bereits heute ohne jede Notwendigkeit weiterer Stunden-erhöhungen realisiert ist. Nicht selten liegt die tatsächliche Arbeitszeit darüber. Wenn Sie also "Wir wollen die 41-Stunden-Woche" sagen, werden viele Lehrer hier in diesem Land das als das Versprechen einer zukünftigen Arbeitszeitsenkung werten.

Eine weitere Ausdehnung der Lehrerarbeitszeit würde die Rahmenbedingungen für einen quantitativ ausreichenden und qualitativ anspruchsvollen Unterricht weiter verschlechtern. Dabei ist in Zeiten von PISA ein Kraftakt für bildungspolitische Qualitätsverbesserung unverzichtbar. Ein hochwertiger Unterricht, der jeden einzelnen Schüler besser fordert und fördert, bedingt auf der Personalseite zwingend die notwendigen Ressourcen, die dies ermöglichen.

Eine weitere Arbeitsverdichtung würde damit gerade auf dem Rücken der nordrhein-westfälischen Schülerschaft ausgetragen, die bei ihrer öffentlichen Bildungsversorgung bereits heute im Vergleich der Bundesländer nun nicht gerade an vorderer Stelle liegt.

Immer mehr Frühpensionierungen, häufigere Erkrankungen und ein höherer Unterrichtsausfall bei stetig wachsenden Klassengrößen sind die Folge dieser Bildungspolitik.

Für die ausweislich wissenschaftlicher Studien so dringend notwendigen Innovationen für Qualitätsverbesserung bleibt im Bildungsbereich damit keinerlei Raum.

Ihr Entwurf hat zudem auch handwerkliche Mängel. Sie schreiben das Gesamtschulprivileg fort. Ein Großteil der Schülerschaft dort hat Hauptschulprofil. Sie hingegen behandeln Gesamtschulen wie den gymnasialen Oberstufenunterricht.

Sie haben auch die Frage nicht beantwortet, in welchem Umfang sich Ihre Einsparungen überhaupt realisieren lassen. Durch zunehmende Frühpensionierungen werden viele Lehrer gar nicht von dem Sachverhalt "profitieren", entsprechend länger arbeiten zu dürfen.

Frau Ministerin Schäfer, vor allem würde mich interessieren, wie das Ganze in der Praxis umgesetzt wird. Man hört ja regelmäßig von den Lehrerkollegien, dass ein Teil der Lehrerschaft zeitlich gebunden ist. Da diese Lehrer nicht mehr als derzeit arbeiten können, beabsichtigen sie, den Antrag zu stellen, dass es tatsächlich bei der erteilten Unterrichtszeit bleibt. Natürlich besteht bei den Schulen die Befürchtung, dass nicht alle rechnerisch theoretisch möglichen Größenordnungen dann auch tatsächlich dem Bildungsbereich zugute kommen.

Ich möchte mit einem Zitat von Udo Beckmann, dem Vorsitzenden des Verbandes für Bildung und Erziehung in diesem Land, schließen, das nur wenige Tage alt ist – ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

"Der erneute Zahlenpoker um die tatsächlichen Lehrerstellen, die den Schulen im kommenden Jahr zur Verfügung stehen, soll offenbar verschleiern, dass auch der Bildungsbereich Federn lassen muss. Dass die Landesregierung angesichts der bekannt gegebenen Zahlen auch noch von verlässlicher Schule spricht, ist der reinste Hohn. Diese Landesregierung hat das Recht verwirkt, von Verlässlichkeit im Schulbereich zu sprechen. Es ist kein Wunder, dass Lehrer, Eltern und Schüler jegliches Vertrauen in diese Landesregierung verloren haben."

(Beifall bei der CDU)

So wird es von der Fachöffentlichkeit, auch von den Bildungsverbänden aufgenommen. Das ist das "Düsseldorfer Signal", das Sie senden. Setzen Sie auf unsere Maßnahmen zu Reformen im öffentlichen Dienst! Da machen wir mit, aber nicht bei einseitigen Verschlechterungen und Einschnitten zulasten der Beamenschaft. Machen wir vernünftige Strukturreformen! Das muss aber gründlich beraten werden und darf nicht in einem Schnellschuss erfolgen, wie dies heute von Ihnen getan worden ist. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir reden heute über Sparmaßnahmen, nicht über Zukunftskonzepte. Das ist völlig klar. Herr Witzel und auch Herr Franke, wir machen uns die Entscheidungen, was diese Sparmaßnahmen und die Belastungen für Beamte

in unserem Land betrifft, nicht leicht. Es ist eine Notoperation, und es führt auch zu Ungerechtigkeiten.

(Demonstrativer Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das ist völlig klar, und das streitet hier auch niemand ab. Aber einer der wesentlichen Punkte, warum dies ungerecht ist, dass wir es für die Beamten tun können, aber für die Angestellten nicht, liegt in der Problematik der Zweiteilung des Dienstrechts, die wir schon des Öfteren diskutiert haben. Herr Franke, ich fordere Ihre Fraktion und auch die FDP auf, sich daran zu beteiligen, dass dies beseitigt wird. Wer blockiert denn im Bundsrat und in Berlin die Grundgesetzänderung, die wir für ein einheitliches Dienstrecht brauchen?

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir sind der Motor, diese Änderung anzugehen. Das zweigeteilte Dienstrecht ist die Ursache für Ungerechtigkeiten. Ich finde es auch ungerecht, wenn im Lehrerzimmer zwei Menschen sitzen, die die gleiche Arbeit tun und der eine monatlich 300 € netto mehr als der andere erhält. Natürlich ist das ungerecht. Wenn wir jetzt die Wochenarbeitszeit für die Beamten verlängern, ist es auch ungerecht, dass ein Angestellter am Freitag nachmittag nach Hause gehen kann und der Kollege Beamte eine Stunde länger bleiben muss.

(Demonstrativer Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Aber die Ursache, die in der Zweiteilung des Dienstrechts liegt, können wir nicht beheben. Die Regierungen, in denen Sie mitregieren, blockieren die Lösung dieser Problematik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es auch dreist, wenn CDU und FDP bei Podiumsdiskussionen behaupten - wir haben etliche davon hinter uns, auch bei der Polizei; denn wir reden nicht nur über die Schule, Herr Witzel -: "Das geht auch alles ohne Einschnitte", und den Menschen versprechen: "Wenn wir das machen würden, bräuchten wir nicht länger zu arbeiten" - frei nach dem Motto: Nordrhein-Westfalen ist eine Insel im Pazifik, und die Erde ist eine Scheibe.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Das verkaufen Sie den Leuten draußen. Das finde ich unredlich. Das haben Sie, Herr Kruse, Herr Engel, auf den Veranstaltungen, die wir alle miteinander hinter uns haben, getan. Das ist Märchenstunde. Politiker sollten redlich bleiben. Denn wir machen doch nichts anderes als das, was die

anderen Bundesländer auch tun. Im Gegenteil, Herr Witzel: Wir werden bald die arbeitslosen Lehrer aus Hessen hier einstellen,

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

weil Herr Koch Lehrerstellen abbaut. Die CDU-regierten Länder machen es doch noch viel schlimmer. Tun Sie doch nicht so, als wenn in Nordrhein-Westfalen alles ganz furchtbar wäre! Nein, Hessen baut Lehrer ab. Hessen führt die 42-Stunden-Woche ein. Wir dagegen machen eine altersmäßige Staffelung und führen die 39- bis 41-Stunden-Woche ein. Außerdem befristen wir diese Maßnahme bis zum Ende des Jahres 2008. Das haben wir im "Düsseldorfer Signal" so vereinbart, und wir sind neben Hessen das letzte Bundesland, das sich von der 38,5-Stunden-Woche im öffentlichen Dienst verabschiedet. Das ist keine schöne Nachricht, aber das ist das, was unter den gegebenen Bedingungen getan werden muss. Wir sind kein Einzelfall.

Zur Umsetzung im Justiz- und im Polizeibereich: Wir wollen die Einführung der 41-Stunden-Woche nicht mit einem übermäßigen Stellenabbau realisieren und nicht in die Situation kommen, keinen Nachwuchs mehr einstellen zu können. Nur deswegen haben wir im Interesse der inneren Sicherheit einen Teil der Kompensation der 41-Stunden-Woche über Stellenabbau realisiert und einen Teil über eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Dies schafft im Gegensatz zu dem, was Sie, Herr Kruse und Herr Franke, immer wieder verkünden, zunächst mehr Ressourcen im Polizeibereich und führt nicht zum Abbau von Ressourcen. Denn wir führen die Lebenszeitverlängerung erst mit dem Jahr 2007 ein.

Ich glaube nicht - das muss man redlicherweise auch sagen -, dass wir eine für alle gerechte Lösung finden können. Das kann es vor dem Hintergrund dieser Haushaltssituation nicht geben. Es ist aber auch nicht gerecht, wenn wir Zuschüsse kürzen und damit Menschen zum 1. Januar eine Kündigung ausstellen. Auch das tun wir in diesem Haushalt. Nur deswegen ist es vertretbar, dass sich im Personalbereich auch die Beamten den Sparzwängen stellen müssen, wenn wir auf der anderen Seite im freiwilligen Zuschussbereich so starke Abstriche machen, dass Menschen arbeitslos werden.

Bei der Lebensarbeitszeitverlängerung - damit haben wir uns lange beschäftigt, Herr Kruse; da wird auch nichts durchgepeitscht, wie Sie, Herr Franke, immer wieder formulieren - haben wir uns gefragt: Sollen wir nach der Laufbahngruppenzugehörigkeit differenzieren und die Anrech-

nung von Wach- und Wechseldienstzeiten einführen? Wir haben uns für eine einheitliche Lebensarbeitszeitverlängerung entschieden. Es gab gute Gründe für diese Regelung.

Wir haben eingesehen: Eine Laufbahngruppenorientierte Belastung ist nicht definierbar. Deshalb wollen wir es nicht an den Laufbahngruppen unterscheiden. Wir haben auch eingesehen, dass eine Bonusregelung in der Fassung, die das Kabinett ursprünglich überlegt hatte, nicht nur Bürokratie- und Verwaltungsaufwand schafft, sondern auch nicht gerecht sein kann, wenn wir sie nur für den Wach- und Wechseldienst vorsehen und nicht andere unter besonderen Belastungen stehende Gruppen bei den Polizeivollzugsbeamten einbeziehen.

Das heißt: Wir haben uns nach langen Debatten, auch nach Debatten mit der GdP, die sich gegen eine Bonusregelung ausgesprochen hat, weil sie zu noch mehr Ungerechtigkeiten führt, für die einheitliche Verlängerung eingesetzt.

Aber - das will ich zum Schluss noch zu unserem Änderungsantrag anmerken - wir haben uns noch einmal Gedanken gemacht, was wir mit denjenigen machen, die weit über 20 Jahre im Wach- und Wechseldienst Schichtdienst machen, was nachgewiesenermaßen eine besondere Belastung bedeutet. Das gilt insbesondere für die Polizisten im ländlichen Raum. Da sind sehr viele, die weit über 20 Jahre lang diesen Belastungen ausgesetzt sind. Da haben wir eine so genannte Härteregelung eingeführt und eine Änderung eingebracht.

Wir haben bei der 41-Stunden-Woche die Schwerbehinderten ausgenommen und gesagt: Für die Schwerbehinderten gilt die 39-Stunden-Woche.

Ferner haben wir Übergangsregelungen für die Polizisten der Jahrgänge 1947 bis 1949 geschaffen, um besondere Härten bei der Lebensarbeitszeitverlängerung zu vermeiden. Da haben wir noch Abmilderungen eingebracht. Das finde ich auch gut. Härten müssen hier vermieden werden.

Von Gerechtigkeit kann bei diesem Gesetzentwurf natürlich nicht reden. Das wird ja auch niemand von den Koalitionsfraktionen schönreden. Aber, Kolleginnen und Kollegen von der Opposition: Reden Sie den Leuten nicht ein, wir könnten das alles ohne Belastungen schaffen und es müsse niemand Belastungen hinnehmen, wenn Sie regieren würden. Das ist unredlich, und das wissen Sie auch.

Deshalb fordere ich Sie auf, diese Debatte so nicht zu führen, sondern etwas mehr Redlichkeit einzubringen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Dr. Behrens.

Dr. Fritz Behrens, Innenminister: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren und verabschieden heute eigentlich zwei Gesetzentwürfe, die schließlich miteinander verbunden worden sind, das 10. Dienstrechtänderungsgesetz und das Gesetz zur Änderung des Landesbeamtengesetzes, der Verordnungen über die Arbeitszeit und der Verordnung zur Ausführung von § 5 Schulfinanzgesetz. All das ist über Monate in den Ausschüssen sehr intensiv beraten worden, größtenteils auch sehr kontrovers.

Den Inhalt dieser sehr umfassenden Regelungen hat der Berichterstatter, Herr Kollege Jentsch, weitgehend dargestellt. Es geht, wie Sie alle wissen oder jedenfalls wissen sollten, meine Damen und Herren, um viel mehr als um die Arbeitszeitregelung für Beamte. Herr Witzel ist auch auf andere Fragen eingegangen. Diese Fragen werden jetzt leider zu kurz kommen, weil wir hierüber nicht mehr ausführlich diskutieren können.

Die Notwendigkeit, heute, noch in diesem Jahr 2003, zu entscheiden, die beklagt wird und auch von Herrn Dr. Franke beklagt worden ist - dass in den Beratungen über die Arbeitszeitfragen Zeitdruck entstanden sei -, resultiert allein daraus, dass diese Regelungen zum 1. Januar 2004 in Kraft treten sollen, damit alle Betroffenen Planungssicherheit haben, d. h. einerseits die Beschäftigten, andererseits aber auch etwa die Behörden, also die Arbeitgeberseite. Natürlich gibt es Zusammenhänge mit den Inhalten des Haushaltes und den Sparmaßnahmen, die im Haushalt vorgesehen sind, was die Arbeitszeitregelungen betrifft. Das ist von allen hier auch so dargestellt worden.

Nun haben Sie, Herr Dr. Franke, aber nun doch eine ziemliche Volte geschlagen, wenn Sie einerseits sagen, das, was wir hier mit der Arbeitszeit machten - nur darauf haben Sie es ja bezogen -, sei bloße Augenwischerei, und am Schluss Ihrer Rede meinen, das reiche alles nicht, wir bräuchten eine Arbeitszeitverlängerung nicht nur für die, die hiervon betroffen sind, sondern für alle. Was wollen Sie denn nun? Wollen Sie das, was regelbar ist, jetzt regeln, oder wollen Sie zunächst Tarifverhandlungen führen und dann für die Beam-

ten zu Gesetzen kommen? Ich glaube, so kann man es nicht handhaben.

Im Übrigen, Herr Dr. Franke, zur Redlichkeit hätte auch gehört, dass Sie zumindest auf Hessen und Bayern hinweisen. Was sagen Sie denn Ihren CDU-Kollegen dort, die für die Beamten, und zwar auch nur für die Beamten und nicht für die Angestellten, weil Sie das nicht können, die 42-Stunden-Woche einführen bzw. einführen wollen? Das ist eine absolut vergleichbare Situation wie in Nordrhein-Westfalen. Aber indem man sagt: "Das kann man nicht machen, das ist politisch unmöglich, das wird Sie aus dem Amt jagen" - das sind jetzt meine Worte, aber Sie haben es inhaltlich so ausgeführt -, kann man als Opposition doch keine Glaubwürdigkeit auch gegenüber den Wählern erlangen.

Herr Witzel, Sie haben sich zu den Lehrern, deren Perspektiven und zur Attraktivität ihres Berufes verhalten. Ich habe bei Ihren Ausführungen - man hört ja nicht immer zu, wenn hier über Ihren Arbeitsbereich diskutiert wird - gelernt, dass es offenbar überall im öffentlichen Dienst, aus Ihrer Sicht vor allem bei den Lehrern, nur arme benachteiligte Beschäftigte gibt. Als Innenminister hatte ich in den Diskussionen mit meinen Beschäftigtengruppen immer den Eindruck, die Benachteiligten von allen seien die Polizisten. Ich habe gelernt, dass das noch von den Lehrern und ihrem Aufgabenbereich übertroffen wird.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Das alles geht ziemlich an der Wirklichkeit vorbei, auch an der eigenen Wahrnehmung der Beschäftigten, glaube ich. Vergleichen Sie einmal die Beschäftigungsbedingungen und auch die Bezahlungsbedingungen des öffentlichen Dienstes in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen mit denen in anderen Ländern. Gehen Sie nur nach Frankreich, gehen Sie nach Südeuropa, gehen Sie in die USA. Gehen Sie, wohin Sie wollen. Sie werden feststellen, dass wir in Deutschland auf allen Ebenen einen hoch qualifizierten, aber auch hoch bezahlten öffentlichen Dienst haben. Das gilt auch für die Lehrerinnen und Lehrer und für die Polizistinnen und Polizisten in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen uns da nicht zu verstecken.

Wir versuchen mit dem Gesetzentwurf, bezogen auf die Arbeitszeitregelungen, auch auf dramatische Steuerausfälle zu reagieren, auf die steigenden Ausgaben im Bereich des Personals im Landeshaushalt. Ich verkenne dabei nicht - niemand kann das verkennen -, dass die vorgesehenen Regelungen Belastungen für Beamtinnen und Be-

amte des Landes und auch der Kommunen darstellen.

Sie greifen - und das geht über bloße Belastungen hinaus - auch in die Lebensplanung von Beschäftigten ein. Jeder und jede, der bzw. die an diesen Vorschlägen mitgewirkt hat und jetzt hier mitentscheiden muss, ist sich dessen bewusst. Es hat in den vergangenen Monaten eine Vielzahl von Gesprächen und Diskussionen, teilweise sehr kontroverser Art, gegeben, gerade auch mit den Gewerkschaften, mit den Berufsverbänden. Ich sage an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich, was ich schon oft zu diesem Thema gesagt habe: Niemand von uns, der diesen Regelungen jetzt zustimmt bzw. sie auf den Weg gebracht hat, tut das leichten Herzens. Er tut es aus einer finanziellen Notlage heraus.

Aber ich jedenfalls sehe keine grundsätzliche Alternative zu den Vorschlägen, die wir Ihnen hier präsentieren, die heute verabschiedet werden sollen und von denen ich sage, dass sie auch in Hessen und Bayern beispielsweise demnächst - soweit noch nicht geschehen - vollzogen werden.

Die Landesregierung ist sich ihrer Verantwortung gegenüber den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in hohem Maße bewusst. Sie hat deshalb im Rahmen ihres Handlungsspielraums, der leider durch Haushaltszwänge sehr eingeschränkt ist, von Anfang an versucht, vor allem auch sozialverträgliche und maßvolle Regelungen auf den Weg zu bringen.

(Unruhe - Glocke)

Dabei war vor allem den besonderen Erschwernissen einzelner Berufsgruppen Rechnung zu tragen. Dies - so meine ich jedenfalls, und so meinen wir von der Koalition - ist schon mit dem Gesetzentwurf vom 12. November weitgehend gelungen. Und es ist verbessert worden in den Ausschussberatungen der verschiedenen Ausschüsse, wo ein hohes Maß an Sozialverträglichkeit der unabdingbar notwendigen Einschnitte erreicht worden ist.

Ich spreche damit vor allem die Regelungen für den Polizei- und den Justizvollzugsdienst an, aber auch etwa die Regelungen für Schwerbehinderte. Bis zuletzt ist hier im Rahmen des finanziell Verantwortbaren nachgebessert worden.

Mir war von Anfang an klar, dass die Wahrung der sozialen Balance bei den erforderlichen Arbeitszeiterhöhungen ein wesentlicher Aspekt würde sein müssen. Ich glaube, dass der nunmehr zur

Entscheidung vorgelegte Gesetzentwurf dieser Anforderung sehr gut gerecht wird.

Ich will Ihnen, die Sie an der Beratung in den Ausschüssen konstruktiv mitgewirkt haben, für die intensive Beratung hier herzlich danken. Ich glaube, dass es vor allem für die betroffenen Personengruppen und Beschäftigtengruppen, für Lehrer, für Polizisten, für Justizvollzugsbeamte hinsichtlich der Lebensarbeitszeiterhöhung aller Beamtinnen und Beamten und hinsichtlich der Wochenarbeitszeiterhöhung wichtig ist, zu erleben und zu sehen, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, die gewählten Volksvertreter, diese Entscheidungen bewusst und unter Abwägung der verschiedenen Aspekte und der Auswirkungen auf die Betroffenen getroffen haben und dass Sie es sich dabei nicht leicht gemacht haben.

Bei den Beamtinnen und Beamten kann ich sowohl als Innenminister, aber auch als Abgeordneter nur dafür werben, dass die unvermeidbaren Einschnitte von ihnen verstanden werden und alle ihre Aufgaben weiterhin mit so großem Engagement und so großer Zuverlässigkeit erfüllen werden wie bisher. Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen und in ganz Deutschland auch künftig einen leistungsfähigen und effizienten öffentlichen Dienst mit motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, denen ich für ihre Arbeit auch im vergangenen und im ablaufenden Jahr von dieser Stelle aus ein herzliches Dankeschön sagen möchte.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir verabschieden heute ein wichtiges Gesetz mit vielen Veränderungen, die hier nicht diskutiert worden sind, die aber für die Arbeit in unseren Behörden wichtig sind. Wir wollen damit den öffentlichen Dienst unseres Landes weiter zukunftsfest machen. Weitere Regelungen werden unweigerlich folgen müssen, wenn wir den Vorschlägen des Bull-Berichts folgen wollen, was wir auf Bundesebene und auf Landesebene tun wollen.

Frau Düker hat zu Recht darauf hingewiesen, dass viele Probleme, die wir hier mit diesem Gesetz ja auch schaffen, nämlich die Spaltung zwischen dem Tarifbereich und dem Beamtenbereich, dann vermieden werden könnten und künftig vermeidbar sein werden, wenn es erst entsprechend den Vorschlägen dieser Landesregierung ein einheitliches Dienstrecht in Deutschland für alle öffentlichen Bediensteten geben wird. Dafür werden wir uns weiter einsetzen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Minister. - Für die Landesregierung spricht jetzt Frau Ministerin Schäfer.

Ute Schäfer, Ministerin für Schule, Jugend und Kinder: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil ich zwei Dinge klarstellen möchte, und zwar aufgrund des Redebeitrags von Herrn Witzel.

Herr Witzel, ich finde es schon bemerkenswert, dass Sie in Ihrem Beitrag, was die Arbeitszeit der Lehrer und die Einstellungsmöglichkeiten für Lehrer angeht, hier erneut versuchen zu suggerieren, dass es eine begrenzte Einstellungsmöglichkeit für junge Lehrerinnen und Lehrer gäbe.

Sie wissen ganz genau - das habe ich auch mehrfach geäußert -, dass wir jährlich 5.600 bis 5.700 Lehrerinnen und Lehrern die Chance der Einstellung in den Landesdienst geben. Ich möchte hier noch einmal ausdrücklich betonen, dass das Fakt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich finde es fahrlässig, wenn Sie das im Parlament an dieser Stelle zum wiederholten Male so sagen.

Außerdem haben Sie in Ihrem Redebeitrag suggeriert, das, was eingespart würde, wenn Lehrer auf Teilzeit gehen, würde nicht wieder in das System hineinfließen. Auch diese Aussage ist falsch, weil wir alle Stunden, die wir bekommen, wenn Lehrer auf Teilzeit gehen, wieder neu in das System hineingeben und auch hierfür jungen Menschen Einstellungsmöglichkeiten geben.

Bitte nehmen Sie das endlich zur Kenntnis. - Danke.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind am Schluss der Beratung und kommen zur Abstimmung.

Wir stimmen ab erstens über **Ziffer 1** der **Beschlussempfehlung** des Ausschusses für Innere Verwaltung und Verwaltungsstrukturreform **Drucksache 13/4757**, den Gesetzentwurf Drucksache 13/3930 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koaliti-

onsfraktionen gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen **angenommen** worden.

Ich lasse zweitens abstimmen über die **Ziffer 2** der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4757, den Gesetzentwurf Drucksache 13/4566 für erledigt zu erklären. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist Ziffer 2 **angenommen** und der Gesetzentwurf Drucksache 13/4566 für erledigt erklärt worden, und zwar mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der FDP-Fraktion sowie des Herrn Abgeordneten Dr. Franke von der CDU-Fraktion und ansonsten bei Enthaltung der CDU-Fraktion.

Ich rufe auf:

8 Patientinnen schützen - derzeitige Praxis der Hormonverschreibungen vor, während und nach den Wechseljahren verändern

Antrag
der Fraktion der SPD,
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4744 - Neudruck

Ich darf darüber hinaus auf den Entschließungsantrag der FDP Drucksache 13/4793 hinweisen, eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Frau Howe das Wort.

Inge Howe^{*)} (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Enquete-Kommission ist durch zwei Gutachten zum Thema "Hormonersatztherapie in den Wechseljahren" darauf aufmerksam gemacht worden, dass die derzeitige Praxis der Hormonverschreibung vor, während und nach den Wechseljahren ein erhebliches Gesundheitsrisiko für eine große Zahl von Frauen darstellt.

Aufgrund internationaler Studien zur Hormonersatztherapie sind in den USA und in Großbritannien Besorgnis erregende Zahlen von Krebs-erkrankungsrisiken bei Frauen nach der Einnahme von Wechseljahrshormonen bekannt geworden. Insbesondere zeigte sich eine teilweise drastische Zunahme von Erkrankungsrisiken für Brustkrebs, Herzinfarkte, Schlaganfälle, Komplikationen durch Beinvenenthrombosen, Lungenembolien sowie Gallenblasenerkrankungen und Eierstockkrebs.

Die WHI-Studie in den USA wurde deshalb vorzeitig abgebrochen. Sowohl in den USA wie auch in Großbritannien gehen seitdem die Verordnungszahlen für Wechseljahrshormone deutlich zurück.

Die Erkenntnisse aus den Studien sind durchaus auf deutsche Verhältnisse übertragbar. Allerdings werden in Deutschland nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. Anders, als es die FDP in ihrem Entschließungsantrag behauptet, hat sich die Verordnungspraxis seitdem nur unwesentlich geändert.

(Beifall bei der SPD)

Die klimakterischen Beschwerden werden von vielen Medizinerinnen als ein Mangel gesehen, dem in der Regel durch eine Hormonersatztherapie begegnet wird. Wechseljahrschormone sind in Deutschland die am häufigsten verordneten Arzneimittel für Frauen im Lebensabschnitt zwischen 50 und 59 Jahren.

Die Enquete-Kommission hat diese Ergebnisse für so drastisch erachtet, dass es nicht zu verantworten gewesen wäre, so lange abzuwarten, bis der Bericht im Sommer 2004 vorliegt. Die Hochrechnungsergebnisse und Prognose des Gutachtens von Prof. Greiser implizieren einen sofortigen Handlungsbedarf. Das war Anlass für alle Mitglieder der Kommission, einen Antrag zu formulieren, der diese Problematik aufzeigt und die Landesregierung zu Maßnahmen auffordert, die die derzeitige Praxis der Hormonverschreibung in den Wechseljahren verändert.

Das soll vor allem durch entsprechende Aufklärungs- und Informationskampagnen geschehen. Selbst die Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft hat Empfehlungen zur Hormontherapie im Klimakterium veröffentlicht, die eine Verschreibung nur noch bei ausgeprägten Wechseljahrsbeschwerden mit Beeinträchtigung der Lebensqualität für vertretbar halten.

Der Landtag fordert neben der Landesregierung die verantwortlichen Akteure im Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen auf, Initiativen zur Reduzierung der genannten Gesundheitsrisiken zu ergreifen.

(Beifall bei der SPD)

Hierbei geht es nicht darum - das betone ich -, in das Arzt-Patientinnen-Verhältnis einzugreifen, wie es die FDP behauptet.

(Dr. Stefan Romberg [FDP]: Was denn sonst?)

Vielmehr geht es darum sicherzustellen, dass Frauen über den Inhalt der internationalen Studien umfassend informiert werden. Dass das nicht geschieht, belegt eine neue Internetrecherche der Webseiten gynäkologischer Arztpraxen durch die Universität Bremen, aus der hervorgeht, dass auf

80 % der Seiten die WHI-Studie kritisiert wird und als statistische Spielerei oder als Aufhetzkampagne der Presse deklariert wird. 68 % der Webseiten befürworten Hormontherapien. Keine einzige lehnt diese ab. Nur 9 % informieren ausgewogen.

Das bestätigt, dass die geübte Praxis anders aussieht. Der Entschließungsantrag der FDP ist als reine Klientelpolitik zu bewerten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN und von Regina van Dinther [CDU])

Deshalb besteht umgehender Handlungsbedarf. Die Frauen müssen aufgeklärt und damit in die Lage versetzt werden, gemeinsam mit dem Arzt eine informierte Nutzen-Risiken-Abwägung treffen zu können.

Ich freue mich ganz besonders, dass es gelungen ist, aus der Mitte der Enquetekommission heraus einen so wichtigen Antrag so kurzfristig zu beschließen und ins Parlament einzubringen.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag und Ablehnung des FDP-Antrags. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und von Regina van Dinther [CDU])

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Howe. - Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Doppmeier das Wort.

Ursula Doppmeier (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben Ihnen heute einen überfraktionellen Antrag dreier Fraktionen vorgelegt, da uns dieses Thema so wichtig ist, als es im Parteiengenzänk untergehen zu lassen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es geht uns nämlich um die Gesundheit von Tausenden von Frauen. Wie meine Vorrednerin schon betonte, haben wir in einzelnen Gutachten, die die Enquetekommission vergeben hat, den Nachweis erhalten, dass die Hormonersatztherapie in und nach den Wechseljahren erhebliche Gesundheitsrisiken mit sich bringt. Doch noch immer verschreiben Ärzte im Kampf gegen das Klimakterium Östrogene und Gestagene.

Unser Anliegen: Ein Umdenken muss an der Stelle schneller erfolgen. Der Bremsweg ist uns noch zu lang.

Lange Zeit war die Hormontherapie für Frauen in den Wechseljahren der medizinisch anerkannte Standard. Ärzte versprachen sich davon eine Lin-

derung klassischer Wechseljahrsbeschwerden wie z. B. Hitzewallungen, Schweißausbrüche und Schlafstörungen. Außerdem setzten sie viele Jahre darauf, dass mit der Gabe von Hormonen nach der Menopause verschiedene Erkrankungen - beispielsweise koronare Herzkrankheiten und altersbedingte Hirnleistungsstörungen - zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern wären.

Außerdem erhoffte man sich günstige Wirkungen auch bei Depressionen, Schlafstörungen und Hautalterung. Viele Beobachtungsstudien damals hatten diese positiven Effekte einer Hormonsubstitution auch beschrieben. Es lagen zur damaligen Zeit noch keinerlei Langzeitstudien über Nutzen und Risiken der Hormontherapie vor. Somit setzte sich bei den Ärzten die Lehrmeinung durch, alle Frauen würden von einer langjährigen Hormonsubstitution profitieren.

Die Folge davon war: Die Östrogenverordnungen stiegen in den 90er-Jahren stark an. Lag die Zahl der verordneten Tagesdosen an Östrogen/Gestagen-Kombinationspräparaten 1991 noch bei knapp 600 Millionen, so erreichte sie 1999 ihren Höhepunkt mit 1 Milliarde verordneten Tagesdosen. Somit verdoppelte sich binnen zehn Jahren auch die Zahl der Frauen, die Hormone nahmen.

Die große Warnung kam dann 1998, als die erste Langzeitstudie zur Hormonersatztherapie die Begeisterung für diese Therapie schon gewaltig dämpfte. Sie war zu dem Ergebnis gekommen, dass Hormone nach bzw. in den Wechseljahren zur Prophylaxe koronarer Herzerkrankungen keinen Effekt hatten. Im Gegenteil: Zu Beginn der Therapie war eine Zunahme der Herzerkrankungen zu beobachten, die ja eigentlich verhindert werden sollte.

Erste Auswirkungen auf das Verschreibungsverhalten waren in Deutschland schon zwei Jahre später zu erkennen, wo die Zahl der verordneten Tagesdosen erstmals geringfügig abnahm.

Dann kam der Sommer 2002 und damit die große Verunsicherung. Zu diesem Zeitpunkt wurde ein Teil der weltweit umfangreichsten Studie, der WHI-Studie, vorzeitig beendet. Als Grund hierfür stellte sich heraus, dass die Gesundheitsrisiken einer kombinierten Östrogen/Gestagen-Therapie deutlich höher waren als ihr präventiver Nutzen. Die Hormone erhöhten bei sonst gesunden Frauen das Thrombose-, Herzinfarkt-, Schlaganfall- und Brustkrebsrisiko. Dieses Ergebnis wurde im August 2002 auch noch durch die britische Studie unterstützt.

Wie sieht die heutige Situation aus? - Ärzte haben angefangen umzudenken. Dies zeigen die Verordnungszahlen. Vergleichen wir diese Zahlen für Deutschland allerdings mit dem amerikanischen und britischen Ausland, so fällt auf, dass der Rückgang der Verschreibungen bei uns mit knapp 20 % deutlich geringer ausfällt als in den Nachbarländern.

(Beifall bei CDU, SPD und GRÜNEN)

Die somit immer noch weit verbreitete Anwendung der Hormonersatztherapie, und dieses vor allen Dingen über lange Zeiträume hinweg, muss angesichts der nachgewiesenen Risiken nachdenklich stimmen.

Angesichts der wissenschaftlichen Ergebnisse und der aktuellen Therapieempfehlungen liegt es nun auch an den niedergelassenen Ärzten, diese möglichst schnell im therapeutischen Alltag umzusetzen, um möglichen Schaden von den Frauen abzuwenden.

Hier möchte ich noch einmal hervorheben, dass die bis vor kurzem geübte Praxis der Hormonverschreibung den damals bekannten Stand der Wissenschaft dokumentierte. Den behandelnden Ärzten, die Frauen in den 90er-Jahren dazu geraten haben, Hormone zu nehmen, wenn sie über Wechseljahresbeschwerden klagten, ist kein Vorwurf zu machen. Es galt damals ja schon fast als Kunstfehler, keine Hormone zu verschreiben. Es wurde außerdem ein regelrechter Bedarf bei den betroffenen Frauen geweckt.

Unser Anliegen ist es nun - wie in dem Antrag dargestellt -, eine möglichst weitgehende breite Basis des Informationsflusses herzustellen. Hier gilt es, nicht nur Ärzte zu informieren, die ihr Wissen weitergeben, sondern es gilt vor allen Dingen auch die Frauen zu informieren und ihnen durch diese Information die Kompetenz zu geben, die Risiken und den Nutzen einer Hormonverschreibung abzuwägen, um somit wirklich eine eigene, verantwortungsvolle Entscheidung für sich und ihre Gesundheit zu treffen.

Hierzu soll unser Antrag dienen. Ich bitte Sie um Zustimmung.

(Beifall bei CDU, SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Doppmeier. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht jetzt Frau Hürten.

Marianne Hürten¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie Frau Howe und Frau Doppmeier schon deutlich gemacht haben,

war die massive Gesundheitsgefährdung von Frauen durch langjährige Hormonersatztherapie für die Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen der Anlass, umgehend einen gemeinsamen Antrag mit konkreten Forderungen in den Landtag einzubringen.

Jeden Tag sterben in Nordrhein-Westfalen durchschnittlich zwei Frauen an einer Krebserkrankung, die durch die Einnahme von Hormonen im Zusammenhang mit den Wechseljahren ausgelöst wurde. In Deutschland sterben pro Jahr 3.700 Frauen an einer durch langjährige Hormonersatztherapie verursachten Krebserkrankung.

Ich will das einmal mit Verkehrstoten vergleichen: 2002 starben bundesweit 6.842 Menschen infolge eines Verkehrsunfalls; in Nordrhein-Westfalen waren es etwa 1.000 Verkehrstote, davon weniger als 300 weibliche. Das heißt: In Nordrhein-Westfalen sterben täglich mehr als doppelt so viel Frauen an den Folgen einer von Hormonen verursachten Krebserkrankung als durch den Straßenverkehr.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Diese drastischen Zahlen sind das Ergebnis des Gutachtens, das die Enquetekommission in Auftrag gegeben hat und das die amerikanische und letztendlich die englische Studie mit den Verhältnissen und den Verschreibungsgewohnheiten hier bei uns verglichen hat. Wir wollten wissen, ob die Ergebnisse übertragbar sind. Wir haben erfahren, dass sie sehr konkret übertragbar sind, und zwar sowohl bezogen auf die Frauen selber als auch bezogen auf die verabreichten Hormonpräparate und deren Zusammensetzung.

Nun zweifelt auch Frau Dr. Pavlik, wie gestern in einer Presseerklärung zu lesen war, das erhöhte Krebsrisiko nicht grundsätzlich an; aber als aufrechte Ständesvertreterin der Ärzteschaft ist ihr anscheinend jeder noch so freundlich formulierte Appell an die Ärzte, ihr Verschreibungsverhalten doch bitte zu überdenken, ein Dorn im Auge. So sagt sie: Eine Einmischung der Politik in das Vertrauensverhältnis zwischen Ärzten und Patienten muss ausdrücklich abgelehnt werden. Unsere Ärzte sind mittlerweile auf dem Stand der wissenschaftlichen Forschung und handeln entsprechend.

(Beifall bei der FDP)

- Sie klopfen, ich belege Ihnen aber das Gegenteil. Auch wir haben noch einmal im Internet recherchiert. Ich will zunächst auf die Seite "www.gynweb.de" verweisen, eine Internetseite der Gynäkologen, das Gesundheitsportal mit

Frauenarztsuche. Zur Frage "Kann eine Hormontherapie Brustkrebs auslösen?" heißt es:

"Eine gemeinsame aktuelle Auswertung der bisher weltweit vorliegenden Studien zeigt, dass bei Frauen, die Hormone einnehmen, die Zahl der Brustkrebsdiagnosen pro Behandlungsjahr geringfügig ansteigt, nicht aber die Sterblichkeit aufgrund dieser bösartigen Erkrankung."

Die internationalen Studien sagen hier das Gegenteil.

"Mit Beendigung der Hormoneinnahme geht das leicht erhöhte Brustkrebsrisiko wieder zurück."

Auch das widerlegen die Studien.

"Aus dieser Beobachtung lässt sich schließen, dass Östrogene selber nicht krebsauslösend sind, sondern nur das Wachstum bereits bestehender Krebszellen fördern."

Auch das ist nicht richtig.

"Dies ist auch eine Erklärung dafür, dass die unter Hormontherapie zusätzlich entdeckten Brustkrebserkrankungen weniger weit fortgeschritten und dadurch besser heilbar sind."

Unser Gutachter hat gesagt, sie seien aggressiver und von daher viel problematischer. Also: Die GynWeb-Seite verbreitet hier falsche Informationen, was ich sehr, sehr problematisch finde.

Woher kommt das? - Ich gehe davon aus, dass sie sich nach wie vor auf das stützt, was die Pharmaindustrie verbreitet. Ich habe hier z. B. eine Website von Liviella, ebenfalls ein Hormonpräparat. Es handelt sich um ein Kombipräparat, das weit verbreitet ist. Dort heißt es: "Die Wechseljahre lustvoll und aktiv genießen". Bei den Hinweisen und den intensiven Fragen zum Brustkrebsrisiko oder zu den Auswirkungen auf die Gebärmutter heißt es: Alles harmlos - kein Problem. Auch die Gynäkologen geben auf diesbezügliche Fragen ähnliche Antworten. Es gibt Fragen zum Krebsrisiko. Die Antworten: Völlig harmlos, geringfügig, kein Problem; da brauchen Sie sich keine Gedanken zu machen.

Das mag daran liegen, dass auch Schering - der Haupthersteller hier bei uns - auf seiner Website - ich habe das alles heute Morgen ausdrucken lassen - sagt: Es sind nach wie vor die Hormone. Da gibt es hervorragende Medikamente, die typische Beschwerden der Wechseljahre - Hitzewallungen, Schlaflosigkeit, Stimmungsschwankungen usw. - bekämpfen und außerdem

vor Osteoporose schützen. - Hier wird also intensive Werbung betrieben.

Das gipfelt in der Aussage: "Frauen sind nach der Menopause glücklicher, wenn sie Hormone nehmen. Die Hormonersatztherapie fördert die Befindlichkeit." Zudem zeigt eine Studie von Schering, dass eine Hormonersatztherapie das Leben der modernen Frau zum Besseren verändert. - Ich sage: Wir haben in Nordrhein-Westfalen doppelt so viele Krebstote durch diese Hormone als Verkehrstote. Und die Pharmaindustrie sagt nach wie vor: Das Leben wird zum Besseren gewendet, und zwar für die Frauen, die diese Hormone nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Auf die Frage nach dem Brustkrebsrisiko im Zusammenhang mit einer Hormonbehandlung führt Schering aus:

"Bei einer langjährigen Anwendung von Östrogenen ist nicht auszuschließen, dass sich das Brustkrebsrisiko leicht erhöht. Nach heutiger medizinischer Wissenschaft schätzt man dieses Risiko jedoch als gering ein. Mehr noch: Bis heute lässt sich noch nicht beurteilen, ob Brustkrebs tatsächlich durch die Hormoneinnahme häufiger auftritt oder ob er nur seltener übersehen wird."

Das ist wirklich der absolute Gipfel. Das widerspricht allem, was wir uns wirklich dezidiert in der Enquetekommission haben vorrechnen lassen. Von daher betrachte ich die Äußerung von Frau Pavlik wirklich als reinste Lobbyistenäußerung, die ich hier auch im Interesse der Frauen zurückweise, die erhebliche gesundheitliche Probleme durch diese Hormontherapie haben.

(Beifall bei GRÜNEN, SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU - Zurufe von der FDP: Nein! Unverschämtheit!)

Wir wollen, dass Frauen in die Lage versetzt werden, informiert eine Entscheidung zu treffen. Wir haben dazu ein Bündel von Vorschlägen unterbreitet. Wir verunglimpfen die Ärzte nicht, aber wir sind der Meinung, dass sie sich tatsächlich auf den Stand von Wissenschaft und Forschung bringen bzw. durch ihre Standesvertreter bringen lassen müssen. Nur dann können sie die Frauen so informieren, wie es dem Stand der Technik, der Wissenschaft und der Forschung entspricht. Dazu dient unser Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN, SPD und einzelnen Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Hürten. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Dr. Pavlik das Wort.

(Zuruf von der SPD: Da bin ich aber gespannt!)

Dr. Jana Pavlik (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der hier vorliegende Antrag der Fraktionen von SPD, Grünen und der CDU bringt in der Sache wirklich nichts Neues. Spätestens seit Juli 2002, und zwar im Zusammenhang mit der Berichterstattung über die WHI-Studie, ist die Hormontherapie bei Beschwerden in den Wechseljahren in allen ärztlichen Medien, aber auch in der Laienpresse, thematisiert worden.

(Zurufe von der SPD: Na und? Aber ohne Folge!)

Es gibt viele Studien zu Nutzen und Risiken dieser Therapie. Diese Studien sind aber leider - wie wir alle wissen - von sehr unterschiedlicher Qualität und Validität. Insbesondere die Interpretationen, aber mehr noch die Vorinterpretation der einzelnen Ergebnisse, trugen nicht gerade zur sachlichen Auseinandersetzung bei. Im Gegenteil: Die gesamte öffentlich ausgetragene Auseinandersetzung über Nutzen und Schaden der Hormontherapie führte zu einer großen Verunsicherung der Patientinnen. Es wurde bewusst oder unbewusst Misstrauen gesät, und zwar in Bezug auf das äußerst sensible Beziehungsgeflecht zwischen Ärzten und Patienten.

(Widerspruch bei der SPD)

- Lassen Sie mich doch aussprechen. - Diese Beziehung ist nur dann tragfähig, wenn sie von Vertrauen und Respekt getragen wird. Nur vor diesem Hintergrund kann eine sachgemäße Aufklärung erfolgen, die unabdingbar zu erfolgen hat.

(Zuruf von der SPD: Hätte!)

Im vorliegenden Antrag der drei anderen Fraktionen, meine Damen und Herren, wird nun bereits mit der Überschrift suggeriert, dass Ärzte ihren Patientinnen schaden und dass deshalb diese Patientinnen vor uninformatierten Ärzten geschützt werden müssen.

(Marianne Hürten [GRÜNE]: Patienten sind zu schützen!)

Das ist unserer Meinung nach eine unzulässige Einmischung der Politik in das Vertrauensverhältnis von Arzt und Patient.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der SPD:
Das darf doch nicht wahr sein!)

Ärzte handeln und behandeln nach bestem Wissen und Gewissen.

(Marianne Hürten [GRÜNE]: Aber wenn sie es doch nicht wissen!)

- Suggestieren Sie doch nicht, dass Ärzte unverantwortlich oder leichtsinnig mit ihren Patienten verfahren!

Die Ärzteschaft hat nach Kenntnis von zuverlässigen Daten und Informationen verantwortlich reagiert. Nicht nur in den Fachgesellschaften - beispielsweise denen der Gynäkologie oder in der Menopause-Gesellschaft -, sondern auf breiter Ebene wurden und werden diese Studienergebnisse diskutiert. Die Arzneimittelkommission der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie hat sich intensiv damit auseinander gesetzt und in den letzten Jahren Empfehlungen zur Hormontherapie erarbeitet.

Die Indikationen sind nun wesentlich enger gefasst. Sie hält eine Hormontherapie nur bei ausgeprägten Wechseljahrsbeschwerden mit erheblichen Beeinträchtigungen der Lebensqualität für angezeigt, und das auch nur für einen überschaubaren Zeitraum mit anschließender Wirkungskontrolle.

Diese Empfehlungen sind in den Praxen angekommen und werden auch in Deutschland zunehmend umgesetzt. Das zeigt sich z. B. ganz deutlich an den Verordnungszahlen allein im Bereich der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein. Dort sinken die Anzahl der Verordnungen sowie die Ausgaben für Sexualhormone kontinuierlich.

(Zuruf von der SPD: Die können das doch gar nicht nachvollziehen!)

Die Zahl der durchschnittlichen monatlichen Verordnungen sank von 2002 auf 2003 um mehr als 30.000 Verordnungen,

(Zuruf von Marianne Hürten [GRÜNE])

nur im Bereich der KV Nordrhein. Ich habe die aktuellen Zahlen von Westfalen-Lippe vorliegen; sie sind ähnlich.

Meine Damen und Herren, wir sind in der ärztlichen Betreuung und Beratung auf einem guten und verantwortlichen Weg, auch ohne Eingreifen und überflüssige Ermahnungen des Landtags Nordrhein-Westfalen.

Hätten Sie alle darauf verzichtet, Misstrauen zwischen Arzt und Patient zu schüren, dann wäre es zu einem gemeinsamen verantwortlichen Appell gekommen. So aber blieb uns nichts anderes übrig, als mit einem Entschließungsantrag deutlich zu machen, wo die Grenzen politischer Einflussnahme liegen und gezogen werden müssen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Dr. Pavlik. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Fischer das Wort.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Natürlich ist die Behandlung mit Hormonpräparaten bei jeder Indikation immer eine Angelegenheit, die im persönlichen Vertrauensverhältnis zwischen Patientin und Arzt bzw. Ärztin entschieden werden muss.

Schließlich sind Hormonpräparate zwar körperähnliche oder körpereigene Substanzen; letztlich sind sie aber Medikamente mit sehr starken Wirkungen und damit auch erheblichen Nebenwirkungen. Eine Nutzen-Risiko-Abwägung ist deshalb bei jeder Therapieentscheidung zwingend erforderlich.

Die Diskussion um die Hormonersatztherapie zur Behandlung von Wechseljahrsbeschwerden ist nicht erst mit den veröffentlichten ersten Ergebnissen der Million-Women-Study seit August 2003 ausgelöst worden. Denn schon seit langem ist bekannt, dass Hormone, Östrogene und Gestagene, zu einer Risikoerhöhung bei Patientinnen, die ein Krebsrisiko oder ein Risiko für eine Herz-Kreislauf-Erkrankung haben, führen kann.

Diese Diskussion ist bereits im Zusammenhang mit der Antibabypille geführt worden. Auch dazu sind immer wieder Studien veröffentlicht worden, die auf gewisse Risiken hinweisen. Bei diesen Diskussionen standen die Risiken für den Bereich Herz-Kreislauf im Vordergrund. Diese Risiken gibt es auch bei der Hormonersatztherapie.

Im Vordergrund steht bei der hier angesprochenen Altersgruppe der Frauen das Krebsrisiko, insbesondere das Brustkrebsrisiko. Vorhandene Brustkrebszellen können durch Hormone im Wachstum stimuliert werden. Die Hormontherapie kann auch ein bestehendes Brustkrebsrisiko, z. B. bei familiären Vorerkrankungen, verstärken. Aber wir dürfen zugleich nicht die Frauen verunsichern, die auf eine Ersatztherapie angewiesen sind und über Jahre so behandelt worden sind.

(Beifall bei der FDP)

Die Risikoerhöhung durch die Hormonersatztherapie muss im Blick bleiben. Deshalb greift die Initiative der Enquetekommission "Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsversorgung in NRW" und der gemeinsame Antrag der SPD, der CDU und der Grünen dieses Thema meines Erachtens zu Recht auf.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Der Hinweis auf einen allzu sorglosen Umgang mit der Hormonersatztherapie in Deutschland ist wichtig und greift auch einen offensichtlichen Missstand auf. Wie sonst kann die zwischen den Jahren 1987 und 1995 verzeichnete Zunahme der Verordnungsmenge um das Zehnfache bewertet werden? Dieser Zuwachs ist beunruhigend, auch wenn inzwischen rückläufige Verschreibungen signalisieren, dass insbesondere nach der Publikation der Studien bereits ein Umdenkungsprozess bei den Ärztinnen und Ärzten begonnen hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, gerade vor dem Hintergrund der konzertierten Aktion gegen Brustkrebs liegt mir sehr viel daran, alles zu tun, um die Brustkrebhäufigkeit zurückzudrängen. Mit dem Konzept der so genannten Brustzentren wird ein deutlicher Schritt zur Qualitätsverbesserung getan.

Aber wir müssen feststellen: Brustkrebserkrankungen nehmen zu, auch bei jüngeren Frauen, bei denen allerdings eine Hormonersatztherapie noch keine Rolle spielt. Gott sei Dank werden Krebserkrankungen aber auch immer früher entdeckt - dies dank immer besserer Diagnostikmöglichkeiten, die jetzt noch einmal mit der Einführung des Mammographie-Screenings im nächsten Jahr entscheidend verbessert werden sollen.

Auch wenn die Zahl der Neuerkrankungen mit Brustkrebs zunimmt, geht gleichwohl - und das ist bei der Fachtagung zum Thema Brustzentrum vor einer Woche hier in Düsseldorf noch einmal deutlich geworden - die Mortalität wegen Brustkrebs in allen Industriestaaten zurück. Die immer besser werdenden Behandlungsmöglichkeiten und die Diagnostik vergrößern die Heilungschancen.

Sehr geehrte Damen und Herren, als gesundheitspolitisch Verantwortliche müssen wir deutlich machen, wo Risiken bestehen und wie wir die gesundheitliche Versorgung verbessern können. Zur Umsetzung dieses heute hier vorliegenden Antrags werden wir zusammen mit allen Verantwortlichen im Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen Wege finden, um zur Verminderung der

Hormonersatztherapie in den Wechseljahren beizutragen. Zusätzliche Aufklärungsmaßnahmen und das beabsichtigte Monitoring zur zukünftigen Verordnungspraxis werden dabei sicherlich hilfreich sein.

Die Kassenärztlichen Vereinigungen und die Ärztekammer Nordrhein-Westfalen haben bereits erste Schritte unternommen, genauso wie die Fachgesellschaften mit ihren Voten, mit der Hormonersatztherapie sehr vorsichtig umzugehen. Wir setzen gemeinsam auf mehr Transparenz und Patientenorientierung im Gesundheitswesen sowie auf die Verbesserung der Versorgungsqualität. Genau darum ist aber gerade eine öffentliche Debatte zum kritischen Umgang mit der Hormonersatztherapie zu begrüßen und ist auch ein wichtiges Anliegen der verantwortungsbewussten Ärztinnen und Ärzte. Darum ist der vorliegende Antrag sicherlich ein wichtiger Beitrag dazu. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir jetzt zur Abstimmung kommen können.

Die Antragstellerinnen haben um direkte Abstimmung über den Antrag gebeten. Wir stimmen deshalb unmittelbar darüber ab. Wer dem Inhalt des **Antrages Drucksache 13/4744 - Neudruck** zustimmen möchte, den bitte ich jetzt ums Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP **angenommen**.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der FDP **Drucksache 13/4793**. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist der Entschließungsantrag mit den Stimmen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der FDP **abgelehnt**.

Wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt

9 Gesetz zur Weiterentwicklung der Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4726

erste Lesung

Ich erteile zunächst Herrn Kollege Vöge für die SPD-Fraktion das Wort.

Horst Vöge^{*)} (SPD): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben diesen Antrag vorgelegt, weil wir eine inhaltliche Erweiterung des Stiftungszweckes erreichen wollen.

Dieser Antrag unterscheidet sich von dem der CDU-Fraktion, den wir vor der Sommerpause beraten und abgelehnt haben. Beim CDU-Antrag ging es darum, die materiellen Bedingungen der Stiftung zu verbessern. Aus unserer Sicht und auch aus Sicht der Fachwelt - dies wurde bei der Anhörung deutlich - war und ist dies nicht nötig, weil kein Antrag, der die Stiftung erreicht hat, aus materiellen Gründen abgelehnt wurde. Wir halten die materielle Grundlage der Stiftung für solide.

Die Stiftung wurde im Jahre 1974 eingerichtet, um insbesondere von Altersarmut und Behinderung betroffene Menschen zu unterstützen. In den 70er-Jahren war noch bei ungefähr 20 % der Menschen in unserem Lande - regional durchaus unterschiedlich - Altersarmut zu verzeichnen. Diese Altersarmut besteht heute nicht mehr. Auch war die Gesetzgebung für Behinderte seinerzeit unzureichend. Gerade für Menschen mit Behinderungen ist in den letzten fünf bis acht Jahren aber Erhebliches getan worden.

Wenn wir die Philosophie fortsetzen, dass die Stiftung insbesondere für benachteiligte Menschen da sein soll, müssen wir Kinder, die in Armut leben, als neue Gruppe in den Stiftungszweck aufnehmen. Die Zahl dieser vernachlässigten Kinder steigt an. Im Jahre 2002 lebten in Nordrhein-Westfalen ungefähr 152.000 Kinder bis zum 11. Lebensjahr in Armut, sprich in Sozialhilfe. Wir stellen immer wieder fest, dass diese Kinder extrem benachteiligt werden. Ihre Benachteiligung macht sich an geringem Einkommen der Eltern, einer kritischen familiären Situation, einem Leben in Stadtteilen mit vielfältigen sozialen Problemlagen, einer Überschuldung der Eltern sowie fehlender oder mangelnder Kompetenz zur Problembewältigung in ihren Familien fest.

Wir wollen dieser Gruppe benachteiligter Kinder, die wir zunehmend mit Sorge betrachten, außerhalb der Regelförderung helfen, weil wir glauben, dass wir ihnen zusätzliche Angebote machen müssen. Es geht uns hier nicht um institutionelle Förderung, sondern um Projekte für benachteiligte Kinder, wie sie die Stiftung bisher auch immer unterstützt hat. Diese Projekte, die über das übliche

Regelangebot hinausgehen müssen, sollen über zwei bis drei Jahre gefördert werden.

Des Weiteren möchten wir die Integration behinderter Menschen in den Stiftungszweck aufnehmen. Hier geht es insbesondere um die Schaffung von Barrierefreiheit. Wenn wir Anfang Dezember schon ein Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen beschlossen haben, dann wollen wir auch versuchen, im Land Barrierefreiheit umzusetzen. Durch Änderung des Spielbankengesetzes werden wir die Stiftung in die Lage versetzen, solche Projekte zu unterstützen.

Wir glauben, dass unser Gesetzentwurf inhaltlich sehr gut ist und genau die richtige Zielrichtung aufweist. Uns geht es nicht darum, die Stiftung materiell besser auszustatten. Die Stiftung kann diese Aufgaben zumindest mittelfristig zusätzlich zu ihren anderen Aufgaben schultern. Wenn wir dieses Gesetz im nächsten Jahr verabschieden, werden wir ein gutes Angebot insbesondere für benachteiligte Kinder in unserer Gesellschaft haben. Ich freue mich schon heute darauf, im Stiftungsrat entsprechende Projekte beraten zu können. - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Vöge. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Kollegin Steffens das Wort.

Barbara Steffens^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Grunde genommen kann ich mich dem, was Herr Vöge gerade gesagt hat, anschließen. Ich betone noch einmal ganz kurz, was dieser Gesetzentwurf für mich bedeutet.

Wir haben das Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen verabschiedet und wollen die wirkliche Integration von Menschen mit Behinderungen in dieser Gesellschaft. Dies heißt, dass wir nicht nur Regelangebote schaffen können, die nur Menschen mit Behinderungen gemacht werden, sondern dass wir in bestehende Regelangebote Menschen mit Behinderungen integrieren müssen.

Bis heute sind beispielsweise Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen für Menschen mit Behinderungen oft nicht zugänglich, weil sie nicht barrierefrei sind und die Träger auch nicht in der Lage sind, die Barrierefreiheit herzustellen. Gerade auch bei Menschen mit Behinderungen haben wir eine Suchtproblematik zu verzeichnen. Auch Suchtberatungsstellen sind oft nicht barrierefrei. Kleine Träger und kirchliche Träger können die Barrierefreiheit oft nicht herstellen.

Wenn wir als Landtag das Gleichstellungsgesetz und die Integration von Menschen mit Behinderungen ernst nehmen, müssen wir einen Weg finden, dass diese Regelberatungsangebote den Menschen mit Behinderungen so, wie wir es im Gleichstellungsgesetz verankert haben, zugänglich gemacht werden.

Hier hat unsere Stiftung die ganz besondere Aufgabe, folgende Gratwanderung hinzubekommen: Auf der einen Seite sollen keine Mitnahmeeffekte erzielt werden. Nicht jeder Verein bzw. Verband, der eine neue Sanitäreinrichtung haben möchte, kann jetzt eine bekommen, indem er behauptet, er benötige eine behindertengerechte Anlage. Vielmehr muss im Einzelfall geprüft werden, wo der Zugang nötig ist, welches vorhandene Regelangebot für Menschen mit Behinderungen geöffnet werden muss.

Ich glaube, wie ich die Stiftung und unsere Sitzungen innerhalb der Stiftung bisher wahrgenommen habe, dass uns diese Gratwanderung gelingen wird. Wir werden für die Menschen mit Behinderungen einen besseren Zugang zu diesen Beratungsstrukturen schaffen.

Der zweite Punkt, den ich für sehr wichtig halte, ist: Wir haben gerade im Bereich von Kleinkindern und Kindern zunehmend Probleme. Als Beispiele nenne ich die Auswirkungen von sozialer Benachteiligung, aber auch Fettleibigkeit und Sprachunfähigkeit. Wir haben also eine Menge von frühkindlichen Problemen, die gerade auch im Vorschulbereich auftreten und die, werden sie nicht kompensiert, ein Leben lang verschleppt werden. Es gibt dafür Regelförderungen im Kindergartenbereich, es gibt auch andere Regelförderungen. Aber nicht alle Regelförderungen kompensieren das in dem Maße, wie es sein sollte. Darüber hinaus werden nicht alle Kinder frühzeitig erreicht.

Wir fördern innerhalb der Stiftung schon lange Frühförderangebote, allerdings nur die klassischen. Ich glaube, wir müssen darüber hinaus Angebote schaffen, damit den Kindern, die zwar in der Gesellschaft als nicht behindert gelten, die aber aufgrund dieser Defizite innerhalb der ersten Jahre in ihrer Lebensentwicklung, in ihrer Entfaltung massiv behindert werden, die Steine ein Stück weit aus dem Weg geräumt werden. Ich meine, dass das genau zu unserem Stiftungszweck und in die Aufgaben der Stiftung passt.

Ich glaube, dass wir - deswegen steht in dem Antrag auch: es muss über die Regelangebote hinausgehen - die Gratwanderung auch da schaffen, dass es keine Mitnahmeeffekte von Kindergärten und Kindertagesstätten gibt, die unter

Haushaltsengpässen leiden. Wir werden es schaffen, klar auszusortieren: Wo gibt es neue Ansätze, wo gibt es Angebote darüber hinaus, wo öffnen sich Kindergärten, auch im Nachmittagsbereich für Kinder, die sonst nicht in Kindergartenangeboten integriert sind, und wo schaffen wir neue Modelle für Kinder, die eine Frühförderung im motorischen Bereich, im emotionalen Bereich, im sozialen Bereich und im kognitiven Bereich benötigen?

Wir werden innerhalb der Stiftung viel im Detail diskutieren müssen, wir werden viel klären müssen, damit wir Mitnahmeeffekte verhindern. Das ist eine spannende Aufgabe. Ich glaube, dass wir uns da einen Aufgabenbereich vornehmen, der dem Stiftungszweck entspricht und der uns auch gut ansteht. In diesem Sinne freue ich mich auf die Diskussion und auf die Aufgaben innerhalb der Stiftung. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Steffens. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Monheim das Wort.

Ursula Monheim (CDU): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag, den wir heute hier beraten, kommt für mich nicht überraschend, denn schon mehrfach ist im Stiftungsrat die Frage nach einer Erweiterung des Stiftungszwecks angesprochen worden. Auch in den Diskussionen zum CDU-Antrag im vergangenen Jahr - Herr Vöge hat eben auf diesen Antrag abgehoben; es ging damals darum, die finanzielle Ausstattung der Stiftung zu verbessern - ist seitens der SPD angeregt worden, über neue Inhalte nachzudenken und sich vor allem - ich zitiere aus dem Plenarprotokoll vom 11.10.2002 - der "sozialen Behinderung junger Menschen" verstärkt anzunehmen.

Niemand bezweifelt, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, dass angesichts der Probleme benachteiligter Kinder, ihrer fehlenden Zukunftschancen aufgrund der Umstände, in denen sie groß werden, die Sie auch in Ihrem Antrag beschreiben, dringender Handlungsbedarf besteht. Verschiedene Initiativen hier im Parlament zeigen ja auch: In dieser Frage haben Sie CDU an Ihrer Seite. Es ist für uns ein wichtiges Thema.

Die wachsende Zahl von Sozialhilfeempfängern und vor allem die steigende Zahl von Kindern, die in Armut aufwachsen, ist eine Anfrage an Politik, die uns nicht ruhen lassen darf. Es ist eine Anfrage auch an die Sozialpolitik in Nordrhein-

Westfalen. Es ist unstrittig, dass gerade hier ein Schwerpunkt von Sozialpolitik liegen sollte.

Doch lassen Sie mich einmal folgende Frage formulieren: Werden wir dieser Verantwortung gerecht, wenn wir diese Aufgabe auch in Form von Projekten als Ergänzung zur Regelförderung als neue Zweckbestimmung der Stiftung Wohlfahrtspflege definieren? Und nach welchen Kriterien? Es bleibt vorrangig staatliche Aufgabe, notwendige und bedarfsgerechte Infrastrukturen und Angebote zu gewährleisten. Die Stiftung Wohlfahrtspflege ist von ihrem Verständnis her subsidiär. Sie soll wünschenswerte Ergänzungen ermöglichen und neue Projekte und Entwicklungen zeitnah und unbürokratisch realisieren. Sie soll Pilotfunktion übernehmen und hat in dieser Eigenschaft viel zur sozialen Infrastruktur von Nordrhein-Westfalen beigetragen.

Angesichts der katastrophalen finanziellen Lage des Landes ist es nachvollziehbar, ja verständlich, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen, für frühkindliche Fördermaßnahmen im vorschulischen Bereich Gelder aus der Stiftung zur Verfügung stellen möchten. Doch ich wiederhole meine Frage: Ist dies der richtige Weg, die richtige Antwort auf eine als notwendig erkannte Herausforderung?

Ich möchte eine weitere Frage hinzufügen: Ist sichergestellt, dass die geplante Ausweitung des Stiftungszwecks nicht zulasten der alten Menschen und der Menschen mit Behinderungen geht?

Sie alle wissen - die Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtsverbände und die Sozialverbände bestätigen das -, dass das Aufgabenfeld wachsen wird. Herr Vöge hat gesagt: Altersarmut ist zurückgegangen. - Das ist richtig. Durch das neue Gleichstellungsgesetz haben wir die Möglichkeit, an anderer Stelle zu helfen. Aber die demographische Entwicklung stellt neue Herausforderungen im Rahmen des gültigen Stiftungszweckes.

Ich will weitere Punkte benennen: Damit betreutes Wohnen für Menschen mit Behinderungen selbstbestimmtes Leben ermöglichen kann, brauchen wir weitere unterstützende und flankierende Maßnahmen und Angebote.

Ferner fehlt Netzworkebildung zwischen unterschiedlichen Versorgungsbereichen. Hier muss die Stiftung verstärkt aktiv werden.

Ein weiterer Punkt: Die Integration der Menschen mit Behinderungen ins Arbeitsleben erfordert angesichts der schwierigen Lage auf dem Arbeits-

markt und gewachsener Ansprüche an Qualifikation verstärkte Anstrengungen der Stiftung.

Schließlich erinnere ich noch an das Modellprogramm zur Begleitung und Betreuung demenziell erkrankter alter Menschen, für das die Stiftung 12 % ihres Budgets zur Verfügung stellt.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Das Anliegen des vorliegenden Antrags macht einen Bedarf deutlich, einen Bedarf, an dem wir uns nicht vorbeidrücken dürfen. Aber es bleiben Fragen - Frau Steffens hat darauf hingewiesen -, die wir im Fachausschuss offen diskutieren müssen. Insofern stimmen wir der Überweisung des Antrags zu. Ich freue mich ebenfalls auf die weiterführenden Diskussionen.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Monheim. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Dr. Romberg das Wort.

Dr. Stefan Romberg (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Es geht um benachteiligte Kinder in diesem Land. Rot-Grün möchte diese Kinder mit diesem Antrag fördern. Das ist sicher ein unterstützenswertes Anliegen. Doch die Frage, die auch Frau Monheim schon gestellt hat, lautet: Ist es wirklich primär eine Aufgabe der Stiftung oder sind auch andere Dinge in Angriff zu nehmen, um benachteiligten Kindern in diesem Land zu helfen?

Wodurch sind Kinder in diesem Land eigentlich benachteiligt? Zum Beispiel durch Schwächen in unserem Bildungssystem, durch Schwächen in der aktuellen Wirtschaftspolitik. Die im Vermittlungsausschuss beschlossenen Reformen, die heute Morgen hier diskutiert wurden, sind sicherlich nicht der passende Weg, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wenn die Eltern keinen Job haben, führt das auch zu Kinderarmut.

Wir haben eine miserable Finanzpolitik. Im nächsten Jahr nimmt dieses Land 6 Milliarden € neue Schulden auf. Das bedeutet allein für das nächste Jahr pro Kind in Nordrhein-Westfalen 333 € Kredit bei der Bank. Die Gesamtschulden steigen auf 100 Milliarden €. Wenn wir es mit den Kindern in diesem Land ernst meinen, müssen wir die Finanzpolitik umstellen. Wir müssen die staatlichen Aufgaben reduzieren, wir müssen Schulden abbauen, damit Kinder in Zukunft überhaupt noch eine Chance haben.

Welche Kinder sind benachteiligt? Die Normalbevölkerung - so höre ich es jedenfalls von den Bür-

gern - benennt diejenigen Kinder, die körperlich oder psychisch behindert sind. Sie werden von der Stiftung sowieso schon gefördert. Aber auch Störungsbilder, wie Frau Steffens sie angesprochen hat, haben Krankheitswert. Dafür gibt es Vorsorgeuntersuchungen bei Kinderärzten. Es wäre wichtig, sie weiter zu stärken und dafür zu sorgen, dass sie auch vernünftig wahrgenommen werden.

Die Bekämpfung der Armut ist nicht Aufgabe der Stiftung, sondern Aufgabe vernünftiger Politik des Bundes- und des Landtages. Damit Kinder in diesem Land wieder eine Chance haben, brauchen wir endlich mutige Reformen.

Frau Monheim hat auch schon richtig gesagt: Die Stiftung hat erst vor kurzem das Demenzprojekt gestartet und sich damit eine neue, ebenfalls sehr wichtige Aufgabe angeeignet. Auch wir befürchten, dass die wahre Förderung der Behinderten leidet, wenn wir der Stiftung neue Aufgaben zuteilen. Deshalb sehen wir diesen Antrag ziemlich kritisch. Der Überweisung stimmen wir natürlich zu. - Danke sehr.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Romberg. - Frau Ministerin Fischer hat jetzt das Wort für die Landesregierung.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit den 90er-Jahren ist ein zunehmendes Armutsrisiko von Familien und ihren Kindern zu beobachten. Es trifft Familien und ihre Kinder aber nicht in gleicher Weise. Besonders gefährdet sind kinderreiche Familien, Alleinerziehende und Familien mit Migrationshintergrund. Deutlich wird auch: Armut trifft Familien immer häufiger nicht nur vorübergehend, sondern Armut verfestigt sich, vor allem dann, wenn verschiedene familiäre Belastungen zusammentreffen.

Armut bedeutet immer mangelnde Teilhabe an den gesellschaftlichen Möglichkeiten. Für Kinder hat dies noch ganz eigene Aspekte, vor allem aber eine ungleich größere biografische Reichweite als für Ältere. Mangelnde Teilhabe bedeutet für Kinder häufig nicht nur materiellen Verzicht, sondern auch Verlust menschlicher Wärme und Zuneigung. Mangelnde Teilhabe von Kindern bedeutet geringere Bildungschancen. Mangelnde Teilhabe bedeutet für Kinder z. B. auch höhere Gesundheitsrisiken.

Mit anderen Worten: Armut und soziale Benachteiligung bedeuten für Kinder vor allem den Verlust individueller Entwicklungsmöglichkeiten, den Verlust biografischer Optionen und damit den Verlust persönlicher Lebenschancen.

Deshalb begrüße ich ausdrücklich die Absicht der Koalitionsfraktionen, die Möglichkeiten der Stiftung Wohlfahrtspflege zukünftig auch für Projekte zugunsten benachteiligter Kinder zu nutzen. Ich halte diese Erweiterung des Stiftungszwecks im Übrigen für eine durchaus folgerichtige Entwicklung; denn auch bei Projekten zugunsten älterer Menschen oder zugunsten von Menschen mit Behinderungen geht es in erster Linie darum, gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, auch wenn die jeweils maßgeblichen Einschränkungen naturgemäß andere sind.

In einem so erweiterten Gesetzesrahmen wird die Stiftung auch ihre wichtige Rolle als Impulsgeber in der Sozialpolitik des Landes fortsetzen können. Gerade weil die Stiftung Wohlfahrtspflege nicht als Ersatz oder Garant sozialpolitischer Basisstrukturen gedacht ist, kann und muss sie aus meiner Sicht auch künftig mit innovativen, zeitlich befristeten Projekten neue Wege erproben.

Bislang hat die Stiftung mehr als 4.300 Projekte mit insgesamt rund 517 Millionen € unterstützt. Ziel der Stiftung ist es, mit bis zu 30 % der Mittel innovative Projekte zu fördern. Ein gutes Beispiel sind die Projekte zur Unterstützung demenziell Erkrankter, die gerade erwähnt wurden. Damit hat die Stiftung Wohlfahrtspflege in den vergangenen Jahren einen wichtigen Beitrag zur notwendigen Veränderung und zur Weiterentwicklung der Strukturen sozialer Arbeit geleistet. Ich bin sicher, dass dies auch künftig so sein wird.

Meine Damen und Herren, der Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen erweitert den Auftrag der Stiftung Wohlfahrtspflege in zeitgemäßer Weise und schafft der Landesregierung damit auch bei der Politik für Kinder einen wichtigen Partner. Im Namen der Landesregierung begrüße ich daher die Gesetzesinitiative der Koalitionsfraktionen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir zur Abstimmung kommen können.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 13/4726** an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge** - federführend - sowie an den **Haus-**

halts- und Finanzausschuss. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

10 "Kommunale Weiterbildung dauerhaft sichern und flexibilisieren"
Finanzierbarkeit durch Aufgabenentlastung und Entbürokratisierung wahren

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 13/4740

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende FDP-Fraktion Herrn Kollegen Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung plant gravierende Kürzungen im Weiterbildungsbereich. Sie begeht wie bereits im letzten Jahr und wie in vielen anderen Bildungsbereichen erneut einen entscheidenden Wortbruch, wenn sie sagt, dass im Bildungsbereich angeblich nicht gespart werde.

Die Träger der Weiterbildung in unserem Land NRW wissen heute einmal mehr, dass sie Rot-Grün und den Zusagen der letzten Jahre nicht vertrauen können. Ihnen fehlt die notwendige Planungssicherheit.

Über Jahre hinweg ist bei sämtlichen zurückliegenden Haushaltsberatungen immer aktiv von der Regierung das Versprechen vorgetragen worden, es gebe eine konstante Förderung mit gleichzeitiger Evaluation 2005. Dieses Versprechen ist leider nichts mehr wert.

Staatssekretär Dr. Josef Fischer schrieb am 9. Oktober 2003 an die Weiterbildungsträger - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

"Mit diesem Schreiben übersende ich Ihnen die von der Landesregierung am 30.09.2003 beschlossene Änderung des Weiterbildungsgesetzes."

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wenn die Landesregierung Gesetze ändert, dann missfällt uns als FDP-Opposition die Missachtung des Parlaments als Legislative. Wir als Landtag verabschieden die Gesetze. Wir werben für einen Fortbestand der Gewaltenteilung in unserem Land. Diese Mitteilung an sich zeigt ja die Notwendigkeit

der Aufrechterhaltung und des Fortbestandes der Angebote zur politischen Bildung in unserem Land. Die verkündete Gesetzesänderung ist wahrscheinlich ein Hinweis darauf, dass sich die rote und die grüne Fraktion in diesem Hause der Aushöhlung des Weiterbildungsgesetzes unkritisch anschließen und nicht zu ihren jahrelangen Zusagen stehen.

Wir als FDP-Landtagsfraktion sind eine konstruktive Opposition in diesem Haus. Wir sind gegen den Wortbruch bei der Weiterbildungsförderung. Aber wir wollen mit dieser Initiative den Weiterbildungseinrichtungen helfen, den am Ende der Beratungen wohl leider bevorstehenden Kahlschlag zu kompensieren. Außerdem helfen wir den Notleidenden Kommunen, ihrem Gesetzauftrag der Daseinsvorsorge im Bereich des lebenslangen Lernens nachkommen zu können.

Wir wollen bei Wahrung definierter Qualitätsstandards Kommunen das Recht einräumen, bestimmte Angebote an private Träger zu delegieren. Durch eine bessere Auslastung privater Einrichtungen können mehr Träger überleben. Es entstehen Synergieeffekte, von denen auch die Kommunen profitieren.

Mit dieser Initiative haben wir private Weiterbildungsveranstalter und die kommunalen Spitzenverbände gleichsam hinter uns. Wenn sich die Mehrheitsfraktionen dieser Flexibilisierung verweigern sollten, werden zukünftig viele Angebote wegfallen, Teilnehmerbeiträge steigen und damit gerade diejenigen bildungsbenachteiligten Bevölkerungsteile von der Teilhabe an Weiterbildung ausgeschlossen, die die Kernzielgruppe dieser Angebote bilden.

Wir appellieren daher an die Landtagsmehrheit: Geben Sie sich heute einen Ruck. Das Beste ist natürlich, Sie verzichten auf die Einschnitte, die im Weiterbildungsbereich geplant sind und stehen aus Gründen der Planungssicherheit zu den Zusagen, die wir den Trägern über Jahre hinweg für den definierten Korridor, für den wir Zielvereinbarungen abgeschlossen haben, gegeben haben.

Sollte es dennoch bei den Einschnitten bleiben, dann lassen Sie die Weiterbildungslandschaft nicht im Regen stehen. Geben Sie den Trägern wenigstens eine Chance, einen Teil der entfallenden Mittel durch qualifizierte Arbeit und wirtschaftliche Strukturen aufzufangen. Setzen Sie ein richtiges Signal in Richtung Bürokratieabbau.

Diese Initiative der FDP-Landtagsfraktion dient der Aufrechterhaltung der Weiterbildung und damit dem lebenslangen Lernen breiter Bevölkerungsteile in unserem Land. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Witzel. - Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Kollege Roth das Wort.

Wolfgang Roth^{*)} (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Witzel, Sie haben mit diesem Antrag den vielen Anträgen, die Sie in diesem Jahr besser nicht gestellt hätten, kurz vor Toresschluss noch einen hinzugefügt. Das, was Sie gerade mündlich ausgeführt haben, bestätigt mich in dieser Einschätzung.

Nun ist ja nichts so schlecht, dass es nicht seine guten Seiten hätte. Das Gute an Ihrem Antrag ist, dass er deutlich macht, wie doppelzünftig Ihre politische Argumentation und auch Agitation bezüglich unserer Weiterbildungspolitik und auch gegenüber der Weiterbildungslandschaft ist.

Nachdem Sie in der letzten Weiterbildungskonferenz versucht haben, sich an die Vertreter der Weiterbildungseinrichtungen heranzurobben, indem Sie die nicht abwendbaren Kürzungen im Bereich der Weiterbildung genutzt haben, die drohende Zerschlagung der Strukturen zu bejammern - Sie haben eben wieder ein Beispiel für diese Arie gegeben -, und indem Sie sich als Retter und Beschützer der Weiterbildner vor der bösen Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen aufgespielt haben, lassen Sie mit diesem Antrag endlich die Maske fallen und zücken die liberale Privatisierungsmachete, um den Weiterbildungseinrichtungen endgültig auch noch die Beinchen abzuhacken.

Sie fordern den Landtag auf, den Kommunen durch eine Novellierung des Weiterbildungsgesetzes zukünftig die Möglichkeit zu geben, die Grundversorgung der Weiterbildung durch private Träger zu leisten. Wie selbstverständlich fordern Sie dann, dass die Fördergelder des Landes bei dieser Aufgabendelegation an private Firmen gehen sollten.

Die Volkshochschulen oder Träger können nach Ihrer Meinung dann ein wie auch immer geartetes Angebot - Sie nennen es elementares Grundangebot - aufrechterhalten.

Herr Witzel, wenn wir das so machen würden, hätte das die schleichende Zerschlagung der bisherigen öffentlich verantworteten Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen zur Folge. Wenn Kommunen ganze Angebotssegmente an private Firmen abgeben, wird der für die bisherige Qualität verantwortliche Zusammenhang von Bildungsplanung,

Durchführung und Evaluation, der durch die Einrichtungen bzw. die Volkshochschulen sichergestellt wird, durchbrochen.

(Ralf Witzel [FDP]: Die Standards bleiben!)

- Entscheidend ist, dass die Einrichtungen die pädagogische Qualität absichern und nicht die Kommune. Die VHS sichert diesen Planungszusammenhang ab.

Wie sollen private Firmen einen unter sozialen Gesichtspunkten gestaffelten Teilnehmerbeitrag garantieren, um so die Zugangsgerechtigkeit bei der Weiterbildung sicherzustellen? Gewinnerwartungen der Privaten werden auf dem Rücken der Teilnehmer realisiert.

Auf die Einrichtungen käme ein Aderlass an qualifiziertem pädagogischem Personal zu, das eine der tragenden Säulen für die Qualität unserer Weiterbildungslandschaft und nach einhelliger Meinung die Grundvoraussetzung ist, um die hoch gesteckten Ziele des novellierten Weiterbildungsgesetzes zu realisieren.

Volkshochschulen wären dann nicht mehr Motor einer Entwicklung zu lokalen und regionalen Bildungslandschaften, sie könnten nicht Motor einer sich neu orientierenden Weiterbildungspolitik sein, sondern sie verkämen zu einem Anbieter eines elementaren Grundangebotes - so haben Sie es ja bezeichnet -, dem je nach Haushaltslage der Kommune und Stärke der gegebenenfalls regional vorhandenen privaten Konkurrenten über kurz oder lang ganz der Garaus gemacht würde.

Nein, Herr Witzel, das wollen wir so nicht. Wir wollen dem novellierten Weiterbildungsgesetz, dem Gesetz zur Modernisierung der Weiterbildung, zum Erfolg verhelfen. Das bedeutet für uns:

Erstens: Erhalt der kommunalen Pflichtaufgabe Volkshochschule.

Zweitens: Stärkung der hauptberuflichen Personalstruktur in den Einrichtungen.

Drittens: Konzentration der Landesförderung auf Angebote mit gesellschaftlicher Relevanz und Arbeitsweltbezug.

Viertens: Verpflichtung der Einrichtungen zur Kooperation und - jetzt kommt es - zur Vernetzung untereinander und mit anderen Akteuren. Hier besteht nach meiner Meinung genügend Spielraum, um den wesentlichen Kern Ihres Antrages umzusetzen und private Akteure einzubinden. Diese Einbindung ist sogar gewünscht. Aus meiner Sicht ist aber wichtig, dass sie unter dem Dach einer

integrierten Bildungsplanung und -durchführung in öffentlicher Verantwortung erfolgt.

Um das alles zu erreichen, brauchen die Einrichtungen Planungssicherheit. Dazu - und auch als Kompensation für die Kürzung - haben wir den Übergangszeitraum des novellierten Gesetzes erweitert. Aus unserer Sicht brauchen die Einrichtungen zurzeit alles andere, nur keine erneute Novellierungsdiskussion, die Sie mit diesem Antrag hier vom Zaun brechen wollen.

Wir können darüber in den Ausschüssen weiter beraten. Mich interessiert auch, wie sich die CDU dazu stellt. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Roth. - Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Eckhold das Wort.

Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der FDP ist in sich logisch und konsequent. Wenn er am Ende einer Diskussion und auch am Ende struktureller Veränderungen im Bereich der Weiterbildung gestellt würde, müsste man sich zwischen einem „Ja, so machen wir es“ und einem „Nein, so geht es nicht“ entscheiden. Diese Situation ist zurzeit aber nicht gegeben.

Richtig ist: Die Träger der Weiterbildung befinden sich seit drei Jahren im so genannten Weiterbildungsdialog, der neben der inhaltlichen Diskussion auch die Bereitschaft der Träger auslotet, zu kooperieren, sich zu einem Netzwerk zusammenzuschließen oder sogar zu größeren Einheiten zu fusionieren. Dieser Prozess ist mühevoll und schwierig.

Genau in dieser Situation haben SPD und Grüne zweimal die Geschäftsgrundlage verändert, indem man den Trägern der Weiterbildung entgegen der einstimmigen Zusage, bis zum Jahre 2005 die Mittel auf dem Stand des Jahres 1999 zu bewilligen, im Jahr 2003 Kürzungen von 5 % und in den Jahren 2004 und 2005 Kürzungen von 15 % der zugesagten Landesmittel zumutet.

Dieser doppelte Wortbruch, der mit der Ankündigung einhergeht, das gerade novellierte Gesetz werde mit Ablauf des 31. Dezember 2008 außer Kraft gesetzt, sorgt bei den Trägern für enorme Unruhe. Rein rechnerisch sind von den über 2.000 Stellen im Weiterbildungsbereich mehr als 200 Stellen gefährdet.

Allerdings sehen sich gerade die Träger in ihrer Existenz gefährdet, die derzeit eine Landesförde-

rung von 60 % erhalten. Ich kann mir nicht vorstellen, dass sie schon bald andere Aufgaben übernehmen wollen.

Auch die Kommunen sind nicht bereit - oder dürfen das wegen des Haushaltssicherungskonzepts nicht -, fehlende Landesmittel auszugleichen.

Vor diesem Hintergrund möchte die FDP Maßnahmen und Seminare aus dem Pflichtkatalog der Kommunen durch Kooperationsverträge auf private Träger übertragen. Vom Grundsatz her ist auch die CDU der Auffassung, dass Aufgaben, die private Träger genauso gut erledigen können, nicht durch den Staat oder in diesem Falle durch die Kommunen getan werden müssen. In der Weiterbildung hat sich jedoch eine Trägerlandschaft gebildet, die plural ist, überwiegend professionell geführt wird und in der die Träger in einem Konkurrenzverhältnis zueinander stehen. Wer nicht die richtigen Angebote hat, wird auf Dauer vom Weiterbildungsmarkt verschwinden.

Kooperationen untereinander sind auch jetzt schon möglich, wenn sie bei den Kommunen über die Pflichtaufgabe hinausgehen. Wer aber - hier möchte ich unterstreichen, was Herr Kollege Roth eben gesagt hat - in diesem Zusammenhang die Pflichtaufgabe aufweicht bzw. verändert, der muss sich darüber im Klaren sein, dass die Veränderung dieser Pflichtaufgabe auch das ganze System der öffentlich geförderten Weiterbildung ins Wanken bringt.

All diese Fragen möchten wir gern im Jahre 2005 neu aufwerfen, wenn, wie im Gesetz gefordert, der Weiterbildungsdialog abgeschlossen ist, die Ergebnisse vorliegen und bis dahin eventuell auch schon strukturelle Veränderungen zu beobachten sind.

Zurzeit geht es mehr darum, finanzielle Kürzungen des Landes zu verkraften und das Überleben von anderen Trägern der Weiterbildung zu sichern. Wir stimmen der Überweisung des Antrags an den Ausschuss zu und werden ihn dort gerne beraten. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Dr. Eckhold. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir müssen uns hier nicht darüber unterhalten, dass die Volkshochschulen die Kürzun-

gen im Landeshaushalt schmerzen werden. Da reden wir nicht drum herum.

In diesem Zusammenhang haben uns in den letzten Wochen all die Zuschriften der kommunalen Spitzenverbände erreicht, die im Übrigen zu sehr unterschiedlichen Konsequenzen aus der angespannten Lage aufrufen.

Ich habe in den vergangenen Wochen auch mit den Vertretern des Volkshochschulverbandes gesprochen. Ideen, wie sie die FDP in ihrem Antrag entwickelt, sind mir dabei allerdings nicht unterbreitet worden.

Das verwundert auch nicht; denn schon jetzt ist es den Kommunen möglich, die Volkshochschulen gemäß § 10 Abs. 1 Weiterbildungsgesetz als Einrichtung des privaten Rechts zu führen. Dies ändert zwar nichts an der Verpflichtung, die Grundversorgung zu gewährleisten; in Fragen der Personalbewirtschaftung und der rechtlichen Handlungsspielräume ergibt sich aber eine größere Flexibilität in dem Sinne, der von der FDP auch eingefordert wird.

Erst 2000 ist das novellierte Weiterbildungsgesetz in Kraft getreten. Wir haben ein sehr modernes und den heutigen Bedürfnissen angepasstes Gesetz, das der zunehmenden Bedeutung des lebenslangen Lernens sehr gut Rechnung trägt. Im Vergleich zu seinem Vorläufer hat das derzeitige Gesetz eine erhebliche Entbürokratisierung gebracht, was die Verwaltungsabläufe und das Zuweisungsverfahren betrifft. Die Kommunen sind mit erheblich weniger Bürokratie belastet und können die freien Ressourcen in die tatsächliche Bildungsarbeit stecken. Ich sehe nicht, dass es hier jetzt erneuter Schritte bedürfte.

Meine Damen und Herren, im kommenden Jahr wird es eine umfassende Evaluation des Weiterbildungsgesetzes geben. Ich halte es ähnlich wie Herr Roth und Herr Dr. Eckhold für richtig, dass im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs und des Dialogprozesses, der zwischen allen Trägern stattfinden muss, zu prüfen ist, ob weitere Prozesse in Gang zu setzen sind, und wie wir es schaffen, die Strukturen der Weiterbildung in Nordrhein-Westfalen, die ein sehr hohes und sehr gutes Niveau hat, zukunftsfest zu machen. Daran wollen wir Grüne uns konstruktiv beteiligen.

Selbstverständlich überweisen wir den Antrag und werden Ihre Vorschläge im Lichte der Gesamtdiskussion prüfen. Im Zuge der Vorweihnachtszeit belasse ich es bei diesem kurzen Beitrag. Der Dialog läuft. Die Prozesse werden stattfinden, und dann können die Vorschläge der FDP erörtert werden. Ich bin aber eher gespannt auf das, was

uns die Weiterbildungsträger und die Kommunen vortragen. Ich denke, wir werden es schaffen, unser Gesetz zukunftsfest weiter auszugestalten. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Fischer das Wort.

Birgit Fischer, Ministerin für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Selbstverständlich wollen auch wir die Kommunen entlasten und Bürokratie abbauen. Aber, Herr Kollege Witzel, man muss natürlich auch zur Kenntnis nehmen, was bereits an Veränderungen stattgefunden hat.

Das Weiterbildungsgesetz wurde 1999 auf den neuesten Stand gebracht. Die Weiterbildung ist heute entbürokratisiert. Die Kommunen können ihre Pflichtaufgabe weitgehend nach ihren eigenen Vorstellungen gestalten. Das heißt, die von der FDP angemahnten Handlungsspielräume sind längst vorhanden.

Auch bei der im FDP-Antrag angesprochenen Kooperation steht das Weiterbildungsgesetz niemandem im Wege. Im Gegenteil, die kommunalen Träger sind sogar verpflichtet, die Abstimmung der Planung und die Zusammenarbeit der örtlichen Weiterbildungseinrichtungen zu fördern. Lassen Sie sich die Ergebnisse der Regionalkonferenzen vorstellen! Sie werden sehen: Die vom Gesetz gewünschte Kooperation kommt bereits in Gang.

Selbstverständlich ist auch für die Landesregierung die Novellierung des Weiterbildungsgesetzes kein Endpunkt der Modernisierung dieses Bereichs. Wie alle Leistungsgesetze müssen auch diese gesetzlichen Vorgaben immer wieder auf ihre Tragfähigkeit, auf ihre Zukunftsfähigkeit, auf Effektivität und Effizienz überprüft werden. Allerdings ist das eine umfassende Aufgabe.

Wer Strukturen erfolgreich überprüfen will, setzt nicht punktuell und dann auch noch an bereits bearbeiteten Feldern an. Die Struktur der Weiterbildung ist komplex. Neben finanziellen Aspekten sind immer auch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen mit einzubeziehen.

Wir müssen also die Wirksamkeit des Gesetzes insgesamt evaluieren. Dazu ist die jetzt zu Ende gehende Übergangszeit genau der richtige Zeitpunkt. Diese Evaluation wird sich vorurteilslos und

ohne Denkverbote mit allen relevanten Fragen des Weiterbildungsgesetzes befassen. Das Ergebnis wird im Herbst nächsten Jahres vorliegen und dann dem Landtag mit einer Bewertung und mit Handlungsvorschlägen versehen zugeleitet werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Für die FDP-Fraktion hat noch einmal Herr Kollege Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. Es sind ein paar Klarstellungen notwendig, weil von einigen bewusst am Antragsziel, am Antragsgegenstand vorbei argumentiert wurde. Dafür werden wir die verbliebene Redezeit noch nutzen.

Im Antrag heißt es wörtlich - Sie können es nachlesen -:

"Eine öffentliche Daseinsvorsorge im Bildungsbereich ist unstrittig vorhanden."

Niemand stellt das infrage.

"Kommunen sollten aber zukünftig die Berechtigung bekommen, der im Grund nach notwendigen Gewährleistungsfunktion und Daseinsvorsorge auch durch Fremdvergaben und Aufgabendelegation nachkommen zu dürfen, wenn definierte Qualitätsstandards eingehalten werden."

Nichts an Qualität fällt in diesem Bereich weg.

Entscheidend ist in der Tat der Betrachterstandpunkt. Für uns als Liberale muss der Staat begründen, wenn er Privaten entsprechende Betätigung verbietet und zwangsweise öffentliche Systeme vorsieht. Für Sie scheint der Ansatz ein anderer zu sein: Da muss man begründen, wenn es entsprechende private Aktivitäten gibt. Insofern setzen wir die Vorzeichen anders.

Aber niemand von uns stellt selbstverständlich in Abrede, dass Weiterbildung in ihrem bisherigen Umfang auch zukünftig zur öffentlichen Daseinsvorsorge gehört, dass sie an Qualitätsstandards, an Evaluation gebunden ist.

Ausschlaggebend ist aber: Sie nehmen Kürzungen vor, die der Planungssicherheit widersprechen. Als Konsequenz liegen Kapazitäten brach, und zwar sowohl im privaten wie im öffentlichen Bereich.

Will man vor dem Hintergrund die Synergieeffekte nutzen, wenn sich ein Privater, der ohnehin seine Fixkosten hat, aber über freie Kapazitäten verfügt,

entscheidet, einzelne Aufgaben in Kooperation mit dem öffentlichen Träger übernehmen zu wollen, die bisher als Doppelangebote vorhanden waren, dann muss das Gesetz auch die volle Handlungsbreite und alle möglichen Spielräume bieten.

Das wird in den kommunalen Spitzenorganisationen auch als Notwendigkeit für Flexibilisierung und Entbürokratisierung vorgetragen. Keinem anderen Zweck dient dieser Vorstoß.

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Witzel. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung des Antrages Drucksache 13/4740 an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung** - federführend -, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dann im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig **angenommen**.

Wir kommen zu:

11 Kraftfahrzeugsteuer zeitnah nach der Zulassung erheben - Zusammenarbeit mit den Kommunen verbessern - Steuerrückstände schmälern

Antrag
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 13/4738

Ich eröffne die Beratung und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Kollegen Siekmann das Wort.

Erwin Siekmann (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kraftfahrzeugsteuer ist eine reine Landessteuer. Das jährliche Aufkommen beträgt in Nordrhein-Westfalen etwa 1,7 bis 1,8 Milliarden €.

Die Kraftfahrzeugsteuer wird leider nicht in allen Fällen von den Kraftfahrzeughaltern zeitnahe gezahlt. So müssen in unserem Land jährlich über 40 Millionen € Kraftfahrzeugsteuern in ein Mahn- oder Vollstreckungsverfahren, und 13 Millionen € jährlich müssen sogar niedergeschlagen werden und fallen als Steuereinnahmen endgültig aus.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Es gibt sogar eine nicht unerhebliche Zahl von Kraftfahrzeugsteuerschuldnern, die bei der Anmeldung eines neuen Kraftfahrzeuges die Steuer für ein früheres Kraftfahrzeug noch nicht bezahlt haben.

Das ist nicht hinnehmbar. Der bisherige Verwaltungsaufwand ist ganz erheblich, und die niedergeschlagenen Gelder fehlen in unserer Landeskasse. Außerdem untergräbt das Verhalten der Steuersünder die allgemeine Steuermoral und auch das Verständnis von Steuergerechtigkeit.

Das darf so nicht bleiben, das muss geändert werden. Wir müssen erreichen, dass jeder Kraftfahrzeughalter seine Kraftfahrzeugsteuer in Zukunft ohne Mahnung und ohne Zwangsmaßnahmen zahlt, und zwar zeitnah.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kraftfahrzeuge werden von den kreisfreien Städten und Kreisen und einer Vielzahl von Nebenstellen möglichst wohnortnah zugelassen. Die Steuerbescheide werden dann später von den Finanzämtern erlassen. Die Kraftfahrzeugsteuern werden durch dieses Verfahren erst dann, oft auch verspätet und in einer Vielzahl von Fällen gar nicht gezahlt.

Das wirksamste Verfahren dagegen ist, die Kraftfahrzeugsteuer bereits bei der Zulassung des Kraftfahrzeugs durch die Kommune zu erheben. Denkbar wäre auch die Entgegennahme einer Bankeinzugsermächtigung durch die Kommune bei der Anmeldung des Kraftfahrzeugs.

Ohne die vorherige Bezahlung der Kraftfahrzeugsteuer oder die Abgabe der Bankeinzugsermächtigung darf dann ein Kraftfahrzeug in Zukunft nicht mehr zugelassen werden. Das muss in besonderem Maße dann gelten, wenn bei der Anmeldung eines neuen Kraftfahrzeugs noch alte Steuerschulden bestehen.

Naturgemäß kann diese Regelung nur für das erste Jahr nach der Zulassung gelten.

Die rechtliche Handhabe für ein solches Verfahren besteht nach § 13 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes seit mehr als einem Jahr. Das Land Berlin hat bereits eine entsprechende Rechtsverordnung erlassen, und im Land Hessen wird das neue Verfahren modellhaft erprobt.

Wir wissen, dass wir auf die Hilfe und Unterstützung der Kommunen angewiesen sind. Das Ziel, Steuerrückstände zu vermeiden, mindestens aber erheblich einzudämmen, rechtfertigt nach unserer Auffassung, die Unterstützung durch die Kommunen vorzusehen. Soweit den Kommunen durch

diese Aufgabe zusätzlich Kosten entstehen, sind diese im Rahmen der Konnexität zu erstatten.

Unsere Ziele sind also die zeitnahe und vollständige Einnahme der Kraftfahrzeugsteuern und die wesentliche Reduzierung der Zahl der Mahnverfahren und Vollstreckungsverfahren. Wenn diese Ziele erreicht werden, ist das gut für die Landeskasse, ist das für den ehrlichen und pünktlichen Steuerzahler zumutbar und schlecht für den säumigen Steuerzahler bzw. den bisherigen Nichtsteuerzahler.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir fordern die Landesregierung deshalb auf, erstens die in § 13 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes eröffnete Möglichkeit bei der Zulassung von Kraftfahrzeugen in Nordrhein-Westfalen zu prüfen und festzustellen, welche personellen und technischen Voraussetzungen zu schaffen sind, um bereits bei der Zulassung von Kraftfahrzeugen die Erstbesteuerung durchzuführen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir beantragen, den heute vorliegenden Antrag an den Haushalts- und Finanzausschuss - federführend - und an den Ausschuss für Kommunalpolitik zu überweisen. Wir gehen davon aus, dass bei den Beratungen in den Fachausschüssen konstruktive Ergebnisse erreicht werden. - Ich danke für die ungeteilte Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Siekmann. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Herr Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu dieser späten Stunde will ich es relativ kurz machen. Wesentliche Punkte sind von Herrn Siekmann schon genannt worden. Als Nichtkraftfahrzeughalter ist das für mich natürlich ein nicht gerade alltägliches Thema.

Wir müssen ein Interesse daran haben, dass die Kraftfahrzeugsteuer dem Landeshaushalt möglichst vollständig zugeführt wird. Das ist jetzt nicht der Fall. Die Steuerrückstände belaufen sich auf eine Größenordnung von 44 Millionen €. Außerdem gibt es eine ganze Menge Verwaltungsaufwand. Auch das ist eine problematische Sache.

Man muss natürlich die Möglichkeiten, die in § 13 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes eröffnet werden, zu nutzen versuchen und die Zulassung davon abhängig machen, dass der Halter des zuzulassenden Fahrzeugs keine Kraftfahrzeugsteuer-

rückstände hat. Diese Möglichkeit wollen wir jetzt prüfen.

Wir wollen und müssen in diesem Zusammenhang auch prüfen, welche personellen und technischen Voraussetzungen hier vorhanden sind bzw. geschaffen werden müssen. Denn die Kraftfahrzeuge werden bei den Behörden der Kreise und kreisfreien Städte zugelassen, während die Festsetzung und Erhebung der Kraftfahrzeugsteuer der Landesfinanzverwaltung obliegt. Wir appellieren natürlich auch an die Kommunen, dass wir hier stärker unterstützt werden. Wir sind darauf angewiesen, dass die dies tun, damit die Steuereintreibung tatsächlich vollständig gelingt.

Es ist notwendig, dass im Vorfeld Bankeinzugs-ermächtigungen erteilt werden, sodass die Rückstände in der Form gar nicht entstehen können und eine unpünktliche Entrichtung der Kraftfahrzeugsteuer in Zukunft unmöglich wird. Es muss vermieden werden, dass Kraftfahrzeughalter neue Kraftfahrzeuge anmelden können, wenn sie noch Rückstände haben.

Das ist das Anliegen des Antrags. Ich halte ihn in der Sache für gerechtfertigt und hoffe auf die Unterstützung aller Fraktionen. - Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Sagel. - Für die Fraktion der CDU hat jetzt Kollege Klein das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben hier zu später Stunde eigentlich einen wirklich erstaunlichen Vorgang. Wenn man die freundlich formulierten und wohlgesetzten Worte des Kollegen Siekmann ein bisschen durchleuchtet und sich die vielleicht etwas wegdenkt, bleibt eine ordentliche Klatsche für die Regierung übrig.

Im Grunde haben die Koalitionsfraktionen dem Finanzminister und der Landesregierung ziemlich deutlich bescheinigt, anderthalb Jahre lang tatenlos zuzusehen zu haben, wie dem Land eine ganze Menge Geld verloren geht, während andere Länder bereits tätig geworden sind.

Berechtigte Kritik ist in der Vergangenheit immer von der Opposition gegen die Landesregierung vorgebracht worden. Wir erleben jetzt hier einen der wenigen Tagesordnungspunkte, bei denen diese berechtigte Kritik sogar von den Koalitionsfraktionen in den Landtag eingebracht wird.

(Beifall bei der CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Ein bisschen leiser!)

- Lieber Herr Kollege Eumann, man kann Sie gar nicht laut genug dazu ermuntern, diese berechtigte Kritik, die wir seit langem vorbringen, endlich einmal offensiv zu unterstützen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Einverstanden!)

Ich freue mich ausgesprochen, dass Sie das nicht nur unterstützen, sondern selbst als Koalitionsfraktionen die Initiative ergriffen haben, diese Kritik an der Landesregierung vorzubringen.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen uns die Zahlen, die der Kollege Siekmann eben noch einmal vorgetragen hat, einmal vor dem Hintergrund unserer Haushaltsberatungen vor Augen führen. Zweistellige Millionenbeträge gehen dem Land verloren. Und wir diskutieren stundenlang über die Übungsleiterpauschale und andere relativ kleine Beträge. Dann wird doch umso deutlicher, wie wichtig es ist, die Landesregierung endlich nachhaltig aufzufordern, auf diesem Feld tätig zu werden. So kann es nicht bleiben.

Meine Damen und Herren, da sind doch die Finanzen in einem Kegelverein besser geordnet als die Finanzen des Landes an dieser Stelle.

(Beifall bei der CDU)

Beim Kegelverein gilt nämlich: Erst zahlen, dann kegeln. Und das Land verfährt hier nach dem Motto: Erst kegeln und dann zahlen. Und hinterher kommen keine Zahlungen rein. Das kann so nicht bleiben!

Unserer Zustimmung zu diesem Antrag der Koalitionsfraktionen möchte ich noch einen weiteren Punkt hinzufügen, der im Antrag noch nicht enthalten ist, aber gleichwohl unbedingt aufgegriffen werden muss. Wir werden das in den Ausschussberatungen sicherlich tun.

Diejenigen, die heute dem Land diese erheblichen Beträge - Kollege Siekmann hat sie genannt - schuldig bleiben, sind häufig die gleichen, die den Kommunen die Bezahlung von Kosten schuldig bleiben, die bei der Ersatzvornahme "Beseitigung alter Fahrzeuge", die irgendwo am Straßenrand abgestellt worden sind, entstehen und von den Kommunen zu tragen sind.

Insofern halte ich es für absolut erforderlich, dass das Land schnell in Gespräche mit den Kommunen eintritt und auch schnell zu Ergebnissen kommt, was, wie gesagt, in den anderen Ländern schon längst passiert ist - in einigen jedenfalls.

Wir müssen nicht nur zu dem Ergebnis kommen, dass erst die alten Steuern zu bezahlen sind, be-

vor ein neues Auto angemeldet werden kann. Im Interesse der Kommunen muss auch gelten: Erst müssen alle alten Beseitigungsgebühren bezahlt sein, bevor jemand das Recht hat, ein neues Auto anzumelden.

Wir haben also noch einigen Diskussionsstoff. Wir müssen die Thematik, die die Koalitionsfraktionen zu Recht auch in dieser Schärfe aufgezeigt haben, noch ein bisschen ausbreiten, ergänzen, erweitern und verbessern, um dann gemeinsam, aber ganz genauso nachhaltig wie hier formuliert, die Landesregierung aufzufordern, endlich tätig zu werden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Klein. - Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Problem der Rückstände bei der Kraftfahrzeugsteuer - in den Beitreibungsfällen handelt es sich im Verhältnis zu den anderen Steuerarten häufig um relativ kleine Beträge - ist keineswegs neu. Wir haben darüber schon vielfach ausgiebig diskutiert, zuletzt z. B. ausführlichst im Haushalts- und Finanzausschuss am 16. Januar 2003.

Dort hat das Finanzministerium die Zahl der Rückstandsfälle für das Jahr 2002 immerhin mit 290.000 beziffert und anschließend mitgeteilt, dass in 2002 rund 44 Millionen € Kraftfahrzeugsteuer rückständig geworden und 12,75 Millionen € Kraftfahrzeugsteuer letztlich niedergeschlagen worden sind.

Meine Damen und Herren, das sind Zahlen, die wir in Anbetracht der schon länger andauernden schwierigen Haushaltssituation nicht einfach ignorieren dürfen.

Das Problem verstärkt sich in der letzten Zeit umso mehr, als es offensichtlich eine interne Anweisung gibt, dass von Vollstreckungsmaßnahmen bei Beträgen unter 500 € Abstand genommen werden soll. Das geschieht der Not gehorchend, da in den Finanzämtern Personalmangel herrscht und die Vollstreckungsstellen der Finanzämter schlicht und ergreifend mit den Vollstreckungen nicht mehr beikommen.

Meine Damen und Herren, deswegen ist es in der Tat höchste Zeit, dass wir diese Misere nicht nur angehen, sondern sie auch beseitigen. Die Möglichkeiten dazu bietet uns § 13 des Kraftfahrzeugsteuergesetzes 2002 in der ab dem

28. August 2002 geltenden Fassung, auf die eben schon hingewiesen worden ist.

Nicht vergessen möchte ich, darauf hinzuweisen, dass wir der Problemlösung bereits näher wären, hätten wir eine alte FDP-Forderung umgesetzt, die Kraftfahrzeugsteuer abzuschaffen und den entsprechenden Betrag stattdessen auf die Mineralölsteuer umzulegen. Dass an der Stelle die Länder entsetzt aufschreien, weiß ich. Ich sehe z. B. unseren Finanzminister, der sich in seinem Stuhl aufrichtet. Man wird andere Regelungen finden müssen, die hinterher zu wesentlich größerer Steuergerechtigkeit beitragen. Auf dieser Baustelle werden wir in den nächsten Wochen sicherlich etwas intensiver arbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, der Antrag lässt durchaus die Ahnung aufkeimen, dass das Finanzministerium bereits wesentlich weiter gedacht hat und es ein solches Konzept gibt. Angesichts meiner Erfahrungen in diesem Hause würde es mich ansonsten überraschen, müssten die diese Landesregierung tragenden Fraktionen ihre Regierung zum Jagen tragen. Meistens ist ein solches Vorgehen gut koordiniert. Ich bin gespannt auf das, was der Finanzminister dazu gleich ausführen wird.

Meine Damen und Herren, wir haben - darauf hat der Kollege eben schon hingewiesen - vielfach darüber diskutiert, ob wir nicht schon bereits bei der Anmeldung des Kraftfahrzeugs die Besteuerung vornehmen sollten. Das größte Problem besteht doch in der Tat darin, dass insbesondere die erste Steuerzahlung in den meisten Fällen ausbleibt und wir zahlreiche Missbrauchsfälle verzeichnen.

Man muss mit etwas mehr Feingefühl als in der Vergangenheit mit den Kommunen eine Regelung herbeiführen. Es kann doch nicht wie so oft in der Vergangenheit der Fall sein, dass die Kommunen die Arbeit erledigen und die gesamte Last der Kosten bei ihnen hängen bleibt. Wir werden mit den Kommunen eine gemeinsam getragene Lösung erarbeiten müssen.

Meine Damen und Herren, das Problem ist - wie gesagt - seit längerem bekannt. Hoffentlich wird es bald gebannt. Dann hätten wir ein gutes Ziel erreicht, auf das wir schon seit langem hinarbeiten. Die FDP wird alles tun, damit dieses Projekt befördert wird. Ich sehe der Beratung im Haushalts- und Finanzausschuss deshalb mit Spannung entgegen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Frau Freimuth. - Für die Landesregierung hat jetzt Minister Dieckmann das Wort.

Jochen Dieckmann, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Land Nordrhein-Westfalen ist - wenn ich es richtig sehe - das erste Flächenland, das sich dieses Themas in seiner ganzen Breite seiner Landesverwaltungsaufgaben annimmt.

Berlin lasse ich als Beispiel ungern gelten, weil es in einem Stadtstaat besondere Erleichterungen gibt. Wird in dem Zusammenhang Hessen erwähnt, so möchte ich darauf hinweisen, dass die dortige Landesregierung die entsprechenden Maßnahmen ausschließlich in neun Zulassungsbehörden durchführt.

In Nordrhein-Westfalen haben wir 54 Zulassungsbehörden, zu denen sich etliche Nebenstellen gesellen. Das macht es wesentlich schwieriger.

Mein Haus hat auf der Grundlage des neuen Kraftfahrzeugsteuergesetzes ein Konzept entwickelt, das bei der Zulassung der Fahrzeuge die verbindliche Erteilung eines Lastschrifteinzugs und eine Rückstandsprüfung vorsieht. Hat der Halter nämlich Kraftfahrzeugsteuerrückstände, so ist zusätzlich geplant, dass die Kraftfahrzeugsteuer für den ersten Anmeldezeitraum gezahlt wird.

Es war schon davon die Rede, dass das Land bei der Umsetzung des Projektes auf die Zusammenarbeit mit den Kommunen angewiesen ist, die für die Kraftfahrzeugzulassung zuständig sind. Angesichts der großen Zahl von Zulassungsbehörden sind wir nicht in der Lage, eigenes Personal abzustellen. Die Kommunen ihrerseits stehen dem Vorhaben mit einer gewissen "Reserviertheit" gegenüber, weil sie sich nicht berufen fühlen, dem Land bei der Steuereintreibung behilflich zu sein.

Herr Klein, ich will mit Nachdruck dem Eindruck entgegenwirken, hier müsse der Landesregierung noch nachgeholfen werden. Die ersten Gespräche haben bereits im Frühjahr dieses Jahres stattgefunden. Anschließend hat es förmliche Gespräche ab Juli gegeben. Ich bin deshalb zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, die Belange aller Beteiligten auszugleichen und einen Weg festzulegen, mit dem das von meinem Haus entwickelte Konzept umgesetzt wird.

Vor diesem Hintergrund sehe ich in dem vorgelegten Entschließungsantrag eine gewichtige Unterstützung des Vorhabens der Landesregierung durch den Landtag, ein zusätzliches Signal, dass wir das nicht akzeptable Verhalten einiger Kraftfahrzeughalter bekämpfen, um auf diese Wiese

dazu beizutragen, die Steuergerechtigkeit und die Akzeptanz der Steuererhebung zu sichern.

Ich bin mir sicher, dass wir alle darin übereinstimmen, dass derjenige, der sein Auto zum öffentlichen Verkehr in Nordrhein-Westfalen anmeldet, die von ihm oder ihr geschuldete Kraftfahrzeugsteuer entrichten soll.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Edith Müller: Vielen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 13/4738** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit haben wir einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

12 Sachlich gebotene Novelle der Abwasserabgabe anpacken

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 13/4742

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen; sie soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags** der Fraktion der CDU **Drucksache 13/4742** an den **Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung** - federführend -, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie**. Wer stimmt der Überweisung zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? - Das ist einstimmig so **beschlossen**.

Dann rufe ich auf:

13 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Hier: Übersicht 33
gemäß § 88 Abs. 2 GeschO

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

13/3285	-	AWMT
13/3339	-	ASchW
13/4323	-	AWMT

Drucksache 13/4758

Die Übersicht 33 enthält insgesamt drei Anträge, die vom Plenum nach § 88 Abs. 2 Buchstabe c an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist der Übersicht zu entnehmen.

Ich lasse nun abstimmen über die Bestätigung des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in den Ausschüssen entsprechend der Übersicht 33. Wer stimmt dem zu? - Wer stimmt dagegen? - Wer enthält sich? – Es ist einstimmig so beschlossen. Damit sind die in Drucksache 13/4758 enthaltenen **Abstimmungsergebnisse** der Ausschüsse **bestätigt**.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende unserer heutigen und zugleich letzten Sitzung in diesem Jahr. Die **nächste Sitzung** des Plenums berufe ich ein für Mittwoch, den 21. Januar 2004, 10 Uhr. Ich wünsche Ihnen allen eine erholsame Weihnachtspause, einen guten Start ins neue Jahr und eine schöne Feier heute Abend, so denn gefeiert wird.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Beifall)

Schluss: 17.31 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 105 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Landtag Nordrhein-Westfalen

13. Wahlperiode

Niederschrift

über die **namentliche Abstimmung** zu Punkt 6 der Tagesordnung
 der 108. Plenarsitzung am 17. Dezember 2003

Betr.: _____

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
1	Frau Altenkamp	SPD		X	
2	Frau Appelt	CDU	X		
3	Herr Arentz	CDU	entschuldigt		
4	Herr Baranowski	SPD		X	
5	Herr Becker	FDP	X		
6	Frau Behler	SPD		X	
7	Herr Dr. Behrens	SPD		X	
8	Herr Dr. Berger	CDU	X		
9	Herr Biesenbach	CDU	X		
10	Herr Bischoff, Rainer Josef	SPD		X	
11	Herr Bischoff, Werner	SPD	entschuldigt		
12	Herr Blömer	CDU	X		
13	Herr Böcker	SPD		X	
14	Herr Prof. Dr. Bollermann	SPD		X	
15	Frau Bolte	SPD		X	
16	Frau Brakensiek	CDU	X		
17	Herr Brendel	FDP	X		
18	Herr Breuer	CDU	X		
19	Herr Dr. Brinkmeier	CDU	X		
20	Herr Britz	CDU	X		
21	Herr Brockes	FDP	X		
22	Frau Brüning	CDU	X		
23	Herr Dr. Brunemeier	SPD		X	
		Sa.:	12	9	-

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
24	Frau Brunert-Jetter	CDU	X		
25	Frau Brunn	SPD		X	
26	Frau Brusis	SPD		X	
27	Herr Büdschun	SPD		X	
28	Frau Capune-Kitka	FDP	entschuldigt		
29	Herr Champignon	SPD		X	
30	Herr Prof. Dr. Dammeyer	SPD		X	
31	Frau Danner	SPD		X	
32	Frau Dedanwala	SPD		X	
33	Herr Degen	SPD		X	
34	Herr Dieckmann	SPD		X	
35	Herr Diegel	CDU	X		
36	Herr Dietrich	CDU	X		
37	Frau van Dinther	CDU	X		
38	Herr Dirx	SPD	entschuldigt		
39	Frau Dohmen	SPD		X	
40	Frau Doppmeier	CDU	X		
41	Frau Dr. Dreckmann	FDP	X		
42	Herr Drese	SPD		X	
43	Herr Dr. Droste	CDU	X		
44	Frau Düker	Grüne		X	
45	Frau Dr. Düttmann-Braun	CDU	X		
46	Herr Dr. Eckhold	CDU	X		
47	Herr Eichenseher	Grüne		X	
48	Herr Einmahl	CDU	X		
49	Herr Ellerbrock	FDP	X		
50	Herr Engel	FDP	X		
51	Herr Eumann	SPD		X	
52	Frau Fasse	CDU	X		
53	Herr Feuster	SPD		X	
54	Frau Fischer	SPD		X	
55	Herr Flessenkemper	SPD		X	
Sa.:			13	17	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
56	Herr Dr. Franke	CDU	X		
57	Frau Freimuth	FDP	X		
58	Herr Dr. Freimuth	SPD		X	
59	Herr Frey	SPD		X	
60	Herr Fuß	SPD		X	
61	Herr Garbrecht	SPD		X	
62	Herr Gatter	SPD		X	
63	Frau Gawlik	SPD		X	
64	Frau Gemkow	CDU	X		
65	Frau Gießelmann	SPD		X	
66	Frau Gödecke	SPD		X	
67	Frau Gorcitza	SPD		X	
68	Herr Groschek	SPD		X	
69	Herr Große Brömer	SPD		X	
70	Herr Groth	Grüne		X	
71	Herr Dr. Grüll	FDP	entschuldigt		
72	Herr von Grünberg	SPD		X	
73	Herr Hafke	SPD		X	
74	Herr Dr. Hahn	CDU	X		
75	Herr Hardt	CDU	X		
76	Herr Haseloh	SPD		X	
77	Frau Haußmann	Grüne		X	
78	Herr Hegemann	CDU	X		
79	Herr Hemmer	SPD		X	
80	Herr Henke	CDU	X		
81	Frau Herrmann	Grüne		X	
82	Herr Hilser	SPD		X	
83	Frau Hinnemann	CDU	X		
84	Herr Dr. Horstmann	SPD		X	
85	Herr Hovenjürgen	CDU	X		
86	Frau Howe	SPD		X	
87	Frau Hürten	Grüne		X	
		Sa.:	9	22	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
88	Herr Hüsken	CDU	X		
89	Herr Jäger	SPD		X	
90	Herr Jentsch	SPD		X	
91	Herr Jobi	CDU	X		
92	Herr Dr. Jordan	FDP	entschuldigt		
93	Herr Jostmeier	CDU	X		
94	Herr Jülich	CDU	X		
95	Frau Jung	SPD		X	
96	Herr Kaiser	CDU	X		
97	Frau Kann	SPD		X	
98	Herr Dipl.-Ing. Karsli	fraktionslos			X
99	Herr Dr. Kasperek	SPD		X	
100	Frau Kastner	CDU	X		
101	Frau Keller	CDU	X		
102	Herr Kessel	SPD		X	
103	Frau Kever-Henseler	SPD		X	
104	Herr Keymis	Grüne		X	
105	Frau Kieninger	SPD		X	
106	Herr Klein	CDU	X		
107	Herr Dr. Klose	CDU	X		
108	Frau Koczy	Grüne		X	
109	Herr Kölker	CDU	X		
110	Herr Körfges	SPD		X	
111	Herr Kollorz	CDU	entschuldigt		
112	Frau Kordowski	CDU	X		
113	Frau Kraft	SPD		X	
114	Herr Dr. Kraft	SPD		X	
115	Herr Kramps	SPD		X	
116	Frau Krauskopf	SPD		X	
117	Herr Kress	CDU	X		
118	Herr Kruse, Heinrich	CDU	X		
119	Herr Kruse, Theo	CDU	X		
		Sa.:	14	15	1

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
120	Herr Kufen	CDU	X		
121	Herr Kuhmichel	CDU	X		
122	Frau Lagemann	SPD		X	
123	Herr Langen	CDU	X		
124	Herr Lenz	SPD	abwesend		
125	Frau Ley	SPD	entschuldigt		
126	Frau Ley	CDU	X		
127	Herr Lieven	CDU	X		
128	Herr Lindlar	CDU	X		
129	Herr Lindner	FDP	entschuldigt		
130	Herr Dr. Linssen	CDU	X		
131	Frau Löhrmann	Grüne		X	
132	Herr Lorth	CDU	X		
133	Herr Luckey	CDU	entschuldigt		
134	Herr Lux	CDU	X		
135	Herr Mahlberg	CDU	entschuldigt		
136	Herr Meinecke	SPD		X	
137	Frau Meise-Laukamp	SPD		X	
138	Frau Mierbach	SPD		X	
139	Herr Milles	SPD		X	
140	Frau Milz	CDU	X		
141	Frau Monheim	CDU	X		
142	Herr Moritz	SPD		X	
143	Herr Moron	SPD		X	
144	Frau Müller	Grüne		X	
145	Frau Nell-Paul	SPD		X	
146	Frau Nießen	SPD		X	
147	Herr Niggeloh	SPD		X	
148	Herr Nowack	SPD		X	
149	Herr Ortgies	CDU	X		
150	Herr Dr. Orth	FDP	entschuldigt		
151	Herr Palmen	CDU	X		
		Sa.:	13	13	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
152	Herr Pangels	CDU	X		
153	Herr Dr. Papke	FDP	X		
154	Frau Dr. Pavlik	FDP	X		
155	Frau Pazdziora-Merk	SPD		X	
156	Herr Pick	CDU	X		
157	Frau Pieper-von Heiden	FDP	X		
158	Herr Post	CDU	X		
159	Herr Priggen	Grüne		X	
160	Herr Rasche	FDP	X		
161	Herr Recker	CDU	X		
162	Frau Reinecke	SPD		X	
163	Herr Rimmel	Grüne		X	
164	Herr Reul	CDU	X		
165	Frau Ridder-Melchers	SPD		X	
166	Herr Röken	SPD		X	
167	Herr Dr. Romberg	FDP	X		
168	Herr Dr. Rommelspacher	Grüne		X	
169	Herr Roth	SPD		X	
170	Herr Dr. Rudolph	SPD		X	
171	Herr Rüsenberg	CDU	X		
172	Herr Dr. Rüttgers	CDU	X		
173	Herr Rusche	SPD	abwesend		
174	Herr Sagel	Grüne		X	
175	Herr Sahren	CDU	X		
176	Frau Schäfer	SPD		X	
177	Herr Scheffler	SPD		X	
178	Herr Schemmer	CDU	X		
179	Herr Schittges	CDU	X		
180	Herr Schlebusch	CDU	X		
181	Herr Schmeltzer	SPD		X	
182	Frau Schmid	SPD		X	
183	Herr Schmidt	SPD		X	
		Sa.:	16	15	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
184	Herr Schmitz	CDU	X		
185	Herr Dr. Scholz	SPD		X	
186	Frau Dr. Schraps	CDU	X		
187	Herr Schulte, Bernd	CDU	X		
188	Herr Schulte, Gerd	CDU	entschuldigt		
189	Herr Schulte, Hubert	CDU	X		
190	Herr Schultz-Tornau	FDP	X		
191	Frau Schwarz-Schumann	SPD		X	
192	Herr Seel	CDU	X		
193	Frau Dr. Seidl	Grüne		X	
194	Herr Sendker	CDU	X		
195	Herr Sichau	SPD		X	
196	Herr Sieg	SPD		X	
197	Herr Siekmann	SPD		X	
198	Frau Siepenkothen	CDU	X		
199	Frau Sikora	SPD		X	
200	Herr Dr. Sodenkamp	FDP	X		
201	Herr Söffing	FDP	X		
202	Herr Solf	CDU	X		
203	Frau Speth	SPD		X	
204	Herr Stahl	CDU	X		
205	Herr Stallmann	CDU	X		
206	Frau Steffens	Grüne		X	
207	Herr Steinbrück	SPD		X	
208	Frau Stotz	SPD		X	
209	Herr Strehl	SPD		X	
210	Frau Talhorst	SPD		X	
211	Frau Tausch	SPD		X	
212	Herr Tenhumberg	CDU	X		
213	Herr Thiede	CDU	X		
214	Frau Thomann-Stahl	FDP	entschuldigt		
215	Herr Thulke	SPD	entschuldigt		
		Sa.:	15	14	

Lfd. Nr.	Name des Abgeordneten	Fraktion	Abstimmung		
			ja	nein	Stimm- ent- haltung
216	Herr Uhlenberg	CDU	X		
217	Herr Vöge	SPD		X	
218	Herr Vorpeil	SPD		X	
219	Frau Walsken	SPD		X	
220	Herr Weisbrich	CDU	X		
221	Herr Werner	SPD		X	
222	Frau Werthmann	SPD		X	
223	Herr Westkämper	CDU	X		
224	Herr Prof. Dr. Wilke	FDP	X		
225	Herr Wilp	CDU	X		
226	Herr Wirth	SPD		X	
227	Herr Wirtz, Axel	CDU	X		
228	Herr Wirtz, Heinz	SPD		X	
229	Frau Wischermann	CDU	X		
230	Herr Witzel	FDP	X		
231	Herr Dr. jur. Wolf	FDP	X		
		Sa.:	9	7	